



Printed in Germany
Tschechien Kč 195,-
Ungarn Ft 2490,-
Spanien € 6,80
Spanien/Kanaren € 7,00
Slowakei € 6,80
Slowenien € 6,50
Polen (ISSN00387452) ZL 33,-
Portugal (cont) € 6,80
Norwegen NOK 82,-
Österreich € 6,00
Griechenland € 7,30
Italien € 6,80
Finnland € 8,30
Frankreich € 6,80
BeNeLux € 6,40
Dänemark dkr 57,95

Die fetten Jahre sind vorbei

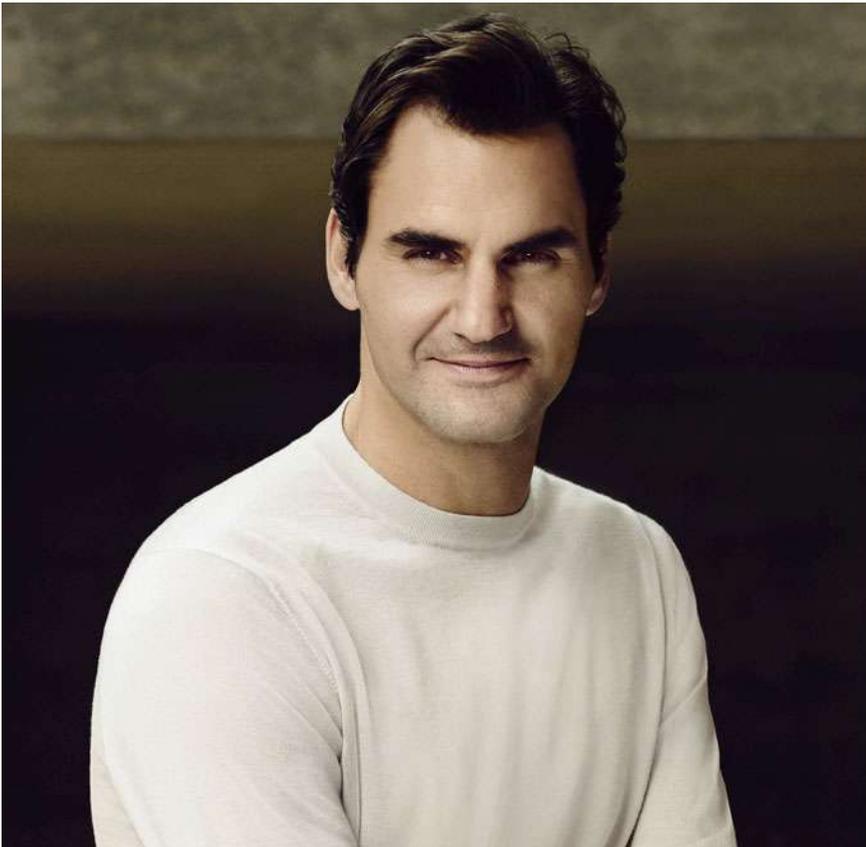
Warum dem deutschen Wirtschaftswunder ein jähes Ende droht



Flughafen BER
Verpatzt Berlin
erneut die Eröffnung?

Alltagsterror
Wie ein Clan-Mitglied
seine Nachbarn quält

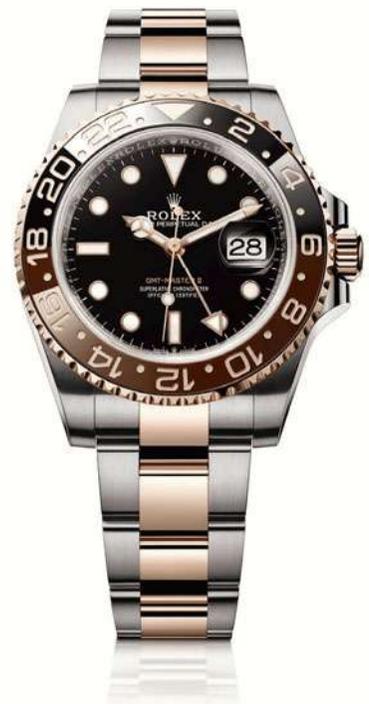
Mondlandung 2024
Die verrückten Pläne
des Jeff Bezos



ROGER FEDERER

Die Welt von Rolex ist voller Geschichten von anhaltender Exzellenz. Über 20 Jahre hat Roger Federer weit über den Tennisplatz hinaus Gutes getan. Herausforderer, Champion, Ikone – seine virtuose und kreative Spielweise hat den Tennissport bereichert und Maßstäbe neu definiert. Mit Fairness und Warmherzigkeit hat er daran erinnert, dass menschliche Größe weit über den Sport hinausgeht. Welche Ziele er sich künftig auch setzt, er wird die Welt weiter inspirieren. Dies ist eine Geschichte von anhaltender Exzellenz. Eine Geschichte aus der Welt von Rolex.

#Perpetual



OYSTER PERPETUAL GMT-MASTER II


ROLEX

Hausmitteilung

Betr.: Clan-Kriminalität, Sudan, SPIEGEL WISSEN, »DEIN SPIEGEL«



THOMAS LOBENWEIN / DER SPIEGEL

Jagodschinski, Sohn Janis, Dahlkamp

Eine Richterin am Amtsgericht Berlin-Spandau wunderte sich Ende April über das Medieninteresse an ihrem Fall: zwei Kamerateams, drei Reporter? War das nicht ein normaler Nachbarschaftsstreit in einem Mehrfamilienhaus, den sie zu verhandeln hatte? Nein, war es nicht. Reporter Jürgen Dahlkamp klärte sie hinterher auf, dass es um ein Mitglied des berüchtigten Rammo-Clans ging, das den anderen im Haus das Leben zur Hölle machte. Und dass jede Zeugenaussage der Nachbarn daher eine Mutprobe war. Im Prozess war zuvor von Clan keine Rede gewesen. Mit den Kollegen Thomas Heise und Claas Meyer-Heuer von SPIEGEL TV sowie Gunther Latsch und Jörg Schmitt vom SPIEGEL-Investigativteam trug Dahlkamp Szenen eines jahrelangen Kampfes zusammen, in dem brave Bürger wie Hildegard Jagodschinski und ihr Sohn Janis einem Mann ausgesetzt sind, der offenbar nach eigenen Gesetzen lebt. Erst am vergangenen Mittwoch rückte die Polizei zu einer Razzia an. Doch der Clan-Mann zeigte sich wenig beeindruckt. Während ein Polizeisprecher SPIEGEL TV vor dem Haus ein Interview gab, stellte er sich ins Bild. Mit Sonnenbrille. Stumm. Regungslos. Bedrohlich. **Seite 48**

Am 11. April wurde im Sudan Geschichte geschrieben – massive Straßenproteste brachten den Diktator Omar al-Baschir zu Fall, der rund 30 Jahre lang das Land beherrscht hatte. Einen Monat später ist die Lage fragil, Militär und Opposition ringen um die Macht. Redakteurin Katrin Kuntz und Fotograf Daniel Etter reisten in die Hauptstadt Khartum, um die Hintergründe der Proteste zu verstehen. Sie verbrachten viel Zeit rund um das Militärhauptquartier, wo jeden Tag Tausende Menschen mit einer Sitzblockade für eine zivile Regierung kämpfen. Dort trafen sie sechs Freunde, die den Widerstand in einem der zahlreichen »Nachbarschaftskomitees« geplant hatten. Der Anführer dieser Zelle erzählte, wie sie in seinem Haus den Fall des Diktators vorbereitet hatten. »Ohne diese kleinen Gruppen des Widerstands in den Vierteln wäre der Druck der Straße nicht so schnell gewachsen«, sagt Kuntz. **Seite 84**



DANIEL ETTER / DER SPIEGEL

Kuntz in Khartum

Erinnern Sie sich noch an Ihre Einschulung? Haben Sie sich die Termine der kommenden Woche gemerkt? Ohne Gedächtnis wüssten wir nicht, wer wir sind, und wir wären unfähig, den Alltag zu organisieren. Das neue SPIEGEL WISSEN mit dem Titel »Alles im Kopf!« Unser Gedächtnis: Wie es funktioniert und wie wir es fit halten« beleuchtet die neuesten Erkenntnisse der Neurowissenschaft und geht Alltagsphänomenen nach: Wieso etwa weckt ein Lied, das wir im Radio hören, Erinnerungen? Ein Familienvater, der seit einem Unfall an Amnesie leidet, erzählt, wie er sein Leben rekonstruiert. Eine Frau schreibt über die Alzheimer-Erkrankung ihres Ehemanns. Das Heft erscheint am Dienstag. Außerdem am Kiosk: die neue Ausgabe von »DEIN SPIEGEL«, dem Nachrichten-Magazin für Kinder. Das Heft beschäftigt sich mit einem typischen Eltern-Kind-Konflikt: Wie lange darf ein Kind sein Handy nutzen, welche Apps sind erlaubt? Kinder erzählen, welche Regeln bei ihnen gelten und wie gut (oder schlecht) das funktioniert. »DEIN SPIEGEL« gibt Tipps, wie man sich im Netz bewegt, ohne zu viel von sich preiszugeben. Dazu: Happy Birthday, Bundesrepublik – das Grundgesetz wird 70.



Mehr Entlastung?

Mit durchgängig digitalen

kaufmännischen Abläufen.



Die digitalen DATEV-Lösungen unterstützen Sie bei allen kaufmännischen Aufgaben – vom Angebot über die Kassenführung bis hin zur Buchführung. So gewinnen Sie Freiräume und mehr Zeit für die Betreuung Ihrer Kunden. Informieren Sie sich im Internet oder bei Ihrem Steuerberater.

[Digital-schafft-Perspektive.de](https://www.datev.de)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Inhalt

73. Jahrgang | Heft 20 | 11. Mai 2019

Titel

Standort Nach Jahren des Erfolgs droht Deutschland der Abstieg in die zweite Liga der Wirtschaftsnationen **10**

Die Ökonomen Daniel Stelter und Peter Bofinger diskutieren im SPIEGEL-Streitgespräch über die Frage, wie reich Deutschland wirklich ist **18**

Deutschland

Leitartikel Die Europäer müssen Erdoğan stärker unter Druck setzen **6**

Meinung Der schwarze Kanal / So gesehen: Bodo Ramelow hätte es gern schön deutsch **8**

Scheitert die SPD erneut beim Sarrazin-Ausschluss? / Hannoverische Rathauspitze war vor gesetzeswidrigen Zuschlägen gewarnt / Chinesischer Dissident in München obduziert **22**

Außenpolitik Amerikas Konfrontationskurs im Nahen Osten ist gefährlich für Deutschland **26**

Karrieren Im Europawahlkampf gibt sich SPD-Spitzenkandidatin Katarina Barley weitgehend unpolitisch **30**

Haushalt Trotz erheblicher Finanzierungslücken will Finanzminister Olaf Scholz die Grundrente retten **33**

Verteidigung Experten haben berechnet, wie teuer ein Nato-Austritt der USA für Europa wäre **34**

Berlin Erneute Verzögerung beim Flughafen BER? **36**

Demokratie Kommunale Bürgerbündnisse sind weniger transparent als Parteien **38**



HEINL / PHOTOTHEK / IMAGO

Brandherd Naher Osten

Berlin und Brüssel sind entsetzt über die Nahostpolitik der USA. Die Verantwortung für die wachsende Spannung zwischen Teheran und Washington sehen sie klar bei den Amerikanern.

Wenn der Konflikt eskaliert, wäre auch die Sicherheit Europas bedroht. **Seite 26**



SIPA PRESS

Ein Leben mit Eichmann

Seit 58 Jahren hält der damalige israelische Ankläger Gabriel Bach sein Plädoyer im Prozess gegen den Cheforganisator des Holocaust.

Bach ist 92 Jahre alt, aber er lässt nicht nach. Er wird immer noch gebraucht. **Seite 56**

Milieus Soziologin Cornelia Koppetsch über die Lebenslügen aufgeklärter Weltbürger **40**

Debatte Das Grundgesetz wurde erst durch das Bundesverfassungsgericht zum Erfolg **42**

Städte Die Elektrotretroller befeuern den Kampf um die Straße **46**

Kriminalität Wie ein Clan-Mitglied seine Nachbarn in Angst und Schrecken versetzt **48**

Bildung Ein Experte hält die Proteste der Schüler gegen das Mathe-Abi für unberechtigt **52**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Studiengänge / Warum freuen wir uns über die Fehler anderer? **54**

Eine Meldung und ihre Geschichte Warum ein Münchner verurteilt wurde, der aus einer Mülltonne Bilder klatete **55**

Lebensaufgaben Gabriel Bach war Ankläger im Eichmann-Prozess – seit 58 Jahren erzählt er dessen Geschichte **56**

Ortstermin Nachwuchsmetzger schlachten um die Wette **61**

Wirtschaft

Klöckner schwächt Lebensmittelkontrollen / Bahn bekommt mehr Geld vom Bund / Kabinengewerkschaft UFO veröffentlicht MeToo-Studie **62**

Finanzmärkte Warum die deutschen Sparer hoffen, dass Bundesbankchef Jens Weidmann an die EZB-Spitze rückt **64**

Diesellauffäre Porsche hat die Aufklärung des Skandals in Europa verzögert **67**

Luftfahrt Die Cateringtochter der Lufthansa lässt ihr Essen billig in Tschechien kochen **68**

Agrarindustrie In Brasiliens Obstanbau werden verbotene Pestizide eingesetzt **70**

Arbeitsmarkt Minister Heil will die Bedingungen für ausländische Arbeiter verbessern **73**

Karrieren Ein 15-jähriger Harvard-Student schmiss das Studium, um Gründer zu werden **74**

Medien

Zeitungen Italiens Regierung streicht die Presseförderung **76**

Ausland

Der strategische Wettlauf um die Arktis schadet dem Weltklima / Die legendäre polnische Gewerkschaft Solidarność ist stark nach rechts gerückt **78**

Türkei Erdoğan schafft die Demokratie ab **80**

Oppositionspolitiker Imamoğlu über seine Strategie für die Neuwahl **82**

Analyse Die Demokraten versuchen, Donald Trump zu fassen zu kriegen **83**

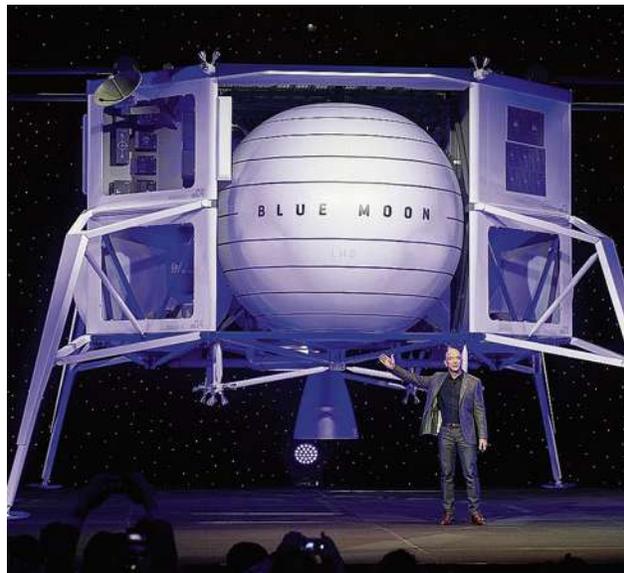
Sudan Sechs Freunde haben den Sturz von Diktator Baschir vorbereitet – und fragen sich nun, wofür **84**

Frankreich Wie Daniel Cohn-Bendit die deutschen Grünen mit der Bewegung von Emmanuel Macron zusammenführen will **88**

Sport

Jürgen Klopps Misserfolge als Trainer / Magische Momente: Wasserballer Tobias Preuß über eine feucht-fröhliche Pokalfeier **91**

Fußball SPIEGEL-Gespräch mit Bayern-Profi Joshua Kimmich über müde Knochen und eine schwache Bundesliga **92**



Mr Amazons Mondfahrt

Schon von Kindheitstagen an träumt Jeff Bezos vom Mond, eigens gründete der Amazon-Chef die Raumfahrtfirma Blue Origin. Die soll nun seinen Traum verwirklichen: Menschen wieder auf den Mond zu schicken. **Seite 100**

Der Antreiber

Dass der Kampf um die Meisterschaft für den FC Bayern so hart werden könnte, damit habe er nicht gerechnet, sagt Joshua Kimmich im SPIEGEL-Gespräch. Mental habe er sich oft »komplett am Limit« gefühlt. **Seite 92**



Erdogans Putsch

Der türkische Präsident führt das Land mit der Annullierung der Istanbul-Wahl in Richtung Diktatur. Doch die Opposition gibt sich nicht geschlagen. Sie mobilisiert für die zweite Abstimmung im Juni. **Seiten 6, 80**

Handball Im Flensburger Nachwuchscenter wurde ein Spieler gequält **96**

Wissenschaft

Flüchtlinge auf Facebook zählen / Warum immer mehr junge Frauen exzessiv Alkohol trinken / Impfmüde wecken – wie geht das? **98**

Raumfahrt Amazon-Milliardär Jeff Bezos will bis zum Jahr 2024 Menschen auf den Mond schicken **100**

Medizin Wie gefährlich ist die neue Form der Demenz, die vor allem Hochbetagte befällt? **103**

Tiere Phantom der Meere – ein Biologe kam einer neuen Walart auf die Spur **104**

Verkehr Ingenieure erfinden Werkstoffe, um das Gewichtsproblem von E-Autos zu mindern **106**

Kultur

Neues Rammstein-Album / Pokémon-Detektiv im Kino / Kolumne: Besser weiß ich es nicht **108**

Pop Der Eurovision Song Contest und seine Bedeutung für Israel **110**

Adel Das britische Königshaus wird politisch korrekt **115**

Kunst Ai Weiwei klagt gegen Volkswagen-Partner **116**

Literatur Die türkische Schriftstellerin Elif Shafak als wortgewaltige Kritikerin Erdogans **120**

Ausstellungskritik »Camp«, eine große Modeausstellung in New York **122**

Bestseller **114**

Impressum, Leserservice **124**

Nachrufe **125**

Personalien **126**

Briefe **128**

Hohlspiegel / Rückspiegel **130**

Härte zeigen

Leitartikel Die Europäer müssen auf Erdogans Despotismus mit Sanktionen reagieren.

Die Türkei politik der Bundesregierung ließ sich bislang in einem Satz zusammenfassen: »Wir müssen mit Erdoğan im Dialog bleiben.« Egal wie sehr der türkische Präsident provozierte, ob er deutsche Staatsbürger als Geiseln hielt, Oppositionelle verhaften oder kurdische Orte bombardieren ließ, Berlin verwies stets darauf, dass man Erdoğan brauche und sich deshalb mit ihm arrangieren müsse. Nun zeigt sich, dass »im Dialog bleiben« allein noch keine Strategie ist. Recep Tayyip Erdoğan führt sein Land in die Diktatur – und die Bundesregierung muss schnell eine Reaktion darauf finden.

Der Niedergang der türkischen Demokratie begann nicht mit der Entscheidung der Wahlkommission vom Montag, die Istanbuler Bürgermeisterwahl vom 31. März wiederholen zu lassen. Erdoğan hat in den vergangenen Jahren systematisch den Rechtsstaat ausgehebelt und die Medien weitgehend gleichgeschaltet. Bis Montag konnten sich seine Gegner mit dem Gedanken trösten, zumindest halbwegs frei und fair wählen zu dürfen – weshalb viele sich zu Recht davor scheuten, ihn einen Diktator zu nennen. Jetzt ist auch diese Gewissheit verloren gegangen. Ein demokratischer Machtwechsel in der Türkei erscheint nun kaum noch möglich.

Mit Mahnungen, wie sie von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und anderen Politikern auch in dieser Woche zu hören waren, ist es nicht mehr getan. Die Europäer müssen eine robustere Antwort auf Erdogans Despotismus finden.

Als sich der türkische Präsident im Sommer 2018 weiterhin weigerte, den amerikanischen Pastor Andrew Brunson aus dem Hausarrest zu entlassen, erhöhte US-Präsident Donald Trump die Strafzölle gegen die Türkei. Ganz ähnlich war Russlands Präsident Wladimir Putin vorgegangen, nachdem die türkische Luftwaffe 2015 einen russischen Kampffjet im syrischen Grenzgebiet abgeschossen hatte. In beiden Fällen gab Erdoğan klein bei. Putin ist heute einer seiner engsten Verbündeten. Nun können weder Trump noch Putin Vorbild für Deutschlands Umgang mit der Türkei sein. Und doch lässt sich aus beiden Fällen eine Lehre ziehen: Erdoğan reagiert auf Druck – gerade auf wirtschaftlichen.

Die EU hat es versäumt, die Türkei zu einer Zeit (Anfang der Nullerjahre) enger an sich zu binden, als sich das Land öffnete. Umso wichtiger ist es, dass sie den begrenz-

ten Einfluss, der ihr geblieben ist, endlich geschickt nutzt. Sie sollte nun die Beitrittsgespräche mit der Türkei suspendieren, wie es das Europaparlament fordert. Die EU würde damit ein Zeichen setzen, dass Erdogans Autoritarismus nicht ohne Folgen bleibt. Zugleich könnte sie die Verhandlungen wieder aufnehmen, sobald Erdoğan nicht mehr Staatschef ist. In der Zwischenzeit könnte sie die »Vorbeitritts Hilfen« weiter kürzen.

Sie sollte auch die Verhandlungen über eine Vertiefung der Zollunion weiter aufschieben. Die EU sollte der Türkei den Export von Waren und Dienstleistungen nach Europa erst dann erleichtern, wenn Erdoğan zu Zugeständnissen bei Menschenrechtsfragen bereit ist.

Parallel sollte die Bundesregierung Strafmaßnahmen gegen die Türkei verhängen, so wie sie es nach der Verhaftung des Berliner Menschenrechtlers Peter Steudtner im Sommer 2017 tat. Damals verschärfte das Auswärtige Amt die Reisehinweise für die Türkei und deckelte die Exportbürgschaften, was bei Erdoğan Wirkung zeigte. Nun muss es in erster Linie darum gehen, Manipulationen bei der Neuwahl in Istanbul am 23. Juni zu verhindern (Seite 80).

Gegner eines Konfrontationskurses mahnen, dass Deutschland und Europa die Türkei brauchen. Das ist richtig. Ankara ist Partner der EU in der Migrations- und Antiterrorpolitik.

Allein in Deutschland leben fast

drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln. Doch umgekehrt stimmt das noch viel mehr: Erdoğan kann sich einen endgültigen Bruch mit Europa kaum leisten. Die türkische Wirtschaft steckt seit Monaten in der Krise. Sollten Investitionen aus Europa ausbleiben, dürfte sie bald kollabieren. Zugleich schwindet Erdogans Drohpotenzial, seitdem weniger Flüchtlinge nach Europa kommen. Die Migranten lassen sich jedoch weniger von den Kontrollen durch die türkische Marine abschrecken, wie Erdoğan behauptet, sondern eher durch die miserablen Zustände auf den griechischen Inseln und die Abriegelung der Grenzen auf dem Balkan.

Natürlich dürfen sich Europäer nicht der Illusion hingeben, sie könnten den türkischen Präsidenten durch Sanktionen über Nacht zurück in einen Demokraten verwandeln. Kurzfristig wäre es schon ein Erfolg, wenn es ihnen gelänge, Exzesse zu verhindern. Maximilian Popp



GORAN TOMASEVIC / REUTERS



Wir sorgen dafür, dass Facebook sicher bleibt. Bei Wahlen und auch sonst.

Wir haben unser Team von Inhalte-Prüfern, Entwicklern und Sicherheitsexperten verdreifacht. Mithilfe von künstlicher Intelligenz sind wir in der Lage, 99,6% aller Fake-Accounts, die wir entfernen, proaktiv zu erkennen – also noch bevor sie uns jemand meldet.

Außerdem arbeiten wir mit unabhängigen Faktencheckern zusammen und setzen maschinelles Lernen ein, um gegen die Verbreitung von Falschmeldungen vorzugehen. Sobald etwas auf Facebook als Falschmeldung bewertet wird, schränken wir dessen Verbreitung im News Feed erheblich ein.

Des Weiteren unterziehen wir Werbetreibende, die politische Anzeigen schalten, einem strengen Autorisierungsverfahren: So stellen wir sicher, dass Werbetreibende, die politische Anzeigen zu den EU-Wahlen schalten, auch wirklich die sind, für die sie sich ausgeben. Zusätzlich werden alle politischen Werbeanzeigen so gekennzeichnet, dass du genau weißt, wer sie bezahlt hat.

Mehr Details über unsere Maßnahmen erfährst du hier:

facebook.com/EUWahlen

facebook

Jan Fleischhauer **Der schwarze Kanal**

Subvention und Widerstand



Der Fernsehkomiker Jan Böhmermann hat dem ORF ein Interview gegeben. Er nannte den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz einen »Versicherungsvertreter« und die Österreicher »Debile«. Der ORF hat das Interview Anfang der Woche ausgestrahlt, allerdings mit dem Hinweis versehen, dass es sich bei den Äußerungen Böhmermanns um Satire handle und man sich von seinen »provokanten Aussagen« distanzieren solle. Das war nicht besonders elegant. Ein Hinweis, dass der Moderator beim ZDF als Spaßvogel beschäftigt ist, hätte meines Erachtens genügt. Andererseits hat der Sender das Interview in voller Länge gebracht. Für Böhmermanns Fans gilt der Vorgang dennoch als Skandal, der einmal mehr beweist, dass niemand so tapfer für die Meinungsfreiheit streitet wie er.

Ich habe schon früh den Verdacht gehabt, dass sein Humor vor allem darauf ausgerichtet ist, die politisch Bekehrten noch einmal zu bekehren. Uns unterscheidet eine Reihe von Dingen. Ich halte es mit Harald Schmidt: kein Witz über Leute, die weniger als 10 000 Euro im Monat verdienen. Ich würde mich auch nie ans Kanzler-

amt wenden, wenn ein Scherz danebengeht. Als Böhmermann wegen seines Erdoğan-Gedichts in die Bredouille geriet, bat er den damaligen Kanzleramtschef Peter Altmaier um Beistand und war beleidigt, als die Regierung nicht wie gewünscht reagierte. Auf so eine Idee kann nur jemand kommen, der sein halbes Leben lang beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigt war.

Ich habe nie ganz verstanden, warum jemand als Widerstandskämpfer gilt, der genau die Witze reißt, die in dem Milieu, in dem er sich bewegt, alle toll finden. Nur Linke bringen es fertig, sich als Goldhamster des Systems einzurichten, um dann beim Drehen des Laufrads Vorträge zu halten, wie man die Verhältnisse zum Tanzen bringe. Ich habe einmal Claus Peymann, eine der fidelsten Betriebsnudeln des Subventionstheaters, zum Interview getroffen. Peymann hat allein beim Berliner Ensemble etwa 200 Millionen Euro an Steuergeldern erhalten, was ihn nicht daran hinderte, sich als Feind des Systems zu fühlen. Solche Chuzpe nötigt mir schon wieder Respekt ab.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.



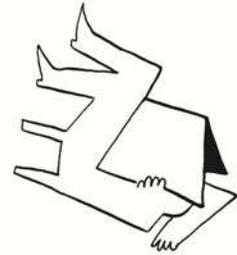
So gesehen

Das ist seins

Der Linke Bodo Ramelow hätte es gern schön deutsch.

● Nachdem Bodo Ramelow ihn ausgesprochen hat, geht der Gedanke nicht mehr weg: Wir brauchen eine neue Nationalhymne. »Ich würde mir wünschen, dass wir eine wirklich gemeinsame Nationalhymne hätten«, hat der Thüringer Ministerpräsident der »Rheinischen Post« verraten. Und bedauert: »Bisher hat dieser Wunsch leider immer nur für empörte Aufregung gesorgt.«

Zwar wurden die bundesdeutschen Hymnendebatten von 1952 und 1991 eher nüchtern brieflich zwischen Bundespräsidenten und Kanzlern geklärt, aber es stimmt ja: So ein wenig empörte Aufregung wäre



eine schöne Sache im ostdeutschen Landtagswahlkampf. Zumal die aktuelle Hymne unbestreitbare Akzeptanzprobleme hat. Manche wollen nicht mitsingen, was insbesondere jenen aufstößt, die gern die falsche Strophe schmettern.

»Vielleicht gibt es etwas ganz Neues, einen neuen Text, der so eingängig ist, dass sich alle damit identifizieren können und sagen: Das ist meins«, visioniert Ramelow. Da kommt einem gleich »Deutschland« in den Sinn, der neue Titel der Band Rammstein, zurzeit Deutschlands erfolgreichster Musikexport: »Deutschland, deine Liebe/Ist Fluch und Segen/Deutschland, meine Liebe/Kann ich dir nicht geben«. Bestimmt auch wieder nicht recht.

Vielleicht unterliegt Ramelow schlicht einem Missverständnis, wenn er seine Abneigung gegen das heutige Lied der Deutschen begründet: »Ich singe die dritte Strophe unserer Nationalhymne mit, aber ich kann das Bild der Naziaufmärsche von 1933 bis 1945 nicht ausblenden.« Ein seltsamer Linker, der nicht weiß: Genau so soll es doch sein.

Stefan Kuzmany

Moderne Technik steht jedem gut.



Der neue T-Cross. Auf jede Art besonders.

Passen innovative Technologien und stilvolles Auftreten zusammen? Der neue T-Cross beweist: ja. So versteht er sich zum Beispiel dank seiner Connectivity-Ausstattungen bestens mit Ihrem Smartphone. Und mit den praktischen optionalen Diensten von Volkswagen Connect und Car-Net „Guide & Inform“ erreichen Sie Ihre Ziele nicht nur schneller, sondern auch entspannter.



Volkswagen

Auslaufmodell Deutschland

Standort Verwöhnt und behäbig geworden von Jahren des Erfolgs, riskiert das Land, in die zweite Liga der Wirtschaftsnationen abzustiegen. Es fehlt an Innovationen und Mut zu Reformen, jetzt drohen die USA auch noch mit Zöllen gegen die deutsche Autoindustrie.

Wow, was waren das für Jahre! Ein zweites Wirtschaftswunder, eine goldene Dekade. Aufschwung, Aufschwung, Aufschwung. Deutschland, das war in den vergangenen Jahren: eine Wohlstandsmaschine. Nie zuvor gab es so viele Arbeitsplätze. Nie zuvor wurde so viel exportiert. Die Löhne stiegen und stiegen. Der Staat ertrank fast in seinen Steuereinnahmen. Ein blühendes Land, der schnurrende Motor Europas.

Vom Boom profitierten nicht nur ein paar Reiche. Das real verfügbare Einkommen der Deutschen ist seit Anfang der Neunzigerjahre um fast ein Fünftel gewachsen. Die Zahl der Arbeitslosen lag im April bei 2,2 Millionen – der niedrigste Wert für diesen Monat seit der Wiedervereinigung.

Es waren fette Jahre, tatsächlich.

Doch sie sind, wie es aussieht, bald vorbei. In den vergangenen Wochen jagte eine Alarmmeldung die nächste: Das deutsche Wachstum fiel zuletzt fast auf null, die Auftragslage der Industrie brach ein, die Gewinnwarnungen der Unternehmen kletterten auf einen neuen Höchststand. Und der Bundesfinanzminister stellt die Nation auf etwas ein, was sie kaum noch kennt: aufs Sparen.

Die Konjunktur trübt sich ein, wie das im Ökonomendeutsch so schön heißt. Das muss erst einmal nichts Schlimmes bedeuten. Auch nach einer Rezession, so hoffen viele Politiker, werde sich Deutschland schon berappeln, aufstehen und weiterrennen, so war es doch zuletzt immer, oder nicht?

Einerseits stimmt das. Andererseits kommt in diesen Tagen in fast jedem Gespräch mit Konzernchefs, Topmanagern

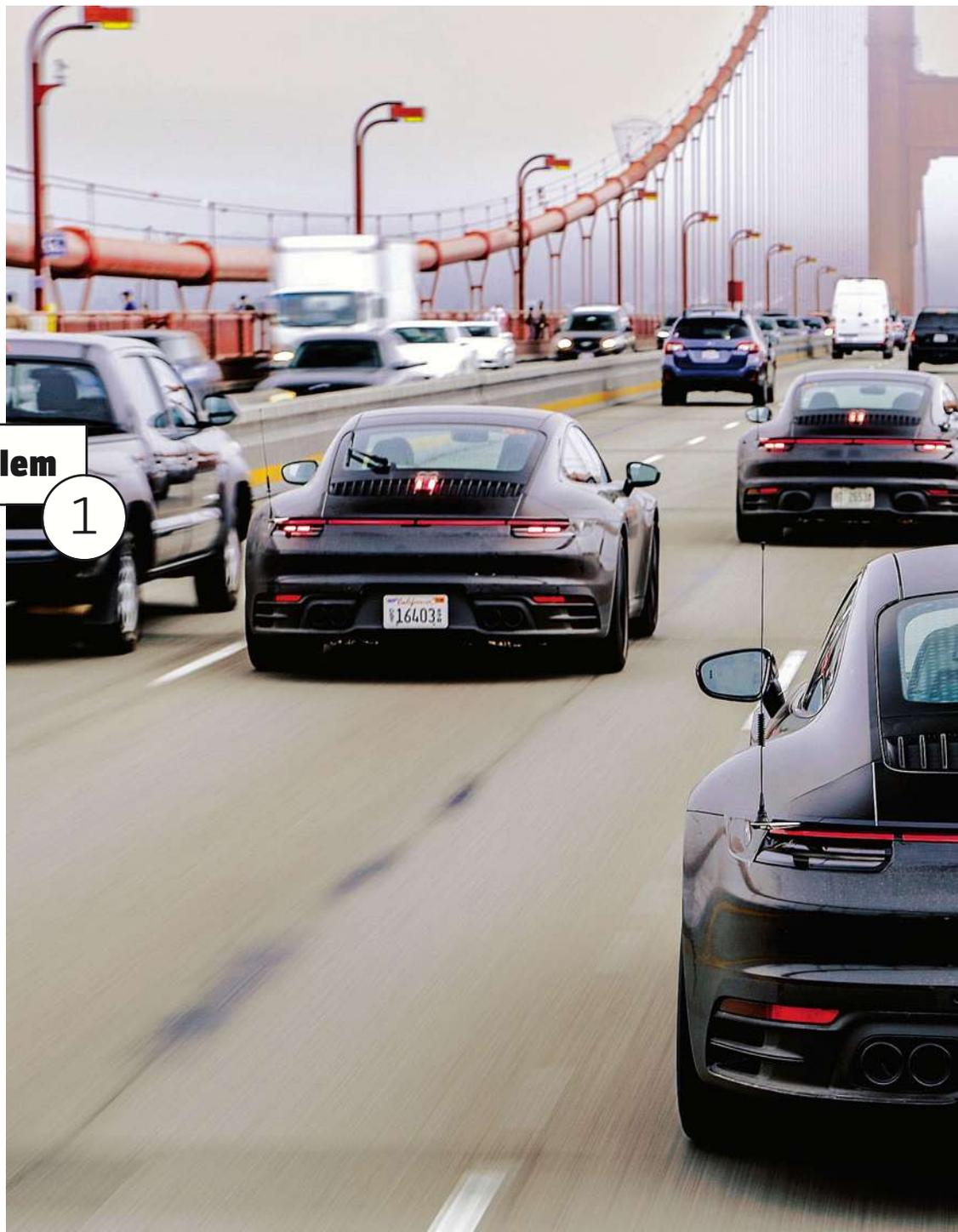
und Unternehmensstrategen früher oder später die gleiche besorgte Analyse: Wir Deutschen sind längst nicht mehr so gut, wie wir glauben, das deutsche Modell ist so nicht zukunftsfähig. Offen reden darüber die wenigsten, vor allem nicht die Ma-

nager der börsennotierten Konzerne, aber die Stimmung ist überall zu spüren: angespannte Nervosität, Sorge, nur selten Optimismus.

»Im Ausland wird ›Made in Germany‹ zunehmend entzaubert«, warnt Wolfgang

Problem

1



Reitzle, langjähriger BMW-Chef und heute Aufsichtsratschef des Industrieriesen Linde. »Zu vieles läuft verkehrt bei uns oder zu langsam, wir verlieren in wichtigen Zukunftsfeldern den Anschluss. Deutschland fällt zurück, und wenn wir uns jetzt nicht anstrengen, werden wir im Wettbewerb mit den USA, China und Korea kaum bestehen können.«

Ähnlich besorgt klingt der Chef des Bundesverbands der Industrie, Dieter Kempf: Deutschland habe zwar erfolgreiche Jahre hinter sich. »Doch das Umfeld wird rauer, die Konkurrenz härter. Es braucht einen selbstbewussten wirtschaftspolitischen Neustart, damit Deutschland seinen Platz in der Welt behauptet und wir das Wohlstandsniveau für die Zukunft sichern.«

Die Vorboten der Krise sind nicht zu übersehen. Fast alles, was einmal den Stolz der sogenannten Deutschland AG ausmachte, steckt knietief im Schlamassel. Volkswagen schlägt sich immer noch mit den Folgen der Dieselkrise herum. Der Bayer-Konzern, gerade noch das wertvollste deutsche Unternehmen, taumelt seit der Übernahme von Monsanto. Die Deutsche Bank ist nur noch ein Schatten ihrer selbst.

Kriselnde Unternehmen gab es immer, kriselnde Branchen auch. Dass aber so viele gleichzeitig abgestürzt sind, kann kein Zufall sein. Deutschlands traditionelle Wirtschaft hat sich zu lange auf ihr Erfolgsmodell der Vergangenheit verlassen – und die Zukunft vernachlässigt. Gleichzeitig wuchs nichts Neues nach. Die Liste der

größten börsennotierten Tech-Konzerne der Welt wird beherrscht von Unternehmen, die erst in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind, sie stammen aus den USA und aus China. Ein deutsches Unternehmen ist nicht dabei. Die erfolgreichste deutsche Gründung der Nachkriegszeit, SAP, findet sich erst auf Rang 18. Und auch die ist schon fast 50 Jahre alt.

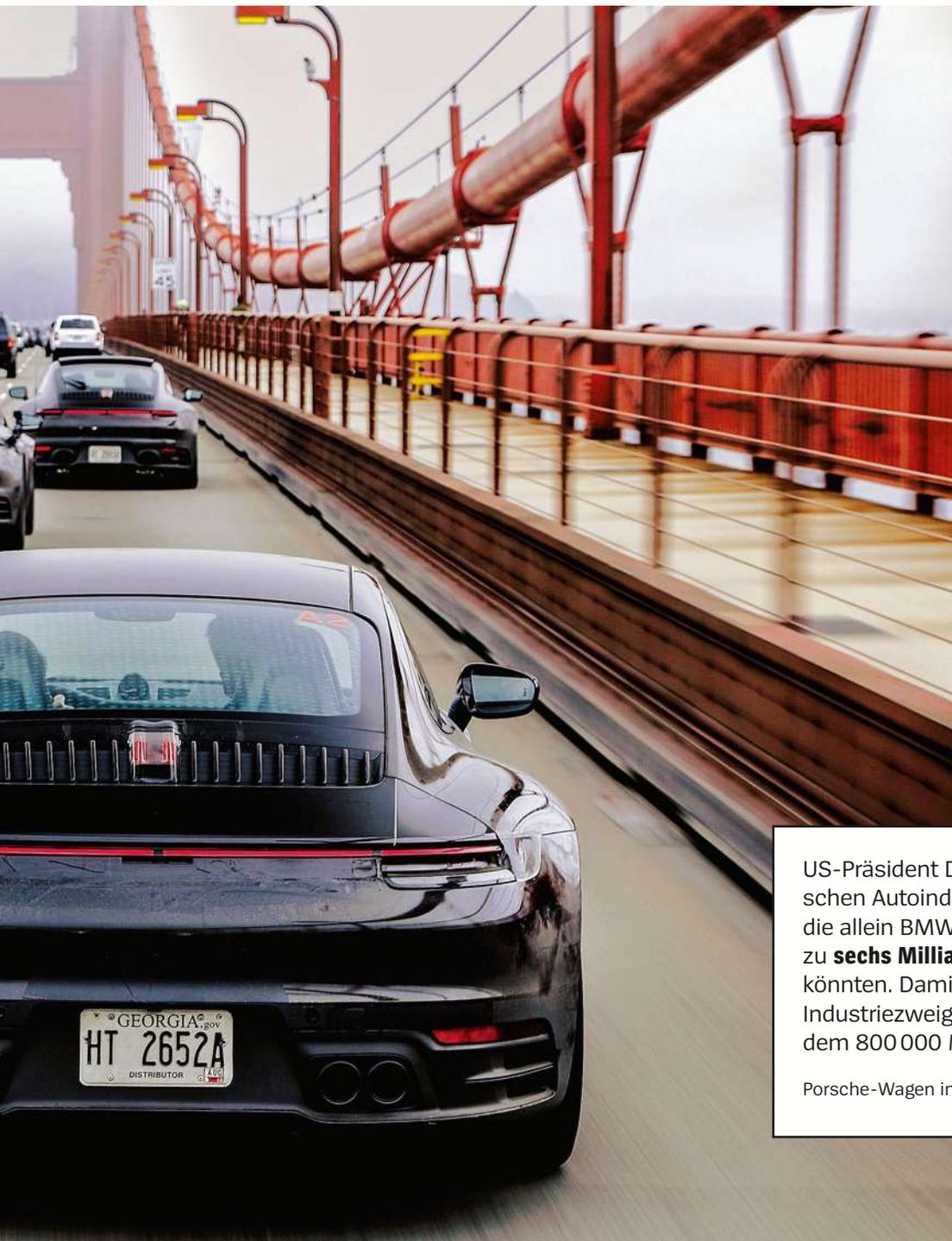
Das alles muss sich schnell ändern, sonst droht das Hochlohnland Deutschland zerquetscht zu werden zwischen den Übermächtigen China und den USA, die sich in den nächsten Jahren eine Schlacht um die ökonomische Vorherrschaft liefern werden. Das erste Opfer dieser Auseinandersetzung ist die Globalisierung, der Wachstumsmotor der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten.

Im Ausland hat man die deutsche Krise, den allmählichen Niedergang eines ökonomischen Superstars, längst im Blick. Der britische »Economist« sieht »das goldene Zeitalter« zu Ende gehen und warnt, es sei Zeit, sich um Deutschland zu sorgen. Das US-Wirtschaftsmagazin »Bloomberg Businessweek« widmete Deutschland vor wenigen Wochen eine deprimierende Titelgeschichte. Der deutsche »Nachkriegswohlstand droht zu enden, und niemand scheint vorbereitet, etwas dagegen zu tun«, schrieb das Magazin. Die Atmosphäre im Land fühle sich an »wie die letzten Tage einer Ära«. Und der Ökonom Ashoka Mody von der amerikanischen Elite-Universität Princeton, zuvor lange Europa-Direktor beim IWF, prophezeit der Wirtschaftsunion Deutschland den Abstieg in die zweite Liga.

In dieser Phase der Unsicherheit, in der die Konjunktur schwächelt und die Frage nach dem Erfolgsmodell der Exportnation grundsätzlich gestellt

US-Präsident Donald Trump hat der deutschen Autoindustrie **Strafzölle** angedroht, die allein BMW, Daimler und Volkswagen bis zu **sechs Milliarden Euro** im Jahr kosten könnten. Damit würde er den wichtigsten Industriezweig in Deutschland treffen, in dem 800 000 Menschen beschäftigt sind.

Porsche-Wagen in San Francisco



2

Problem



Die Liste der größten Konzerne wird beherrscht von Unternehmen aus China und den USA, die in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind. Deutschland dagegen hat nur wenige wirklich erfolgreiche Neugründungen vorzuweisen.

Amazon-Lagerhalle in New Jersey, USA

wird, droht der deutschen Wirtschaft ein Schlag von außen. Er zielt auf das Herz des Wohlstands: die Autoindustrie.

Ausgeführt würde er von Donald Trump. Der amerikanische Präsident hat sich seit dem ersten Tag seiner Amtszeit vorgenommen, neu zu definieren, wie die Weltwirtschaft funktioniert. Er will bestimmen, wie weit Globalisierung gehen darf, wer am Handel verdient, und schon lange scheint ihm die mächtige Exportnation Deutschland das perfekte Exempel, um die Kräfteverhältnisse neu zu sortieren.

Ein Strafzoll von 25 Prozent auf jedes eingeführte deutsche Auto, wenn Deutschland nicht so spurt, wie Trump es will, also weniger exportiert, mehr amerikanische Güter kauft und sich überhaupt schön klein macht. Diese Drohung hängt seit Monaten über dem wichtigsten Industriezweig des Landes, bis zum Ende der kommenden Woche soll der US-Präsident entscheiden, ob er sie wahr macht.

Die Folge wären Milliardenbußen für BMW, Daimler, VW. Und es wäre der letzte entscheidende Faktor für einen perfekten Sturm, der sich seit Monaten über der deutschen Wirtschaft zusammenbraut. Und Deutschland hat keine Wahl: Es muss reagieren. Es muss sich verändern. Vor al-

lem muss es begreifen, dass ein pures »Weiter so« nicht ausreicht, um den Wohlstand zu bewahren. Sonst wird das Wirtschaftswunder jäh enden – auf die fetten Jahre könnten dann viele magere folgen.

Der Angriff

Im äußersten Winkel South Carolinas, zwischen Kuhweiden und Schrottplätzen, ragt plötzlich ein weißer Koloss aus der Landschaft, die größte BMW-Fabrik der Welt.

Sie besteht aus fünf Hallen, bis zu 30 Meter hoch. Insgesamt sind es 4,5 Millionen Quadratmeter. Jahr für Jahr rollen hier mehr als 400 000 Autos vom Band, sie werden in 140 Länder exportiert. Ein Meisterstück der Globalisierung, made in Germany.

BMW baut das Werk gerade noch einmal aus, für 600 Millionen Dollar. Noch mehr SUV-Modelle vom X3 müssen her. Auch der neue X7 wird hier produziert.

Der deutsche Autobauer hat knapp drei Dutzend Fabriken über den Planeten verteilt. Alles wird global gedacht, nicht national, und das lohnte sich: Seit der Wiedervereinigung hat sich der Umsatz von BMW versiebenfacht. »Unser Geschäftsmodell basiert auf freiem Welthandel«, sagt BMW-Chef Harald Krüger.

Er hat eine besondere Beziehung zum amerikanischen Werk in Spartanburg. Krüger baute es Mitte der Neunzigerjahre als junger Ingenieur mit auf, eine Erfolgsgeschichte, bislang, für alle Seiten. BMW verkauft heute viermal so viele Autos in den USA wie damals. Und South Carolina hat einen erstaunlichen Wirtschaftsboom erlebt.

80 deutsche Autozulieferer haben sich angesiedelt, Zehntausende Jobs entstanden. Als das Werk öffnete, bewarben sich 60 000 Menschen auf die ersten paar Hundert Jobs.

Drüben in Greenville, dem nächsten größeren Ort nahe der Fabrik, lieferten sich Gangs in den Neunzigerjahren noch Schießereien, nun stehen dort reihenweise neue Luxushotels, Restaurants säumen die sanierte Innenstadt. »Wir haben diese Gegend zu dem gemacht, was sie heute ist«, sagt Knudt Flor, der Fabrikchef.

Es ist also kaum zu begreifen, warum der amerikanische Präsident die europäischen Autohersteller als »nationale Bedrohung« der USA einstufen konnte, wie er es im Februar tatsächlich tat, um mögliche Zölle zu rechtfertigen.

Würden die Strafzölle Realität, wären davon auch alle Vorprodukte betroffen,

die hier in Spartanburg zusammengebaut werden. Die Folgen wären dramatisch. BMW würde einen Teil der Produktion in andere Fabriken außerhalb der USA verlagern, um wenigstens einen Teil seiner Wettbewerbsfähigkeit zu retten. Schichten müssten gestrichen werden. Arbeitsplätze würden abgebaut im großen Stil. Ergibt das irgendeinen Sinn?

Robert Hitt, Wirtschaftsminister von South Carolina, ein Republikaner, versucht, die Sache zu erklären. Er will sie in einen größeren Zusammenhang stellen. »Ich glaube, jeder weiß, dass es eigentlich um einen größeren Kampf geht, der hier ausgefochten wird«, sagt er. Und welchen Kampf meint er? »Wie sich die traditionellen westlichen Volkswirtschaften gegen die chinesische Wirtschaft aufstellen.«

Die USA, so geht Trumps Logik, wollen schlicht nicht länger hinnehmen, dass Länder wie China – oder eben Deutschland – vom Konsumhunger der Amerikaner nach Autos oder Waschmaschinen profitieren.

Hitt, ein großer, schwerer Mann mit goldenem Siegelring und weißem Vollbart, sagt trotzdem das komplette Gegenteil: »Wir sind klar gegen Strafzölle.« Der Gouverneur habe »eine enge Beziehung zum Präsidenten und hat ihm das auch sehr deutlich gesagt«.

Die Regierung in South Carolina steht Trump sehr nahe. Zum einen weil die Südstaaten traditionell tief republikanisch sind, aber auch weil Gouverneur Henry McMaster von Beginn an zu den glühendsten Unterstützern des Präsidenten zählte.

South Carolina war bis vor 30 Jahren landwirtschaftlich geprägt. Heute ist der Staat der größte Reifenexporteur der USA. South Carolina unterhält eine eigene ständige Vertretung in München. Jedes Jahr fließen Milliardeninvestitionen aus dem Ausland in den einst verarmten Staat. All das würde durch Strafzölle für die deutsche Industrie gefährdet.

Doch die zu erwartenden Schäden in der Heimat halten Trump nicht davon ab, mit einem Handelskrieg zumindest zu spielen. Vielleicht halten sie ihn am Ende auch nicht davon ab, ihn anzuzetteln. Denn ihm wird nicht verborgen geblieben sein, dass die deutsche Autoindustrie gerade verwundbar ist. BMW schockierte seine Anleger in dieser Woche mit roten Zahlen, zum ersten Mal seit zehn Jahren.

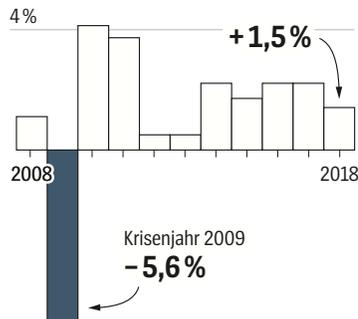
Ein Zoll von 25 Prozent wäre schon zu normalen Zeiten ein harter Angriff. In der angespannten Situation, in der sich die Branche befindet, könnte es die Konzerne ins Taumeln bringen. BMW, Daimler und VW würden dann ungefähr 650 000 Autos pro Jahr weniger verkaufen, prognostiziert das Londoner Analysehaus Evercore ISI. Gesamtschaden für die drei großen deutschen Autokonzerne: gut sechs Milliarden Euro jährlich.

Goldene Dekade

Wie sich Deutschlands Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat

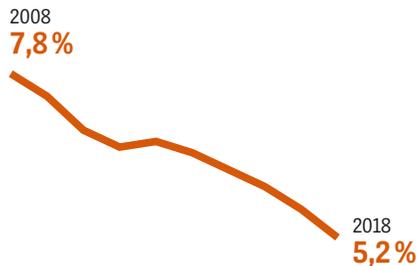
Wirtschaftswachstum

Veränderung zum Vorjahr, preisbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitslosigkeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

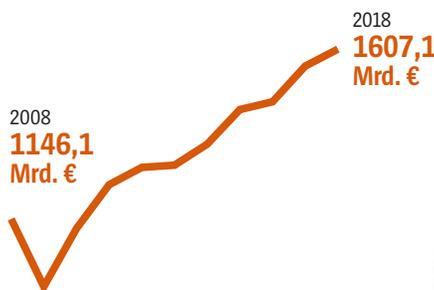
Steuereinnahmen

von Bund, Ländern und Gemeinden sowie aus EU-Eigenmitteln*



* z. B. Zölle; Quelle: BMF

Güter- und Dienstleistungsexporte



Quelle: WTO

Nun rächt sich, dass sich Deutschlands Ökonomie so extrem abhängig von der Autoindustrie gemacht hat. Bundesweit arbeiten mehr als 800 000 Menschen für einen Autohersteller oder Zulieferer. Manche Region in Deutschland wäre ohne die Fahrzeugbranche kaum überlebensfähig.

Ein Großteil des Aufschwungs der vergangenen zehn Jahre ist BMW, Daimler, VW und deren Zulieferern zu verdanken. Zwischen 2007 und 2017 trug die Autoindustrie 60 Prozent zum Wachstum der 50 größten Unternehmen bei, ergab eine Studie der Beratungsfirma Accenture. Die großen Auto- und Zulieferfirmen erwirtschafteten zuletzt rund 700 Milliarden Euro, viel mehr als jeder andere Industriezweig. Das Urteil der Studienautoren: Die deutsche Wirtschaft hänge »an der Nabelschnur der Autoindustrie«.

Schwächeln die Autokonzerne, geht es ganz Deutschland schlecht. Und das tun sie in der Tat, auch ohne Trump.

Viel zu lange scheuten BMW, Daimler und VW den konsequenten Umstieg auf alternative Antriebe. Denn dafür hätten sie frühzeitig Milliarden investieren müssen – in teure Elektroautos, die in den ersten Jahren wohl nur Verluste abgeworfen hätten. Technische Vorstöße blieben die Ausnahme: BMW brachte 2013 den Elektro-Kleinwagen i3 auf den Markt, doch die hohen Anlaufkosten bremsten den Mut der Münchner. Sie konzentrierten sich wieder auf Benzin- und Dieselmotoren, die kurzfristig sichere Gewinne versprochen.

Längst hat die Konkurrenz die einstigen Vorreiter technisch überholt. Toyota ist führend bei Hybridantrieben, Tesla bei Elektroautos. In den Top zehn der weltweit meistverkauften E-Fahrzeuge findet sich derzeit keine einzige deutsche Marke. Auch im neu entstehenden Milliardenmarkt für Mobilitätsdienstleistungen spielen BMW & Co. bislang nur eine Nebenrolle (SPIEGEL 19/2019).

Der lange versäumte Strukturwandel wird nun zum Risiko für die Beschäftigten. Setzt sich die E-Mobilität durch, werden in den kommenden Jahren wohl ganze Werke für Motoren, Getriebe oder Einspritzsysteme wegfallen. Die IG Metall geht davon aus, dass bis 2030 jeder sechste Job in der Autoindustrie bedroht ist – insgesamt rund 150 000. Und das ist noch das positive Szenario. Es setzt voraus, dass die deutsche Autoindustrie ihre weltweite Führungsrolle verteidigen kann. Die Chance dafür schätzt selbst VW-Boss Herbert Diess auf gerade mal 50 Prozent. »So eine Industrie kann schneller abstürzen, als viele glauben wollen«, sagte Diess in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung«.

Große Teile der künftigen Wertschöpfung sind bereits abgewandert. Die Batterietechnik für Elektroautos zum Beispiel wird längst in China und Südkorea

produziert. »Wenn wir so weitermachen, verspielen wir die Zukunft des Industriestandorts Deutschland«, warnt BMW-Betriebsratschef Manfred Schoch.

Die Autoindustrie, allen voran VW, scheint geradezu ein Symbol dafür zu sein, was schief läuft in der deutschen Wirtschaft: Sie war jahrelang zu erfolgsverwöhnt, zu arrogant, zu unbeweglich, eben weil es zu lange zu gut lief.

Der Abstieg

Was Deutschland droht, lässt sich an einem ehemaligen Wirtschaftschampion ablesen, der lange als unschlagbar galt: Japan. Bis in die Neunzigerjahre schwamm das Land auf einer nicht enden wollenden Wachstumswelle, japanische Konzerne wie Sony und Toshiba dominierten die Welt. Seither ist Japan in einer seit 20 Jahren anhaltenden Stagnation versunken, viele seiner Weltkonzerne verschwanden in zweiter, dann dritter Reihe.

Ökonomischen Erfolg gibt es nicht im Abo. Zumindest das hätte Deutschland aus dem warnenden Beispiel Japan lernen können. Doch die Deutschen lernten nicht. Autos braucht man immer, hieß die Devise – und dass die selbstfahrend oder elektrisch sein könnten, fanden die Manager in den deutschen Vorstandsetagen bis vor Kurzem noch eine eher lachhafte Idee. An China verdienten sie gut, aber über chinesische Unternehmen machten sie sich gern lustig, weil die angeblich kopieren, aber nichts Eigenes entwickeln können.

Während die Deutschen sich auf ihrem Erfolg ausruhten, monopolisierten die amerikanischen Tech-Riesen wie Google und Amazon die erste Welle der Digitalisierung. Und als die Deutschen allmählich aufwachten, hatten sich die Chinesen längst aufgemacht, die zweite Welle zu übernehmen.

Fast aus dem Nichts hat China in den vergangenen Jahren eine neue Technologie-Industrie aus dem Boden gestampft. Die Entwicklung funktioniert fast immer nach dem gleichen Muster: Hunderte Entwickler werden auf neue Projekte geworfen, mit ehrgeizigen Zeitplänen und oft reichlich finanzieller Schützenhilfe vom Staat. Deswegen kommt die weltbeste Smartphone-Technologie heute aus Shenzhen, sitzt der kundenreichste E-Commerce-Händler in Hangzhou, der global führende Drohnenhersteller in Guangdong.

Deutsche Firmen dagegen sind in nahezu allen zentralen Zukunftsbranchen mittlerweile abgeschlagen: Software, Biotechnologie, intelligente Maschinen.

»Wir haben ein Betulichkeitsproblem in Deutschland«, sagt Professor Dietmar Harhoff. Er leitete ab 2007 bis vor wenigen Wochen die von der Bundesregierung eingerichtete Expertenkommission Forschung und Innovation. Und sein Urteil ist alarmierend.

Unsichere Aussichten

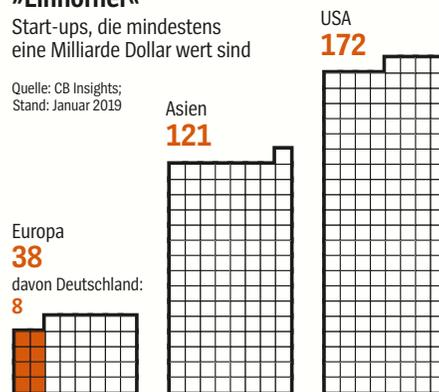
Wie Deutschland in wichtigen Zukunftsfeldern aufgestellt ist



»Einhörner«

Start-ups, die mindestens eine Milliarde Dollar wert sind

Quelle: CB Insights; Stand: Januar 2019



Techkonzerne

Marktkapitalisierung in Mrd. Dollar

1. Microsoft	USA	962
2. Amazon	USA	944
3. Apple	USA	934
4. Alphabet/Google	USA	812
5. Facebook	USA	542
6. Tencent	China	467
7. Alibaba	China	466
8. Samsung	Südkorea	251
9. Cisco	USA	235
10. Verizon	USA	233
...		
18. SAP	Deutschland	154

Quelle: Thomson Reuters Datastream; Stand: 8. Mai

Deutschland mangle es an ausreichend vielen schnellen, beweglichen Start-ups, sagt der Wissenschaftler. Zwar gebe es viele kleine und mittlere Unternehmen »mit hoher Spezialisierung, die sich so tief in einzelnen Nischen etabliert haben wie in kaum einer anderen Volkswirtschaft«. Aber diese Detailbesessenheit sei auch ein Problem. Wann immer technologische Umbrüche passierten, »können all die Hidden Champions auch keine Wunder vollbringen, weil ihre Spezialisierung vor allem darauf beruht, dass sie weiter machen, was sie schon immer erfolgreich gemacht haben, nur noch einen Tick besser«.

Amerika und China erobern die Welt. Deutschland frickelt rum. Und selbst das nicht mehr so erfolgreich wie früher. Lange war Deutschland bei Patenten weltweit unter den Top drei, heute reichen chinesische Unternehmen siebenmal so viele Patente ein wie deutsche. Bei Patenten zur künstlichen Intelligenz haben chinesische Firmen die deutsche Industrie weit hinter sich gelassen. Die Folgen werden nicht lange auf sich warten lassen: Wenn künftig vollautomatisierte Fabriken voller kluger Maschinen in Shenzhen statt in Schwaben entstehen, erschüttert das den deutschen Mittelstand.

Es ist eine seltsame Schubumkehr, die da im deutsch-chinesischen Verhältnis zu beobachten ist – und die für die deutsche Wirtschaft mindestens so bedrohlich ist wie die trumpschen Zolllideen.

Deutschland war lange Chinas Vorbild, ein Symbol für Weitblick und Effizienz. Chinesische Manager, man kann das kaum anders sagen, stalkten die deutsche Industrie, immer auf dem Sprung, Innovationen abzugreifen. Der Begriff »Industrie 4.0«, der die digitale Vernetzung der Produktion beschreibt, hatte sich in Schwaben kaum herumgesprochen, da zogen schon die ersten chinesischen Delegationen durch das Stuttgarter Umland, um herauszufinden, was es damit auf sich hat.

Doch der Reisetromm hat sich in den vergangenen Jahren umgekehrt. Nun fliegen deutsche Manager nach China, und egal mit welchem Unternehmensstrategen man in diesen Tagen spricht, alle sind gleichermaßen entgeistert und besorgt: mit welchem Tempo dort entwickelt wird, neue Unternehmen entstehen, Branchen aufgebaut werden.

Umgekehrt gilt Deutschland den Chinesen vor allem als Konkurrenz. Als missgünstige noch dazu. »Deutschland muss sich an Chinas Aufstieg noch gewöhnen«, kommentierte etwa das Peking Centralblatt »Global Times«. Die Deutschen hätten wohl nicht verwunden, dass die chinesische Wirtschaft inzwischen deutlich größer sei – und litt unter einem »Überlegenheitskomplex«.



Problem

3

Ein böses Wort. Aber ist es so falsch?

Man muss sich nur einmal die Pläne der Bundesregierung zur künstlichen Intelligenz ansehen. Es hat ewig gedauert, bis es überhaupt welche gab. Und dann stellte Berlin im vergangenen Herbst eine »Strategie« vor, die von Harhoff und seiner Expertenkommission zerpfückt wurde: Zu »vage« sei das Konzept, es bestehe »erheblicher Weiterentwicklungsbedarf«.

Man kann diese Behäbigkeit nicht anders erklären als mit der deutschen Grundüberzeugung, eine Aufholjagd nicht nötig zu haben.

Welch ein Irrtum! Deutschland könnte dank künstlicher Intelligenz in zehn Jahren sein Inlandsprodukt um 400 Milliarden Euro steigern, so Harhoffs Expertenkommission. Wenn man es denn richtig mache, konsequent und schnell. Beides passiert eher nicht.

Immerhin: Im Vergleich zum vergangenen Jahrzehnt werden in Deutschland rund 16 Milliarden Euro mehr pro Jahr in

Neue Konkurrenten aus China haben, gemessen an Patentanträgen, die besten Zukunftsaussichten. Sie gelten zum Beispiel als führend bei der künstlichen Intelligenz – und könnten so die deutschen Maschinenbauer weit hinter sich lassen.

Alibaba-Chef Jack Ma

Forschung und Entwicklung investiert. Dennoch, sagt Harhoff, sei nicht zu übersehen, dass schon die vergangenen Jahrzehnte überhaupt nur so gut gelaufen seien, weil »immer wieder glückliche Umstände zusammenkamen«. Vor allem der chinesische Hunger nach deutschen Maschinen und Produkten, der die deutsche Industrie über Jahrzehnte prächtig versorgte. Aber der scheint gestillt, denn die Chinesen bauen nun lieber eigene Technologieführer. Und wenn irgendwann einmal der afrikanische Kontinent industriell erschlossen wird – dann von ihnen.

Das Rückgrat

Selbstbewusste Chinesen, amerikanische Zölle – man muss schon ein wenig suchen, um ein Unternehmen zu finden, das mit beidem bereits gut zurechtkommt. Und landet bei einem sehr zerbrechlichen Gewerbe.

Der Ort heißt Zwiesel, die Firma auch. 14 Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt, mitten im Bayerischen Wald, zwischen Karateschule und Kirche, fertigt das Unternehmen die wohl besten Kristallgläser der Welt.

Die Firma ist einer jener vielen Hidden Champions, die die globale Strahlkraft des deutschen Mittelstands ausmachen. Ob Deutschland die Umbrüche der kommenden Jahrzehnte erfolgreich übersteht, hängt wesentlich auch davon ab, ob diese Firmen schnell genug reagieren, ob sie bereit sind, sich anzupassen.

74 Millionen Gläser laufen hier jedes Jahr vom Band, Schmelztiegel, Feuerpolitur, Nahtverschmelzung rund um die Uhr im Sekundentakt, drei rauchende Schlote, 900 Mitarbeiter.

Ein 600 Jahre altes Produkt als Beispiel für die Innovationskraft von »Made in Germany«? »Natürlich«, sagt Vorstand Andreas Buske, ein agiler 50-Jähriger mit tiefem Vertrauen in die einzigartige Position seines Unternehmens, die auch ein Donald Trump nicht erschüttern kann. Die Firma hat eine Lasertechnik entwickelt, mit der die Mundränder der Gläser noch feiner und dünner werden, aber trotzdem nicht brechen. Viele Gläser aus

Zwiesel gehen inzwischen in die USA, trotz des amerikanischen Einfuhrzolls von teils 20 Prozent. »Das hindert uns auch nicht daran, dort zweistellig zu wachsen«, sagt Buske.

Zwiesel war schon einmal fast tot, im vergangenen Jahrzehnt, fast erstickt an der eigenen Langsamkeit: einfach immer weiter wie bisher, hier und da mal eine kleine Verbesserung, das hatte jahrzehntelang schließlich wunderbar funktioniert. Das Problem ist: Gerade die Beharrlichkeit war lange die

Basis für den Erfolg des deutschen Mittelstands. Hidden Champion wird man nur, wenn man ein Produkt fürchterlich akribisch und über lange Zeit ständig weiterdreht. Das machte »Made in Germany« so gut.

Nur: Wie soll das gut gehen, wenn alles rasend viel schneller gehen muss, weil die Technologie so voranmarschiert, weil Koreaner, Chinesen, Amerikaner laufend neue Ideen auf den Markt schmeißen? »Kaum eine Industrie kann ihren Know-how-Vorsprung noch über Jahre halten. Die Zeiten sind vorbei«, sagt Buske.

Zwiesel hat das früher erkannt als einige andere. Buske sagt: »Die Innovationsgeschwindigkeit muss massiv zunehmen.« Er selbst kam zu Zwiesel, als die Firma auf den Abgrund zumarschierte, überladen mit Produkten, die nicht mehr gut genug waren, weil auch Chinesen und Amerikaner längst vernünftige Gläser her-

stellten. Buske straffte das Sortiment, entwickelte mit der Universität Erlangen-Nürnberg neue Fertigungstechnologien, erhöhte das Tempo. Neue Produktlinien müssen nun jährlich kommen.

Und mehr noch: In dem gut 140 Jahre alten Betrieb wird Innovation jetzt nicht mehr als technische Produktverbesserung, sondern als Problemlösung für den Kunden begriffen. Was bringe es denn, wenn man das hochwertigste Weinglas der Welt entwickle, es aber beim Spülen breche, sagt Buske. »Wir müssen so denken, wie es Amazon vormacht, schon vorher zu wissen, was der Kunde morgen möchte.«

Mundgeblasene Zwiesel-Gläser kosten schon mal 50 Euro pro Stück, sind dafür aber in vielen der besten Hotels und Restaurants der Welt zu finden. Und in immer mehr chinesischen Haushalten. »Die Chinesen entdecken das Weintrinken erst, dennoch stellt China bereits heute einen sehr großen Absatzmarkt dar«, rechnet Buske vor. Für die deutschen Maschinenbauer mag der chinesische Markt weitgehend gesättigt sein – für die Hersteller hochwertiger Konsumprodukte noch lange nicht. Der private Wohlstand der Chinesen wächst, der Konsumentenmarkt des Landes wird jedes Jahr um etliche Millionen Menschen größer.

Buske ist sicher, dass viele Mittelständler den Schuss gehört haben, bereit sind, schneller zu werden. »Das hat die deutsche Wirtschaft immer hinbekommen: wenn der Kittel brennt, richtig Gas zu geben.«

Eine Abkehr vom deutschen Exportmodell hält er für abwegig. »Wir können ja gar nicht anders«, sagt Buske. Die Exportquote von Zwiesel Kristallglas liegt bei 65 Prozent, bei vielen anderen deutschen Mittelständlern ist es ähnlich. Sich auf Europa zu konzentrieren hieße: »Schrumpfen, und damit aber auch für alle Deutschen den Wohlstand erheblich einschränken.«

Die Grundlage

Eine entscheidende Frage, die viel zu selten gestellt wird, ist diese: Was ist eigentlich aus den Gewinnen der Unternehmen und den Steuereinnahmen des Staates in all diesen Boomjahren geworden? Hat man sie genutzt, um die Basis für künftiges Wachstum zu schaffen?

Die Antwort fällt negativ aus. Die Unternehmen haben neue Fabriken oder Produktionsstraßen in den vergangenen Jahren vor allem im Ausland errichtet. Und die Regierung hat die Milliarden und Abermilliarden, die ihr die Wunderkonjunktur in die Kassen gespült hat, weitgehend für Klientelpolitik ausgegeben. Mütterrente, Baukindergeld, solche Sachen. Die öffentliche Infrastruktur dagegen verfällt.

Deutschland, so lautet das Urteil der Industrieländer-Organisation OECD, steckt zu wenig Geld in seine Zukunft.

Darin stimmen auch die beiden Wirtschaftsexperten Daniel Stelter und Peter Bofinger überein, die ansonsten über vieles streiten – zum Beispiel über die Frage, wie reich die Deutschen wirklich sind (siehe Seite 18). Einig sind sie sich in der Klage, dass Unternehmen und Staat zu wenig im Inland ausgeben.

Ihr Urteil deckt sich mit den Erkenntnissen Marcel Fratzschers, des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Der Ökonom hatte mit einer 20-köpfigen Expertengruppe ein Reformkonzept vorgelegt, um die Investitionen im Land zu steigern.

Gut zwei Jahre später fällt sein Urteil »enttäuschend« aus. Beim Aufbau moderner Strom- und Kommunikationsnetze sei Deutschland weit hinter vergleichbare Industrieländer zurückgefallen. Die Kommunen investieren nicht einmal genug Geld, um die Qualität von Straßen oder Brücken auf dem heutigen Niveau zu halten. »Der Staat lebt von der Substanz«, sagt Fratzscher.

Zudem haben es die vier Merkel-Kabinette versäumt, für einen wirtschaftlichen Aufbruch in Europa zu sorgen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) propagiert zwar eine »neue Industriestrategie«. Doch wenn es um Fusionen auf dem überbesetzten Bankenmarkt geht, redet er einer rein deutschen Lösung aus Commerzbank und Deutscher Bank das Wort – und die geht auch noch schief.

In vielen Zukunftsfeldern existiert nicht einmal ein europäischer Binnenmarkt. Digitalwirtschaft, Finanzdienstleistungen, Gentechnik: Überall bestehen nationale Regelungen, die es den Unternehmen in Deutschland und den Nachbarländern unmöglich machen, einheitliche europaweite Geschäftsmodelle aufzubauen. »In vielen Branchen können die europäischen Unternehmen deshalb nicht die nötige Größe und Schlagkraft entwickeln, um mit der Konkurrenz aus China oder den USA mithalten zu können«, sagt Fratzscher.

»Wir brauchen dringend eine neue Diskussion über Industriepolitik«, sagt auch Innovationsberater Harhoff. In Ländern wie Schweden oder Finnland seien staatliche Innovationsagenturen unterwegs, damit nicht mehr jede gute Idee endlos durch die Ministerien gewälzt werden müsse. »Unsere Politik hat das noch nicht richtig begriffen«, sagt Harhoff.

Tatsächlich ist Industriepolitik ein Minenfeld. Das musste Altmaier erfahren, als er vor ein paar Wochen seine Industriestrategie vorstellte. Deren Tenor: Der Staat solle selbst in die Wirtschaft eingreifen, direkt, als Investor und Unternehmer. Indem

4

Problem

er zum Beispiel ein »neues Airbus für die Batteriezellproduktion« schaffe, weil die Wirtschaft die großen Umwandlungsprozesse ja nicht allein bewältigen könne.

Doch funktioniert hat es bislang eigentlich nie, wenn der Staat sich anmaßte zu wissen, welche Technologien in Zukunft relevant sind und welche Unternehmen eine Schlüsselrolle einnehmen sollen. Er ist wahnsinnig schlecht darin, gute Vorgaben zu machen.

Beispiele verfehlter deutscher Industriepolitik gibt es zuhauf, von der versuchten Rettung des Baukonzerns Philipp Holzmann, der schließlich doch pleiteging, über die Präferenz für eine Technologie wie den Schnellen Brüter, der nie zum Einsatz kam. Bis hin zum krampfhaften Festhalten am Steinkohlebergbau, der 200 Milliarden Euro verschlang.

Was also kann der Staat künftig besser machen?

Er müsse, sagt Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft, ein Umfeld schaffen, »in dem die Industrie sich gut entwickeln kann«, sie also innovativer und wettbewerbsfähiger wird.



Den wirtschaftlichen Aufbruch hat die deutsche Regierung über Jahre hinweg verpasst. Statt konsequent in Zukunftsfelder wie moderne Stromnetze oder Digitalisierung zu investieren, steckte sie lieber insgesamt **200 Milliarden Euro** in den Steinkohlebergbau.

Minister Altmaier bei Innovationskonferenz DLD

In Dresden etwa ist das besonders gut gelungen. Dort ist ein Technologiecluster entstanden, an dem sich Dutzende Firmen und Forschungslabore mit Schwerpunkt »Mikroelektronik« konzentrieren; die Politik hat geholfen, in der Landeshauptstadt gleich mehrere Fraunhofer-, Max-Planck- und Leibniz-Institute anzusiedeln. Schon zu DDR-Zeiten wurden in Dresden Speicher-elemente hergestellt. Heute stammt jeder zweite Chip, der in Europa hergestellt wird, aus Sachsen.

Der Essener Ökonom Christoph Schmidt, Chef der fünf Wirtschaftsweisen, betrachtet Industriepolitik als eine Art Entdeckungsprozess: Die Förderung sollte möglichst technologieoffen sein, zeitlich klar begrenzt und kritisch begleitet werden. Und, so Schmidt, »gegebenenfalls konsequent eingestellt« werden.

Das Zukunftsmodell

Ein Modell für die deutsche Exportnation 2.0 bildet vielleicht ausgerechnet ein Konzern, der für die alte deutsche Wirtschafts-

macht steht wie kaum ein zweiter. Siemens, seit mehr als hundert Jahren eine globale Industriegröße.

In dieser Woche baute Siemens-Chef Joe Kaeser seinen Konzern mal wieder um, ohne Rücksicht auf die Vergangenheit. Ausgerechnet das langjährige Kerngeschäft, die Kraftwerkssparte, wird ausgelagert, weil sie nicht mehr passend erscheint.

Kaeser hat die Wandlungsfähigkeit des Konzerns zum Prinzip gemacht, auch die Geschwindigkeit. »Das braucht man zum Überleben«, sagt er. Als Beleg führt er gern ein Beispiel aus der Tierwelt an, die Dinosaurier. Die seien auch groß gewesen und trotzdem ausgestorben. Nicht »Breite und Größe« entschieden, wer überlebe, sondern die Fähigkeit, sich immer neuen Lebensbedingungen anzupassen.

Siemens hat sich derart oft gehäutet, dass der Konzern kaum noch wiederzuerkennen ist. Noch vor zwei Jahrzehnten

war Siemens ein gigantischer Gemischtwarenladen: Kraftwerke, Züge, Telefonnetze, Klapphandys und Halbleiter, Staubsauger und Waschmaschinen. Kaum etwas, das es bei Siemens nicht gab.

Dann begann der Aus- und Abverkauf. Die Chipsparte kam unter dem Namen Infineon an die Börse. Der glücklose Mobilfunkabnehmer wurde an den taiwanischen Wettbewerber BenQ abgegeben, der ihn wenig später in die Insolvenz schickte. Selbst die Telekom-Ausrüstungssparte, eine der Wurzeln des 171 Jahre alten Unternehmens, wurde abgestoßen, weil das Siemens-Management den Wandel zur Internettelefonie verschlafen hatte.

Zugleich wurde munter zugekauft, abgestoßen, integriert und geteilt. Aus dem einstigen Multi soll ein Spezialist für Industrieautomatisierung und digitale Fertigungsmethoden werden. Schon heute beschäftigt Siemens rund 30 000 Softwareingenieure und gehört damit zu den zehn größten Softwarefirmen weltweit. Was seine Vorgänger eher hingestolpert haben, will Kaeser in Strategie verwandeln.

In den vergangenen zehn Jahren hat Siemens allein in den USA für rund zehn Milliarden Euro Technologiefirmen erworben. Kaesers Ziel: Er will die Standards in der Automatisierung von Fabriken setzen.

Die passende Plattform, »Mindsphere«, die Menschen und Maschinen vernetzt, hat der Konzern selbst entwickelt. Immer mehr Unternehmen, Kunden von Siemens, docken dort an. Überall auf dem Planeten.

Siemens sieht sich unter Kaeser ohnehin nicht mehr als überwiegend deutsches Unternehmen. In Zukunft werde es zunehmend

darauf ankommen, nicht mehr als ausländischer Warenverkäufer aufzutreten, sondern sich in die Wirtschaft vor Ort zu integrieren, sagt Kaesers Strategiechef Horst Kayser. Ob ein Werk in Deutschland, China oder den USA stehe, sei dann zweitrangig. Künftig müssten die Unternehmen überall beweisen, dass sie vor Ort nützlich seien und sich um das Gemeinwesen verdient machten.

Ein Modell für die Exportnation 2.0, das am Ende vielleicht sogar Donald Trump zufriedenstellen könnte.

Dinah Deckstein, Simon Hage, Alexander Jung, Michael Sauga, Thomas Schulz, Gerald Traufetter, Bernhard Zand
Mail: thomas.schulz@spiegel.de

Video
Trump vs. Mercedes

[spiegel.de/
sp202019/wirtschaftswunder](https://www.spiegel.de/sp202019/wirtschaftswunder)
oder in der App DER SPIEGEL



»Wir sind ärmer, als wir meinen«

»Sie erzeugen vor allem Panik«

SPIEGEL-Streitgespräch Wie reich ist Deutschland wirklich? Wie lange hält der Boom? Was hat die Zuwanderung der Wirtschaft gebracht? Die Ökonomen Daniel Stelter und Peter Bofinger streiten über große Fragen.

Stelter, 54, war lange Berater bei der Boston Consulting Group. In seinem jüngsten Buch »Das Märchen vom reichen Land« zeichnet er ein trübes Bild von Deutschland. Das thesenstarke Werk trifft auf Widerspruch von Bofinger, 64. Der streitbare Ökonom war bis vor Kurzem Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung und ist Wirtschaftsprofessor an der Universität Würzburg.

SPIEGEL: Herr Stelter, wie finden Sie den Satz: »Deutschland ist offensichtlicher Gewinner des Weltmarkts und des Euro«?

Stelter: Ich würde eher von einer Scheinblüte sprechen. Es stimmt, dass Deutschland in den vergangenen Jahren einen Exportboom erlebt hat. Aber davon haben vor allem die exportorientierten Unternehmen und ihre Aktionäre profitiert. Die Löhne der Beschäftigten sind nur in geringem Umfang gestiegen. Ich sehe keinen großen Gewinner, sondern eine große Illusion.

SPIEGEL: Herr Bofinger, der Satz stammt von Ihnen. Stehen Sie noch dazu?

Bofinger: Allerdings. Kein anderes Land hat so von der Globalisierung profitiert. Deutschland hat seinen Exportanteil nahezu verdoppelt, auf rund 40 Prozent. Wir hatten nie zuvor so viele Beschäftigte, eine so niedrige Arbeitslosenquote und so viele offene Stellen wie jetzt. Seit 2011 sind zudem überwiegend sozialversicherte Vollzeitarbeitsplätze entstanden und nicht nur Minijobs oder Teilzeitstellen. Unter dem Strich heißt das: Wir stehen als Volkswirtschaft gut da.

SPIEGEL: Wirtschaftsminister Peter Altmaier spricht sogar vom längsten Aufschwung der Nachkriegsgeschichte. Sie, Herr Stelter, behaupten dagegen in Ihrem Buch, dass die Deutschen nicht so reich seien, wie sie glauben. Wie kommen Sie darauf?



Stelter: Wir haben eine gute Konjunktur, aber leider hat sie uns nicht reich gemacht.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Stelter: Ich sehe mehrere Fehlentwicklungen. Wir Deutsche legen zu viel Geld in Spargbüchern statt in Aktien an, dadurch bauen wir nur geringe Vermögen auf. Wir leisten uns aus humanitären Gründen eine Zuwanderung, die uns eher Geld kostet als Geld bringt. Wir haben einen Staat, der uns große Lasten für die Zukunft aufbürdet. Und wir sind in einer Währungsunion gefangen, die nur mit der extremen Niedrigzinspolitik von EZB-Präsident Mario Draghi am Leben gehalten werden kann. Wir haben einen künstlichen Boom, der nicht nachhaltig ist und uns wohlhabender erscheinen lässt, als wir tatsächlich sind.

Bofinger: Sie erzählen Märchen, Herr Stelter. Schauen wir uns doch die Einkommensentwicklung an: Unter den sieben führenden Industrienationen liegen die USA an der Spitze, Deutschland und Kanada belegen Platz 2, und dann gibt es einen großen Abstand zu Frankreich, Großbritannien, Japan und Italien. Deutschland ist eines der leistungsfähigsten und reichsten Länder dieser Erde. Reich sein heißt für Ökonomen, hohe Einkommen erzielen zu können.

Stelter: Wenn es um Reichtum geht, kommt es weniger auf das Einkommen als auf das Vermögen an, und da sieht es ganz anders aus. Nach den Zahlen der EZB verfügen die Deutschen über ein mittleres Haushaltsvermögen von ungefähr 60 000 Euro. In Italien, Spanien und Frankreich liegt der Wert etwa doppelt so hoch. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Deutschen ihr Geld aufs Sparsbuch bringen oder in Lebensversicherungen investieren. In vielen unserer Nachbarländer besitzen dagegen mehr Bürger Immobilien. Das wirft höhere Renditen ab. Es klingt paradox, aber so ist es. Die Bundesbürger verdienen gut, aber sie sind nicht reich.

SPIEGEL: Kein Wunder, die Deutschen haben einen Großteil ihres Vermögens in einer Hyperinflation, zwei Weltkriegen und einer Wiedervereinigung verloren. Erklärt das nicht die Differenz zu den Nachbarländern?

Stelter: Nur zum Teil. Die Deutschen haben durch ihre Exportüberschüsse in den vergangenen Jahren große Auslandsvermögen gebildet, aber auch die wurden schlecht angelegt. Allein in der jüngsten Finanzkrise gingen fast 400 Milliarden Euro verloren. Unser Kapitalstock im Ausland hat sich als nicht nachhaltig erwiesen.

Bofinger: Sie übertreiben. Das Gesamtvermögen hierzulande ist kaum niedriger als in den Nachbarländern, es ist nur deutlich ungleicher verteilt. Während die oberen Schichten deutlich wohlhabender sind als in anderen Ländern, gehört den unteren 50 Prozent der Deutschen so gut wie nichts. Das liegt vor allem daran, dass bei



PETER RIGAUD / DER SPIEGEL

uns der Immobilienbesitz nicht so verbreitet ist wie in anderen Ländern. Die tatsächliche Lage ist deshalb ganz anders, als Sie sie beschreiben. Deutschland ist ein reiches Land, aber zugleich hat es sehr viele Einwohner, die sehr wenig besitzen.

Stelter: Ungeachtet der Verteilungsfrage liegt das Gesamtvermögen auf tieferem Niveau. Auch sonst ist das Land ärmer, als Sie meinen. Nicht zuletzt, weil wir uns in hohem Maße verdeckte Verbindlichkeiten aufgeladen haben: für künftige Renten, Pensionen und Gesundheitsleistungen, die nicht ausreichend mit Beiträgen gedeckt sind. Um dafür vorzusorgen, müssten wir jedes Jahr mindestens 36 Milliarden Euro zurücklegen. Das sage nicht ich, das sagt das Bundesfinanzministerium. Entsprechend niedriger ist unser Wohlstand.

Bofinger: Diese Rechnungen sind mit großer Vorsicht zu genießen, weil Entwicklungen bis zum Jahr 2060 oder 2080 extrem schwer zu prognostizieren sind. Die Voraussagen der vergangenen zehn Jahre haben sich jedenfalls als viel zu pessimistisch erwiesen. Außerdem haben wir bei

der Rente jede Menge Stellschrauben, um das System im Notfall ausbalancieren zu können. Zum Beispiel, indem wir das Rentenalter nach oben verschieben.

SPIEGEL: Bis zum 75. Lebensjahr?

Bofinger: Nein. Um das System nachhaltiger zu machen, sollten wir nach dem Jahr 2030 in kleinen Schritten das Renteneintrittsalter verlängern. Dazu müssen jedoch heute noch keine Festlegungen getroffen werden. Wenn wir 2060 die Rente mit 69 einführen sollten, reicht es aus, das im Jahr 2040 zu beschließen.

Stelter: Umso irrsinniger ist doch, dass die Politik durch die Rente mit 63 erst mal das Gegenteil getan hat. Hinzu kommen mit Mütter- oder Grundrente lauter Leistungen, die später wieder einkassiert werden müssen, weil sie nicht zu bezahlen sind. Ich gehöre dem Massenjahrgang 1964 an, komme 2031 ins Rentenalter und rechne fest damit, dass nicht alle meine Ansprüche erfüllt werden. Auch deshalb sind wir ärmer, als wir meinen.

Bofinger: Das sehe ich schon deshalb anders, weil es noch viele weitere Spielräume

im Rentensystem gibt. Wir können zum Beispiel die Finanzierungsbasis verbreitern, indem wir die Selbstständigen in die Rente einbeziehen.

Stelzer: Das ist kein Beitrag zur Finanzierung, sondern Umverteilung. Sie nehmen den Leuten Geld ab.

Bofinger: Ich nehme niemandem Geld ab.

Stelzer: Wenn Sie die Leute zum Einzahlen zwingen, nehmen Sie ihnen Geld ab und verschieben das Problem in die Zukunft.

Bofinger: Die kriegen doch später etwas dafür, einen Rentenanspruch nämlich. Und das System profitiert über Jahrzehnte davon, dass die neuen Versicherten erst nach 40 Jahren ihre Rente bekommen. Ich glaube, Ihnen geht es vor allem darum, Panik zu erzeugen.

Stelzer: Ich erzeuge keine Panik.

Bofinger: Doch. Sie tun so, als stünde das Land vor dem Bankrott, obwohl sich die Finanzmärkte um deutsche Anleihen reißen.

Stelzer: Ich rede nicht von Bankrott, ich rede davon, dass Deutschland zu viel für die Vergangenheit und zu wenig für die Zukunft ausgibt. Während wir die Renten aufpumpen, sparen wir bei Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Forschung. Das wird sich bitter rächen, denn von der Höhe der Investitionen und der Qualität unserer Fachkräfte hängen die künftigen Einkommen ab.

Bofinger: Ich sehe nicht, warum sich die Einkommen in Deutschland schlechter entwickeln sollten als in Frankreich, Italien, den USA oder Japan. Ich erinnere mich noch gut an die Untergangsprognosen, die zur Jahrtausendwende über Deutschland auf dem Markt waren. Vom »Abstieg eines Superstars« war die Rede und ob Deutschland noch zu retten sei. Und was war das Ergebnis? Die Republik erlebte eine der erfolgreichsten Perioden ihrer Wirtschaftsgeschichte.

SPIEGEL: Diesen Erfolg sehen Sie bedroht, Herr Stelzer. Unter anderem, weil Deutschland angeblich eine falsche Einwanderungspolitik betreibt. Wie meinen Sie das?

Stelzer: Die Bevölkerung in Deutschland wird immer älter. Deshalb fehlen schon bald Millionen Fachkräfte. Um das auszugleichen, benötigen wir nach Einschätzung von Regierungsexperten eine Nettozuwanderung von 500 000 Menschen jährlich. Menschen, die zudem gut qualifiziert sein müssen. Nach Deutschland aber kommen seit Jahren Einwanderer, die schlecht ausgebildet und schwer zu integrieren sind. Auch das macht uns als Gesellschaft ärmer.

Bofinger: Nun mal langsam. Wir reden in Deutschland gerade viel über den Pflege-



Bofinger (l.), Stelzer (r.), SPIEGEL-Redakteure*
 »Die Bundesbürger verdienen gut, aber sie sind nicht reich«

ren verschärfen wird. Da können uns gerade Zuwanderer helfen. Die verdienen dann zwar nicht so viel wie Softwareentwickler. Aber sie bringen unserer Gesellschaft einen hohen Nutzen. Ich frage Sie, wo ist das Problem?

Stelzer: Das Problem sind nicht die Pflegekräfte, die wir natürlich benötigen. Das Problem sind Zuwanderer, die dauerhaft auf Hilfe des Sozialstaats angewiesen sind. Schauen Sie sich die Zahlen an. Der Anstieg der Armutsquote in den vergangenen zehn Jahren lässt sich vollständig durch den gewachsenen Zuwandereranteil an der Bevölkerung erklären. Außerdem müssen wir unser Gemeinwesen finanzieren: Polizei, Schulen, Kitas. Dafür benötigen wir Zuwanderer, die im Schnitt so viel verdienen wie die Menschen, die hier schon leben, sonst bekommen wir die nötigen öffentlichen Mittel nämlich nicht zusammen.

Bofinger: Das bestreite ich. Wir hatten zuletzt rund 300 000 zusätzliche sozialversicherte Beschäftigte aus Einwanderung jährlich. Von den Arbeitnehmern, die wir in den vergangenen Jahren hinzugewonnen haben, kommt die Hälfte aus anderen europäischen Ländern. Und von den Flüchtlingen der vergangenen Jahre haben wir inzwischen fast 400 000 ins Erwerbsleben oder in eine Ausbildung gebracht. Das ist ein Riesenerfolg.

Stelzer: Trotzdem brauchen Sie ein gewisses Einkommensniveau, damit sich die Zuwanderung für das Gemeinwesen rechnet.

»Deutschland gibt zu viel für die Vergangenheit und zu wenig für die Zukunft aus.«

Daniel Stelzer

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu sein langt nicht. Wir haben keinen Geldspeicher unter dem Kanzleramt, in dem Frau Merkel herumschwimmen könnte. Wir müssen unseren Wohlstand verdienen. Das ist mein Hauptvorwurf an die Politik: Anstatt das Geld für eine verfehlte Renten- oder Migrationspolitik auszugeben, sollten wir es gezielt investieren, um die Produktivität unserer Arbeitskräfte zu steigern.

Bofinger: Wenn eine Pflegekraft aus dem Ausland die Betreuung eines chronisch Kranken oder Alten übernimmt und ein Angehöriger deswegen wieder arbeiten kann, dann erhöht sie die Produktivität dieses Angehörigen, auch wenn sie selbst nur unterdurchschnittlich verdient.

Stelzer: Ich empfehle, den Blick nach Japan zu richten. In keinem anderen Land ist die Produktivität pro Erwerbstätigen in den letzten Jahren so stark gewachsen wie dort.

Und warum? Weil die Japaner nicht auf Zuwanderung setzen, sondern auf Automatisierung. Dadurch wächst das Einkommen pro Kopf stärker als in Deutschland.

Bofinger: Wollen Sie uns jetzt im Ernst Japan als Vorbild andienen? Das Land hat eine Staatsverschuldung von fast 240 Prozent des Sozialprodukts. Es steckt seit Jahren in einer Deflation und kommt mehr schlecht als recht über die Runden. Und was die Automatisierung angeht, braucht sich die Bundesrepublik nun wirklich nicht vor Japan zu verstecken. Deutschland ist eines der führenden Länder in der Robotik weltweit.

SPIEGEL: Aber Deutschland ist ökonomisch an die Eurozone gebunden. Und auch das trägt dazu bei, so behauptet Herr Stelzer, dass wir nicht so reich sind, wie wir glauben. Wollen Sie, dass Deutschland aus dem Euro austritt?

Stelzer: Nicht unbedingt. Die beste Lösung wäre, wenn die Eurozone einen Teil der Altschulden der Mitgliedsländer übernehmen und im Gegenzug die Regierungen zu einer vorsichtigeren Kreditaufnahme zwingen könnte. Das war übrigens der Vorschlag, den der Sachverständigenrat unterbreitet hat, als Herr Bofinger dort noch Mitglied war ...

Bofinger: ... ein guter Vorschlag übrigens, der uns so viel Aufmerksamkeit gebracht hat wie wahrscheinlich keine andere Idee des Gremiums ...

Stelzer: ... er ließ sich nur politisch nicht durchsetzen. Und deshalb sind wir nun in einer Währungsunion gefangen, die nicht

* Christian Reiermann, Michael Sauga im Hauptstadtbüro des SPIEGEL.

»Wenn wir uns erfolgreich gegen China und die USA behaupten wollen, können wir das nur im europäischen Maßstab schaffen.«

Peter Bofinger

funktioniert. Die Euroländer entwickeln sich wirtschaftlich auseinander, einige sind nicht wettbewerbsfähig, in anderen sind der Staats- oder der Privatsektor hoffnungslos überschuldet. Und um das vom Zerfall bedrohte Gebilde zusammenzuhalten, hat Herr Draghi die ohnehin schon tiefen Zinsen noch weiter gesenkt und für Hunderte Milliarden Euro Staatsanleihen gekauft. Das billige Geld befeuert einen künstlichen Boom auf den Aktien- und Immobilienmärkten, es kann aber die Probleme nicht lösen.

Bofinger: Das finde ich nun wirklich lustig, Herr Stelter, dass Sie uns Japan erst als Vorbild hinstellen und dann die Nullzinspolitik als nicht nachhaltig bezeichnen. Schließlich hat Japan die Nullzinspolitik erfunden und praktiziert sie seit 20 Jahren. Und was, bitte schön, ist daran künstlich?

Stelter: Die Zinsen auf Staatsanleihen wären in vielen Ländern höher, wenn die Zentralbank die Papiere nicht kaufen würde.

Bofinger: Das stimmt, aber die Niedrigzinspolitik wird derzeit nicht nur in der Eurozone praktiziert, sondern in so gut wie allen Industrieländern. Die USA haben in riesigem Umfang Staatsanleihen gekauft, genauso wie Großbritannien oder die Schweiz. Und überall ist der Grund derselbe: Es geht darum, die Währungsräume vor dem Absturz in eine Rezession zu bewahren.

Stelter: Es gibt einen entscheidenden Unterschied. Die USA und Großbritannien sind homogene Länder. Der Euroraum dagegen setzt sich aus 19 selbstständigen Nationen zusammen. Wenn die Zentralbank da die Anleihen einzelner Länder kauft, führt das automatisch zu einer Umverteilung. Und die ist politisch nicht legitimiert.

Bofinger: Falsch. Das Problem entsteht nur, weil Sie und andere Ökonomen den Euroraum immer wieder in Subregionen aufteilen. Wenn man ihn hingegen als Einheit sieht, gibt es das Problem überhaupt nicht.

Stelter: Von einer Einheit kann nun mal keine Rede sein, wenn es weder einen gemeinsamen Finanzminister noch gemeinsame Steuern oder gemeinsame Anleihen gibt. Sie können doch nicht leugnen, dass die gegenwärtigen Zinsen im Euroraum für Deutschland schlicht zu niedrig sind. Darunter leiden nicht nur die Sparer, es befeuert auch einen ungesunden Boom in vielen Teilen der Wirtschaft und ist indi-

rekt auch einer der Gründe für steigende Mieten.

Bofinger: Unsinn. Die historisch niedrigen Zinsen sind ein weltweites Phänomen. Und außerdem: Was wäre die Alternative, wenn wir keinen Euro hätten? Schauen Sie in die Schweiz, da musste die Zentralbank die Zinsen noch viel tiefer drücken, um zu verhindern, dass der Kurs des Schweizer Frankens durch die Decke geht. Das hätte die Industrie des Landes nämlich zerstört, genauso wie es die Industrie in Deutschland zerstören würde, wenn wir wieder die D-Mark einführt.

Stelter: Da haben Sie nicht unrecht, weshalb auch ich das verhindern möchte. Ich fürchte nur, dass die politischen Spannungen in der Eurozone so groß werden, dass wir um eine Neuordnung nicht herumkommen. Besser wäre es, wir könnten den Bruch vermeiden und uns auf die Probleme in Deutschland konzentrieren.

SPIEGEL: Was müsste geschehen?

Stelter: Wir brauchen einen Politikwechsel. Wenn ich mit Unternehmern spreche, sehen die ihre Zukunft meist nicht in Deutschland, sondern in dynamischeren Teilen der Welt: in Asien oder Südamerika zum Beispiel. Auch weil sie sehen, wie in Deutschland die Infrastruktur und das Bildungswesen verfallen. Deshalb müssen wir umsteuern. Statt konsumptiver Staatsausgaben etwa für eine Grundrente brauchen wir eine Investitionsoffensive, die uns die nötigen Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum schafft. Sonst werden wir die Zukunft nicht gewinnen.

Bofinger: Ich sehe Staatskonsum nicht negativ. Schließlich werden die Stellen von Lehrern oder Professoren in der Statistik unter Staatskonsum geführt. Aber im Grundsatz stimme ich mit Herrn Stelter überein. Was wir vor allem brauchen, sind mehr staatliche Investitionen. Was mir bei seinem Programm aber völlig fehlt, ist die europäische Dimension. Wenn wir uns erfolgreich im Wettbewerb mit China und den USA behaupten wollen, können wir das nur im europäischen Maßstab schaffen. Und deshalb lautet die wichtigste Aufgabe für die deutsche Politik: die Integration der EU voranzutreiben und eine gemeinsame Industriepolitik auf den Weg zu bringen, die uns auf Augenhöhe mit China und den USA hält.

SPIEGEL: Herr Stelter, Herr Bofinger, wo steht Deutschland in fünf Jahren?

Stelter: Unsere Reichtumsillusion wird platzen, und wir stehen deutlich schlechter da als heute.

Bofinger: Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Aber Deutschland wird dank seiner hervorragenden Unternehmenslandschaft weiter in der ersten Riege der Wirtschaftsnationen mitspielen.

SPIEGEL: Herr Bofinger, Herr Stelter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Nächste Woche
im SPIEGEL:



S-Magazin

Die Lifestyle-Beilage
des SPIEGEL

Themen der Ausgabe:

Bankanlage

Möbel, Schmuck, Geschirr:
acht Objekte für Europa

Scheuer Mann

Der polnische Modeunternehmer Marek Piechocki und seine Erfolgsmarke Reserved

Krisen-Fest

Mit Ideen gegen den Abschwung: die junge kreative Szene Barcelonas

Außerdem:

Das gezeichnete Interview mit Walter De Silva

Deutschland

»Ohne Europa sind wir so groß wie ein Stecknadelkopf.« ► S. 30



KAY NIETELD / DPA

SPD

Ringgen um Sarrazin

Die Sozialdemokraten drohen beim geplanten Parteiausschluss des Buchautors erneut zu scheitern.

● Das Vorhaben des SPD-Vorstands, den umstrittenen islamkritischen Buchautor Thilo Sarrazin aus der Partei auszuschließen, könnte erneut scheitern. Die Schiedskommission des SPD-Kreisverbands Charlottenburg-Wilmersdorf, wo das Ordnungsverfahren läuft, bemängelt die bisherige Begründung des Parteivorstands. Die Vorwürfe, die sich auf Sarrazins jüngstes Buch »Feindliche Übernahme« beziehen, würden »dem Begründungserfordernis nicht entsprechen«, teilte die Schiedskommission der SPD schriftlich mit. Es führe »kein Weg daran vorbei, die beanstandeten Äußerungen konkret zu benennen und zu belegen sowie im Einzelnen darzulegen, warum sie den Vorwurf eines parteischädigenden

Verhaltens rechtfertigen«, heißt es in dem Brief. Das Schiedsgericht gibt der SPD-Spitze Gelegenheit, den Antrag zu ergänzen. Im Dezember hatte sich die Parteispitze zu einem weiteren Versuch entschlossen, Sarrazin aus der Partei hinauszuerwerfen, obwohl die Sozialdemokraten bereits zweimal daran gescheitert sind. Ein von der SPD-Spitze eingesetztes Gremium legte Ende vergangenen Jahres einen 18-seitigen Bericht vor, der Sarrazin acht islamkritische und ausländerfeindliche Kernthesen seines Buches vorhält, die mit den »Grundsätzen der Sozialdemokratie unvereinbar« seien. Die Verhandlung über einen möglichen Ausschluss des Parteimitglieds Sarrazin ist für den 26. Juni anberaumt. VME

Einbrüche

Mehr Rechte für Ermittler

● Die Polizei darf künftig Mails oder Anrufe von mutmaßlichen Wohnungseinbrechern überwachen. Darauf haben sich das Bundesinnen- und das Bundes-

justizministerium geeinigt. Bislang war das nur möglich, wenn der Verdacht bestand, dass eine Bande die Einbrüche begangen hat. Auf Drängen der Union soll es in Zukunft auch erlaubt sein, die Telekommunikation von Einzeltätern zu überwachen, allerdings nur, wenn die Ermittler

vermuten, dass sie einem Serieneinbrecher auf der Spur sind. Der Paragraph 100a der Strafprozessordnung soll entsprechend geändert werden. Die Eckpunkte für die Reform der Strafprozessordnung will das Bundeskabinett am Mittwoch verabschieden. RAN

Kohleausstieg

Ost-Länder wollen nicht zahlen

● Drei vom Kohleausstieg betroffene Bundesländer wehren sich gegen die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums, die Kosten des Strukturwandels über ein Bundesgesetz zu verteilen. Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen fordern stattdessen einen Staatsvertrag, um zu garantieren, dass der Bund auch künftig bei seinen Finanzzusagen bleibt. Außerdem wollen sie sich nicht an den Milliardenhilfen für die Regionen mit Kohleabbau beteiligen, so wie es das Ministerium plant. »Kohleausstieg und Klimaschutz sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weshalb der Bund für die Strukturhilfen aufkommen muss und nicht die betroffenen Länder«, sagt Reiner Haseloff, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Das Bundesfinanzministerium will auf bereits bewilligte Förderpöfe zurückgreifen. Das Geld für zusätz-



Kohlekraftwerk bei Leipzig

liche Strukturwandelprojekte, etwa eine Zugverbindung zwischen Görlitz und Berlin, müsste das Bundesverkehrsministerium aufbringen und woanders einsparen. Das wiederum will Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) nicht. Die Regelung für die betroffenen Regionen will das Bundeskabinett in seiner nächsten Sitzung auf den Weg bringen. GT

Steuerhinterziehung

Taxameter als Vorbild

● Der Bundesfinanzminister soll entschlossener gegen den Milliardenbetrug durch Manipulation von Kassen in Geschäften oder Gaststätten vorgehen. Das fordern die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold (Grüne), und der Hamburger Finanzsenator, Andreas Dressel (SPD), in einem gemeinsamen Brief an Olaf Scholz (SPD). Der Bundestag hat zwar ein Gesetz beschlossen, nach dem bis Anfang kommenden Jahres rund zwei Millionen Kassen mit einer zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE) ausgestattet sein müssen. Doch das Finanzministeri-

um musste kürzlich intern einräumen, dass die notwendige Technik noch nicht fertig entwickelt ist. Heinold und Dressel fordern nun als Alternative, das sogenannte Insika-Verfahren zu nutzen, das mithilfe des Bundes entwickelt wurde und bislang nur in Taxametern zum Einsatz kommt. Die beiden Minister verweisen auf Österreich, wo 2017 ein Insikanahes Verfahren eingeführt wurde. Dort habe der Staat schon im ersten Jahr 650 Millionen Euro Umsatzsteuern zusätzlich eingenommen. »Für den wahrscheinlichen Fall einer verzögerten Einführung von TSE brauchen wir dringend einen Plan B«, so Dressel. Heinold appelliert an den Bund, »endlich im Interesse der Steuergerechtigkeit« zu handeln. MIF

Zulagenaffäre

50 000 Euro extra

● Eine Beamtin im Rathaus von Hannover hat offenbar wiederholt dagegen protestiert, dass Beamte gesetzeswidrige Zuschläge erhalten. Sie fand jedoch bei der Rathausspitze um den inzwischen abgetretenen SPD-Oberbürgermeister Stefan Schostok kein Gehör. Einen ersten Vermerk schrieb die für Besoldungsrecht zuständige Frau laut Anklageschrift bereits im Januar 2015. Eine »Mehrarbeitsvergütung« für Beamte der Besoldungsgruppe B sei nicht möglich. Im April und Juli 2015 betonte sie in E-Mails an ihren Vorgesetzten, dass derartige Zahlungen

»gesetzlich nicht vorgesehen« seien. In Zeugenaussagen erklärten die Fachbereichsleiterin Personal und ihr Stellvertreter, sie hätten den Personaldezernenten Harald Härke und Schostoks Büroleiter Frank Herbert auf das Problem hingewiesen, auch die Beamtin legte in Vermerken nach. Die Staatsanwaltschaft hat Schostok und Härke wegen »Untreue im besonders schweren Fall« angeklagt, Herbert wegen Anstiftung dazu. Schostok bestreitet, vor Mai 2018 von den Einwänden gewusst zu haben. Herbert, der insgesamt knapp 50 000 Euro extra bekam, hält die Zahlungen für rechtmäßig. Härke sagt, er bereue, die Extrazahlungen gewährt zu haben. GUD

Sicherheit

Barley blockt

● In der Bundesregierung gibt es Streit darüber, ob und wie die Sicherheitsbehörden bei Cyberangriffen zurückschlagen dürfen. Justizministerin Katarina Barley (SPD) stoppte im geheim tagenden Bundessicherheitsrat ein Vorhaben, das den »Hackback« ermöglichen soll. Danach dürfte der Bundesnachrichtendienst künftig im Fall groß angelegter Attacken in ausländische Computer-server eindringen und diese lahmlegen. Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat das Vorhaben vorangetrieben. Doch vor der Europawahl wolle Barley, die als SPD-Spitzenkandidatin antritt, das Thema nicht mehr anfassen, heißt es in der Bundesregierung. Kritiker befürchten, dass eine »aktive Gefahrenabwehr« im Cyberraum das Trennungsgebot zwischen Geheimdiensten und Polizei-behörden aufweicht. WOW, ROM

Kennzeichen-Scanner

Fotos auf Vorrat

● Die bayerische Polizei hat 2018 in sieben Fällen mit Nummernschild-Scannern nach den Autos von Verdächtigen gesucht. Das bestätigte das bayerische Innenministerium auf Anfrage. Im laufenden Jahr geschah dies offenbar dreimal. Üblicherweise soll mit den Scannern an Autobahnen und Straßen nur nach Kennzeichen in Fahndungslisten gesucht werden. In den genannten



Nummernschild-Scanner

Fällen sei es nach Verbrechen jedoch darum gegangen, überhaupt »erst Ermittlungsansätze« zu gewinnen. Die Kennzeichen wurden erfasst, um sie später auszuwerten. »Anders als immer wieder beteuert, werden also nicht gesuchte Kennzeichen nicht gleich wieder gelöscht«, kritisiert der Rechtspolitiker Patrick Breyer, Spitzenkandidat der Piratenpartei bei der Europawahl. Damit würden die Scanner »zur lückelosen Autofahrer-Erfassung zweckentfremdet«. HIP



Schwesig

JOHANNES ARLT / LAIF

Homöopathie

Empörung über Schwesig

● Manuela Schwesig (SPD), Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, erntet für ein Grußwort scharfe Kritik von Gesundheitsexperten. Die Politikerin hat die Schirmherrschaft über den Deutschen Ärztekongress für Homöopathie übernommen, der Ende Mai in Stralsund beginnt. Es sei »sehr wichtig, zum Beispiel darüber zu forschen, wie im Säuglings- und Kleinkindalter alternative Methoden wie die Homöopathie wirksam eingesetzt werden können«, schreibt Schwesig in ihrem Grußwort. Bei der Homöopathie handle es sich »um bisher unbelegte, teilweise sogar gefährliche Heilsversprechen«, warnt hingegen Josef Hecken, Vorsitzen-

der des einflussreichen Gemeinsamen Bundesausschusses von Ärzten, Kliniken und Krankenkassen. Die Medizinprofessorin und Homöopathiekritikerin Jutta Hübner, Mitglied der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft, nennt das Engagement Schwesigs »nicht klug«. Die Politik positioniere sich »leider sehr eindeutig pro Homöopathie, teilweise, weil sie das Thema nicht verstanden hat, und teilweise, weil sie dadurch auf Wählerzuspruch hofft«, sagt die Krebsärztin. Ein Sprecher der Ministerpräsidentin erklärte, es sei mit der Schirmherrschaft nicht darum gegangen, sich »in den Methodenstreit über die Homöopathie« einzuschalten. »Wir haben die Schirmherrschaft übernommen, weil hier ein bundesweiter Medizin-kongress in unser Land kommt.« cos

Zeitgeschichte

Ensslin las Proust

● Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war bestens über die Lesegeohnheiten westdeutscher Terroristen informiert. Den Spitzeln lag ein Verzeichnis jener Bücher vor, die Beamte des Landeskriminalamts Baden-Württemberg in der Zelle der RAF-Gründerin Gudrun Ensslin gefunden hatten. Ensslin hatte sich am 18. Oktober 1977 in Zelle 720 im siebten Stock der JVA Stuttgart-Stammheim erhängt. Einen Tag später wurde die Liste erstellt. Demnach bevorzugte die schwäbische Pfarer-tochter Politiklektüren: In den zwei Bücherregalen mit acht Fachböden standen allein 22 Bände des russischen Revolutionärs



Ensslin 1977

Lenin. Vier Bände stammten von Mao Zedong, zwei Bücher von Willy Brandt. Romane gönnte sich die Literaturwissenschaftlerin Ensslin, die ihre Promotion aufgegeben und 1970 die »Rote Armee Fraktion« (RAF) mitgegründet hatte, nur selten. Es fanden sich unter anderem Marcel Prousts »Auf der Suche nach der verlorenen Zeit« oder das Drehbuch »Die letzten Worte von Dutch Schultz« des US-Poeten William S. Burroughs. Neben Büchern hinterließ Ensslin eine Schreibmaschine der Marke Olivetti, eine Geige und eine Armbanduhr der Marke Tissot. Der Nachlass wurde in einem Keller des Stammheimer Gefängnisses eingelagert, 1978 bei einer Überschwemmung beschädigt und anschließend als Müll entsorgt. MBS

Dissidenten

Seltamer Todesfall

● Der Tod eines prominenten chinesischen Flugpassagiers beschäftigt die bayerische Justiz. Die für den Münchner Flughafen zuständige Staatsanwaltschaft Landshut hat den Leichnam des ehemaligen Dissidenten Zhang Jian obduzieren lassen. Zhang starb Mitte April in einem Krankenhaus in Freising, nachdem der Linienflug, mit dem er von Oman nach Paris reiste, wegen seines schlechten Gesundheitszustands nach München umgeleitet werden musste. Da Zhang 1989 bei der Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking eine führende Rolle gespielt hatte, äußerten chinesische Exilanten den Verdacht, der seit Jahren in Frankreich lebende 48-jährige Dissident könnte vergiftet worden sein. Huang Ciping, die Direktorin der Wei Jingsheng Foundation in Washington, reiste eigens nach Bayern,



R. BURRI / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Demonstranten in Peking 1989

um sich für eine gründliche Obduktion einzusetzen. Sie verweist auf weitere Todesfälle von chinesischen Dissidenten, die zuvor an der Leber erkrankt waren. »Das ist beunruhigend«, so die Einschätzung von Huang Ciping. Auch Zhang hatte einen Leberabszess, ergab die Untersuchung im Auftrag der Staatsanwaltschaft Landshut. Allerdings ermittelte das Institut für Rechtsmedizin in München als Todesursache, dass der Dissident an Multiorganversagen infolge einer Blutvergiftung verstorben sei. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Landshut betonte, dass den Ermittlern bisher »keine Hinweise auf eine Straftat« vorlägen. Es habe sich um »ein Todesermittlungsverfahren« gehandelt. Die Auswertung von bei der Obduktion entnommenen Proben steht allerdings noch aus. Im Labor wird beispielsweise nach Spuren von bestimmten Substanzen oder nach Hinweisen auf Radioaktivität gesucht. FRI

Mit dem Zweiten sieht man besser



Wohin, Europa?

Alles rund um die Wahl im ZDF und
in der ZDFmediathek

Claus Kleber

Lunte am Pulverfass

Außenpolitik Die USA heizen die Konflikte im Nahen Osten an, die Gefahr eines Krieges mit Iran wächst. Die Folgen für Europa wären gravierend. Doch Berlin und Brüssel schauen hilflos zu.

Als Heiko Maas am Dienstag nachmittag den Sitzungssaal der SPD-Fraktion im Reichstag betritt, schauen ihn erwartungsvolle Augen an. Soeben ist bekannt geworden, dass der deutsche Außenminister einen Anruf seines amerikanischen Amtskollegen Mike Pompeo erhalten hat. Der US-Außenminister habe, heißt es in dürren Sätzen in einer Pressemitteilung des Auswärtigen Amts, »sein Bedauern« mitgeteilt, dass er seinen Berlinbesuch kurzfristig absagen müsse.

Außenpolitik ist ein symbolisches Geschäft. Wer wen wann besucht oder nicht besucht, wer wen wie lange warten lässt, hat immer Bedeutung. Auch wenn sich die Bundesregierung größte Mühe gab, nicht verärgert zu scheinen: Pompeo's Absage ist ein weiteres Indiz dafür, wie brüchig die Beziehungen zwischen Berlin und Washington in diesen Zeiten sind.

Auch die Genossen hätten von ihrem Außenminister sehr gern etwas über die Hintergründe der Absage erfahren, kam sie doch zu einem denkbar heiklen Zeitpunkt. Die Nachrichten aus dem Nahen Osten waren alarmierend: Ein amerikani-

scher Flugzeugträger befand sich auf dem Weg in den Persischen Golf, alles deutete darauf hin, dass auch Pompeo's Flugzeug ein Ziel in der Krisenregion ansteuerte.

Doch Heiko Maas sagte gar nichts. Stattdessen verließ er die Fraktion bereits nach einer halben Stunde. Auf die SPD-Abgeordneten wirkte das Schweigen des Ministers wie ein Sinnbild der Rat- und Orientierungslosigkeit deutscher Außenpolitik.

Denn es hätte einiges zu erklären gegeben: Der US-Außenminister war auf dem Weg nach Bagdad, um die irakische Regierung auf die US-Strategie gegen Iran einzuschwören. Washington eskaliert in diesen Tagen den Konflikt mit Teheran – mit unabsehbaren Folgen für seine Verbündeten in Europa. Im Nahen Osten, so fürchtet man in Berlin, wächst die Kriegsgefahr.

Erfahrene Diplomaten fühlen sich an die Zeit vor dem US-Einmarsch im Irak 2003 erinnert. Die Kriegsgefahr sei so groß wie nie in den vergangenen Jahrzehnten, heißt es in der Bundesregierung.

»Wir sehen überall in der Region eine zunehmende Konfrontation«, sagt Volker Perthes, Leiter der Stiftung Wissenschaft und Politik. Es gebe »ein gefährliches Nebeneinander von Konflikten und zu viele risikobereite Akteure, die nicht miteinander reden«.

Auch der grüne Außenpolitiker Jürgen Trittin sieht in der Region »eine riesige Eskalationsgefahr«. »Die USA suchen offenbar einen Vorwand, um den Konflikt mit Iran zu eskalieren. Die Behauptung, Iran plane einen Angriff gegen US-Truppen im Irak, riecht nach einem Tonkin-Zwischenfall«, so Trittin in Anspielung auf den Vorwand, unter dem die USA den Vietnamkrieg verschärften.

Mit einer Mischung aus Wirtschaftskrieg und militärischen Drohgebärden versucht Washington, Iran in die Knie zu zwingen. Ob die USA dabei tat-

sächlich das Ziel des Regime-Change verfolgen oder nicht, ist schon fast egal. Wer nach dem Motto »mal schauen, was passiert« eine Lunte an ein Pulverfass legt, nimmt einen Krieg in Kauf.

Die USA haben das iranische Regime mit harten Sanktionen überzogen und fahren im Persischen Golf demonstrativ Kriegsggerät auf. Nachdem Geheimdienste vor iranischen Attacken auf US-Soldaten in der Region gewarnt hatten, schickte Trump einen Kampfverband unter Führung des Flugzeugträgers »Abraham Lincoln« und eine Bomberstaffel in Richtung iranischer Hoheitsgewässer an den Persischen Golf.

Revolutionsführer Ali Khamenei wiederum soll die iranischen Streitkräfte in erhöhte Bereitschaft versetzt haben. In einer Rede am 1. Mai nannte er das Vorgehen Washingtons einen »totalen Krieg«. Niemals seit Ende des Iran-Irak-Kriegs 1988 schien die Kriegsgefahr größer.

Das Vorgehen der USA ist doppelt gefährlich. Der Streit mit Iran könnte sich



Außenminister Maas

»Wir sitzen auf einem Seil, und es wird immer dünner«

FLORIAN GAERTNER / PHOTOTHEK / BETTY IMAGES



Präsident Rohani bei Militärparade in Teheran: »Riesige Eskalationsgefahr«

gewollt oder ungewollt zu einem militärischen Konflikt ausweiten. Nicht weniger gefährlich wäre es, wenn es den Falken in Washington gelänge, Iran zu destabilisieren, und das Land in einem Bürgerkrieg versänke. Iran hat mehr als 80 Millionen Einwohner, etwa viermal so viel wie Syrien vor dem Bürgerkrieg.

Kein Wunder also, dass Trumps konfrontative Nahostpolitik die Entfremdung zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten vorantreibt, denn anders als etwa in Venezuela wäre Europa direkt betroffen. Es geht um die Sicherheit des Kontinents.

Die Folgen eines Kriegs hätte vor allem Europa zu tragen. Immer wieder habe man den Amerikanern erklärt, dass ihre Politik für Europa deutlich größere Risiken bringe als für die USA, heißt es in der Bundesregierung. Vergebens.

Aus amerikanischer Sicht sind die Europäer, allen voran Deutschland, dagegen ein Störfaktor für die Strategie des maxi-

malen Drucks. Trump sieht in Merksels Regierung keinen Verbündeten, sondern einen Quertreiber, der im Nahen Osten allzu oft auf Dialog setzt, zu enge Bindungen nach Teheran unterhält, die Sanktionen unterläuft und den harten US-Kurs gegen Iran torpediert.

Zwar steht ein Krieg im Nahen Osten eigentlich nicht auf Trumps Agenda. Schließlich hat er im Wahlkampf versprochen, die USA würden unter seiner Präsidentschaft »den destruktiven Zirkel von Intervention und Chaos beenden« und damit aufhören, »fremde Regime zu stürzen, über die wir nichts wissen und mit denen wir nichts zu tun haben sollten«. Aber der Präsident und sein Sicherheitsberater John Bolton sind sich einig darin, die Drohkulisse gegen Iran immer höher zu bauen.

Die Europäer machen Washington für die Zuspitzung im Nahen Osten verantwortlich. »Die USA verstärken mit ihrer Politik des maximalen Drucks auf Iran die

regionalen Spannungen«, kritisiert Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt. »Trump's Nahostpolitik ist brandgefährlich«, sagt auch Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. »Gegenüber Iran bricht Trump internationale Abkommen. Und im israelisch-palästinensischen Konflikt macht der US-Präsident eine Zwei-staatenlösung faktisch unmöglich«, sagt Asselborn.

Iran, so die Einschätzung in Berlin und Brüssel, reagiere dagegen eher maßvoll und zurückhaltend auf amerikanischen Druck und Provokationen. Ein Jahr nachdem Washington aus dem Atomabkommen mit Iran ausgestiegen ist und Iran mit schwersten Sanktionen belegt hat, kündigte Teheran in dieser Woche seinerseits ein Abrücken von dem Vertrag an – allerdings in mikroskopischer Dosis.

Irans Ankündigung, sich nicht mehr an die vereinbarten Obergrenzen für die Lagerung von angereichertem Uran und schwerem Wasser zu halten, ist nach Ein-

schätzung der Bundesregierung nicht sofort relevant, da diese Grenzwerte frühestens im kommenden Herbst erreicht werden. Bis dahin, so hofft man, sei noch Zeit für Politik.

»Irans Ankündigung allein ist keine Verletzung des Abkommens«, sagt Helga Schmid, Generalsekretärin des Auswärtigen Dienstes in Brüssel. »Wir werden uns an unsere Verpflichtungen halten, solange Iran das genauso tut.«

In zwei Wochen wird eine neue Einschätzung der Internationalen Atomenergiebehörde erwartet, die turnusgemäß überprüft, ob Iran sich an das Abkommen hält. In Brüssel erwartet man, dass der Bericht positiv ausfällt, genau wie die 14 bisherigen Berichte.

Und das, obwohl die US-Sanktionen die Islamische Republik inzwischen mit voller Härte treffen. Das Wirtschaftswachstum ist eingebrochen, für dieses Jahr wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 6 Prozent erwartet, die Inflation liegt inzwischen bei nahezu 40 Prozent, der Unmut der Bevölkerung wächst, die humanitäre Lage spitzt sich zu.

Das totale Ölembargo, das Pompeo Ende April angekündigt hat, wird Iran nach Schätzungen des US-Außenministeriums 50 Milliarden Dollar im Jahr kosten, 40 Prozent des jährlichen Staatseinkommens. Zwar gehen die Iraner davon aus, dass China weiterhin eine begrenzte Menge Öl abnehmen wird und auch über den Irak und über die Türkei auf dem »grauen Markt« Öl verkauft werden kann. Aber der Export dürfte Schätzungen zufolge von täglich 2,5 Millionen auf maximal 700 000 Barrel fallen.

Zudem ist Teheran enttäuscht von den europäischen Vertragspartnern des Atomabkommens. Nach dem Ausstieg der USA vor einem Jahr hatten Deutschland, Frankreich und Großbritannien den Iranern zugesichert, dass man versuchen werde, den Deal zu retten. Zentrales Instrument sollte der Handel werden. Um den Zahlungsverkehr trotz der US-Sanktionen unabhängig vom Dollar abwickeln zu können, gründeten Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Januar die Zweckgesellschaft »Instex« – eine Art Tauschbörse, in der Im- und Exporte miteinander verrechnet werden sollen.

Doch in der Praxis hat bislang noch keine einzige Transaktion stattgefunden. Der Aufbau der Gesellschaft verzögert sich. Sorgen bereitet den Instex-Betreibern vor allem die Frage, wie sie sicherstellen, dass die Geschäfte auf keinen Fall gegen die Sanktionen der Amerikaner verstoßen.

Mithilfe der Unternehmensberatung Ernst & Young suchen die Europäer dafür Experten, die jedes iranische Unternehmen durchleuchten, um eine Verbindung zu den Revolutionswächtern auszuschlie-

ßen. Denn sollte sich herausstellen, dass die Europäer Geschäfte mit den Revolutionswächtern ermöglicht haben, die von den USA als Terrororganisation eingestuft wurden, wäre das ein gefundenes Fressen für die Trump-Regierung.

Selbst wenn es gelingt, das auszuschließen, wird in der Bundesregierung bezweifelt, dass das Handelsvolumen von Instex ausreichen wird, um die wirtschaftliche Situation Irans entscheidend zu ändern.

Inzwischen hat Iran den Europäern ein Ultimatum von 60 Tagen gestellt, um die Folgen der Sanktionen abzuwenden. Wenn das nicht gelingt, könnte Iran die Anreicherung von Uran wieder aufnehmen oder den Atomwaffensperrvertrag kündigen. Dann dürfte es nicht mehr lange

in Syrien, im Libanon und im Jemen sind mit Iran verbündete Milizen im Einsatz. Für die wachsenden Spannungen macht Teheran die drei B verantwortlich: den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu, den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman und Trumps Sicherheitsberater John Bolton.

Besonders eine Maßnahme der Amerikaner hat die Gefahr einer ungewollten kriegerischen Zuspitzung erhöht: Am 8. April erklärte Washington die iranischen Revolutionswächter zur Terrororganisation. Im Gegenzug klassifizierte das Parlament in Teheran das für den Nahen Osten zuständige US-Zentralkommando Centcom per Gesetz als terroristisch. Nun sind amerikanische und iranische Truppen, wo



MANDEL NGAN / DPA

US-Außenminister Pompeo: Bagdad statt Berlin

dauern, bis Teheran im Besitz der Bombe ist – oder die USA militärisch eingreifen.

Die Konfrontation mit Teheran ist nur ein Teil der grobschlächtigen Politik, mit der Washington den Nahen Osten überzieht. Trump hat die Region für sich in zwei Kategorien eingeordnet: in Verbündete und Feinde. Für Zwischentöne ist im Kopf des Präsidenten kein Platz. Zu den Verbündeten zählen neben Israel vor allem das Königshaus von Saudi-Arabien und der Rest der Golfstaaten. Der große Feind ist Iran.

Mit ihrer Politik der Härte hoffen die Amerikaner, Iran an den Verhandlungstisch zu bringen: Teheran soll langfristig auf sein Atomprogramm verzichten, sein Raketenprogramm einschränken sowie die Unterstützung für schiitische Milizen wie die Hisbollah einstellen.

Die Islamische Republik hat ihrerseits überall in der Region Alliierte, im Irak und

immer sie sich in der Region begegnen, zumindest theoretisch dazu verpflichtet, gegeneinander vorzugehen.

Auch beim zweiten großen Brandherd des Nahen Ostens steuert Berlin auf eine Konfrontation mit Washington zu. Im Juni will die US-Administration ihren Plan zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts vorlegen. Man werde noch den islamischen Fastenmonat Ramadan und die Bildung einer neuen israelischen Regierung abwarten, dann werde die Welt Trumps »Vision« für die Beilegung des Jahrhundertkonflikts kennenlernen, so kündigte es sein Schwiegersonn Jared Kushner, einer der Architekten, an.

Konkretes sickerte bislang nicht durch, aber es steht zu befürchten, dass sich die Vereinigten Staaten vom Konzept der Zweistaatenlösung abwenden werden, das seit Jahrzehnten von der internationalen Gemeinschaft als einzig fairer Weg ange-

sehen wird. »Die Vision, die wir vorlegen werden, wird einen bedeutenden Wandel zu dem Modell repräsentieren, das bislang gebraucht wurde«, sagte US-Außenminister Pompeo.

Worte wie diese lösen in der Bundesregierung Besorgnis aus. Zwar wollen Kanzlerin Merkel und Außenminister Maas den Plan aufmerksam lesen und kreative Ideen zur Konfliktlösung wohlwollend prüfen. Sollte der Plan allerdings das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser schleifen oder von Israel besetzte Gebiete ohne Rücksicht auf das Völkerrecht anerkennen, könnte Deutschland den US-Plan nicht unterstützen.

Seit seinem Amtsantritt hat Trump die amerikanische Vermittlerrolle aufgegeben und sich einseitig auf die Seite der israelischen Regierung gestellt. Er schloss die palästinensische Vertretung in Washington und strich die Gelder für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser, UNRWA. Er verlegte die US-Botschaft nach Jerusalem und erkannte – mitten im israelischen Parlamentswahlkampf – Israels Herrschaft über die Golanhöhen an.

Wie sich die Tonlage gegenüber den USA verschärfen könnte, demonstrierte Ende März Christoph Heusgen, früherer außenpolitischer Berater der Kanzlerin, heute Deutschlands Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen. Bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats warf er den Amerikanern »Bruch internationalen Rechts« vor. »Wir glauben nicht, dass internationales Recht reiner Selbstzweck ist«, sagte Heusgen. »Wir glauben, dass internationales Recht der beste Weg ist, Zivilisten zu schützen, damit sie in Frieden und Sicherheit leben können.«

»Genauso wie beim Atomabkommen mit Iran haben uns die Amerikaner noch nicht erklären können, was die bessere Alternative zur Zweistaatenlösung ist«, kritisiert SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich. Auch in Brüssel will man daran in jedem Fall festhalten. »Wir sehen in der EU nicht, dass es eine bessere Lösung für den Nahostkonflikt gibt als die Zweistaatenlösung«, sagt Helga Schmid, Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Diensts.

Mützenich fordert die Bundesregierung auf, sich an die Spitze derjenigen zu stellen, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution für die strikte Einhaltung des Völkerrechts im Nahen Osten vorantreiben. »Die USA müssen dann entscheiden, ob sie gegen eine solche Resolution ihr Veto einlegen«, so Mützenich.

Tatsächlich sieht Europa eher hilflos zu, wie die Temperatur zwischen Washington und Teheran steigt. Ein EU-Diplomat beschreibt die Lage so: »Wir sitzen auf einem Seil, die Amerikaner ziehen an einem Ende, die Iraner am anderen, und das Seil wird immer dünner.«

Die deutsche Außenpolitik beschränkt sich im Wesentlichen auf Appelle an die Adresse der Iraner. Dass man die Verbündeten in Washington zu einer Kursänderung bewegen kann, glaubt in Berlin niemand. Deutschland, so muss man das wohl verstehen, hält die Theokratie in Teheran für vernünftiger und rationaler als die Alliierten in Washington.

Dort ist das nicht verborgen geblieben. In Trumps kruder Sicht auf die Außenpolitik spielt Deutschland ohnehin den Part des Bösewichts. Angela Merkel hat sich im Umfeld des Präsidenten den Ruf eines nervtötenden Moralapostels erarbeitet, der ermüdend lange Vorträge hält – was noch einmal zurück zur Pompeo führt: Bagdad war, wie berichtet, für den US-Außenminister wichtiger als Berlin. Zwei andere Termine in Europa – in Finnland am Montag und Großbritannien am Mittwoch – konnte Pompeo dagegen ohne Schwierigkeiten wahrnehmen.

Das sagt einiges über den Draht zwischen Berlin und Washington in diesen

Das letzte Telefonat der Bundeskanzlerin mit Trump liegt gut sieben Wochen zurück.

Zeiten. Pompeo hat es mehr als ein Jahr nach seinem Amtsantritt noch nicht nach Berlin geschafft.

Auch Sicherheitsberater Bolton fand die deutsche Regierung noch keinen Besuch wert. Und das letzte Telefonat der Bundeskanzlerin mit Donald Trump liegt gut sieben Wochen zurück.

Deutschland hat im Weißen Haus derzeit wenig zu melden. Dafür kommen andere Europäer zum Zug. Am Tag, als Pompeo seine Berlinvisite absagte, verschickte das Weiße Haus die Ankündigung eines hohen Besuchs aus Europa: Der ungarische Premierminister und Rechtspopulist Viktor Orbán wird kommende Woche in Washington erwartet. Er wolle mit Orbán, so Trump, über eine Vertiefung der amerikanisch-ungarischen Beziehungen sprechen.

Wenn die deutsche Kanzlerin Ende Mai das nächste Mal in die USA reist, um an der Universität Harvard einen Vortrag zu halten, wird Trump dagegen keine Zeit haben. Er spielt dann in Florida Golf.

Und Pompeo will seinen Besuch angeblich nächste Woche nachholen, auf eine Bestätigung aus Washington warten sie in Berlin noch.

Christiane Hoffmann, Peter Müller, Christoph Scheuermann, Fidelius Schmid, Christoph Schult

**Finn
Comfort®**
Made in Germany



MODELL SANSIBAR



- AUSGEZEICHNETE PASSFORM
- SUPERBEQUEM-FUSSBETT
- OPTIMALE AUFTRITTSDÄMPFUNG
- GEEIGNET FÜR INDIVIDUELLE EINLAGEN

DER SCHUH ZUM
WOHLFÜHLEN

FinnComfort Postfach
97433 Haßfurt/Main

Katalog/Händler:
www.finncomfort.de

Miss Happy

Karrieren Katarina Barley, SPD-Spitzenkandidatin für Europa, redet im Wahlkampf nicht viel über Politik, sondern zeigt sich vor allem als freundlicher Mensch. Das kommt gut an. *Von Veit Medick*

An einem Dienstagmorgen im April sitzt Katarina Barley auf Platz 6C eines Austrian-Airlines-Flugs irgendwo über Süddeutschland und wirkt wieder einmal so, als hätte sie mit all diesem Wahnsinn um sich herum nichts zu tun. Sie hat sich einen Schwarztee bestellt und ein Hefegebäck, in der Hand hält sie ihr iPhone, vor ihr steht eine Handtasche. Keine Akten, kein Buch, kein Mitarbeiter. Barley allein in der Holzklasse. Sie lehnt sich zurück. Es sind noch 60 Minuten bis Düsseldorf und noch ein paar Wochen bis zur Europawahl.

Und dann? Was kommt nach dieser Wahl, Frau Barley? Wie soll das alles werden?

Barley schaut, als hätte man sich nach ihrem Lieblingskuscheltier erkundigt. Absurde Frage! Was nach der Wahl komme, interessiere sie nun wirklich nicht, sagt sie. Nicht die Posten, die es zu verteilen gebe, nicht die möglichen Folgen für ihre Partei. Druck verspüre sie im Grunde gar nicht. Sie wolle am Wahlmorgen einfach aufstehen und sich innerlich sagen können, dass sie alles getan habe, was sie sich vorgenommen habe, sagt sie. Das sei ihr wichtig. Kurzes Lächeln.

Die Uhr zeigt 7.55 Uhr, die Stewardess öffnet für die Fluggäste schon mal eine Flasche Wein.

Ja gut, sagt Barley, mal wieder ein Glas trinken zu können, darauf freue sie sich schon. Bis zum 26. Mai verzichte sie auf jeglichen Alkohol. »Das nervt mich langsam«, sagt sie in diesen Wochen häufiger.

Bei Politikern, die sich demonstrativ entspannt zeigen, gilt es immer, vorsichtig zu sein, aber bei Barley stehen persönlicher Auftritt und politisches Umfeld momentan in einem solch auffallenden Gegensatz, dass selbst Sozialdemokraten sich fragen, was da eigentlich los ist. Diese Wochen müssten für eine SPD-Spitzenkandidatin eigentlich die reinste Tortur sein, weil kaum ein Wahlkampf so überladen wirkt wie dieser. Selbst die Floskel von der Schicksalswahl scheint ausnahmsweise mal eine gewisse Berechtigung zu haben.

Am 26. Mai geht es um Europa und um die Sozialdemokratie, zwei große Ideen der jüngeren Geschichte, und die Frage ist, ob diese Ideen nur noch auf dem Papier existieren oder weiterhin ein reales Fundament haben. Am Wahltag wird es darauf

eine Antwort geben. Schaffen es die Rechtspopulisten, Brüssel und Straßburg zu unterwandern, steht ein ganzes Friedensprojekt zur Disposition, schneidet die SPD schlecht ab, könnte die älteste Partei des Landes in Existenznot geraten. Das sind die Dimensionen.

Kurzum: Barley, die nebenbei noch Justizministerin ist, hat sich in ein Abenteuer gestürzt und sich dabei für einen Wahlkampf entschieden, der so still ist, dass manche in der Partei ein Anflug von Nervosität überfällt. Es kann sein, dass die 50-Jährige alle überrascht. Und wenn es schlimm ausgeht am Wahlabend? Nur keine Panik, meint Barley. Wird schon.

»Übrigens hatte ich Tee bestellt«, sagt sie zur Stewardess, die einen Kaffee bringt. »Oh, stimmt.«

Wer fragt, bekommt immer eine Antwort. Aber sie will niemanden belästigen.

Ein Tag im März, Barley besucht einen kleinen Stammtisch in Gera. Ein Raum in der Nähe des Bahnhofs, ein Dutzend Frauen ist gekommen. Es gibt Kuchen und Rotkäppchensekt, Barley trägt Turnschuhe, was sie häufig macht. Robert Habecks Erfolg ist ein Beispiel dafür, dass schon kleine Unkonventionalitäten wie ein Dreitagebart, ein offenes Hemd oder eben Turnschuhe Politiker umgänglicher wirken lassen. Hinten, in einer Ecke des Raums, sitzt Barleys niederländischer Lebensgefährte, ein kluger, unterhaltsamer Basketballcoach, der sich politisch auskennt, den »Guardian« liest und schon von einem sozialdemokratischen Wiederaufstieg träumte, als er Barley noch gar nicht kannte.

»Wer ist denn dieser arrogante Raucher da auf dem Bild über Katarina?«, fragt er. Es ist Willy Brandt, in jüngeren Jahren. »Oh. Nicht erkannt.«

Barley sitzt auf einem Sofa, über sich Brandt, vor sich die Frauen an kleinen, runden Tischchen. »Ich duze jetzt hier alle, 'tschuldigung, das rutscht mir immer so raus«, sagt sie und beginnt zu erzählen, weshalb sie sich diese Kandidatur antue. Ihr Vater sei Brite, sie selbst habe die dop-

pelte Staatsbürgerschaft, und ihre zwei Kinder habe sie mit einem Mann bekommen, den sie bei einem Studienaufenthalt in Paris kennengelernt habe. »Meine Erasmus-Babys« nennt Barley ihre Söhne, es ist der Sound, den sie anschlägt, wo immer sie hinkommt. »Europa ist einfach mein Leben«, sagt sie. Übrigens wohne sie bei Trier. »Da kann man mit dem Fahrrad durch vier Länder an einem Tag fahren – wenn man gut drauf ist.«

Happy Katarina.

Der Termin läuft unter Wahlkampf, was ein Witz ist, sofern man mit der gewöhnlichen Brille auf ihre Kampagne blickt. Barley, die früher Richterin war, macht keinen Wahlkampf, jedenfalls nicht diesen üblichen »Wenn ihr nicht alle wählen geht, werden wir alle sterben«-Wahlkampf. Sie doziert nicht von oben herab und brüllt keine Menschen an. Sie verzichtet darauf, den Weltuntergang herbeizuanalysieren, und vermeidet es, ihre Gegner zu verteufeln. Sie macht nicht einmal einen Hehl daraus, dass sie sich an ihre Rolle noch gewöhnen müsse. »Für mich«, sagt Barley, »ist es immer ein komisches Gefühl, das eigene Gesicht auf den Plakaten zu sehen.« Letzteres könnte freilich Koketterie sein. In der SPD gibt es auch Geschichten über ihre Eitelkeit.

Manche Sozialdemokraten sind fast fassungslos angesichts der Sanftheit, mit der Barley durch diese verrückten Zeiten schreitet. Der Brexit hält Europa in Atem, die USA und China kämpfen um die globale Vormachtstellung, und Barley spricht über ihre Erasmus-Babys. Natürlich besteht die Gefahr, dass eine Kandidatin verloren wirkt, wenn sie es scheut, das große Rad zu drehen und von Megabühnen wie jemand herunterzupredigen, der für alles konkrete Pläne hat. Allerdings haben die Schreihals-Wahlkämpfe von Peer Steinbrück und Martin Schulz zuletzt so schlecht funktioniert, dass Barleys Gegenentwurf so verkehrt nicht wirkt.

Der Wahlkampf ist ohnehin nicht einfach für die SPD, die Partei muss ein Europa verteidigen, das sie selbst gar nicht zu 100 Prozent aufrechterhalten will. Aber sie kann auch nicht zu sehr an Europa herumschrauben wollen, weil es dann so wirken würde, als stünde sie gar nicht mehr richtig hinter der Idee. »Viel Glück. Ich kann mir vorstellen, wie sich das anfühlt,



EU-Politikerin Barley (2. v. l.), Unterstützer: »Alles gut, nicht stressen«

wenn der Wahlkampf nicht so richtig fliegt«, sagte kürzlich Matthias Machnig, der in die Wirtschaft gewechselte frühere Kampagnenguru der SPD, zum Leiter des Barley-Wahlkampfes, als sich beide auf einer Party über den Weg liefen.

Um aus dem inhaltlichen Dilemma zu entkommen, haben die Strategen ziemlich alles auf Barley und ihre gute Laune zugeschnitten. Auf den SPD-Plakaten steht »Kommt zusammen! Für Gleichberechtigung« oder einfach »Frieden«.

Barley lacht dazu oder macht mit Leuten Selfies.

Es sind keine schlechten Plakate, Barleys Kampagne ist die freundlichste, aber wahrscheinlich auch unpolitischste aller Zeiten. Kevin Kühnert treibt mit seinen Sozialismusthesen der SPD den Schweiß auf die Stirn, Katarina Barley wischt ihn wieder ab. Er steht für die Frage, wie radikal die Partei sein muss, um zu überleben. Sie steht für die Frage, wie sehr Politik hinter dem Politiker verschwinden muss, um Erfolg ha-

ben zu können. Es ist ein bemerkenswerter Wettstreit darum, wie eine kriselnde Partei wieder anschlussfähig werden kann.

Vor einigen Wochen, in Jena, läuft sie mit ihrem Ansatz mal fast gegen die Wand. 200 Leute sind da. Ein Baby schreit unaufhörlich, der Vater will gehen, Barley schreitet ein. »Lassen Sie«, ruft sie, »Kinderlärm ist doch der beste, den man haben kann. Alles gut. Nicht stressen.« Barley spricht über ihre Liebe zu Europa, die Nachteile des Einstimmigkeitsprinzips und die Vorteile des Interrail-Tickets. Sie habe ihrem ersten Sohn ein solches Ticket zum 18. Geburtstag geschenkt, sagt sie, und werde das auch beim zweiten machen.

Irgendwann flüpft einer im Publikum aus. »Die EU haut nicht hin!«, brüllt er. »Dumm und kaputt« sei der Kontinent. Das müsse man doch akzeptieren. Mal halblang, sagt Barley. »Ohne Europa sind wir so groß wie ein Stecknadelkopf. Da findet uns niemand mehr.«

Am Ende bekommt Barley den Beifall, nicht er.

Barley hat keine klare Botschaft, aber es ist nicht so, dass sie kein Programm hätte. Sie kennt sich aus. Als sie noch in Rheinland-Pfalz war, arbeitete sie als Europareferentin in einem Landesministerium. Weil ein Kollege krank wurde, musste sie ihre Jungfernrede im Bundestag ebenfalls zu Europa halten, von da an lief sie in der Kategorie Expertin. Sie kann spielerisch erklären, warum sie ein Artikel-7-Verfahren gegen Polen unterstützt oder ein Frühwarnsystem für Rechtsstaatsverstöße aufbauen möchte. Sie will den Kontinent menschlicher machen und in allen Mitgliedstaaten einen Mindestlohn einführen. Wer fragt, bekommt immer eine Antwort. Aber sie will niemanden belästigen.

Sie kann auch über die globalen Herausforderungen reden, den Wahnsinn des US-Präsidenten oder die irrlichternden Briten, aber dann tut sie das in der Regel weniger im Kissinger-Ton als mit der Melodie einer freundlichen Reiseleiterin, was den Vorteil hat, dass ihr viele bis zum Ende zuhören. »Es ist immer besser, über den Bauch zu kommen als über den Kopf«, sagt sie.

Die Frauen in Gera gehen beseelt nach Hause, die Besucher in Jena auch. Und neulich, in Köln, wird sie von 150 Leuten

ARTE RE

MONTAG, 13. 5., 19.40 – 20.10 UHR | ARTE

Brexit-Chaos in der Karibik – die Insel Anguilla steht kopf

Die winzige Karibikinsel Anguilla ist britisches Überseegebiet. Obwohl 6500 Kilometer Luftlinie von London entfernt, bangen die Inselbewohner um ihre Zukunft. Verlässt das Vereinigte Königreich die Europäische Union, wird auch Anguilla von den Segnungen der EU abgeschnitten.

SPIEGEL TV

MONTAG, 13. 5., 23.25 – 0.00 UHR | RTL

Clankriminalität – Wie das Mitglied einer arabischen Großfamilie seine Nachbarn terrorisiert; **Von der Insolvenz zum Millionär** – Der Aufstieg des Promi-Unternehmers Jens Hilbert; **Bekifft, betrunken oder ohne TÜV** – Großkontrolle im Berliner Umland.

SPIEGEL GESCHICHTE

MITTWOCH, 15. 5., 23.10 – 23.55 UHR | STY

Airbus und Boeing

Es ist die Auseinandersetzung der beiden größten Flugzeughersteller der Welt: des amerikanischen Boeing-Konzerns mit der multinationalen Airbus-Gruppe der Europäer.

DIENSTAG, 14. 5., 20.15 – 21.45 UHR | ARTE

Demokratie unter Druck

Ist die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form in Gefahr? In einer kritischen Analyse nimmt der Film die Macht des Volkes als historische Errungenschaft, als Rückbesinnung auf Partizipation und Freiheit in den Blick und geht Schwachstellen und Mängeln der repräsentativen Demokratie nach.

SPIEGEL TV REPORTAGE

DIENSTAG, 14. 5., 23.10 – 0.15 UHR | SAT.1

Feuerwache Neukölln – Alarm in der Sonnenallee

Die Einsätze im Berliner Problembezirk Neukölln gelten als besondere Herausforderung. Diesmal werden die Feuerwehrmänner zu einem Wohnungsbrand in der Sonnenallee gerufen. Kaum angekommen, wird ihnen klar: Es sind noch Menschen in dem brennenden Haus.

regelrecht gefeiert. »Das hat soooooo gut getan«, sagt die Chefin der örtlichen SPD: »Wir brauchen mehr von deiner Sorte.«

Aber was ist ihre Sorte? In der SPD weiß niemand so richtig, wie sie politisch tickt. Sie ist weder sehr links noch sehr konservativ, nicht jung, nicht alt, sie streitet ungern, weder mit den eigenen Leuten noch mit Bundesinnenminister Horst Seehofer, ihrem Counterpart in der Regierung, und das will schon was heißen.

Es gibt keinen Patzer, an den man sich erinnerte, aber auch kein Projekt, das man mit ihr verbände. Barley ist herzlich und interpretiert das Feminine in der Politik anders als viele Frauen, die glauben, die männliche Dominanz kopieren zu müssen, um nach oben zu kommen. Ansonsten ist sie schwer einzuordnen. Wer mit ihr spricht, wird nicht indoktriniert. Einem Lager gehört sie nicht an, deshalb kann sich jeder bei ihr aufgehoben fühlen. Da sie kein klares Profil hat, kann niemand sie in eine Schublade stecken.

Weil die SPD sie schon für fast alles eingesetzt hat, ist sie bislang überall unvollendet geblieben.

Der Lohn: 99 Prozent der Delegierten haben Barley auf dem SPD-Europakonvent im Dezember auf Platz eins der Liste gewählt. Sie hat den höchsten Bekanntheitsgrad unter allen deutschen Spitzenkandidaten für Europa. Als sie im Juni 2017 nach gerade mal anderthalb Jahren als Generalsekretärin das Willy-Brandt-Haus verließ, flossen Tränen.

Ihre Popularität hat auch eine Tragik, denn sie zeigt, wie sehr sich die Partei nach Hoffnungsträgern sehnt und wie schnell Sozialdemokraten in diese Rolle rutschen können. Barleys Aufstieg verlief fast schon grotesk schnell: Generalsekretärin, Familien-, zusätzlich Arbeits- und später Justizministerin, jetzt die Nummer eins für Europa. All das innerhalb von drei Jahren.

Weil die SPD glaubt, sie für fast alles einsetzen zu können, ist sie bisher überall unvollendet geblieben. Und weil sie das weiß, fällt ihr der Abschied aus dem Justizministerium schwer. »Es ist einfach ein ganz großartiges Amt, eigentlich hatte ich gar nicht vor, das abzugeben«, sagt sie auf fast jedem Termin. Das ist einigermaßen riskant, weil es so wirkt, als wäre sie nur mit halbem Herzen in Sachen Europa unterwegs und könnte sich nicht entscheiden.

Mitte April, das Ende eines langen Tages in Wien. Barley hat die dortigen Genossen besucht und sich über öffentlich geförderten Wohnraum informiert. Sie sitzt

in ihrem Wagen in Richtung Flughafen. Die Polizei lotst sie durch die Stadt. Immer diese Kolonnen, sagt sie. Neulich habe die Polizei in ihrer Heimatstadt die Straßen abgesperrt. Sie habe gedacht, die Chinesen kämen. Dabei waren die Sperren für die Justizministerin, also für sie.

Vielleicht geht doch alles zu schnell, sie kommt manchmal selbst nicht hinterher damit, welches Amt sie gerade hat.

Barley scrollt über ihr Display. Notre-Dame brennt. Der Mittelteil ist gerade eingestürzt, Barleys Timeline bei Twitter ist ein einziges Flammenmeer. »Mir ist richtig flau im Magen. Das ist Kultur, das ist ein Monument«, sagt sie und greift zum Telefon. Ein Anruf bei ihrem Lebensgefährten. Wie so oft. Hin und wieder ist sie bei ihm in Amsterdam, aber allzu häufig sehen sie sich gerade nicht. In ein paar Wochen, wenn sie in Brüssel wohnt, ist sie ihm viel näher. Es sind dann nur knapp zwei Stunden mit dem Zug, sie hat das schon gecheckt. Ein Katzensprung.

Zwei Wochen läuft der Wahlkampf noch, und das Schöne aus Barleys Sicht ist, dass sie kaum verlieren kann. Die Erwartungen der SPD an das eigene Ergebnis sind historisch niedrig. Dass der Balken abstürzt, ist eingepreist, das 27-Prozent-Ergebnis der vorigen Europawahl wird unerreichbar sein. Ist das Ergebnis halbwegs vernünftig, könnte Barley das als ihren Erfolg verkaufen. Wird es schlimm, dürfte die Schuld eher anderen gegeben werden, zum Beispiel Kühnert.

Was Barley in Brüssel will, ist ein großes Rätsel ihres Wahlkampfes. Den deutschen Kommissarsposten wird die Union besetzen, sofern Manfred Weber, der CSU-Mann, nicht gar Kommissionspräsident wird. Und den Fraktionsvorsitz der Europäischen Sozialisten wird sie auch nicht mal eben geschenkt bekommen.

So könnte es sein, dass Katarina Barley nach diesem Wahlkampf, der irgendwie keiner so richtig sein will, sich erst einmal in den hinteren Rängen wiederfindet, was ein wenig ärgerlich für sie wäre, weil sich eine bundespolitische Präsenz so deutlich schwerer beibehalten ließe. Es wird dann interessant sein zu beobachten, ob die Partei ihr trotzdem die Treue hält oder sich vielleicht so schnell wieder von ihr abwendet, wie sie sich ihr zuwandte.

Ja, und dann? Barley lacht. Nur kein Stress. Sie wolle jetzt erst mal gut durch den Wahlkampf kommen. Viele Termine, viele Gespräche, viel Sport. Zu Hause macht sie Kraftübungen, mindestens einmal die Woche geht sie joggen. Meistens am Mittwoch, gleich nach der Kabinettsitzung. Sie zieht sich im Kanzleramt um, dann läuft sie durch Berlin. Bald muss sie sich eine neue Strecke suchen.

Wird schon alles, sagt sie.

Trickreiche Pläne

Haushalt Weil in der Finanzplanung Milliarden fehlen, wollen die SPD-Minister Scholz und Heil die Grundrente auf ungewöhnliche Weise finanzieren.

Die Zeit von Sorglosigkeit und Überfluss scheint für Finanzminister Olaf Scholz (SPD) endgültig vorbei zu sein. Erstmals seit Jahren offenbarte die Steuerschätzung am Donnerstag wieder Finanzierungslöcher in der Etatplanung des Bundes. Zwar hatte Scholz schon Ende März einen Teil der Ausfälle vorweggenommen, als er die Eckwerte für den Haushalt des nächsten Jahres vorstellte. Doch es bleibt eine Lücke. Bis 2023 wachsen die Steuereinnahmen weiter, aber nicht mehr so stark (siehe Grafik). Allein beim Bund fallen sie in diesem Zeitraum um 10,5 Milliarden Euro geringer aus als zuletzt vorausgesagt. Im nächsten Jahr klafft ein Fehlbetrag von 1,6 Milliarden Euro. Ursache ist die schwächelnde Konjunktur.

Die Botschaft der neuen Knappheit ist in den beiden Koalitionsparteien aber offenbar noch nicht gleichermaßen angekommen. Im Gegenteil: Viele Kabinettsmitglieder haben in den vergangenen Wochen bei Scholz einen erhöhten Finanzierungsbedarf nachgemeldet, obwohl die Rückkehr der klammen Kassen schon absehbar war.

Die Extrawünsche summieren sich für nächstes Jahr auf rund 5 Milliarden Euro. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) verlangt nach einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums 1,9 Milliarden Euro mehr, Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) 800 Millionen Euro, und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will 1,1 Milliarden Euro mehr. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2023 hat sie allein einen mittlereinstelligen Milliardenbetrag zusätzlich gefordert.

Die Union ist sich uneins, was die spärlicher fließenden Einnahmen zu bedeuten haben. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) denkt über alle möglichen Entlas-

tungen nach. Vor allem die CSU hält an einer ihrer Lieblingsforderungen fest. »Fast dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung gehört der Soli abgeschafft – ohne Ausnahme komplett für alle Steuerzahler«, sagt Stefan Müller, der parlamentarische Geschäftsführer der CSU. Wenn aber der Bund tatsächlich auch den oberen zehn Prozent der Steuerzahler den Aufschlag erlassen würde, wie von Müller gefordert, dann müsste er zusätzlich auf rund zehn Milliarden Euro jährlich verzichten.

Deshalb widersprechen eigene Fraktionskollegen dieser Idee. »In Anbetracht der deutlich nach unten korrigierten Steuereinnahmen gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keinen Spielraum für den zweiten Abbauschritt beim Soli«, sagt Eckardt Rehberg, Chefhaushälter der Unionsfraktion.

In einem Punkt herrschen bei CDU und CSU allerdings Einigkeit: »Es gibt keinen Spielraum für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung und auch nicht für

Grundrente nun auf knapp vier Milliarden Euro, möglicherweise auch mehr, je nachdem welcher Personenkreis zum Zuge kommt und was an Kindererziehung, Pflege und Arbeitslosigkeit auf die erforderlichen 35 Beitragsjahre angerechnet wird.

Anders als ursprünglich geplant soll das Projekt aber nicht vollständig aus Steuermitteln und damit aus dem Haushalt bezahlt werden. Große Teile der Kosten werden aus Beitragsmitteln bestritten.

Scholz und Heil wollen nun sowohl die gesetzlichen Krankenkassen als auch die Arbeitslosenversicherung anzapfen. So erwägen sie, den Beitragssatz für die Krankenversicherung der Rentner von derzeit 14,6 auf künftig 14,0 Prozent zu senken. Der Effekt: Weil die Rentenkasse den Arbeitgeberbeitrag für die Senioren übernimmt, müsste sie künftig rund 400 Millionen Euro weniger überweisen. Geld, das zur Finanzierung der Grundrente bereitstünde. Auch die Rentner würden in gleicher Höhe entlastet.

Zugleich würden beim Bundeszuschuss Mittel frei, mit denen sich die Grundrente finanzieren ließe. Rechtfertigen wollen die beiden Minister die Absenkung damit, dass Rentner, anders als Arbeitnehmer, kein Krankengeld beziehen können, ihr Beitrag also niedriger ausfallen darf.

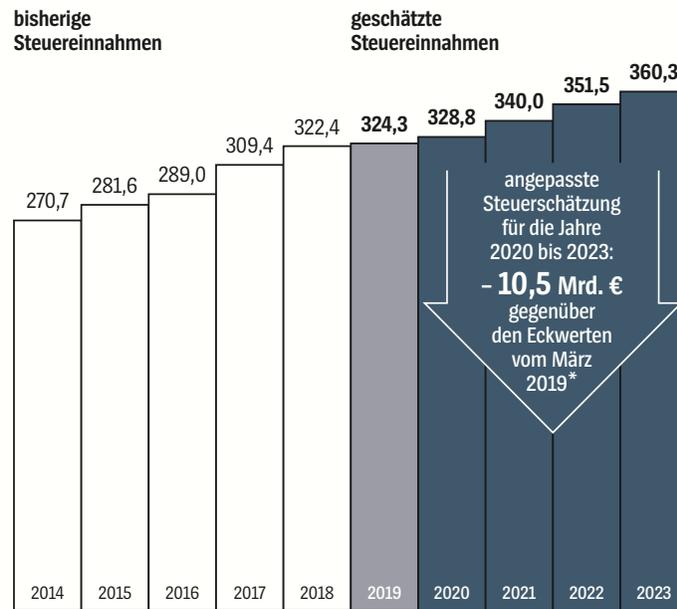
Außerdem denken die Minister darüber nach, die Bundesagentur für Arbeit zu verpflichten, für die Bezieher von Arbeitslosengeld I höhere Rentenbeiträge zu überweisen. Bisher werden die Beiträge so berechnet, als hätten die Betroffenen 80 Prozent ihres letzten Einkommens verdient. Künftig soll die Kalkulationsgrundlage wieder 100 Prozent des Lohns sein. Die Folge: Die Rentenkasse darf sich auf 800 Millionen Euro mehr aus Nürnberg freuen. Mit diesem Geld werden die Kosten der Grundrente abgedeckt.

Allerdings ist das trickreiche Modell umstritten, um die Details ringen die Ministerien noch. Auch das Kanzleramt ist noch nicht eingeweiht. Gut möglich, dass es Widerspruch einlegt. In Regierungskreisen gilt es daher nicht als ausgeschlossen, dass Heil seinen Gesetzentwurf zur Grundrente nicht mehr vor der Europawahl präsentieren wird, wie er es ursprünglich angekündigt hat, sondern erst danach. Das hätte für die SPD auch einen Vorteil: Niemand könnte ihr vorwerfen, sie missbrauche die Grundrente für den Wahlkampf.

Christian Reiermann, Cornelia Schmergal

Verkalkuliert

Steuereinnahmen des Bundes, in Milliarden Euro



* Steuerschätzung Mai 2019; Quelle: Bundesfinanzministerium

DER SPIEGEL

andere Sozialversprechen der SPD«, sagt Rehberg.

Da er die Vorbehalte kennt, bastelt Olaf Scholz an einer Lösung, wie er die Grundrente möglichst ohne größere Belastungen für den Bundeshaushalt gestemmt bekommt. Zur Finanzierung hat er ein Konzept ausgearbeitet, das abenteuerlich anmutet. Trotzdem könnte sich Sozialminister Hubertus Heil (SPD) darauf einlassen. Er möchte sein prestigeträchtiges Wunschprojekt nur allzu gern auf den Weg bringen.

So veranschlagen die beiden SPD-Minister die jährlichen Ausgaben für die



JETZT MITMACHEN BEIM WETTBEWERB 2019!

WORUM GEHT ES?

Die Frage ist: Wie wollen wir in Zukunft wohnen? Gibt es neue Wohnformen, Architektur, die ein anderes Zusammenleben ermöglicht, oder auch Projekte von Nachbarn, die Gemeinschaft, schaffen? Wir suchen die besten Ideen für ein zukunftsorientiertes Wohnen.

WIE KANN MAN TEILNEHMEN?

Jeder kann beim Social Design Award mitmachen. Die Einreichungsfrist läuft bis zum 31. August 2019. Die Wettbewerbsunterlagen und das Onlineformular für die Beiträge findet man unter www.spiegel.de/socialdesignaward

WIE LÄUFT DER WETTBEWERB AB?

Die Expertenjury wählt die zehn besten Einreichungen aus, diese werden ab Ende September auf SPIEGEL ONLINE vorgestellt. Aus ihnen können die Leser ihren Favoriten wählen. Die Gewinner geben wir auf SPIEGEL ONLINE und am 12.11.2019 in SPIEGEL WISSEN 4/2019 bekannt.

WAS GIBT ES ZU GEWINNEN?

Vergeben werden ein Jurypreis und ein Publikumspreis. Die Preise sind jeweils mit 2500 Euro dotiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

DER SPIEGEL Wissen
SPIEGEL ONLINE

In Kooperation mit



Operation »Nemo«

Verteidigung Militärexperten des Londoner IISS-Instituts haben erstmals berechnet, wie viel Europa nach einem amerikanischen Nato-Austritt investieren müsste. Die Summen sind riesig.

Ein Gedankenspiel nur, mehr nicht, aber es schärft den Blick. Mal angenommen, die Amerikaner verließen die Nato. Gründe gäbe es genug. Streit um Afghanistan, um China, Iran, Russland, Syrien oder die Lastenteilung im Bündnis. Doch das Warum ist in diesem Fall nicht entscheidend. Wichtig ist allein: was dann?

Also: Ende 2021 sind die USA nicht mehr Mitglied der Nato. Das Pentagon verlegt alle US-Einheiten aus Europa in die Heimat, an den Persischen Golf und in den Pazifik. US-Personal wird aus den Stabsstellen und Hauptquartieren des Bündnisses abgezogen, nur die Lieferverträge mit der US-Rüstungsindustrie gelten weiter.

Die beiden verbliebenen Nato-Atom-mächte Großbritannien und Frankreich erklären, dass sie die Allianz im Extremfall mit ihren nuklearen Fähigkeiten schützen würden, beide Länder stellen von nun an abwechselnd den Nato-Oberbefehlshaber und seinen Stellvertreter. Die Lücken, die der Abzug der amerikanischen Truppen reißt, werden von Europäern gefüllt.

Und dann? Gerät die Lage außer Kontrolle.

Es ist eine fast klinische Versuchsanordnung, die das Forscherteam des International Institute for Strategic Studies (IISS) für seine neueste Studie gewählt hat. In den vergangenen Monaten haben die sechs Wissenschaftler aus London akribisch die möglichen Folgen eines solchen Szenarios durchgerechnet. Sie wollen eine Frage beantworten: Welche militärischen Lasten müssten Europäer und Kanadier nach einem Nato-Austritt der USA schultern?

Das Ergebnis liegt jetzt auf 50 Seiten vor und hat es in sich. Am Wochenende soll es veröffentlicht werden. Zum ersten Mal klebt damit ein Preisschild an dem Begriff der »strategischen Autonomie«, der die außenpolitische Debatte in Deutschland und Europa seit dem Amtsantritt Donald Trumps beherrscht.

»Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen«, hatte die Kanzlerin vor zwei Jahren in einem bayerischen Bierzelt gefordert und

damit eine Diskussion angestoßen, die seitdem nicht verstummt ist. »Strategische Autonomie« ist das neue Schlagwort der Europapolitik, die EU hat es zum offiziellen Ziel ihrer Verteidigungspolitik erklärt.

So angeregt die Debatte auch geführt wird, so wolkig blieb sie bisher. In diese Lücke stößt nun die Studie vor, die vom Planungsstab des Auswärtigen Amts in Berlin angeregt und mitfinanziert wurde. »Uns geht es nicht um Visionen«, sagt der IISS-Militärexperte Bastian Giegerich, »uns geht es um Fakten.«

Wie keine andere internationale Denkfabrik hat Giegerichs Institut in den vergangenen Jahrzehnten einen gewaltigen Datensatz zu den weltweiten militärischen Kräfteverhältnissen zusammengetragen. Der jährliche IISS-Bericht (»Military Balance«)

ist für Regierungen, Militärs und Geheimdienste Pflichtlektüre.

In ihrer neuen Studie kombinieren die Forscher diese Daten mit der Analyse von zwei Szenarien: dem Schutz der internationalen Seewege und der Verteidigung Europas in einem begrenzten Landkrieg mit Russland. Giegerich und seinen Kollegen geht es nicht darum, die Wahrscheinlichkeit eines solchen Gedankenspiels zu überprüfen. Sie brauchen Szenarien,

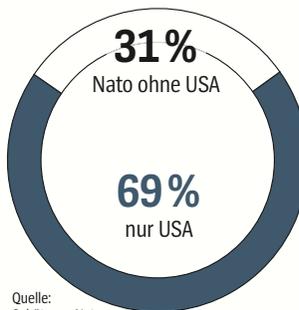
um einen konkreten militärischen Bedarf und damit auch die Kosten berechnen zu können.

Das erste Planspiel beginnt Anfang des kommenden Jahrzehnts. Mit dem Austritt aus der Nato verlagert Washington Einheiten der US-Navy aus Europa und dem Nahen Osten in den Pazifik. Die amerikanische Öffentlichkeit reagiert empört, als bei Unfällen 29 Seeleute sterben und zwei US-Zerstörer schwer beschädigt werden.

Unter wachsendem Druck fordern die USA die EU auf, eine Seeblockade gegen Iran zu verhängen. Als sich die Europäer erwartungsgemäß weigern, fliegt der US-Präsident nach Pearl Harbor und verkündet in einer Rede, in Zukunft werde man Angriffe auf die internationalen Seewege nur noch dann beantworten, wenn amerikanische Interessen berührt seien.

Mächtiger Partner

Militärausgaben der Nato-Länder 2018 gesamt: knapp 1 Billion Dollar



Quelle: Schätzung Nato



Nato-Schiffe bei Manöver in der Ostsee 2018: Zum ersten Mal klebt ein Preisschild am Begriff »strategische Autonomie«

Während sich die Amerikaner als Weltpolizist zurückziehen, steigen in Europa die Spannungen. Mit Sorge registriert die nun verkleinerte Nato starke Flottenaktivitäten der Russen im östlichen Mittelmeer, in der Ostsee, im Schwarzen Meer und im Nordatlantik. Zugleich verschlechtert sich die Sicherheitslage am Horn von Afrika.

Ab Oktober 2021 überschlagen sich die Ereignisse. Im westlichen Mittelmeer werden mehrere russische Kriegsschiffe gesichtet, in Montenegro kommt es zu prorussischen Protesten, Moskau versetzt die russische Schwarzmeerflotte in Alarmbereitschaft. In schwedischen Hoheitsgewässern taucht ein unbekanntes U-Boot auf, gleichzeitig werden in Nord- und Ostsee die Navigationssysteme von Schiffen elektronisch gestört, ein Tanker läuft deshalb auf Grund, Öl fließt aus.

Die russische Nordflotte verlegt vier Marineeinheiten, bestückt mit Mittelstreckenwaffen, in den Ostatlantik, am Horn von Afrika sind Piraten aktiv.

Als Antwort auf diese Bedrohungen lässt die Nato »Nemo« (»Nato/EU Maritime Objective«) ausarbeiten. Es geht um eine Operation, die knapp unterhalb eines bewaffneten Konflikts angesiedelt ist. Sie soll mögliche Gegner abschrecken und in der Lage sein, die Auseinandersetzung notfalls militärisch eskalieren zu können.

In langen Tabellen listen die IISS-Experten auf, was den Europäern in einem solchen Fall fehlen würde. Um die Amerikaner zu ersetzen, müssten sie allein 16 hochmoderne Fregatten beschaffen, ge-

schätzte Kosten zwischen 20 Milliarden und 31 Milliarden Dollar. Außerdem brauchte sie zehn Luftabwehr-Zerstörer, geschätzte Kosten zwischen 19 Milliarden und 21 Milliarden Dollar.

Das ist längst nicht alles. Es fehlt an U-Booten, Flugzeugträgern, an Flugzeugen zur U-Boot-Bekämpfung. Um dieses Defizit zu beseitigen, müssten die Europäer nach den Berechnungen des IISS zwischen 94 Milliarden und 110 Milliarden Dollar investieren. Die Kosten für Materialerhalt, Training und Personal kämen noch dazu.

In einem zweiten Szenario spielen die Londoner Experten einen begrenzten Landkrieg mit Russland durch. Nach dem Nato-Austritt der USA wachsen 2021 die militärischen Zwischenfälle in der Ostsee zwischen Russland, Litauen und Polen. Als Folge kommen in den beiden osteuropäischen Bündnisstaaten nationalistische Regierungen an die Macht, die gemeinsam Militärmanöver abhalten, bei denen auch offensive Luftoperationen geübt werden.

Russland fühlt sich provoziert. In Litauen und Polen werden Cyberangriffe auf Regierungs- und Militärnetzwerke registriert. Wenig später setzen Hubschrauber russische Luftlandtruppen in Litauen ab, aus Weißrussland greift eine russische Division an, in einer Überraschungssaktion bringen russische Kommandos den Flughafen von Kaunas unter ihre Kontrolle.

Bald ist der größte Teil der litauischen Streitkräfte aufgegeben, die meisten Soldaten der in Litauen stationierten Nato-Truppe unter deutscher Führung sind tot

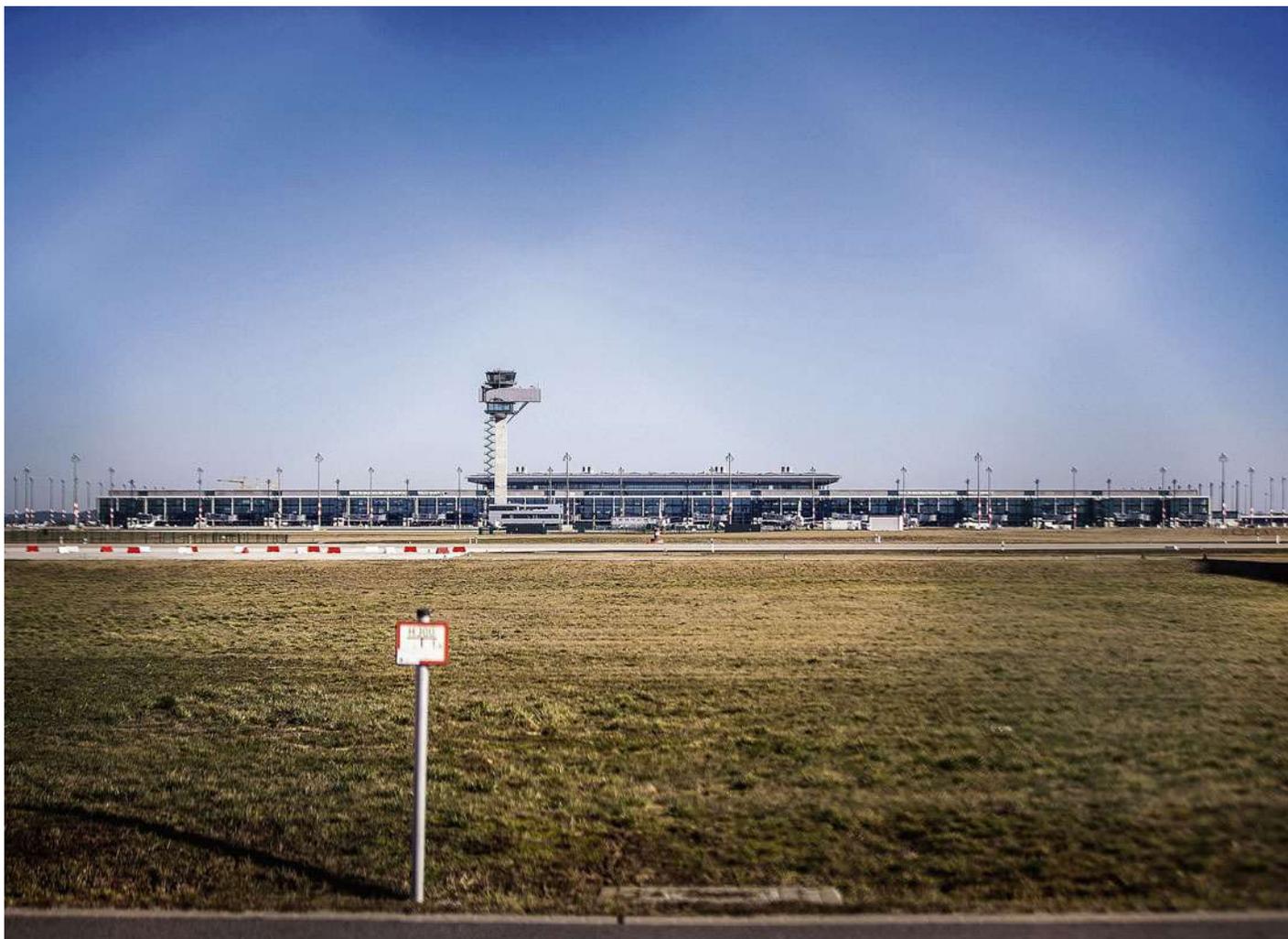
oder in Kriegsgefangenschaft. Polen greift ein, es kommt zu heftigen Gefechten zwischen polnischen und russischen Einheiten, am Ende besetzt Russland eine 30 Kilometer tiefe Sicherheitszone an der Grenze zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und Polen.

Die Nato erklärt den Bündnisfall. In einer ersten Operation sollen schnelle Eingreiftruppen in die Frontstaaten verlegt werden, um Russland vor weiteren Aktionen abzuschrecken. Gelingt es nicht, Moskau zum Abzug aus den besetzten Gebieten zu bewegen, soll in einer zweiten Mission die Rückeroberung versucht werden.

Auch für dieses Szenario errechnet das IISS ein massives Rüstungsdefizit der Nato nach einem amerikanischen Austritt. Teurerster Posten wäre die Anschaffung von bis zu 90 Batterien von »Patriot«-Abwehraketen, die bis zu 78 Milliarden Dollar kosten könnten. Schwere Kampfpanzer, Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge sind die nächsten drei großen Posten.

Insgesamt müsste die kleinere Nato zwischen 288 Milliarden und 357 Milliarden Dollar ausgeben, um für dieses Szenario gewappnet zu sein. Die Summen sind atemberaubend.

»Es geht nicht darum nachzuweisen, dass die Europäer strukturell unfähig wären, sich selbst zu verteidigen«, schreiben die Londoner Forscher in ihrer Studie. Das militärische Defizit sei lösbar, »allerdings nur in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahrzehnten«. Konstantin von Hammerstein



BER-Baustelle: Sieben Jahre vermurkste Sanierungsversuche

11 581 Mängel

Berlin Der neue Flughafen soll, endlich, 2020 eröffnet werden. Doch auch dieser Termin ist womöglich nicht zu halten.

Der Vortrag ließ sich gut an. So gut es eben geht, wenn Verantwortliche über den Problemfall Berliner Flughafen BER sprechen. Airportchef Engelbert Lütke Daldrup gab Anfang April den Eigentümern der Berlin-Brandenburger Flughafengesellschaft einen Bericht zum »Bausachstand«. Seinen Ausführungen konnten Spitzenbeamte der Landesregierungen Berlin und Brandenburg sowie der Bundesregierung, ein Senator und ein Landesminister entnehmen, dass es vorangehe beim BER.

Die Qualität der Baufertigstellung habe sich »massiv verbessert«, sagte der Flughafenchef. Und nachdem nun auch die Türen und Sprinkleranlagen im Hauptterminal endlich funktionierten, habe sich die

Anzahl der »kritischen Gewerke auf zwei reduziert«. Doch dann kam Lütke Daldrup zu Punkt vier und folgenden seines Berichts. Es wurde konkret – und es wurde bitter, wie schon so oft in den vergangenen sieben Jahren der vermurksten Sanierungsversuche am BER.

Die Firma Bosch, verantwortlich für die Brandmeldeanlagen, habe vertraglich vereinbarte Leistungen »bisher nicht vollständig erbracht«, sagte der Flughafenchef. Termine konnten »wiederholt nicht eingehalten werden«. Dies habe »erhebliche Auswirkungen auf den Fertigstellungs- und Prüfprozess«. Eine Bosch-Sprecherin weist diese Vorwürfe zurück.

Ähnlich besorgniserregend sehe es bei der Kabelsanierung aus, sagte Lütke Dal-

drup. Das Fazit des Flughafenchefs: »Die ursprüngliche Sicherheit des Eröffnungstermins im Oktober 2020 kann heute nicht mehr uneingeschränkt garantiert werden.«

Gegenüber der Öffentlichkeit demütiert das Flughafenmanagement, selbstredend, jeden Zweifel am Eröffnungsfahrplan. »Der Termin steht«, sagt ein Sprecher. Und auch in der internen Gesellschafterrunde wollte Lütke Daldrup nicht als Cassandra erscheinen: Der Termin, so ergänzte der Flughafenchef etwas verschraubt, sei aber »keinesfalls als nicht erreichbar anzusehen«.

Doch hinter den Kulissen wird bereits im Gesellschafterkreis die Verschiebung des Eröffnungstermins durchgespielt, zumindest um ein halbes Jahr auf März 2021, womöglich sogar erst auf den Herbst in zwei Jahren.

Denn wenige Wochen vor jener Gesellschafterversammlung landete auf dem Tisch von Lütke Daldrup ein besorgniserregender Rapport des TÜV Rheinland. Die Prüfer hatten 11 581 Mängel im Hauptterminal aufgelistet, 9407 davon bezeichneten sie als »wesentliche Mängel«. Diese

seien teilweise so gravierend, dass wieder zurückgebaut werden müsse; eine Abnahme durch die Genehmigungsbehörden sei sonst wenig wahrscheinlich. Der TÜV kam zu dem Schluss: Der anvisierte Terminplan für die Fertigstellung sei vor allem in den sensiblen Bereichen des Brandschutzes und der Sicherheitstechnik stark gefährdet. »Das Risiko der Verlängerung der Prüfdauer« sei »weiterhin als hoch zu bewerten«.

Lütke Daldrup sitzt seit mehr als zwei Jahren auf dem Chefsessel der Flughafengesellschaft. Der studierte Stadtplaner hat im Gegensatz zu seinen Vorgängern reichlich Behörden- und Ministeriumserfahrung, zuletzt diente er Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller als Flughafenbeauftragter. Ihm trauten die Verantwortlichen von Berlin, Brandenburg und dem Bund zu, das vermaledeite Flughafenprojekt in den Griff zu bekommen. Und selbst eingefleischte BER-Kritiker bescheinigen Lütke Daldrup Kompetenz und Engagement.

Doch mitunter gleicht sein Schicksal dem von Sisyphos aus der griechischen Mythologie, der immer von Neuem den Stein den Berg hinaufrollen muss, ohne jemals den Gipfel zu erreichen. Das Hauptterminal wurde inzwischen nahezu komplett entkernt, Tausende Kilometer Kabel wurden erneuert, die Entrauchungsanlage in neun Teile filetiert, ganze Kanäle neu betoniert. Dennoch kann derzeit niemand sagen, ob das zentrale BER-Abfertigungsgebäude jemals betriebsbereit und genehmigungsfähig wird.

Ständig tauchen neue Mängel auf, die entweder jahrelang übersehen wurden oder bei den Reparaturarbeiten neu entstanden sind. »Normalerweise«, sagt ein Mitglied des BER-Aufsichtsrates, »müssten doch die Fehler langsam gegen null tendieren. Hier kommen aber immer neue dazu.«

In den kommenden Wochen wird sich entscheiden, ob die sogenannte Wirkprinzipprüfung wie geplant ab Juli stattfinden kann – oder auf Ende des Jahres verschoben werden muss. Dabei testet der TÜV das reibungslose Zusammenspiel aller Anlagen, die für die Sicherheit wichtig sind, darunter den Brandschutz. Nur wenn er nichts Wesentliches mehr zu beanstanden hat, folgen die Prüfung und die Genehmigung durch die Baubehörden – und erst danach kann der Betrieb erprobt werden. Noch Anfang März warnte der TÜV: »Mit dem derzeitigen Stand der Mängel könnte eine Bescheinigung zur Fertigstellung für die sicherheitstechnische Gebäudeausrüstung nicht ausgestellt werden.«

Das Problem mit dem Hauptterminal ist nicht die einzige Schwierigkeit, die den Eröffnungstermin gefährdet. Die Abfertigungskapazität reicht nicht aus, um den derzeitigen Bedarf an Flügen zu decken.

Deswegen muss auch Terminal 2, derzeit im Rohbau, rechtzeitig fertig werden. Der modifizierte Fertigbau von der Stange, im Gegensatz zum Hauptterminal ohne großen Anspruch an Architektur und Ästhetik, ist Teil der ersten Ausbaustufe des BER. Damit will Lütke Daldrup den Flughafen für das prognostizierte Wachstum im Flugverkehr fit machen, in seinem Masterplan heißt das: Phase 0.

Doch diese Phase 0 hat ihre eigenen Probleme. Der Terminal 2 wird voraussichtlich erst Anfang des Jahres 2021 fertig und nicht, wie geplant, im Mai 2020. Ursprünglich sollte das Gebäude hundert Millionen Euro kosten, nun wird es mindes-

»Verschiedene Unzulänglichkeiten über alle bisherigen Projektphasen hinweg.«

tens doppelt so teuer. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC hatte Ende des vorigen Jahres im Auftrag der Flughafengesellschaft »streng vertraulich« die Gründe dafür untersucht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Manches bei Bau und Planung des Ergänzungsterminals erinnert fatal an jenes Missmanagement, das die BER-Malaise mitverursachte.

So kritisieren die Gutachter, dass die Kosten von Beginn an zu niedrig angesetzt worden seien, sie bemängeln Planänderungen und sehen »keine vertraglichen Grundlagen zur Einhaltung der Kostenvorgabe des Aufsichtsrates«. Finanzielle Risiken in Höhe von mehr als 40 Millionen Euro seien nicht vollständig eingepreist gewesen und »über einen langen Zeitraum nicht transparent« dargestellt worden.



Airportchef Lütke Daldrup
Sisyphos' Schicksal

Das Bauprojekt sei ohne »belastbare Kalkulationsgrundlage« ausgeschrieben worden. Zudem war die »Geheimhaltung unzureichend«, die Bieter hätten sich absprechen können.

In einer schriftlichen Stellungnahme für den Aufsichtsrat räumte das Management der Flughafengesellschaft »verschiedene Unzulänglichkeiten über alle bisherigen Projektphasen hinweg« ein. Die Kritik an der Risikoversorge weist die Flughafengesellschaft jedoch zurück. PwC hatte unter anderem herausgefunden, dass für Prozessrisiken durch Anwohnerklagen ein symbolischer Cent angegeben war.

Genau eine solche Klage hat im Dezember 2018 der Bürgerverein Brandenburg-Berlin beim zuständigen Oberverwaltungsgericht eingereicht. Der Bau des Terminals 2 sei nicht gedeckt von den bisherigen Genehmigungen für den Flughafen, da er Teil eines in den nächsten Jahren geplanten Ausbaus sei, argumentiert der Verein. Der BER könne jedoch nur nach einem neuen Planfeststellungsverfahren ausgebaut werden, die Bürger seien zu beteiligen, die Umweltverträglichkeit sei zu prüfen.

Die Flughafengesellschaft hingegen sagt, die Erweiterung sei »rechtlich sauber«. Anders sei das gestiegene Passagieraufkommen nicht zu bewältigen: Sobald der Flughafen in Betrieb sei, müssten Kapazitäten für 28 Millionen Passagiere jährlich vorgehalten werden. Teil des Flughafenausbaus, wie sie der Masterplan vorsieht, sei der Terminal 2 nicht.

Elmar Giemulla, Verwaltungsrechtler und Honorarprofessor für Luftrecht an der Technischen Universität Berlin, sieht das anders. Bereits im Mai vorigen Jahres sagte der Jurist bei einer Sachverständigenanhörung im Berliner Abgeordnetenhaus, der Bau von Terminal 2 sei eben »nicht eine Nachplanung, die durchaus bei einem laufenden Flughafen regelmäßig vorkommen kann«. Sie sei vielmehr Teil einer Gesamtplanung, die genehmigt werden müsse. Schließlich spreche die Flughafengesellschaft selbst vom Terminalneubau als Phase 0 der Masterplanung, »die darauf abzielt, den Flughafen BER von zunächst 22 Millionen Passagieren auf 55 Millionen Passagiere bis zum Jahr 2035 auszubauen«.

Noch ist unklar, wann die Berliner Verwaltungsrichter über die Klage entscheiden. Sollten sie noch vor der Inbetriebnahme des BER – wann auch immer diese sein mag – ein Urteil sprechen, könnte der Rechtsstreit für die Flughafengesellschaft höchst riskant werden. Folgen die Richter der Argumentation der Kläger, müsste womöglich der Bau von Terminal 2 gestoppt werden. Und am BER würde weitere Jahre niemand abheben.

Andreas Wassermann
Mail: andreas.wassermann@spiegel.de

Geheimes Geld

Demokratie Anders als Parteien müssen kommunale Wählergemeinschaften ihre Finanzen nicht offenlegen – und verzerren so den Wettbewerb.

In der nordrhein-westfälischen Stadt Ratingen konnte man in den vergangenen 15 Jahren gut beobachten, wie politische Macht entsteht. Es war im Frühjahr 2004, als sich ein Teil der lokalen CDU abspaltete und eine neue Gruppe bildete, die Bürger-Union. Fünf Monate später trat sie bei den Kommunalwahlen an, wurde drittstärkste Kraft und stellte nach einer Stichwahl den Bürgermeister.

Heute ist die Bürger-Union die zweitstärkste Fraktion, 2020 will sie wieder mit einem eigenen Bürgermeisterkandidaten antreten. »Das Wunder von Ratingen« nennt Angela Diehl diesen Erfolg. Sie ist die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Tochter des Bündnisgründers.

Für die politische Konkurrenz ist das Wunder recht einfach zu erklären: Geld. Tatsächlich wurden damals alle 25 Kandidaten der Bürger-Union in einem eigenen Brief vorgestellt, von jedem wurde ein Plakat gefertigt. Das Wahlprogramm wurde in hochglänzende DIN-A5-Heftchen gedruckt, im jüngsten Wahlkampf 2014 lag die Auflage bei 50 000 Stück, die Stadt hat 90 000 Einwohner. »Ich habe mich immer schon gewundert und geärgert«, sagt Christian Wiglow von der SPD.

Vereinigungen wie die Bürger-Union sind beliebt. »In mehr als drei Viertel der deutschen Gemeinden treten Wählergemeinschaften an«, sagt die Parteienforscherin Marion Reiser von der Universität Jena. Im politischen Wettbewerb konkurrieren sie mit den Ortsgruppen der Parteien. Doch anders als diese unterliegen sie nicht dem Parteiengesetz und müssen der Öffentlichkeit keine Rechenschaft über ihre Finanzen ablegen.

Ob also im Hintergrund Lobbyisten finanziell das Verhalten der Kommunalpolitiker beeinflussen, ob es Sponsoren und Spender mit Interessen gibt,



MARCUS SIMAITIS / DER SPIEGEL

Stadträtin Diehl

»Das Wunder von Ratingen«

all das bleibt bei den Bürgerbündnissen im Dunkeln, sofern sie nicht selbst ihre finanziellen Grundlagen offenbaren.

Seit 2009 bemängelt die »Staatengruppe gegen Korruption«, kurz Greco, eine entsprechende Lücke im deutschen Recht. Das dem Europarat angegliederte Gremium unterzieht viele Länder regelmäßig einem Korruptionscheck. Zumindest in der Wahlkampffinanzierung sollte es auch für lokale Wählerbündnisse eine Berichtspflicht geben, empfiehlt Greco. »Wählergemeinschaften sollten prinzipiell auf eine gleiche Basis wie Parteien gestellt werden, wenn es um Transparenz geht«, sagt Gianluca Esposito, geschäftsführender Greco-Sekretär. »Transparenz ist der Schlüssel zu Rechenschaft.«

Fragt man die Vertreter der Wählerinitiativen, dann wollen sie mit Parteien möglichst nichts zu tun haben. Ganz im Gegenteil: Ihr Erfolg gründet auf einer klaren

Abgrenzung von Klüngel und Filz. »Ich bin niemandem hörig, ich bin von niemandem abhängig, ich will auch keine Politikkarriere machen«, so beschreibt es Angela Diehl. Das Bündnis betont seine lokale Verankerung: »Meine Partei heißt Ratingen«, lautete der Slogan des Bürgermeisterkandidaten der Bürger-Union im vorigen Wahlkampf. Wählergemeinschaften werben damit, bürgernäher als Parteien zu sein und sich auf die Sachpolitik im Ort zu konzentrieren.

In der täglichen Arbeit in Gemeindeversammlungen und Stadträten unterscheiden sich Vertreter der Wählergemeinschaften allerdings kaum von ihren Kollegen aus den Parteien. Genau wie diese nehmen sie auf die politische Willensbildung Einfluss, allerdings, und hier liegt der Unterschied, ausschließlich auf kommunaler Ebene.

Dem Parteiengesetz aber unterliegen nur Vereinigungen, die »für den Bereich des Bundes oder eines Landes« tätig sind, wie es im Gesetzestext heißt. Rein kommunale Gruppen fallen nicht darunter. Somit gelten für Bürgerbündnisse auch nicht die Regeln zu den finanziellen Einnahmen: Spenden von mehr als 10 000 Euro müssen namentlich im jährlichen Rechenschaftsbericht einer Partei aufgelistet, Spenden von mehr als 50 000 Euro sofort veröffentlicht werden.

Spenden seien nötig für das Überleben der Parteien, sie verwurzeln sie auch in der Gesellschaft, sagt Heike Merten vom Düsseldorfer Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung. »Aber diese Spenden müssen transparent und nachvollziehbar sein.« Nur so kann der Wähler etwa reagieren, wenn er mit dem Unterstützer einer Partei nicht einverstanden ist: Er kann ihr seine Stimme verweigern.

Für Wählergemeinschaften gelten zwar nicht die Regeln des Parteiengesetzes, völlig unreguliert sind sie allerdings nicht: Sie fallen unter anderem unter das Vereinsrecht. Der Kassenwart erstellt jedes Jahr einen Bericht. Nur: Ein interessierter Bürger, der nicht Mitglied der Gruppe ist, hat zu den Versammlungen und damit zu den Informationen kein Zugangsrecht.

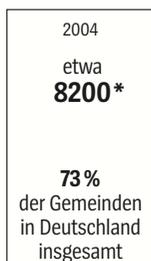
Die Bundesregierung sieht sich nicht in der Verantwortung, daran etwas zu verändern. Das zeigt die Antwort auf eine Große Anfrage der Grünen aus dem Jahr 2016. Das Parteiengesetz auch auf kommunale Wählergemeinschaften anzuwenden sei weder »sinnvoll« noch »verfassungsrechtlich zulässig«, schreibt die Bundesregierung. Das Bundesverfassungsgericht beurteilt kommunale Wählergemeinschaften eben nicht als Parteien.

»Die Entscheidung wirkt erst einmal nachvollziehbar«, sagt die damalige Antragstellerin Britta Haßelmann, die Sprecherin für Kommunalpolitik der Grünen im Bundestag ist. »Aber wenn das Parteiengesetz für eine Regulierung nicht infrage kommt, dann muss man nach anderen Anknüpfungspunkten suchen.«

Ende Mai werden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen abgehalten, auf deren Listen auch Bürgerbündnisse stehen. Wie sie finanziert werden, wird bei den meisten ein Geheimnis bleiben. Lisa Becke

Stark vertreten

Gemeinden in Deutschland, in denen mindestens eine Wählergemeinschaft kandidierte



* ohne Berlin, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein
 ** Hochrechnung
 Quellen: Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Christian Rademacher, Marion Reiser, Michael Angenendt (2015)



RENAULT
Passion for life

Jetzt 5.000 € Neu-für-Alt-Prämie¹ sichern Beim Kauf eines neuen Renault KADJAR



Jetzt bis zu 7.000 € Neu-für-Alt-Prämie¹ für Ihren Gebrauchten sichern beim Kauf eines neuen Renault! Mehr dazu auf renault.de/neu-fuer-alt

5 Jahre Garantie²

Renault Kadjar: Gesamtverbrauch kombiniert (l/100 km): 5,9–4,3; CO₂-Emissionen kombiniert: 136–113 g/km. Energieeffizienzklasse: C–A (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).

¹ Restwert des Altfahrzeugs und zusätzlich 7.000 € Neu-für-Alt-Prämie bei Kauf eines Renault Koleos, Talisman, Talisman Grandtour und Espace, 5.000 € bei Kauf eines Renault Kadjar, Scénic, Grand Scénic, Mégane und Mégane Grandtour. Die jeweilige Prämie kann zur Anzahlung verwendet werden. Das Altfahrzeug muss mindestens 6 Monate auf den Käufer des Neufahrzeugs zugelassen sein. Nicht kombinierbar mit anderen Aktionen/Angeboten. Ein Angebot für Privatkunden, gültig bei Kaufantrag bis 30.06.2019 und Zulassung bis 31.10.2019 bei allen teilnehmenden Renault Partnern. ² 2 Jahre Renault Neuwagengarantie und 3 Jahre Renault Plus Garantie (Anschlussgarantie nach der Neuwagengarantie) für 60 Monate bzw. 100.000 km ab Erstzulassung gem. Vertragsbedingungen. Abb. zeigt Renault Kadjar BOSE Edition mit Sonderausstattung. Renault Deutschland AG, Postfach, 50319 Brühl.

»Alles ganz heimelig«

Milieus Dass Rechtspopulisten so beliebt sind, sei die Folge weitverbreiteter Lebenslügen, meint die Soziologin Cornelia Koppetsch.



WERNER SCHÜRING

Koppetsch, 52, ist Professorin an der Technischen Universität Darmstadt und untersucht die Ängste der Mittelschicht und den Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien. Für ihr neues Buch hat sie Interviews mit AfD-Anhängern geführt sowie Feiern und Treffen der Partei besucht.*

SPIEGEL: Bei den Europawahlen wird das rechtspopulistische Lager vermutlich erneut an Stimmen gewinnen. Wie erklären Sie sich den ungebrochenen Erfolg?

Koppetsch: Die Ursachen sind komplexer, als es in Talkshows und Wahlanalysen oft nahegelegt wird. Weder der sogenannte Flüchtlingsstrom noch die wachsende Kluft zwischen armen Verlierern und reichen Gewinnern der Globalisierung reichen als Erklärungen aus. Wir befinden uns vielmehr inmitten eines epochalen weltweiten Umbruchs.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Koppetsch: Seit dem Fall der Mauer bestimmen nicht mehr zwei ideologisch verfeindete Blöcke das Weltgeschehen, sondern grenzenlos operierende Großunternehmen. Die Nationalstaaten haben einen Großteil ihrer Souveränität verloren, weil sie das weltweite Geschäft nicht regulieren können; der Einfluss ihrer Politiker und Behörden reicht trotz aller internationalen Abkommen nicht weit genug. Es wird da-

durch auch immer schwieriger, befriedigende Lösungen für soziale Fragen zu finden.

SPIEGEL: Warum?

Koppetsch: Da ist einerseits eine globale Oberschicht, die durch die Welt fliegt oder per Videokonferenz in allen Ländern mitberät, mitentscheidet und mitverdient, ohne dass sie eine globale Verantwortung übernehmen müsste. Und andererseits gelangt die Masse der Menschen nicht einmal zu bescheidenem Wohlstand, weil der Einfluss von Volksparteien, Gewerkschaften und Tarifverträgen an den Landesgrenzen endet und ohnehin schwindet.

SPIEGEL: Warum stärkt diese Entwicklung zwangsläufig Rechtspopulisten? Denkbar wäre doch, dass die Linken mit ihrer historisch gewachsenen Idee einer schlagkräftigen Internationale davon profitieren.

Koppetsch: Aber ihre Ideen gehören der vergangenen Epoche an. Die neuen Rechtspopulisten hingegen geben sich den Anschein, als seien ihre Ideen unverbrauchte Alternativen. Die AfD trägt dieses Versprechen sogar im Namen. Sie löst es nicht ein, aber dass wir neue und andere Konzepte brauchen, um mit den tektonischen Verschiebungen unserer Zeit umzugehen, ist

»Viele Kosmopoliten meinen, dass allein ihr Blick auf die Welt zulässig ist.«

unstrittig. Auch kulturell verschwimmen gerade jene eindeutigen Zuordnungen, die uns früher beim Verständnis der Welt geholfen haben. Unsere Gesellschaft löst sich aus ihren bisherigen Verankerungen.

SPIEGEL: Woran denken Sie?

Koppetsch: Es existiert kein eindeutiger Kanon einer humanistisch geprägten Hochkultur mehr, aus dem sich verbindliche Werte ableiten ließen. Überhaupt scheint das westliche Gesellschaftsmodell seine Vorrangstellung eingebüßt zu haben, denn ökonomischer Fortschritt ist nicht mehr unbedingt an demokratische Werte gebunden. Die kulturellen Identitäten, die einem Menschen möglich sind, haben sich vervielfältigt, die Geschlechterfrage zeigt das beispielhaft: Neben dem männlichen und weiblichen gibt es nun ein drittes, das »divers« heißt und damit zahlreiche Geschlechterkonzepte einschließt. Doch obwohl wir die Welt zunehmend uneindeutig wahrnehmen, beherrschen lauter eindeutige und scheinbar alternativlose Ansichten die öffentliche Debatte. Die liberalen, vermeintlich aufgeklärten Milieus, die den Ton angeben, erteilen Denkverbote.

SPIEGEL: Das ist ein harter Vorwurf – was meinen Sie damit?

Koppetsch: Wenn der sogenannte Otto Normalverbraucher während der Eurokrise die Frage stellte, warum die EU eigentlich Griechenland retten müsse, lief er Gefahr, als Verräter dazustehen. Und wer kritisiert, dass die Europäische Kommission wie eine Regierung arbeitet, aber nicht unmittelbar durch Wahlen legitimiert ist, gilt als Feind Europas. Dabei verdienen solche Fragen eine sachliche Diskussion. Aber viele der tonangebenden Kosmopoliten, wie ich die akademisch gebildete und kulturell dominierende Klasse nennen möchte, meinen, dass allein ihr Blick auf die Welt zulässig ist. Auch deshalb haben viele bis zuletzt gedacht, dass das britische Volk niemals einen Brexit beschließen könnte. Die Kosmopoliten verrennen sich in Lebenslügen. Selbst jenen Rassismus, den sie den Rechtspopulisten vorwerfen, haben sie oft verinnerlicht.

SPIEGEL: Noch so ein harter Vorwurf.

Koppetsch: Es ist eine Spielart von Rassismus, der weniger offenkundig ist, weil er in den Institutionen und unserem Wirtschaftssystem strukturell tief verankert ist. Kosmopoliten fahren eine postkoloniale Dividende ein.

SPIEGEL: Was meinen Sie denn damit?

Koppetsch: Viele halten es letztlich für normal, dass sie von den niedrigen Löhnen der Menschen aus sogenannten Drittweltländern profitieren. Sie erklären das Gefälle damit, dass deren Kultur nun einmal nicht so weit entwickelt ist, und sind mit sich im Reinen, wenn sie dem Paketboten von Amazon ein anständiges Trinkgeld geben. Und natürlich ist es eine Form von

* Cornelia Koppetsch: »Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter«. transcript; 288 Seiten; 19,99 Euro.

Rassismus, wenn man das eigene Kind nicht in einer Schule mit zahlreichen Migranten wissen will. Sich solche Denkmuster nicht einzugestehen und sich stattdessen für ausländerfreundlich und tolerant zu halten ist auch so eine Lebenslüge.

SPIEGEL: Welche anderen Selbsttäuschungen meinen Sie erkannt zu haben?

Koppetsch: Viele Kosmopoliten analysieren kritisch die Missstände dieser Welt. Sie sehen Millionenverdiener, Internetfirmen oder das Management in Großunternehmen als Strippenzieher an, machen sich aber nicht bewusst, dass sie die Lage mitverantworten, weil sie den neoliberalen Wettbewerb als Anwälte, Wissenschaftler, Ärzte oder Lehrer hinnehmen. Sie zahlen bereitwillig immense Summen für Wohnungen in gefragten Vierteln und befördern damit die soziale Spaltung; sie gaukeln einander vor, mit Strategien der Selbstoptimierung und Wohlfühlkost für jede Stimmungslage könne jeder sein Leben meistern. Das verstärkt bei jenen, die bereits ihren Alltag nur mühevoll bewältigen, den Eindruck, sie lebten in einem parallelen Universum. Und das Band, das sie emotional in der Gesellschaft hält, reißt.

SPIEGEL: Haben Sie Vorschläge, wie sich Abhilfe schaffen ließe?

Koppetsch: Wir haben nicht viele Möglichkeiten. Wir müssen sachlicher diskutieren und die ideologischen Deutungskämpfe in der Politik eindämmen. Wir müssen uns zugestehen, dass jede Wahrheit relativ ist, auch die eigene. Und die Orte der gesellschaftlichen Debatte müssten sich öffnen: Unter den Abgeordneten im Bundestag hat eine überwältigende Mehrheit studiert, unter den neu berufenen Professoren finden sich zunehmend ausschließlich Akademikerkinder. Wären die Milieus durchlässiger, ließe die Attraktivität der Rechtspopulisten als Sammelbecken für allerlei Unmut nach.

SPIEGEL: Zur Rhetorik der Rechtspopulisten gehört menschenverachtende Propaganda. Macht das einen unbefangenen Dialog nicht von vornherein unmöglich?

Koppetsch: Die Menschenwürde ist unantastbar, das steht natürlich über allem. Ich will die Extreme in einer Partei wie der AfD nicht verharmlosen, sie sind inakzeptabel. Aber die Partei ist auf vielen Ebenen leider extrem anschlussfähig. Ich habe für meine Forschung an Treffen des liberalen Flügels teilgenommen, die sich von denen linksliberaler Unidozenten kaum unterschieden. Auf einem Fest in der Adventszeit wurden Weihnachtslieder gesungen, alles ganz heimelig, ich fühlte mich an mein Elternhaus erinnert. Wenn wir diese Anschlussfähigkeit unterschätzen, indem wir sie moralisch diffamieren, treiben wir die Spaltung unserer Gesellschaft voran.

Interview: Katja Thimm

Mit SPIEGEL+ nutzen Sie die ganze digitale Welt des SPIEGEL.



DRID, Hamburg

1 Monat
SPIEGEL+
gratis

Sie erhalten vollen Zugriff auf alle **Inhalte von SPIEGEL+ auf SPIEGEL ONLINE**, erfahren mit **Daily Update** das Wichtigste des Tages und lesen die **digitale SPIEGEL-Ausgabe** schon freitags ab 18 Uhr.

Testen Sie jetzt SPIEGEL+ 1 Monat gratis! Als Abonnent der gedruckten Ausgabe können Sie dann für nur € 0,70 weiterlesen.

Jetzt gratis testen:

abo.spiegel.de/upgrade

SPIEGEL+

Ein Wunderbuch

Debatte Das Grundgesetz wird 70 Jahre alt. Ein Grund zum Feiern – doch ohne die Richter in Karlsruhe wäre die Verfassung kaum etwas wert.

Geht es mal analog zur Sache, ist das Grundgesetz auch im Leben eines YouTubers ein unentbehrliches Hilfsmittel. »Richtig krass«, so erklärte Kaan Yavuzysar, 21, seinen mehr als 300 000 Abonnenten, was ihm neulich in Frankfurt am Main passiert ist. Der Netzstar hatte seine Freunde zu einem »Fantreffen« auf der zentralen Konsummeile Zeil gerufen. Anlass war ein rohes Ei, das ihm der Freund eines Facebook-Konkurrenten auf dem Kopf zerschlagen hatte.

Mitten im Einkaufsrummel trafen alsbald rund 600 überdrehte Jugendliche zusammen. Der andere Internetstar fehlte zwar, aber weil sich Passanten belästigt fühlten, griff bald eine Hundertschaft der Polizei ein. Ein paar Fäuste flogen, Steine auch. »Diese Menschen kommen nur wegen mir dahin und machen so einen Aufstand«, freute sich Yavuzysar. »Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht«, ärgerte sich die Polizei, die auch in anderen Großstädten mit den so sinnfreien wie plötzlichen Ausbrüchen der digitalen Gemeinde in die analoge Welt zu kämpfen hat, »solche Aufrufe und Treffen kann man nicht verbieten.«

Krass. Das alte Wunderbuch ist überall dabei. Auf das Grundgesetz berufen sich die rechten Populisten, die behaupten, »das Volk« zu sein, von dem (Artikel 20) alle Macht ausgeht. Auch die Linken finden ihre Nummern, etwa wenn sie ein Volksbegehren zur Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum in Berlin planen, in dem sie die »Vergesellschaftung« (Artikel 15) großer Immobilienbesitzer verlangen.

Keine Idee zu schräg, keine Entwicklung zu neuartig, um nicht ihren Ankerplatz im Kosmos des deutschen Verfassungsrechts zu finden. Sieben Jahrzehnte lang segelte die Bonner und später die Berliner Republik einigermaßen sicher in einigermaßenem Frieden und einigermaßenem Wohlstand durch bewegte Zeiten, durch Wiederaufbau und Wirtschaftswunder, durch Studentenrevolten und RAF-Terror, durch Wiedervereinigung in das globalisierte und digitalisierte 21. Jahrhundert.

Die Demokratie des Grundgesetzes ist, gemessen an den Verfallserscheinungen ringsum, im Vergleich zum Verfall des Parlamentarismus in europäischen Nachbarländern, am Vormarsch der »illiberalen Demokratie«, an den Triumpfen der Populisten diesseits und jenseits des Atlantiks, noch immer eine friedliche Insel. Doch der Zerfall der Volksparteien, die Vergiftung politischer Debatten, die Risse in der Gesellschaft: Das alles sind Krisensympto-

me, die an der Haltbarkeit des vor 70 Jahren entstandenen Modells einer freiheitlichen Demokratie zweifeln lassen. Schon fragten weise alte Männer wie der Ex-Verfassungsrichter Dieter Grimm, ob »die Bewährung des Grundgesetzes womöglich an ihr Ende gelangt«.

Dabei ist es ein Wunder, dass es überhaupt jemals funktioniert hat. Unter Zeitdruck, unter ultimativen Vorgaben der Westmächte, hatte sich auf der Herreninsel im Chiemsee im August 1948 eine Runde von Länderpolitikern und Verfassungsexperten zusammengefunden, etwas ganz und gar Vorläufiges zu besprechen. Keine Verfassung, die sollte erst bei der schon bald erwarteten Wiedervereinigung folgen, ein staatsrechtlicher Homunculus eher, nennen wir's halt »Grundgesetz«.

Die Mückenplage des August 1948 über dem Chiemsee ist in die Verfassungsgeschichte eingegangen: Da saßen sie, im Wirtsgarten beim Alten Schloss auf der Insel, die Väter der zweiten deutschen Demokratie, unter alten Bäumen bis spät in die Nacht und schlugen wild um sich. Am anderen Ende Deutschlands brummt die amerikanischen Luftbrücken-Flugzeuge über den Ruinen der alten Hauptstadt. Die Berlin-Blockade der Sowjets durchzustehen galt in diesen Tagen als eine Schicksalsfrage der Nation. Die andere wurde hier, in der Idylle beantwortet: Wie wollen wir künftig leben, am Tatort eines Jahrtausendverbrechens, auf den noch rauchenden Trümmern einer Weltkatastrophe, die von hier, in Deutschland, ihren Ausgang genommen hat?

Es waren lange Nächte voller Volkslieder und großer Worte. Bei Vollmond über dem See sah der bayerische Staatsminister Anton Pfeiffer einen »Schimmer von Romantik«. Einen Liter Spezialbier pro Tag und Person hatte der Gastgeber, die bayerische Staatskanzlei, bewilligt. Carlo Schmid, der württembergische SPD-Politiker und Verfassungsjurist, begleitete die sangesfreudige Runde am Klavier. Er hatte sich gerade erst den neuen Vornamen zugelegt, um sich abzugrenzen von Carl Schmitt. Der Name des Staatsrechtlers war untrennbar mit dem Verfassungsdenken verbunden, das die erste deutsche, die Weimarer Demokratie in den Abgrund geführt hatte.

Diesmal würde man es besser machen, und Schmid, Carlo, war der Wortführer. Auf ihn gehen einfache Sätze zurück, die nachts dann heftig diskutiert wurden: »Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen«, sollte ganz am Anfang stehen. Und dann Artikel 2: »Alle Menschen sind frei.«

Alle Menschen sind frei. Kann man das so sagen? Nicht mal die Amerikaner, das große Vorbild, haben jemals unbedingte Freiheit in ihrer Verfassung versprochen. Was sollen überhaupt die Alliierten dazu sagen? Des Nachts fanden sich schließlich Kompromisse und Beschwichtigungen, niemand sollte Angst vor zu viel Freiheit haben. Artikel 21: Die Grundrechte sind »im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung zu verstehen«.

Was schließlich, nach monatelangen Beratungen des Herrenchiemsee-Entwurfs im Bonner Parlamentarischen Rat, mit Verbesserungen und Kompromissen als endgültiger Text in die Welt kam, war streckenweise so wirr, dass die Westmächte, immerhin die Auftraggeber des Werkes, es nicht genehmigen wollten. Sie stießen sich weniger an der unausgegorenen Konstruktion der Grundrechte als an der hoch raffinierten Verknüpfung von Bundes- und Länderinteressen im organisatorischen Teil des Grundgesetzes. Weil es

Thomas Darnstädt

wurde 1949 geboren, in dem Jahr, als das Grundgesetz in Kraft trat. Der Jurist arbeitete von 1984 bis 2014 als Redakteur beim SPIEGEL. Im November des vergangenen Jahres erschien sein Buch »Verschlussache Karlsruhe. Die internen Akten des Bundesverfassungsgerichts«.



Zweiter Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe

keine Einigkeit gegeben hatte, wo der Bund und wo die Länder das letzte Wort im neu konstruierten Bundesstaat hatten, waren die föderalen mit den zentralen Kompetenzen so kompliziert verflochten worden, dass häufig nur noch im Konsens aller entschieden werden konnte. Der Gipfel des Irrsinns war die Erfindung des Bundesrats, die den Regierungen der Länder ein gleichberechtigtes Mitspracherecht bei der Gesetzgebungsarbeit des Bundestages gab.

Was der Parlamentarische Rat da am 23. Mai 1949 dem Volk abliefern sollte, war ein Gestrüpp ängstlicher Kompromisse. »Freiheit« nur im Rahmen der »verfassungsmäßigen Ordnung« und des »Sittengesetzes«. Der Gesetzgeber behindert von den Vetorechten der Länder. Der Kanzler (Konrad Adenauer, einen anderen konnte man sich ohnehin nicht vorstellen) mit fast präsidentialen Vollmachten (»bestimmt die Richtlinien der Politik«) und praktisch unstürzbar – oder jedenfalls nur, wenn sich eine Mehrheit für einen neuen findet (auch unvorstellbar).

Am schlimmsten waren die Parteien dran. Dass Parteipolitik ein schmutziges Geschäft sei, war nicht mehr aus den Köpfen herauszubringen. Parteien wurden im Grundgesetz wie illegitime Kinder der Demokratie behandelt, sie »wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit« – das klingt nach Schülermitverwaltung. Kein Wort darüber, wie sie sich finanzieren sollen, kein Wort über ihre entscheidende Rolle als Rekrutierungs- und Steuerungsinstrument des Parlaments, des wichtigsten Verfassungsorgans von allen. Artikel 38 des Grundgesetzes sagt: »Die

Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.«

Das hätte sehr gut danebengehen können. Eine »autoritäre Interpretation« des Grundgesetzes als Machtbasis für eine Ein-Mann-Demokratie, wie sie sich etwa in Frankreich unter Charles de Gaulle entwickelte, wäre nach dem Urteil des Würzburger Verfassungsprofessors Florian Meinel »innerhalb der Möglichkeit dieser Verfassung« gewesen – »und es ist die Leistung des politischen Systems, dass die Bundesrepublik einen anderen Weg gegangen ist«.

Dass es – bis jetzt – so gut gegangen ist, verdankt die zweite deutsche Demokratie der »eigentlichen Innovation« (so der Zeitgeschichtler Hans-Ulrich Wehler) des Grundgesetzes, dem Bundesverfassungsgericht. Ein Richterergremium weiser Männer und anfangs nur einer Frau als Oberaufsicht an die Stelle eines mächtigen Präsidenten zu setzen, wie Adenauer gern einer geworden wäre, war auch ein aus Vorsicht geborener Kompromiss: So groß war das Vertrauen in die Demokratie doch nicht, dass man das Schicksal Deutschlands ohne jede Sicherung dem Volk überlassen wollte.

Diese Innovation war es, die dem klapprigen Provisorium von 1949 Dauer und Strahlkraft verlieh. Denn die Richter nutzten ihre Machtfülle, die Entscheidungen aller drei Gewalten – Gesetze, Exekutiventscheidungen, Gerichtsurteile – zu kippen, Lesarten des Grundgesetzes durchzusetzen, mit denen die Politik arbeiten und an denen das Volk sich wärmen konnte. Das Gericht ent-

wickelte für die Bürger vernünftige Grundsätze im Umgang mit den Freiheiten der Grundrechte, es verflüchtigte wenigstens zum Teil die Blockaden des deutschen Föderalismus. Es organisierte den Parteien einen angemessenen Platz in der repräsentativen Demokratie. Es wies Konrad Adenauer in seine Grenzen und mit ihm den Ungeist des politischen Katholizismus, der in den frühen Jahren wichtige Teile der Justiz beherrschte und jede Chance nutzte, die neuen Freiheiten des Grundgesetzes mit den alten »Werten« einer göttlichen Ordnung zu blockieren.

An die Stelle des alten Denkens setzten die zweimal zwölf – später: zweimal acht – Richterinnen und Richter von Karlsruhe Urteil für Urteil, Beschluss für Beschluss, eine Kommunikationsordnung, die zur Ordnung des demokratischen Prozesses der Willensbildung im Volke wurde. Willensbildung lebt von der Kommunikation. Und Kommunikation lebt vom gleichberechtigten Diskurs aller, die etwas zu sagen haben. So entstand eine demokratische Infrastruktur in der Gesellschaft, die verfassungsfest war und regelmäßig in Karlsruhe ein Update erfuhr. Die Karlsruher Lehre

Wie könnte es funktionieren mit der neuen Freiheit der Deutschen? Durch reden.

wurde dadurch so etwas wie eine zweite Aufklärung: Im politischen Prozess sollte nicht mehr Gott, sondern der Mensch das letzte Wort haben. Er ist das Maß aller Dinge. Seiner Vernunft ist zu trauen, seine Würde ist zu schützen, seine Freiheit ist der Ausfluss seiner Würde und liegt im Gebrauch seiner Vernunft.

Für deutsche Juristen ein recht anspruchsvolles Programm. Und wie sie das gemacht haben, in Karlsruhe, kann man jetzt erstmals im Detail nachlesen, in den freigegebenen internen Akten des Bundesverfassungsgerichts: Entwürfe, Voten, kritische Anmerkungen, Notizzettel der ersten Generation der Verfassungsrichter. Da bietet sich das erstaunliche Bild einer verfassungsrechtlichen Sinnsuche. Die Akten belegen: Es gab keinen Guru in Karlsruhe, kein Mastermind, das seinen Plan über das deutsche Volk gestülpt hatte. Die Männer und die eine Frau haben miteinander gerungen und miteinander diskutiert: Wie könnte es funktionieren mit der neuen Freiheit der Deutschen? Durch reden.

Dass Reden Gold ist in dieser dem Naziterror entsprungene Gesellschaft, die gerade allzu viel zu verschweigen hatte, das wurde den Richtern gleich zu Beginn klar, als 1951 der Hamburger Senatsdirektor Erich Lüth sich mit einer Verfassungsbeschwerde an das Verfassungsgericht wandte. Lüth hatte in seiner Heimatstadt einen Boykottaufruf gegen den neuen Film des Naziregisateurs Veit Harlan veröffentlicht. Kein »anständiger Deutscher« könne es verantworten, auch nur eine Kinokarte für das neue Machwerk des antisemitischen Hetzers zu kaufen. Die Filmproduktionsfirma ließ dem frechen Beamten Lüth solche Äußerungen unter Berufung auf das Bürgerliche Gesetzbuch als »vorsätzliche sittenwidrige Schädigung« verbieten, und das Hamburger Landgericht zog mit: So etwas dürfe man nicht sagen. Meinungsfreiheit sei eine schöne Sache, aber bitte in netter Form.

Der Fall Lüth sollte zum wichtigsten Rechtsstreit in der Geschichte des Grundgesetzes werden. Die Antwort auf die Frage, »ob Lüth sagen durfte, was er gesagt hat«, sei von »geschichtsbildender Bedeutung«, notierte damals der junge Assistent im Bonner Fraktionsjustizariat der SPD für seinen Chef, der sich der Sache Lüths juristisch angenom-

men hatte: Adolf Arndt, berühmt geworden als »Kronjurist« der Sozialdemokraten, paukte damals im Streit gegen den autoritären Staat Konrad Adenauers fast alle wichtigen Sachen vor dem Bundesverfassungsgericht durch.

Was Lüth gesagt hat, das müsse man ja wohl noch sagen dürfen: Dies war, wie die Akten nahelegen, von Beginn an die Parole im Gericht. Die ganz große Mehrheit der Richter war von der Vergangenheit unbelastet, viele selbst Opfer, Verfolgte jenes Regimes, dem der Filmemacher Harlan die Bilder und die Parolen geliefert hatte. Ganz im Gegensatz zu den allermeisten Kollegen vom Bundesgerichtshof, die, als wäre nichts gewesen, ein paar Strafen weiter nun ihre als Nazirichter begonnene Karriere fortsetzten, war das Bundesverfassungsgericht die »Instanz der sauberen Hände« – so der Frankfurter Verfassungshistoriker Michael Stolleis.

Wie begründen, dass die Meinungsfreiheit des Grundgesetzes die »guten Sitten« missachten darf, die noch immer im alten Bürgerlichen Gesetzbuch standen und von den Zivilgerichten, vor allem vom Bundesgerichtshof, hochgehalten wurden? Der Dreh, der die Welt verändern sollte, findet sich erstmals ausformuliert in einer erst jetzt aus den alten Akten aufgetauchten Notiz des weithin unbekanntes Richters Wilhelm Ellinghaus. Er schrieb sie für die Kollegen im Ersten Senat, die über den Fall Lüth brüteten: »Verfassungsrechtlich gesehen handelt es sich um ein Duell zweier Grundrechte«, notierte der Jurist. »Es treten an zum Zweikampf«: die Meinungsfreiheit (Artikel 5) gegen die allgemeine Handlungsfreiheit (Artikel 2), zu der es auch gehört, Filme zu drehen und zu vermarkten. »Von Fall zu Fall ist zu entscheiden, welches Grundrecht im konkreten Konfliktsfalle das höherwertige ist.« Für den Fall Lüth gelte: »Hier ist offensichtlich Artikel 5 höherwertig ... Denn es steht das Wohl und das Ansehen Deutschlands auf dem Spiele.«

Im Urteil, das erst sechs Jahre später erging, machten sie dann alles wesentlich komplizierter, doch die Botschaft findet sich im Kern auch im Urteilstext wieder: Die »guten Sitten« können sich die Kollegen drüben beim Bundesgerichtshof in die Haare schmierem. Über die Grenzen politischer Debatten im Lande wird von Fall zu Fall hier entschieden: beim Bundesverfassungsgericht.

Für die Verfassungsrechtswissenschaft ist diese Notiz von Ellinghaus so etwas wie das Morgenrauschen der zweiten deutschen Demokratie: Hier wurde zum ersten Mal der freien Auseinandersetzung der Bürger in Rede und Gegenrede das Laufen gelehrt. Keine Werte und keine Autoritäten außerhalb des Grundgesetzes können politische Debatten bremsen. Wenn es kracht, und es muss ja krachen, damit sich etwas verändert, ist abzuwägen und mit guten Argumenten zu begründen: Welche Freiheit hat im Einzelfall das höhere Gewicht? Ist es erforderlich, dass jemand zurücksteckt? Und ist es ihm zuzumuten?

Keine Freiheit steht für sich allein. Dass der Gebrauch der Freiheit wie auch ihre Einschränkung zu welchen Zielen auch immer im Kollisionsfall zu rechtfertigen und im Hin und Her der Argumente zu begründen ist: Diese Lehre wurde fortan zum Kern der Kommunikationsordnung der Freiheit unter dem Grundgesetz. Aus dem Lüth-Urteil entwickelte sich der Grundsatz, der heute nicht nur das Verfassungsrecht in Deutschland, sondern die meisten freiheitlichen Demokratien der Welt beherrscht: der Grundsatz der »Verhältnismäßigkeit«.

Reden ist Gold, Kommunikation ist alles: Damit dies in der autoritätsfixierten Gesellschaft der Adenauer-Ära auch funktionierte, baute das Gericht das ebenfalls in Artikel 5 garantierte Grundrecht der Pressefreiheit zu einer universalen Plattform des gesellschaftlichen Diskurses aus. Die Medien seien »unentbehrlich« für den demokratischen Prozess der Meinungs- und Willensbildung im Volke, so betonten die Richter in ihrem Urteil von 1966 zur SPIEGEL-Affäre.

Und als schon vorher Adenauer versuchte, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ein Regierungsfernsehen zu installieren, schlugen die Richter 1961 dem Alten seine Pläne nicht nur um die Ohren, sondern schrieben die in ihren Grundzügen bis heute geltende Rundfunkordnung

Gewalt, die vom Facebook-Volke ausgeht, ist nicht mehr die des Artikels 20 des Grundgesetzes, und Verfassungsrechtlern macht das zunehmend Angst. Das große Gespräch unter Demokraten ist an den Rand gedrängt von aggressivem Geschrei, das sich selbst genug ist, von Forderungen, die sich um Abwägung und Verhältnismäßigkeit ihrer Konsequenzen nicht scheren. »Die Verschärfung des Stils der politischen Auseinandersetzung, vor allem in den sozialen Medien«, so warnt der Verfassungsveteran Grimm, lasse befürchten, »dass auch die Angriffe auf das System, welches das Grundgesetz aufgerichtet hat, aggressiver und unverblümt werden«.

Wie ein Hilferuf auf stürmischer See klingt es, wenn der große Steuermann, der Präsident des Bundesverfas-

HIER FINDET SIE DER WINTER NIE.

Früh buchen
und bis zu
300€*
sparen!

Nur
noch bis
31.05.

Buchen Sie Ihren Winterurlaub im Reisebüro, im AIDA Kundencenter unter +49 (0) 381/20 27 08 51 oder auf www.aida.de



*Frühbucher-Plus-Ermäßigung bei Buchung bis 31.05.2019, gilt für die 1. und 2. Person in der Kabine, limitiertes Kontingent
AIDA Cruises • German Branch of Costa Crociere S.p.A. • Am Strande 3d • 18055 Rostock

fest, die ein staatsfreies und pluralistisches Fernsehen garantieren soll.

Der freiheitliche Geist, den die Richter über das Volk des Grundgesetzes ausschütteten, war der Geist des großen bundesrepublikanischen Gesprächs. Doch Diskurse über den richtigen Weg zum erwünschten Ziel, das Hin und Her der Argumente, werden inzwischen – wie der Münchner Soziologe Armin Nassehi registriert – zunehmend abgeblockt durch das Geltendmachen von »Identitäten«, immer wichtiger wird, was jemand »ist« – Mann, Muslim, Ausländer, nicht, was er zu sagen hat.

Und es scheint, dass der Karlsruher Weg der Aufklärung an sein Ende gelangt, seit Facebook die Presse als Plattform der Willensbildung im Volke abgelöst hat. Die

sungsgerichts Andreas Voßkuhle, vor dem bösen Spiel warnt, das in den Filterblasen des Netzes mit »dem Volke« getrieben wird, von dem doch nach Artikel 20 alle Staatsgewalt ausgeht. Den Willen des Volkes, so Voßkuhle in der »Frankfurter Allgemeinen«, könne niemand für sich reklamieren. »Einen einheitlichen Volkswillen gibt es in Wahrheit nicht.« Das Volk des Grundgesetzes, so zitiert der Verfassungsrichter den Philosophen Jürgen Habermas, »pflegt im Plural aufzutreten«.

Es ist unübersehbar, dass die Kommunikationsordnung der Gesellschaft, vom Bundesverfassungsgericht so fein in den bald 150 Bänden seiner Urteilsammlung auszisiert, sich aufgelöst hat. Werden die Weisen von Karlsruhe einen Ausweg finden? ■

Auf kleinen Rädern

Städte Noch vor dem Sommer wollen die Verkehrspolitiker Elektrotretroller auf Radwegen zulassen. Der Streit um den Straßenraum wird schärfer.

Mit einem Fuß abstoßen, den grünen Knopf am Lenker drücken, schon saust der Roller los. Bis auf 25 Kilometer pro Stunde beschleunigt das schmale Zweirad auf einem Rundkurs der Micro Mobility Expo, einer Messe für Kleinstfahrzeuge in Hannover.

»Cool, oder?«, sagt einer der Menschen, der die Messebesucher einweist und ihnen Testroller verschiedener Hersteller für Probefahrten übergibt. Und fügt hinzu: »Aber für den deutschen Markt werden die Dinger noch etwas gedrosselt.«

Geht es nach den Verkehrsministern von Bund und Ländern, werden die Deutschen bald überall mit Scootergefühl durch die Republik sausen können. Am kommenden Freitag soll der Bundesrat über eine Verordnung des Bundes entscheiden, mit der die flinken Gefährte auf öffentlichen Straßen zugelassen werden können. Nur wenn er zustimmt, kann die Verordnung in Kraft treten.

Das gilt als wahrscheinlich. Denn die Ländervertreter wollen nicht als Spaßbremsen dastehen, die ein hippestes Verkehrsmittel verhindern, wie es in vielen

Städten Europas längst zum sommerlichen Straßenbild gehört. Zudem hat sich Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) diese Woche davon verabschiedet, einen Teil der E-Scooter auf Gehwegen rollen zu lassen. Das wäre ein »Konjunkturprogramm für Unfallchirurgen« geworden, spottete der hessische Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne).

In der aktualisierten Verordnung soll nun stehen, dass alle E-Roller auf Radwegen fahren müssen – und dort, wo es keine gibt, auf der Straße. Auch das birgt Konfliktpotenzial. Die deutschen Radwege taugten nicht einmal für den vorhandenen Radverkehr, warnt der Radfahrerverband ADFC. Wenn nun zusätzlich »eine Welle von E-Scootern durch die Innenstädte holt, werden wir sehr unschöne Szenen und viele Unfälle erleben«, sagt ADFC-Geschäftsführer Burkhard Stork.

Die Kritiker verweisen auf die Erfahrungen aus Tel Aviv, Rom, Madrid oder anderen Metropolen, wo die neuen Roller immer wieder für Ärger und auch Kollisionen sorgen. In Paris wurde im April ein 81-jähriger Mann von einem Rollerfahrer erfasst und schwer verletzt. In Wien soll es allein in den letzten drei Monaten des vorigen Jahres zu 200 Unfällen gekommen sein. Unweit von Barcelona starb im vergangenen Sommer eine 90-jährige Frau, nachdem sie mit einem Rollerfahrer zusammengestoßen war.

Oft waren die Stadtverwaltungen dort überfordert von der Geschwindigkeit, mit der die Rolleranbieter ihre Städte besetzten. In Madrid boten die ersten Verleihfirmen im Sommer 2018 elektrische Roller an; innerhalb weniger Tage standen an den Hauptattraktionen der Stadt Tausende Gefährte. Konkrete Regeln, wie man sich mit

E-Tretrollern auf der Straße zu verhalten habe, fehlten lange. Erst nach Monaten wurden die Roller von Fußwegen verboten, Jugendliche unter 16 Jahren müssen nun einen Helm tragen, auf vielen Straßen dürfen die Roller nicht mehr fahren.

Auch in Deutschland fürchten Kommunalpolitiker chaotische Verhältnisse. Bei ihm hätten sich schon neun verschiedene Anbieter gemeldet, die E-Roller aufstellen wollten, sagt Klaus Oesterling, Verkehrsdezernent in Frankfurt am Main. Wenn alle ihre Pläne wahr machten, sagt er, »haben wir bald 5000 bis 10 000 Roller in der Stadt stehen«.

Die neuen Verkehrsmittel müssten auf den öffentlichen Nahverkehr und die Fahrradverleihe abgestimmt und mit ihnen zu einem gemeinsamen Buchungssystem verknüpft werden, mahnt Stephan Rammler vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin: »Sonst kriegen wir einen großen mobiltechnologischen Müllhaufen.« Zudem müsse der Straßenraum in den Städten intelligenter aufgeteilt werden, sagt Rammler, »aber dafür braucht man einen Plan«.

Das dauert den Anbietern zu lange. Auf der Messe in Hannover steht Tobias Griesmeier vom Berliner Scooterverleiher Tier und drängt: »Wir warten darauf, dass es jetzt endlich auch in Deutschland losgeht.« Europaweit sei die Firma schon in 20 Städten auf dem Markt, unter anderem in Oslo und Wien. In Deutschland habe sie schon mehrere Stadtverwaltungen kontaktiert, um so bald wie möglich auf den Straßen präsent zu sein.

Produziert werden die Scooter überwiegend in China, wo man sich, so Griesmeier, schon auf die voraussichtlichen deutschen Zulassungsregeln vorbereitet habe. Die Höchstgeschwindigkeit soll nach den Plänen des Bundesverkehrsministers auf 20 Kilometer pro Stunde begrenzt werden, um eine Helmpflicht zu vermeiden. Außerdem sollen die E-Scooter ein aufklebbares Versicherungskennzeichen tragen.

Einige Städte haben die E-Roller schon in einem Modellversuch getestet. »Das verlief sehr reibungslos«, sagt Jan Giersberg von den Stadtwerken in Bamberg. Viele Nutzer seien überrascht gewesen, wie flink man mit den Rollern auf die Hügel der Stadt gekommen sei. Nennenswerte Unfälle habe es nicht gegeben.

Allerdings habe sich auch gezeigt, dass die Roller die Busse und Bahnen nicht ersetzen, sondern nur ergänzen könnten. »Bei Regen oder Schnee macht das keinen Spaß, dann fühlt man sich extrem unsicher auf diesen kleinen Rädern«, sagt Giersberg. »Besonders auf unserem Kopfsteinpflaster.«

Matthias Bartsch, Christopher Piltz
Mail: matthias.bartsch@spiegel.de



E-Roller-Fahrerin in Paris: »Unschöne Szenen und viele Unfälle«



#JazuEuropa

Europa braucht eine Stimme: Ihre.

Nur eine starke EU kann ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Welt behaupten. So garantiert sie Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger. Auch Sie profitieren davon. Mit Ihrer Stimme stärken Sie Europa. Gehen Sie am 26. Mai wählen.

Ihre Chemie.

Freuen Sie sich auf die Zukunft.

www.ihre-chemie.de/jazueuropa

Der Feind von unten rechts

Kriminalität Ein ruhiges Wohnhaus in Berlin – dann zieht ein Clan-Mann ein und macht den anderen das Leben zur Hölle. Eine Geschichte über stille Helden und den Mut der Verzweiflung.

Geschafft! Was für ein Tag, der 12. Juni 2017: endlich den Kaufvertrag unterschrieben. Konnte sich etwas besser anfühlen? Ein Leben lang hatten sie sich abgerackert, Klaus-Dieter Nisch und seine Frau Karla. Erst im Werkzeugmaschinen-Kombinat »7. Oktober«. Und nach der Wende er als Anstreicher, sie als Arzthelferin. Hatten jede Mark, jeden Euro gespart, dann der Tiefschlag: die Mietwohnung in Prenzlauer Berg verloren. Eigenbedarf. Aber jetzt, haste Worte: stolze Eigentümer!

Drei Zimmer mit Balkon im ersten Stock an der Falkenhagener Straße in Berlin-Spandau: nur ein paar Minuten zur Fußgängerzone mit den Geschäften, zum Koeltzpark, in den Spandauer Forst. Und am Ende war die Verkäuferin noch um 20 000 Euro mit dem Preis runtergegangen. War gar nicht mal so schwer gewesen, vielleicht hatte die Frau F. ja verkaufen müssen. Klaus-Dieter und Karla holten ihr Erspartes von der Bank, den größten Teil, 180 000 Euro. Aber das war die Wohnung wert. Ein Traum.

Geschafft! Was für ein Tag, der 12. Juni 2017. War sie endlich losgeworden, ihre Wohnung. Konnte sich etwas besser anfühlen? Klar, konnte es. Sie musste noch mal 20 000 Euro runtergehen, sie hatte Geld verloren, viel Geld. Aber egal, nur raus, raus, raus aus diesem Horror. Falkenhagener Straße 64. Frau F. konnte kaum noch schlafen, sie hatte Todesangst. Da war dieser Mieter in der Wohnung unter ihr, der ihr das »Leben zur Hölle machte«. Massige Figur, dünne Nerven, böser Blick, aus einem der berüchtigtsten Araber-Clans in Berlin. Ein Mann, so sagte sie einmal, der vor ihr stand und erklärt haben soll: »Ich bin mein eigenes Gesetz.« Und: »Hinter mir habe ich tausend Leute.« Ein Albtraum.

Einer, der weitergeht, immer weiter, nun aber für Klaus-Dieter und Karla Nisch. 16 Wohnungen gibt es in der 64, 64A, 64B; in 15 leben Eigentümer, leben Mieter, die einem Nachbarn ausgeliefert sind, der die drei Häuser wie ein Clan-Revier behandelt. Eine Welt, in der es zwei Sorten Mensch gibt: die Schwachen, die ihr kleibürgerliches Dasein in den Grenzen von Recht und Ordnung leben – ein Recht und eine Ordnung, die offenbar nicht dafür gemacht waren, sie zu beschützen. Und Abdulkadir Osman, 36, in gewissen Kreisen

bekannt als »Tyson-Ali«, der sein Recht des Rücksichtslosen auslebt. Es gab schon zahllose Anzeigen gegen ihn, aber offenbar nichts, was Herrn Osman – eng verbunden mit der mächtigen Großfamilie der Rammos – beeindruckt hätte.

Beeindruckt waren dafür die Nischs, als sie am 5. Dezember 2018 eine SMS bekamen. Von einem Handy, nicht zurückzufolgen zu Osman, der mit dieser SMS sicherlich nichts zu tun gehabt haben will. Auf Fragen des SPIEGEL antwortet er nicht. Aber soweit bekannt, hat er noch so gut wie jeden Vorwurf bestritten. Der Text der SMS: »Der Tod ist gewissermaßen eine Unmöglichkeit, die plötzlich zur Wirklichkeit wird.« Darunter die Geburtstage von Klaus-Dieter und Karla Nisch, jeweils mit einem Fragezeichen dahinter. Wohl für ihren Todestag, der plötzlich »zur Wirklichkeit« werden könnte.

Ein Block, drei Häuser – so wie Polizei und Gerichte den Fall lange behandelt haben, war das für den Staat nur der Schauplatz eines Nachbarschaftstreits, wie er ständig vorkommt. Piefkes gegen Ausländer, die sich nicht an die deutsche Hausordnung halten. Eine Sache für genervte Streifenpolizisten und Amtsrichter, die nicht verstehen, warum die Leute sich

nicht endlich mal vertragen oder einfach aus dem Weg gehen können. Wenn zwei sich streiten, liegt das nicht meistens an beiden?

Tatsächlich bündelt sich in diesem Block alles, was im Umgang mit arabischstämmigen Clans jahrzehntelang schiefgelaufen ist: das Wegschauen, das Hinnehmen, diese Mischung aus Ohnmacht und Unwillen, Clan-Männer zu stoppen, die ganze Viertel erobern, ihre Macht ausleben, ein Regime der Angst. Der Fall zeigt unter dem Brennglas, wie die Gewalt in den Alltag einfacher Menschen hereinbricht und ihnen eine Entscheidung abfordert, die ihnen der Staat nicht erspart hat: Sollen sie ausharren oder aber flüchten wie Frau F., die ihre Wohnung an die Nischs verkauft hat? Sollen sie kuschen, sich ducken und unterwerfen, aus purer Angst? Oder sich wehren, mit allen Risiken?

Die Nischs haben ihren ganzen Mut zusammengenommen, und mit ihnen ein gutes Dutzend Nachbarn. Sie kämpfen. Sie haben eine Chat-Gruppe gegründet, sie dokumentieren alles, was im Haus passiert, eine Liste mit 265 Vorfällen vom 9. April 2016 bis zum 22. April 2019. Sie schreiben Anzeigen gegen Osman und Fatma H., die Frau an seiner Seite. Sie klagen vor dem Amtsgericht gegen die Vermieterin der beiden, die offenbar nur eine Strohhalm ist. Sie schalten Politiker ein, die Presse, sie versuchen es strikt mit den Mitteln des Rechtsstaats. Das ist anrührend, aber es ist auch tragisch, wenn wieder ihre Reifen zerstoßen sind, Eier vor ihr Fenster klatzen oder ein Kackhaufen vor ihrer Tür liegt. Wie diese Mutprobe für sie endet, wissen sie nicht. Kann schon sein, dass sie jetzt Helden der Zivilcourage sind. In der Welt der Clan-Männer sind solche Helden weiche Ziele.

Im Jahr 2014 kaufte eine Nina O. in der Nummer 64 die Wohnung unten rechts. Nina O., damals 24, hatte einen deutschen Nachnamen und auf den ersten Blick nichts, was sie mit arabischstämmigen Clans verband. Auf den zweiten eine Menge: Sie hatte 140 000 Euro bezahlt, erstaunlich für eine Frau, die später vor Gericht behauptete, sie verdiene 7000 Euro. Im Jahr. Woher also das Geld?

Aus dem Libanon, der alten Heimat der Rammos, von der BBAC-Bank. Offenbar konnte oder wollte Nina O. auch keine Erklärung dafür liefern, warum ihr ein groß-



Mieter Osman nach Razzia
Dünne Nerven, böser Blick



THOMAS LOBENWEIN / DER SPIEGEL

Nachbarn Nisch, Osman: Vorsicht ist jetzt immer angebracht

herziger Wohltäter aus dem Libanon so viel Geld geschickt hatte. Sie musste Schenkungsteuer nachzahlen, wurde vom Landgericht Berlin wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

Und damit nicht genug: Im Juni 2017 schlug die Staatsanwaltschaft Berlin noch mal zu. Sie beschlagnahmte die Wohnung in Spandau und sieben weitere, die Nina O. gehörten. Nina O. blieb zwar Eigentümerin, bekam die Mieten, darf die Wohnungen aber nicht verkaufen, solange die Fahnder wegen möglicher Geldwäsche ermitteln. Sie vermuten, dass die Immobilien mit Beutegeld aus Verbrechen bezahlt wurden. Bei einer Wohnung in Berlin-Lichtenrade tauchte auch der Name Abdulkadir Osman auf – mit einer Grundschuld im Grundbuch.

Kaum hatte Nina O. also die Wohnung in Spandau gekauft, erschien Osman in der Falkenhagener Straße, renovierte und zog 2014 mit seiner Fatma und den Kindern zur Miete ein. Sie waren nicht die einzigen Ausländer im Block, es gab hier Polen, Türken, Franzosen, Russen, Kroaten, Niederländer, zwei syrische Studenten. Aber nie ein Problem. Das änderte sich nun. Die anderen Bewohner erlebten Osman zunächst einmal – vorsichtig gesagt – als imposante Erscheinung, mit Vollglatze und Vollbart, und es dauerte nicht lange, bis ihnen schwante, dass Vorsicht jetzt immer angebracht war. Im Flur, im Garten, auf dem Parkplatz, überall, wo sie den neuen Mietern begegnen konnten.

Denn Osman hat offenbar ein Gespür dafür, wie man jene Art von Respekt bekommt, die in der Clan-Szene großgeschrieben wird. Damit keiner übersieht, mit wem er es zu tun hat, baut sich Osman zum Beispiel gern eine Nasenlänge entfernt vor anderen auf. Mit seinen geschätzten 120 Kilogramm, verteilt auf 1,83 Meter, füllt er das Bild, das man von ihm vermutlich bekommen soll, schon ganz gut aus.

Für das komplette Bild sollte man aber noch wissen, dass der Sozialhilfeempfänger 2017 bereits mit 28 Einträgen im Bundeszentralregister stand, das meiste Beleidigungen und Körperverletzungen. Und das war nur das, was übrig geblieben war von mehr als 300 Fällen, in denen er als Tatverdächtiger geführt wurde.

Zum Bildhintergrund gehört auch die Familienbande: Schwester Rima. Verheiratet mit Adounise Rammo, Bruder des Familienpatriarchen Issa Rammo. In einem Lagebericht des Berliner Landeskriminalamts tauchen Mitglieder des Rammo-Clans in 1146 Vorgängen als Verdächtige auf. Das heißt nicht, dass alle Rammos kriminell sind; die meisten versuchen es ehrlich. Aber Adounise bekam sieben Jahre wegen schweren Bandendiebstahls, und sein Sohn hinterließ kürzlich einen bleibenden Eindruck an einer Grundschule in

Neukölln, weil er scharfe Munition mitbrachte und den Kopf eines Mitschülers ins Schulklo drückte. Mit nicht mal zehn Jahren (SPIEGEL 8/2019).

Auch Osman soll tief in die kriminelle Szene verstrickt gewesen sein. 2010 lieferte er angeblich den Grund für eine wilde Schießerei unter Clan-Männern: Damals kam der stadtbekannteste Intensivstraftäter Nidal Rabih aus dem Knast. Die »Brüder« aus der Araberszene hatten für ihn gesammelt; Osman, so heißt es, sollte das Geld übergeben, habe es aber selbst eingesteckt. Ergebnis: ein Showdown auf der Emser Straße, 18 Schüsse. Nidal Rabih war mit zwei Brüdern gekommen, auf der anderen Seite stand angeblich ein gutes Dutzend Rammos. Als Rabih 2018 nicht ganz überraschend auf offener Straße erschossen wurde und seine Beerdigung zu einer Art Vollversammlung der Berliner Clan-Größen wurde, stand Osman neben Rammo-Chef Issa.

Das alles gehörte nun zum lebenswichtigen Hintergrundwissen für die anderen Bewohner der Falkenhagener Straße 64, etwa wenn Osman im Hinterhof stand und kochend vor Wut in sein Handy brüllte: »Zwei Autos, aber ganz schnell ... Ruf mal meine Brüder an und meine Cousins, die sollen kommen hierher!«

An einem Montag im April sitzen Klaus-Dieter und Karla Nisch am Küchentisch und erzählen, wie sie doch eigentlich alles richtig gemacht hatten mit dieser wunderbaren Wohnung. Dem schönen Bad, an dem sie gar nicht mehr viel ändern mussten, den neuen Böden, die sie selbst gelegt haben. Wie alles seinen perfekten Platz fand für ein neues Leben, auch der Große Brockhaus in 24 Bänden im Vitrinenschrank. Aber wie dann alles falsch wurde, zu einem großen Fehler, dem »größten Pech« ihres Lebens.

Sie erzählen, wie sie jetzt jeden Morgen wach werden und der erste Gedanke ist, ob wieder Kot an ihrer Tür klebt. Wie sie ihre Blutdrucksenker schlucken, sie Ramipril, er Dafiro. Wie ihnen schon zum Frühstück das Herz bis in den Hals schlägt, weil sie wissen, dass er da ist, Osman, ganz nah, direkt unter ihrem Fußboden, vielleicht auch gerade wieder vor ihrer Tür. Und wenn sie ins Bett gehen, ist er ihr letzter Gedanke, dafür sorgt schon das Schlagen gegen die Heizungsrohre – dafür zumindest halten die Nischs den Krach, der nachts offenbar aus der Wohnung unter ihnen kommt. »Hätten wir das gewusst, hätten wir nicht gekauft«, sagt Klaus-Dieter Nisch. »Wir wollten doch immer nur unsere Ruhe.«

Die Nischs hatten im Oktober 2017 mit dem Renovieren angefangen; erst später hörten sie, dass auch Osman ihre Wohnung hatte kaufen wollen. Nach drei Tagen lag zum ersten Mal Kot unter der Fußmatte. Klaus-Dieter Nisch wunderte sich.



**Sozialhilfeempfänger Osman (am Steuer),
Hausbewohnerin Jagodschinski,
Ehepaar Nisch**

»Wir wollten doch immer nur unsere Ruhe«

Noch war ihm nicht klar, was da begonnen hatte; nur dass es schwierig würde mit den Nachbarn unten. Den Schuhschrank aus dem Flur stellen, für den Umzug? Einen Schuhschrank, der da sowieso nichts verloren hatte? »Nein, das bleibt auf jeden Fall stehen«, soll Fatma H. gesagt haben. Eine Woche später war bei Nischs das Türschloss kaputt, das erste von 17. Dann der Türspion, der erste von 13.

Klaus-Dieter Nisch montierte im Flur eine Kamera, die auf seine Tür gerichtet war, um zu wissen, wer das war. Und eine Kamera, die durch den Türspion die Kamera filmte. Das Video zeigt, wie Osman die Kamera im Flur abschraubt. Später war wieder der Türspion zerstört.

Ihren Audi Q3 parkten die Nischs bald nicht mehr in der Nähe, schon gar nicht vor dem Haus. Vor dem Haus, auf dem

öffentlichen Parkstreifen, stellte Osman seine Roller ab, und wenn er wegfuhr und ein anderer dort parkte, flogen später Eier auf das Auto, oder es bekam Kratzer. Deshalb schauten sich die Nischs inzwischen auch um, wenn sie zu ihrem Wagen gingen, für den sie ein paar Straßen weiter einen Parkplatz gemietet hatten. Einmal stiegen sie in einen Bus, den sie gar nicht nehmen wollten, nur weil sie Osman hinter sich gesehen hatten. Und eines Tages kamen sie zu ihren Audi, und drei Reifen waren trotzdem zerstochen. Nur bei ihrem Auto, auf einem Parkplatz mit einem guten Dutzend Autos. Das kostete sie einen Tausender.

An diesem Montag im April, an dem sie in ihrer Küche sitzen, am Tag vor ihrem Urlaub in Schweden, der aber kein richtiger Urlaub sein wird, weil sie immer denken werden, was wohl gerade zu Hause passiert, an diesem Montag hat Klaus-Dieter Nisch auch noch Restspuren eines blauen Auges. »Ich kam mit zwei Sektkisten die Treppe hoch, da stand seine Frau und schlug mir mit der Faust ins Gesicht.« Einfach so. Aber so einfach ist das eben doch nicht. Auf eine Anzeige folgt in der Regel eine Gegenanzeige; man sei doch zuerst geschlagen worden, heißt es dann von der Familie Osman. Für die Polizei klingt das meist nach einem Querulantenkrieg unter Nachbarn, in den man sich besser nicht hineinziehen lässt.

Das kennt auch Hildegard Jagodschinski, 59, aus der 64A. Sekretärin in einem internationalen Konzern, eine Frau, die sagt, dass sie mit jeder Nationalität zurechtkommt, wirklich mit jeder – nur für den Fall, dass einer das Gerede glauben sollte, sie seien doch alles Rassisten, die etwas gegen die Ausländer hätten. So stellt das Osman nämlich gern mal dar, wenn die Polizei gerufen wurde.

An einem Tag im Oktober 2018 sammelte die Polizei elf Anzeigen: Fatma H., so erzählt das Hildegard Jagodschinski, habe bei ihnen Sturm geklingelt, sei die Treppe hochgestürmt; und noch bevor sie oben auf dem Treppenabsatz den verdutzten Sohn Janis Jagodschinski erreicht habe, soll sie schon geschrien haben: »Ey, was soll das! Fass mich nicht an!« Dann habe die Frau ihren Janis, einen Studenten, ohne erkennbaren Grund geschubst. Das führte zu einer Anzeige von Janis Jagodschinski, einer Gegenanzeige von Fatma H., einer Gegen-Gegen-Anzeige wegen falscher Beschuldigung. Und so weiter und noch mehr. Man wüsste noch gern, was Fatma H. dazu sagt; keine Reaktion.

Auch Hildegard Jagodschinski hatte schon zwei zerstochene Reifen, natürlich durch »unbekannt«. Dafür hat sie aber ein Video, das zeigt, wie Fatma H. unten auf dem Balkon der Familie Osman erscheint, wieder verschwindet. Und kurz danach betritt ein kräftig gebauter Mann den Bal-

kon, die Kapuze der Jacke tief ins Gesicht gezogen, und wirft vier Eier nach oben gegen die Fassade.

Eigentlich müsste sie ausziehen, sagt Hildegard Jagodschinski. Aber ihr ganzes Geld steckt in der Wohnung, sie kann nicht, sie will nicht, sie wird nicht. Kann nicht einfach hinschmeißen wie die Hausverwaltung, die den Vertrag nicht verlängert hat. Ja, stimmt, früher sei das ein normales Haus gewesen, sehr ruhig, bestätigt der Verwalter. Dann seien die neuen Mieter gekommen und ständig Anrufe, weil wieder was im Haus zerstört war. Zu viel Ärger, das habe sich nicht mehr gelohnt.

Auch die beiden syrischen Studenten sind längst weg. Wohnten zur Miete. An einem Abend bauten sie ein Ikea-Bett auf, es wurde lauter, aber laut sein darf in diesem Haus nur einer: Osman. Er schrie, sie sollten rauskommen, nach draußen. »Ich hatte Angst, Mafia«, sagt Taha Alsalamah heute in gebrochenem Deutsch. Er machte deshalb nur sein Fenster auf, und Osman schrie: »Ich fickte deine Mutter! Mir ist egal, woher du kommst! Ich fickte dein Land!« So steht es in einem Urteil des Berliner

»Wir bekommen keine Hilfe, egal wohin wir uns wenden. Es gibt keine Konsequenzen.«

Landgerichts. Dann sprühte er Reizgas hinein. Notarztwageneinsatz, Krankenhaus. »Ich konnte sieben Stunden nichts mehr sehen«, sagt Alsalamah. Was half es da schon, dass Osman wegen gefährlicher Körperverletzung zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt wurde, eine Strafe, die in zweiter Instanz noch abgemildert wurde, auf sechs Monate?

Jagodschinski aber bleibt. Sie muss, deshalb hat sie eine Entscheidung gefällt, bei der ihr jeden Tag mulmig wird: sich zu wehren. So wie Walter, der Gewerkschaftsjurist, der seine Wohnung für die Tochter gekauft hatte, die dann aber doch nicht in Berlin geblieben ist. So wie Edvard und Darica, die schon seit den Achtzigern hier leben.

Eine aus dem Haus hat tatsächlich mal den Mut gehabt, die Frage zu stellen, auf die keiner von ihnen eine Antwort hat, die Frage an Osman: Warum benehmen Sie sich so, wieso geht es nicht anders? In Frieden. Will er denn wirklich, wie sie vermuten, das Haus herunterwohnen, die anderen rausekeln, den Preis drücken, um noch mehr Wohnungen zu übernehmen, für den Clan? Es kam keine Antwort.

Die andere Frage ist, warum die Polizei das fünf Jahre lang zuließ. Allein die Nischs haben 57 Anzeigen gestellt. »Da ist nichts

passiert«, sagt Klaus-Dieter Nisch. Kürzlich beschwerte sich eine Frau in der Eigentümerversammlung: »Wir bekommen keine Hilfe, egal wohin wir uns wenden. Diese Familie weiß, es gibt keine Konsequenzen.« Ja, das könne schon sein, dass Stadt und Polizei die Sache lange nicht ernst genommen hätten – überhaupt das ganze Clan-Problem in Berlin, glaubt Tom Schreiber. Der Berliner SPD-Abgeordnete gilt als Clan-Experte, kennt den Fall. »Diese Leute dürfen nicht den Eindruck haben, dass sie im Stich gelassen werden und besser nichts mehr sagen. So scheitert der Rechtsstaat, so scheitern wir alle.«

Hildegard Jagodschinski erinnert sich noch an den Quartierspolizisten, der ihre Nachbarn vor Osman gewarnt haben soll: »Der ist gefährlich.« Am einfachsten wäre es deshalb, die anderen würden ihn bei der »Ehre packen« und ihm etwas Geld dafür geben, dass er auf das Haus aufpasse. Für die Sekretärin klang das wie eine Empfehlung der Polizei, Schutzgeld zu zahlen.

Die Polizei sagt dazu nichts; nur dass man das Haus schon lange im Blick habe, die Sache ernst nehme. Heute laufe alles bei einem Beamten zusammen. Und jetzt, am Mittwoch, setzte die Polizei plötzlich ein Zeichen, wie es die Bewohner der Falkenhagener Straße in fünf Jahren noch nicht gesehen hatten: Ein Kommando rampte morgens um sechs die Tür von Abdulkadir Osman ein, durchsuchte seine Wohnung. Der Verdacht: Sachbeschädigungen im Haus und Diebstahl von Post aus den Briefkästen der Nachbarn. War das Zufall, so ein Einsatz, gerade jetzt? Oder war der Druck auf die Polizei zu groß geworden, etwas zu tun, was mehr nach Freund und Helfer aussah, nicht nach frustriert und hilflos?

Vielleicht bekommt die Geschichte vom Mut der Anständigen und vom Widerstand der Machtlosen also noch ein gutes Ende. Dagegen spricht, dass sich Osman in der Vergangenheit einen Anwalt leisten konnte, der sein Geld offenbar wert war. Andererseits soll es da noch einen geben, der sogar mächtiger als jeder Clan ist. Wie hatte Frau F., verzogen nach Süddeutschland, nur ein paar Tage vor der Razzia gesagt? »Ich bete jeden Tag zu Gott, dass sie ihn doch noch schnappen.«

Jürgen Dahlkamp, Thomas Heise, Gunther Latsch, Claas Meyer-Heuer, Jörg Schmitt

► SPIEGEL TV am Montag, 13. Mai, ab 23.25 Uhr bei RTL: Wie das Mitglied eines Clans seine Nachbarn terrorisiert

Video
Der Mieter

spiegel.de/sp202019clans
oder in der App DER SPIEGEL



»Das ist Grundwissen«

Bildung War das Mathe-Abi diesmal zu schwer? Ja, finden viele Schüler und unterzeichnen wütend Petitionen. Nicht doch, sagt der Experte Richard Lewandowsky.



PEER WIESNER

In etlichen Bundesländern protestieren Schüler online gegen die Aufgaben in den diesjährigen Abiturprüfungen – allein in Bayern unterzeichneten mehr als 60 000 Menschen eine Petition. Lewandowsky, 49, leitet die Fachabteilung Mathematik und Physik des Stark-Verlags in Hallbergmoos bei München. Seit 40 Jahren können sich Schüler mit den roten Büchern des Verlags auf Abschlussprüfungen vorbereiten. Sie finden darin Aufgaben aus den vorhergehenden Jahren samt Beispiellösungen, die Autoren nach Vorgaben der Bildungsministerien formuliert haben.

SPIEGEL: Herr Lewandowsky, wohl kaum jemand hat so viele Mathe-Abiturprüfungen gesehen wie Sie. Vor allem die Aufgaben aus Bayern stehen nun in der Kritik. Waren die wirklich so schwer?

Lewandowsky: Ich habe bisher noch nicht alle Aufgaben anschauen können – aber die von den Schülern bemängelten schon. Es handelt sich dabei um Aufgaben aus den Themenbereichen Wahrscheinlichkeitsrechnung und Analytische Geometrie.

Lewandowsky: Ich habe bisher noch nicht alle Aufgaben anschauen können – aber die von den Schülern bemängelten schon. Es handelt sich dabei um Aufgaben aus den Themenbereichen Wahrscheinlichkeitsrechnung und Analytische Geometrie.

SPIEGEL: Die Schüler kritisieren unter anderem, dass sie solche Aufgaben im Unterricht nie behandelt hätten.

Lewandowsky: Man muss dazu wissen: Am Morgen der Prüfung bekommen bayerische Schulen zwei Aufgabenvorschläge. Die Lehrerinnen und Lehrer wählen dann denjenigen aus, den sie für besser machbar halten. Sie wissen ja selbst am besten, was sie im Unterricht gemacht haben. Die Kritik geht schon deshalb teilweise ins Leere. **SPIEGEL:** Schüler und auch manche Lehrer finden, die Aufgaben seien zu textlastig gewesen.

Lewandowsky: Die Kritik zielt unter anderem auf eine Teilaufgabe der Stochastik, die etwas ausführlicher war: etwa eine halbe Seite Text. Das finde ich nicht zu viel. Aufgaben in vergleichbarer Länge wurden zum Beispiel auch 2017 in Bayern gestellt. Damals blieb der Protest aus.

SPIEGEL: Die diesjährigen Abiturienten sagen auch, die Aufgabe sei nicht klar genug formuliert gewesen.

Lewandowsky: Das kann ich so nicht bestätigen. Alle Fakten, die Schüler für die Lösung brauchen, waren präzise dargestellt, der Text war verständlich formuliert. Auch der Inhalt war nicht sonderlich komplex: Es ging um Gewinnerwartungen der Betreiberin einer Losbude. Die Aufgabe lässt sich

mit elementaren stochastischen Mitteln gut lösen. Die Schüler müssen zum Beispiel wissen, was ein Erwartungswert ist, und eine Nullhypothese aufstellen. Das ist Grundwissen und absolut lehrplankonform. Insgesamt eine schöne, moderne Prüfungsaufgabe.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Lewandowsky: Früher wurden im Mathe-Abitur überwiegend reine Rechenaufgaben gestellt. »Gegeben sei eine Funktion $f(x)$, berechnen Sie die Hochpunkte« – so in der Art. Solche Aufgaben lassen sich stur nach Schema F lösen. Wer ausreichend trainiert hat, wie man Hochpunkte einer Funktion bestimmt, wird gut zurechtkommen. Ein tieferes mathematisches Verständnis braucht man dafür allerdings nicht. Seit etwa 15 Jahren etabliert man daher einen neuen Aufgabentypus.

SPIEGEL: Wie sieht der aus?

Lewandowsky: Es gibt nicht das eine, vorgefertigte Rezept, wie Schüler zur Lösung gelangen können – sondern mindestens zwei oder drei verschiedene Wege. So soll der Kreativität mehr Raum gegeben werden. Es geht nicht primär darum, eine Gleichung zu lösen. Die Rechnung steht in einem anwendungsbezogenen Kontext. Die Schüler müssen verschiedene Kompetenzen einsetzen: Textverständnis und Urteilsvermögen zum Beispiel. So ist es auch in den Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife festgelegt. Die Leistung besteht darin, aus einer beschriebenen Situation ein mathematisches Problem zu destillieren und es in eine Rechnung zu übersetzen. Die Rechnung an sich ist dafür aber oft weniger schwierig als früher.

SPIEGEL: Die Korrektur einer solchen Aufgabe klingt aufwendig.

Lewandowsky: Ich glaube, diese Kröte schlucken die meisten Mathematiklehrer gern. Wenn Schüler nicht nur Formeln anwenden, sondern kraft ihres eigenen Denkens zu einer Lösung kommen, empfinden auch die Lehrkräfte das als sinnvoll. Außerdem sind die Fachkollegen sicherlich in der Lage, auch kreative Ansätze zu durchschauen und zu bewerten.

SPIEGEL: Halten Sie die Proteste in Bayern und anderswo für gerechtfertigt?

Lewandowsky: Natürlich passieren mal Fehler – ich erinnere mich noch gut an den »Oktaeder des Grauens« aus der Mathematikprüfung 2008 in Nordrhein-Westfalen, eine unglücklich formulierte Aufgabe aus der Analytischen Geometrie, die für Irritationen bei den Prüflingen sorgte. Grundsätzlich finde ich es sehr gut, wenn junge Menschen Autoritäten hinterfragen. Aber: In diesem Fall ist die Kritik kaum fachlich begründet, die Argumentation eher dünn. Vielleicht sollten die Abiturienten einfach die Ergebnisse abwarten.

Interview: Miriam Olbrisch

Mail: olbrisch@spiegel.de, Twitter: @olbi



FELIX KÄSTLE / DPA

Abiturienten bei schriftlicher Prüfung: »Die Kritik ist kaum fachlich begründet«

Der Opel Insignia

ZEIT FÜR EIN STATEMENT.

- Klassenbestes LED Matrix Licht
- Sprachgesteuertes Multimedia Navi Pro mit 8"-Touchscreen-Farbdisplay
- Park & Go Premium inkl. 360-Grad-Kamera



DIE ZUKUNFT GEHÖRT ALLEN

Die genannten Ausstattungen sind teilweise optional bzw. in höheren Ausstattungslinien verfügbar.
Abb. zeigt Sonderausstattung.

Gesellschaft

»Ich höre gelegentlich von einem wachsenden Antisemitismus in Deutschland, ist da was dran?« ▶ S. 56



»Habe nun, ach!, Philosophie, Juristerei und Medizin studiert«, monologisierte Faust seufzend und kam sich kein bisschen klüger vor. Aber damals gab es eben auch noch keine Studiengänge für Angewandte Sexualwissenschaft, Raumkonflikte und Friesische Philologie. Auch Culinary Management nicht, geschweige denn Körperpflege oder den Space Master an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Zu Goethes Zeiten durfte man noch glauben, mit den drei genannten Wissenschaften »und leider auch Theologie« sämtliche relevanten Studiengänge absolviert zu haben. In der Spätantike kam man mit den sieben freien Künsten (Grammatik, Rhetorik, Dialektik, Arithmetik, Geometrie, Musik, Astronomie) schon gut aus. Inzwischen kann man an Deutschlands Hochschulen und Universitäten mehr als 19 000 Studiengänge belegen, noch im Jahr

2005 waren es erst rund 11 000. Es lassen sich Master machen in Pferdewissenschaften, E-Learning, Bauen im Bestand, Biodiversity, Mediation oder Gerontologie. Und natürlich, schon angesichts dieses Angebots, in Beratung. Besonders stark, so das Centrum für Hochschulentwicklung, sei der Zuwachs in den Medizin- und Gesundheitswissenschaften. Dort wird Hebammen- oder Pflegewissenschaft angeboten. Jean-Jacques Rousseau mag bezweifelt haben, dass hierin schon ein Fortschritt des Menschengeschlechts abzulesen ist. Aber der hatte ja auch nicht studiert, sondern sich alles selbst beigebracht. Natürlich ist Vielfalt kein Wert an sich. Aber der immer weitergehenden Spezialisierung in den Wissenschaften darf durchaus eine der Lehre gegenüberstehen – sofern es nur, als weiterführender Studiengang, auf festem Fundament geschieht. alexander.smoltczyk@spiegel.de

Neid

Wieso sind wir so schadenfroh, Herr Morgenroth?

Olaf Morgenroth, 55, Gesundheitspsychologe an der Medical School Hamburg, über unseren Umgang mit den Fehlern anderer

SPIEGEL: In einer Folge von »Game of Thrones« monieren wir einen Kaffeebecher, der am Set vergessen wurde, auf Facebook Rechtschreibfehler. Wieso stürzen wir uns so gern auf die Fehler anderer?
Morgenroth: Wir fühlen uns dadurch besser. Schadenfreude steigert das Selbstwertgefühl, es entlastet von eigenen Zweifeln. Wenn wir andere bei Fehlern ertappen, akzeptieren wir es auch eher, wenn wir selbst etwas nicht unter Kontrolle haben.

SPIEGEL: Schadenfreude gilt nicht gerade als positive Charaktereigenschaft.
Morgenroth: In Gesellschaften, in denen soziale Ungleichheit herrscht, ist es ein Mittel, mit der eigenen Rolle zurechtzukommen. Es gibt nicht umsonst Karnevalsreden oder Kabarettauftritte, in denen wir uns über die Fehler anderer auslassen können.



FRIEDRICH SAURER / IMAGERONER / DDP

SPIEGEL: Aus Fehlern wird man klug, heißt es doch in einem Sprichwort. Gilt das auch für die Fehler anderer?
Morgenroth: Ja, vielleicht sogar leichter als aus den eigenen. Dann haben wir eine beobachtende Perspektive und müssen uns nicht erst schützen. Bei Flugzeugabstürzen zum Beispiel analysieren Experten haargenau, was falsch gelaufen ist, um die Fehler in Zukunft zu vermeiden.
SPIEGEL: Und was lernen wir jetzt aus dem übersehenen Kaffeebecher?
Morgenroth: Der Fall klingt banal, aber er zeigt, dass kein Mensch perfekt ist. Und bei einer so teuren Serie freuen wir uns besonders über Fehler. Man kann das mit einem Konsumartikel vergleichen: Wenn mein Nachbar nach zehn Kilometern mit seinem neuen Porsche liegen bleibt, ist die Schadenfreude größer, als wenn er bloß einen Mittelklassewagen kaputt fährt. CAT

Unter Künstlern

Warum sich ein arbeitsloser Münchner mit dem Maler Gerhard Richter um Bilder aus einer Altpapiertonne streitet

Michael Watzinger wird Ende Mai 50 Jahre alt. Er findet nicht, dass sein bisheriges Leben besonders gut verlaufen ist. Er hat zwei Kinder von zwei Frauen, alle vier wollen nichts mehr von ihm wissen. Er hat mal wieder keinen Job, lebt von Sozialhilfe. Er hat ein Gerstenkorn auf seinem rechten Augenlid, das er behandeln lassen muss – und seit einiger Zeit hat er auch noch Ärger mit Gerhard Richter.

Am 30. April 2019, sechs Tage nachdem er vom Amtsgericht Köln zu 3150 Euro Strafe verurteilt worden ist, weil er vier Bilder des Malers aus dessen Altpapiertonne gestohlen hat, sitzt Watzinger in einem Café in Schwabing und erzählt seine Geschichte, vier Stunden lang. Er sieht aus wie ein Versicherungsvertreter, den Beruf hat er früher einmal ausgeübt, als noch nicht alles gegen ihn lief. Halbglatze, abgetragenes Sakko, eine Krawatte mit gelben Sonnenmotiven. Er spricht mit weichem Münchner Dialekt, beginnt seine Sätze mit »Mei, wissen S'« und rekonstruiert das Geschehene, als wäre es ihm widerfahren, einfach so, ohne dass er groß Einfluss darauf hätte nehmen können.

An einem Sonntag im Juli 2016 fährt Watzinger ins Villenviertel Hahnwald in Köln, wo Gerhard Richter lebt und arbeitet. Hinter seinem Atelier, einem Flachbau, befindet sich sein Privathaus. Richter ist einer der bedeutendsten lebenden Maler, sein teuerstes Bild brachte 41 Millionen Euro ein. Watzinger möchte Richter eine Mappe mit einem frühen Werk von Sabine Moritz anbieten, Richters Frau. Watzinger braucht Geld. Er hat seit Jahren keine feste Anstellung mehr, dafür eine negative Schufa. Er versucht sich als Kunsthändler, besucht Galerien und Auktionen, aber es läuft nicht, er ist obdachlos. Watzinger klingelt, der minderjährige Sohn von Richter lässt ihn aufs Grundstück. Der Papa sei nicht da, die Mama mit dem Hund Gassi – das soll er laut Watzinger gesagt haben. Als Watzinger das Grundstück verlässt, sieht er in der Auffahrt zwei Altpapiertonnen. Richter hat immer eine große blaue Tonne in seinem Atelier. Ist diese voll, benutzt er eine kleine blaue Tonne. Er entsorgt seinen Papiermüll selbst, schiebt die Tonnen sonntags vor das Tor, weil Montag früh die Müllabfuhr kommt. Watzinger erzählt, dass die kleine Tonne umgestürzt sei. Es sei stürmisch gewesen, ihr Inhalt durch die Gegend geflogen. Er habe die Tonne wieder aufgestellt, einige Zeitungen und Blätter aufgehoben, dabei seien ihm vier Bilder aufgefallen. Übermalte Fotografien, düstere, lila-schwarze Landschaften, etwas größer als Postkartenformat, kein Zweifel, vier Gerhard-Richter-Werke. Er nahm sie mit.

Watzinger bietet zwei der Bilder dem Auktionshaus Ketterer in München an. Er kann keine Zertifizierung vorweisen. Ger-

hard Richter rahmt und signiert seine Bilder, bevor er sie freigibt. Das Auktionshaus nimmt Kontakt zum Richter-Archiv in Dresden auf. Herr Richter erkenne die »zwei Blätter nicht als von ihm geschaffene Kunstwerke im Sinne des Urheberrechts an«, schreibt der Leiter, Dietmar Elger. Herr Richter untersage deshalb, »dass die Blätter unter seinem Namen ausgestellt, abgebildet, angeboten oder verkauft werden«. Am nächsten Tag erstattet Elger im Namen Richters Anzeige wegen Diebstahls. »Die waren misslungen. Sie sollten nicht auf den Markt«, gibt Richter in einer Vernehmung Anfang November 2017 an. Die Bilder seien wertlos. In der Anklage wird der Wert von Richters weggeworfenen Werken auf 60 000 Euro geschätzt. Watzinger glaubt, seine Fundstücke könnten 1,6 Millionen Euro einbringen. Die Berichterstattung sei Werbung für die Bilder gewesen. Die Richterin sagt in der Verhandlung, dass sie davon ausgehe, die Bilder ließen sich verkaufen. Doch über die Frage, was Kunst ist und wie viel sie wert ist, muss sie nicht entscheiden, sondern darüber, wem Müll gehört. Und da ist die Rechtslage klar: Solange er nicht abgeholt ist, gehört er Richter.

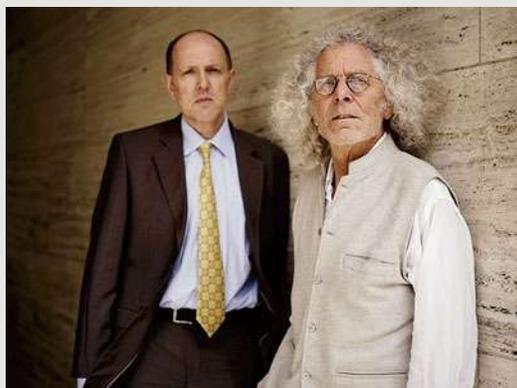
Die Tür des Cafés geht auf. Rainer Langhans kommt herein. »Servus Rainer, setz dich her«, sagt Watzinger. Er hat in einer Mail vor dem Gespräch angekündigt, dass ein prominenter Freund zur Unterstützung vorbeikommen werde. Langhans trägt sein grau-weißes Langhans-Outfit, Weste, Leinenhemd und -hose, und bestellt eine Tasse Goldene Milch, Mandelmilch mit Kurkuma, Kuchen mag er nicht probieren, weil Eier im Teig sind.

Langhans erzählt, dass der Michael ihn einmal angesprochen und ihm vorgeschlagen habe, mit den Frauen zusammen Kunst zu erschaffen, die er dann verkaufen wollte. Langhans sei schnell klar geworden, dass der Michael als Kunsthändler keine Karriere machen werde. Aber er bewundere ihn für seinen Mut, sich mit Richter anzulegen, obwohl er, Langhans, ihm prophezeit habe, dass er den Kürzeren ziehen werde.

Dann hält Langhans einen kleinen Vortrag, der bei den Dylanologen, den Bob-Dylan-Fans, beginnt, die in Dylans Müll gewühlt hätten, weil sie irgendetwas von ihrem Gott erhaschen wollten, und bei der Frage endet, ob Eigentum überhaupt zulässig sei. »Ich glaube, Besitz ist Diebstahl«, sagt Langhans. Die Sache mit dem Geld, die habe er längst hinter sich, weil er gesehen habe, wie scheiße Geld auf alle Menschen wirke. Watzinger nickt. Langhans beugt sich zu seiner Tasse herunter und schlürft die Goldene Milch.

Watzinger sagt, dass er Richter nicht bestohlen, sondern etwas gefunden habe, das Richter wegschmeißen wollte. Gerhard Richter ließ vor dem Prozess mitteilen, dass es ihm nicht um eine Verurteilung Watzingers gehe. Er wolle nur, dass die Bilder vernichtet würden. Watzinger hat Berufung eingelegt. Er will bis in die letzte Instanz und notfalls ins Gefängnis gehen. »Wenn ich jetzt aufgebe, haben die Justiz und Gerhard Richter erreicht, was sie von Anfang an wollten ... nämlich mich als Dieb zu brandmarken«, schreibt er ein paar Tage nach dem Gespräch in Schwabing in einer E-Mail.

Die zwei Bilder, die er beim Auktionshaus eingereicht hatte, sind beschlagnahmt worden. Die anderen beiden hat er versteckt. Er will sie behalten, um jeden Preis. Felix Hutt



Watzinger, Langhans

Mann stiehlt Skizzen aus Müll von Gerhard Richter

Von der Website Tagesspiegel.de

DIETER MAYR / DER SPIEGEL



Angeklagter Eichmann vor Gericht in Jerusalem 1961: Gnadenlose, zuverlässige deutsche Vernichtungsmaschine

Ist er wirklich tot?

Lebensaufgaben Gabriel Bach war Ankläger, als dem Holocaust-Organisator Adolf Eichmann in Israel der Prozess gemacht wurde. Seit 58 Jahren erzählt er der Welt dessen Geschichte – weil er glaubt, dass sie nie zu Ende ist. *Von Alexander Osang*

Gabriel Bach findet sein Auto nicht. Er läuft vor dem Amtssitz des israelischen Staatspräsidenten auf und ab, Bach wohnt um die Ecke. Er parkt oft vorm Präsidentenpalast, denn da ist Platz. Er fährt einen Volvo, einen kleinen, er kenne die ersten zwei Buchstaben seines Nummernschilds, sagt er und die letzten beiden Zahlen. 31. Er murmelt das vor sich hin, den Autoschlüssel in der Hand. Er ist 92 Jahre alt und wirkt in diesem Moment wie ein Mann seines Alters.

Als er das Auto in einer Nebenstraße findet, wird er wieder jünger. Er rast durch die engen, verstopften Jerusalemer Straßen nach En Karem, einem Vorort, wo sich der kleine Konzertsaal befindet, den er mindestens einmal die Woche besucht. Es ist ein Wintervormittag, Studenten singen Mozart. Auf der Bühne zwei dicke Sängerinnen. Die erste Arie der Königin der Nacht: »O zittere nicht, mein lieber Sohn! Du bist unschuldig, weise, fromm«. Der Saal ist fast leer. Bach sitzt in der ersten Reihe und lächelt.

Bach mag Klavierkonzerte lieber, vor allem von Beethoven und Schumann. Er hat selbst Klavier gespielt, in Berlin-Charlottenburg. In den Dreißigerjahren. Aber er habe nicht genug Talent, sagt er. Und dann kamen so viele andere Sachen dazwischen. Flucht. Holocaust. Israel. Eichmann.

Als Bach ein Berliner Junge war, riefen sie ihn Gert, später wurde er Gabriel. Jetzt, im Alter, scheint es manchmal, als redeten die Träger seiner beiden Vornamen gleichzeitig. Gert und Gabriel.

An einem Frühlingsabend sitzt Bach in einem weinroten Samtessel seines Jerusalemer Wohnzimmers und spricht, wie schon im Herbst, über Deutschland. Hinter ihm auf einem Wandbord stehen die Fotos der toten Familienmänner. Bachs Vater, sein Schwiegervater, sein ältester Sohn. Da ist auch ein Bild, das Gabriel Bach in der Rolle seines Lebens zeigt, 1961, als stellvertretender Ankläger im Prozess gegen Adolf Eichmann, den Organisator des Holocaust. Das Bild ist 58 Jahre alt.

»Ich habe da gerade einen Zeugen befragt. Es war der einzige Zeuge, der in einer Gaskammer war. Als Kind, mit 200 anderen Kindern. Sie hatten schon abgeschlossen, es war dunkel. Die Kinder haben angefangen zu singen, um sich Mut zu machen. Und dann öffnete sich die Tür noch mal. Es war ein Zug mit Kartoffeln in Auschwitz angekommen, der entladen werden musste. Man hat 30 Kinder aus der Gaskammer geholt. Die anderen wurden gleich getötet. Auch die Kinder, die die Kar-

toffeln entladen hatten, wurden danach getötet. Der einzige Überlebende war der spätere Zeuge. Ein SS-Mann hatte eine Zuneigung zu dem Jungen entwickelt und stellte ihn als Schuhputzer ein. So hat der Junge überlebt. Er konnte es beschreiben. Er konnte beschreiben, wie es im Innern der Gaskammer war«, sagt Gabriel Bach.

Er lächelt. Er hat das schon oft erzählt, auch mir. Immer hat er am Ende gelächelt.

Bach sagt, dass sie nach der Aussage dieses Zeugen eine Pause machen mussten. Er sei in das Büro gegangen, das er während des Prozesses als Vertreter der Anklage bezogen hatte. Nach ein paar Minuten ging die Tür auf, und Dieter Wechtenbruch erschien, ein junger deutscher Anwalt, der gemeinsam mit einem Kollegen Eichmann verteidigte. Wechtenbruch

»Er lebt noch?«, sagt Bach, als man ihm die Grüße ausrichtet. »Gut. Was sagt er denn?«

»Nichts.«

Bach nickt. Lächelt wieder.

Gabriel Bach war elf Jahre alt, als seine Familie Berlin verließ, wo er zur Schule gegangen war. Sie flüchteten erst in die Niederlande, dann in das heutige Israel. Er sprach nur Deutsch, als sie dort ankamen. Er wuchs zwischen den schweren deutschen Möbeln seiner Eltern in Jerusalem auf, ihren alten Büchern, seine Mutter lernte nie richtig Hebräisch, sein Vater lüftete den Hut, wenn er bei Spaziergängen einem deutschen Juden, einem »Jecke« begegnete. Es gab immer Kaffee und Kuchen, wenn Besuch kam. Bach hat in England studiert und sein ganzes Erwachsenen-

leben in Israel verbracht, seine Kinder sind hier geboren, seine Enkel, er war hier Generalstaatsanwalt und Richter am höchsten Gericht.

Adolf Eichmann war seine erste Begegnung mit dem Deutschland, aus dem er geflohen war.

Gabriel Bach erinnert sich, wie die Nachricht, dass sie Eichmann gefangen hatten, Israel elektrisierte. Hitler, Goebbels und Himmler, die Gesichter des Nationalsozialismus, waren tot. Adolf Eichmann stand für die gnadenlose, zuverlässige deutsche Vernichtungsmaschine im Holocaust.

Bach fuhr in den Norden, in die Nähe von Haifa, wo Eichmann im Gefängnis saß. Er traf einen blassen Mann. Gabriel Bach erkundigte sich nach Eichmanns Gesundheit, nach seiner rechtlichen Betreuung. Er durfte keine inhaltlichen Fragen stellen, weil er sonst kein tauglicher Ankläger mehr gewesen wäre. Und nichts wollte er sehnlischer sein als der Mann, der Eichmann anklagte. Er war 34 Jahre alt, ein junger Staatsanwalt. Er sah Eichmann öfter als seine Familie. Er arbeitete in einem Büro nahe der Zelle des Massenmörders. Er las die Akten, er las die Briefe, in denen seine Opfer um Gnade baten. Eichmann hatte niemanden verschont.

Er denke jeden Tag an den Prozess, sagt Bach, bis heute.

Wenn man das Verhältnis von Deutschen und Juden aus dem vergangenen Jahrhundert an einem Mann erzählen wollte, Bach wäre ein Kandidat. Er wurde 1927 in Halberstadt geboren und als Junge aus Deutschland vertrieben, er klagte als Mann den Massenmörder Eichmann an, den Cheforganisator des Holocaust. Er hat das Land, in dem er geboren wurde, lange gemieden. 30 Jahre später kam er aber dann doch zurück, weil es aussah, als versuchten die Deutschen, die NS-Verbrechen verjähren zu lassen. Israel schickte ihn, um



Ex-Staatsanwalt Bach: Er denkt jeden Tag an den Prozess

war in Tränen aufgelöst, sagt Bach. Er machte Wechtenbruch einen Kaffee und beruhigte ihn. Nach einer Viertelstunde gingen sie zurück in den Gerichtssaal. Der Ankläger und der Verteidiger. Wechtenbruch war in den Zeiten des Holocaust ein Kind gewesen, sagt Bach. Dieser sei von dem Grauen überwältigt gewesen.

Die Geschichte scheint, wie viele von Gabriel Bachs Geschichten, am Ende der Versöhnung mit den Deutschen zu dienen. Er kocht uns Kaffee, er beruhigt uns. Damit wir weitermachen können.

Dieter Wechtenbruch ist neben Bach einer der letzten überlebenden Akteure des Eichmann-Prozesses. Er ist Ende achtzig, lebt in München, möchte aber nicht über den Prozess sprechen. Das habe er noch nie getan, sagt er am Telefon, und das werde er auch nicht mehr ändern. Ich solle Bach grüßen. Er könne nur das Beste über den Kollegen sagen.

JONAS OPPERSKALSKI / DER SPIEGEL

das zu verhindern. Bach merkte, wie er die Sprache vermisst hatte, die Landschaft, das Essen, das Wetter und die Temperature, die Schumann und Beethoven möglich gemacht hatten. Er erzählte den Deutschen seine Geschichte. Die Geschichte des Mannes, der das personifizierte Böse zur Strecke gebracht hatte. Sie schien ihnen gutzutun. Sie wollten sie immer wieder hören. Er erzählt sie bis heute.

Wenn deutscher Besuch kommt, holt Bach den Umschlag mit den Bildern seines Lebens. Es gibt die Fotos, die ihn mit nass geschneitem Haar als Schüler der Theodor-Herzl-Schule in Berlin-Charlottenburg zeigen, Fotos vom Eichmann-Prozess, Fotos, auf denen er ein Trikot von Schalke 04 trägt, das er in Deutschland geschenkt bekam, als man erfuhr, er sei als Kind ein Fan des Gelsenkirchener Vereins gewesen, weil der dieselben Farben trug wie die Fußballmannschaft der Theodor-Herzl-Schule.

Er hält die Fotos hoch wie Beweisstücke.

Es gibt immer Kaffee und Kuchen, wenn man Bach besucht. Zur Begrüßung steht er in der Tür seiner Jerusalemer Wohnung. Immer im Anzug. Auf dem Tisch liegt sein kleiner Taschenkalender mit den Terminen. Da stehen viele Anfragen deutscher Organisationen drin. Politiker, Studenten, Vereine, Klubs. Das vergangene Jahr war besonders intensiv.

Es war der 70. Geburtstag Israels, die Deutschen brachten Geschenke. Sie haben in einer kleinen Brauerei im Norden von Tel Aviv ein Jubiläumsbier gebraut, nach deutschem Reinheitsgebot, die Junge Union hat in der Negev-Wüste Bäume gepflanzt. Vor ein paar Monaten besuchte Martin Schulz Israel und auch Gabriel Bach. Sie kennen sich seit Jahren. Schulz hat Bach 2012 nach Brüssel ins Europaparlament eingeladen und besucht ihn, wenn er in Israel ist. Er war mit Bach in Yad Vashem. Sie haben oft über den Eichmann-Prozess geredet, seine Bedeutung für Israel und für Deutschland. Gabriel Bach mag Schulz. Er mag auch Gustav Heinemann. Er führte Heinemann bei dessen ersten Israelreise durch das Land. Sie wurden Freunde, sagt er.

»Wie denkt man in Deutschland über Gustav Heinemann?«, fragt Bach.

»Die meisten haben ihn vergessen.«

»Schade«, sagt Bach.

Er erzählt, dass er bei einem offiziellen Abendessen mal in einem Saal mit Angela Merkel saß. Vor dem Dessert sei sie zu seinem Tisch gekommen und habe ihn um seine Visitenkarte gebeten. Das sei Jahre her. Angerufen hat sie nie.

»Ich höre gelegentlich von einem wachsenden Antisemitismus in Deutschland«, sagt Bach. »Ist da was dran?«

Nachdem ich auf seinem roten Sofa eine Viertelstunde lang die deutsche Situation auseinandergenommen und wieder zusammengesetzt habe, den Antisemitismus, der nie weg war, immer nur unterdrückt, all die Wut und die Angst, den Osten, den Westen, die sogenannte Flüchtlingskrise, die Humorlosigkeit, das schlechte Wetter und Björn Höcke, sagt Bach: »Ich habe davon nie irgendwas gespürt. Ich werde in Deutschland immer mit so viel Freundlichkeit empfangen. Es ist unglaublich, wie nett die Leute zu mir sind.«



Tochter Bach: »Sie tragen all die Schuld und Wut mit sich herum«

Er lächelt mich an wie einen Kranken.

Der Prozess gegen Adolf Eichmann hat Israel geformt und auch Deutschland verändert. Er hat den jüdischen Opfern eine Stimme gegeben und dem deutschen Massenmord ein Gesicht. Es gab Kameras und Protokollanten, und es gab die Bücher. Das bekannteste ist wohl das von Hannah Arendt, die aus New York anreiste, um den Prozess zu beobachten. In ihren Reportagen über die »Banalität des Bösen« beschreibt sie eine Gerichtsverhandlung, die inszeniert sei wie ein Theaterstück. Regie führte ihrer Meinung nach Premier David Ben-Gurion. Israel, so Hannah Arendt, nutzte den Eichmann-Prozess, um seinen Staat zu rechtfertigen und mit allen Mitteln verteidigen zu können, Deutschland habe zeigen wollen, dass es an Aufarbeitung interessiert sei. Beide Länder, so ist Hannah

Arendts These, brauchten Eichmann als Sündenbock. Der Prozess baute ihn zu einem Monster auf. Er habe den Tod verdient, aber sein Tod bedeute keine Erlösung.

»Ich weiß bis heute nicht, warum Hannah Arendt mein Angebot nicht angenommen hat, mit mir zu sprechen«, sagt Bach.

Hat er ihr Buch gelesen?

»Überflogen. Es stimmt einfach so vieles nicht«, sagt Bach. »In einem dieser Interviews, die er diesem ehemaligen holländischen SS-Mann in Argentinien gegeben hat, sagt Eichmann: ›Wenn ich eins bereue, dann, dass ich nicht hart genug war, dass ich nicht scharf genug war.‹ So redet kein Mann, der nur ein Befehlsempfänger war.«

Es sieht so aus, als würde Bach aus seinem roten Sessel mit Hannah Arendt reden.

»Sie war mit diesem Nazi zusammen, das wissen Sie?«, sagt er. »Heidegger.«

Adolf Eichmann ist der einzige Angeklagte in der Geschichte der israelischen Justiz, der hingerichtet wurde. Aber Bach scheint manchmal nicht zu wissen, ob er wirklich tot ist.

Es gibt noch die Bücher, die Protokolle, aber die Leute, die dabei waren, sterben aus. Einer der letzten Zeugen ist der Ankläger. Wenn man Bach ein paar Monate begleitet, spürt man die verblasenden Erinnerungen, von der sie reden, wenn irgendein Jubiläum ansteht oder Idioten durch deutsche Innenstädte marschieren, die Erinnerungen, von denen Angela Merkel sprach, als sie im vergangenen Herbst Jerusalem besuchte. Gabriel Bach versucht, den Schrecken wachzuhalten und die Sinne scharf. Nicht zu vergessen und dennoch zu vergeben. Hannah Arendt zu kontrollieren. Er muss das alles gleichzeitig bewältigen.

In seinem Alter. Es gibt Situationen, in denen man Bach dabei zuschauen kann, wie er in der Zeit verschwindet.

Wilhelm Haas war von 1985 bis 1990 deutscher Botschafter in Israel und kommt einmal im Jahr zurück, um ein bisschen Golf zu spielen und alte Freunde zu treffen. Am letzten Abend gibt er jedes Mal ein Essen, zu dem er seine wichtigsten Bekannten aus seiner Botschafterzeit einlädt. Politiker, Wirtschaftsleute, Diplomaten, Künstler. Die meisten sind über achtzig. Gabriel Bach ist immer dabei, auch im vergangenen November. Haas nennt ihn Gabi.

Eine Stunde vor dem Abendessen inspiert Wilhelm Haas mit seiner Frau das Büfett. Es ist für 21 Leute eingedeckt. Es werden jedes Jahr weniger. Im Jahr zuvor sind 3 Stammgäste gestorben. Dennoch, in keinem Land der Welt würden so viele

Leute kommen, 28 Jahre nachdem man es verlassen hat, sagt Haas. Seine Familie floh aus Deutschland 1939, weil seine Mutter Jüdin war, sie zogen nach Peking und kamen erst nach dem Krieg zurück. Haas war Botschafter der Bundesrepublik in Tokio und den Niederlanden, er war in Paris, Brüssel und Nairobi, aber Israel sei seine beste Zeit gewesen, sagt er. Er ist 87 Jahre alt. Morgen fliegt er zurück nach Bonn.

»Das war meine letzte Reise nach Israel«, sagt Wilhelm Haas.

Warum?

»Weil ich taub bin«, sagt er.

Seine Frau Sylvia sagt, er könne Gesprächen nicht mehr folgen. Sie muss für ihn übersetzen. Ihr Mann wird beim letzten Dinner neben ihr sitzen. Auf der anderen Seite Gabi Bach. Als Gastgeberin kümmere man sich um die Ältesten. Bachs Frau Ruth komme ja auch nicht mehr.

»Ich hoffe, er redet nicht über Eichmann. Dann hört er nicht mehr auf«, sagt Frau Haas. Es sei ihr unangenehm, ihn gerade in dieser Sache zu bremsen, aber wenn Bach über Eichmann rede, sei praktisch kein anderes Gespräch mehr möglich.

»Beim letzten Mal habe ich ihm vorher gesagt: ›Lieber Gabi, diesmal bitte kein Eichmann‹, sagt Sylvia Haas.

Heute ist der Eichmann-Prozess Schulstoff. Material für einen Film. Vor ein paar Jahren hat Barbara Sukowa in Margarethe von Trottas Film Hannah Arendt gespielt. Sie musste viel rauchen und Sätze aus dem Geschichtsbuch aufsagen. Das verzweifelte deutsche Gewissen, das mit Heidegger durch den Wald läuft. Gerade brachte Hollywood »Operation Finale« heraus, eine Räuberpistole, in der Adolf Eichmann von Ben Kingsley gegeben wird, der auch schon Gandhi spielte und Itzhak Stern, Oskar Schindlers Buchhalter. Vor ein paar Wochen hat der WDR eine App für deutsche Schulen vorgestellt, in der Zeitzeugen über die deutsche Geschichte erzählen. Sie sollten schnell nach Jerusalem kommen, um Gabriel Bach aufzunehmen.

Am nächsten Morgen spricht Gabriel Bach im Post Hostel in Jerusalem vor Absolventen der Berliner Axel-Springer-Akademie, die die Abschlussreise ihres Jahrgangs nach Israel machen. Bach sitzt auf einem Stuhl neben einem Billardtisch und redet eine Stunde lang ohne Pause. Er handelt sich von Episode zu Episode. Berlin. Amsterdam. Jerusalem. Auschwitz. Der Fußtritt des SS-Mannes, der ihn aus Deutschland beförderte, Schalke 04, die Theodor-Herzl-Schule in Charlottenburg. Bach er-

zählt, wie er 1936 im Olympiastadion in der Nähe von Hitler saß, als Jesse Owens die 100 Meter gewann. In seinem Schoß liegt der Umschlag mit den Fotos seines Lebens.

Die 16 Nachwuchsjournalisten der Springer-Akademie sitzen auf den Bänken wie eine müde Jury. Sie haben gerade gefrühstückt, nach der Veranstaltung müssen sie aus dem Hostel auschecken und weiterziehen nach Tel Aviv. Bach hält sein Plädoyer.

Seit 58 Jahren beweist er, dass Eichmann schuldig ist. Dass er nicht nur ein kleines Rädchen im Getriebe der großen Nazimaschine war, wie Hannah Arendt behauptete, sondern das Mastermind des Holocaust.

Es führt ihn zu der Geschichte des Mädchens mit dem roten Mantel. Ein Zeuge erzählte ihm im Prozess, wie er in wenigen Minuten seine gesamte Familie verlor. Seine Frau und seine Kinder wurden nach der Ankunft in Auschwitz nach links in den Tod geschickt, er musste nach rechts und überlebte. Das Letzte, was er sah, war der rote Mantel seiner kleinen Tochter.

»Nachdem er das gesagt hatte, konnte ich ein paar Augenblicke lang nicht weitermachen«, sagt Gabriel Bach. »Ich hatte ja damals, 1961, eine Tochter, die so alt war. Zweieinhalb Jahre. Und am Wochenende zuvor hatten wir ihr ein rotes Mäntelchen gekauft. Ich sah sie vor mir.«

Man kann das Protokoll seiner Befragung dieses Zeugen in der Gedenkstätte Yad Vashem nachlesen.

Der Zeuge heißt Dr. Martin Földi. Ein Anwalt, der die Augenblicke, in denen er in Auschwitz seine Familie verlor, in nüchternen Worten beschreibt.

»Der rote Punkt wurde kleiner und kleiner. Ich ging nach rechts und sah sie nie wieder«, sagt Földi.

Dann geht die Befragung des Staatsanwalts Gabriel Bach weiter. Es ist diese Befragung, die Steven Spielberg später offenbar in seinem Film »Schindlers Liste« dazu inspirierte, ein Mädchen in einem roten Mantel durch seine schwarz-weißen Gettoszenen irren zu lassen. Ein Farbtupfer in einem Hollywoodfilm. Bachs Erinnerungen müssen auch damit mithalten. In den Protokollen von Yad Vashem aber spürt man keine Rührung, man spürt Dringlichkeit und Klarheit in den Worten des Anklägers. Er zeichnet den Weg nach, den Földi und dessen Familie aus ihrem ungarischen Grenzstädtchen nach Auschwitz gegangen

sind, das Getto, die Zugreisen, die Separation, das System. Eichmann.

Als eine Stunde vorbei ist, muss die Axel-Springer-Studentin, die die Veranstaltung leitet, ein bisschen drängeln. Sie versucht den Redefluss von Gabriel Bach zu stoppen, bevor er die nächste Geschichte erreicht.

Es war sehr interessant und bewegend, vielen, vielen Dank, wir könnten noch stundenlang zuhören, müssen aber leider weiter.

Bach nickt. Er sagt: »Haben Sie vielleicht noch fünf Minuten?«

Er redet gegen das Vergessen an, bis die Blumen kommen. Der Fahrer bringt ihn nach Hause. Die jungen Leute aus Berlin checken aus, manche rauchen noch schnell eine Zigarette auf der Terrasse im hellblauen Jerusalemer Winterhimmel. Der Reiseleiter der Delegation sagt mir, interes-



JONAS OPPERSKALSKI / DER SPIEGEL

Familienfotos*: »Diesmal bitte kein Eichmann«

Arendt beschreibt den Eichmann-Prozess in ihren Texten als Show der Staatsanwaltschaft, mit der eine radikale nationalistische Politik Israels gerechtfertigt werden sollte. Sie scheint einen israelischen Ministerpräsidenten wie Benjamin Netanyahu vorauszusehen. Gabriel Bach aber hat keine Lust, seine Erfahrungen an der israelischen Gegenwart zu messen. Er möchte nichts zum Nationalstaatsgesetz sagen, nichts zum Konflikt mit den Palästinensern, nichts zu Netanyahu.

Er beschreibt den verschlafenen Springer-Studenten, wie Eichmann nach Budapest fuhr, um dort die Deportation und die systematische Ermordung von Hunderttausenden ungarischen Juden zu organisieren.

* In Bachs Wohnung.

sant sei auch Noah Klieger, der behauptet hatte, Boxer zu sein, um Auschwitz zu überleben. Auch der sei alt. Man müsse sich beeilen.

Klieger stirbt ein paar Tage später. Er wurde 92 Jahre alt.

Gabriel Bach ist im März 92 geworden, seine Tochter Orli, das Mädchen, das früher mal ein rotes Mäntelchen trug, ist inzwischen 60 Jahre alt und arbeitet als Psychotherapeutin in Tel Aviv.

»Meine früheste Erinnerung ist die Stimme meines Vaters im Radio. Die Stimme des Eichmann-Anklägers«, sagt Orli Bach.

Sie hat die Geschichte des Mädchens im roten Mantel oft gehört, aber verstanden hat sie die Wirkung erst, als sie gemeinsam nach Berlin reisten. Orli Bach begleitete ihren Vater zum 50. Jahrestag des Eichmann-Prozesses in die Gedenkstätte »Topografie des Terrors«. Es war das erste und einzige Mal, dass sie Deutschland besuchte. Ihr Vater redete vor Abgeordneten des Bundestags, auch über das Mädchen im roten Mantel, das ihn an seine Tochter erinnert habe. Er stellte Orli vor, wildfremde Leute fielen ihr um den Hals. Weinten, ließen sie nicht mehr los. Sie fand das sehr berührend, aber auch überwältigend und verstörend. Sie wurde zu Stolpersteinen geführt, in Gedenkstätten und Straßen, die nach Holocaust-Opfern und israelischen Politikern benannt wurden.

»All die Rabin- und Jerusalemstraßen wurden uns vorgeführt wie Beweise«, sagt sie.

In der Villa Wannsee bekamen sie eine Führung von einem Mann, der eine riesige Wut auf die Deutschen zu haben schien. Später habe er ihnen erklärt, dass sein Vater SS-Arzt gewesen sei.

»Er verstand seine Museumstätigkeit als eine korrektive Erfahrung. Sie tragen all die Schuld und die Wut mit sich herum. Beides hat ja oft die gleiche Ursache. Das schlechte Gewissen und die Aggression«, sagt Orli Bach.

Weil ihr Vater in Halberstadt geboren wurde, organisierten die deutschen Gastgeber eine Reise dorthin, schickten ein Auto und besorgten auch Kippas für Bach und seinen Sohn Michael, damit sie die jüdischen Friedhöfe von Halberstadt besuchen könnten, wo einst eine große jüdische Gemeinde lebte. Sie bekamen eine Führung durch die Stadt, und als sie von einem Friedhof zum anderen liefen, näherte sich ihnen von hinten ein Mann, sagt Orli Bach.

»Ich war die Letzte. Ich schloss die Tür zum Friedhof. Da riss der Mann seinen



Jurist Bach mit Prozessfoto*: »Was will dieser Eichmann von uns?«

Arm hoch und rief: »Heil Hitler«. Er stand einen Meter von mir entfernt. Ich habe am ganzen Leib gezittert. Ich fühlte mich sehr jüdisch in dem Moment«, sagte Orli Bach.

Ihr Vater habe es überhaupt nicht mitbekommen, sagt sie. Vielleicht konnte er es sich auch nicht mehr vorstellen.

Zu seinem Geburtstag bekam Gabriel Bach Anrufe aus Amerika, aus Deutschland und aus aller Welt, sagt er. Von wem, weiß er schon am Abend nicht mehr genau.

»Im Moment muss ich zu Hause bleiben. Die Gesundheit«, sagt er. »Ich hoffe aber, dass ich bald wieder aufbrechen kann, auf die Kontinente.«

Er hält sich aufrecht, aber er wird schwächer. Vor acht Jahren erschienen Bachs Lebenserinnerungen in Israel. Sie werden gerade ins Deutsche übertragen. Als Bach die Übersetzung las, konnte er sich an vieles nicht mehr erinnern. Es ist gerade wieder Jahrestag des Eichmann-Prozesses. Der 58. diesmal. Manchmal ruft jemand an, um ihn zu interviewen oder irgendwohin einzuladen. Meist nach Deutschland. Aber er ist auch in Japan beliebt und in Amerika. Das ist ihm im Moment alles zu weit weg. Seine Kinder flehen ihn seit Jahren an, nicht mehr Auto zu fahren. Er sagt, er fühle sich im Auto sicherer als auf dem Bürgersteig, hat aber nun aufgegeben. Er hat den Volvo seinem Enkel zur Hochzeit geschenkt. Die Feier fand genau an dem Tag statt, als in Israel gewählt wurde. Bach verriet nicht, für wen er gestimmt hat. Am Abend stand er mit dem Brautpaar und dessen Eltern unter dem Baldachin, den sie am Meeresstrand aufgebaut hatten. Bach trug eine weiße Kippa. Der Rabbi, der seinen Enkel traute, hat als Kind Buchenwald überlebt. Er erinnerte in seinem Segen an Gabriel Bachs Rolle im Eichmann-Prozess. Die Hochzeitsgesellschaft klatschte.

* Gabriel Bach (vorn) beim Eichmann-Prozess 1961.

Bach lächelte schmal. Nicht stolz, eher pflichtbewusst. Er schien auch hier, auf der Hochzeit seines Enkels, in seiner Erzählung gefangen zu sein. Er wird noch gebraucht.

Im März starb Rafi Eitan, der Mossad-Agent, der Eichmann in Argentinien gefasst hatte. Eitan wurde 92 Jahre alt. Im israelischen Wahlkampf posiert die Justizministerin mit einem Parfum, das »Faschismus« heißt. Es gibt einen deutschen Außenminister, der sagt, er sei wegen Auschwitz in die Politik gegangen. Man möchte Gabriel Bach festhalten, aber er entgleitet uns.

Er nimmt die Einladungen nach Deutschland nicht mehr an, weil er seine Frau nicht allein

lassen will, die tief in das Vergessen eingetaucht ist. Meist liegt Ruth Bach im Bett, wenn man zu Besuch kommt, aber manchmal sitzt sie auch in einem der roten Sessel zwischen den Bildern der Familie.

»Als unsere Orli ein kleines Mädchen war, kam sie mitten in der Nacht zu uns ans Bett und fragte: »Was will dieser Eichmann von uns?««, sagt Ruth Bach.

Gabriel Bach sieht erschöpft aus. Seine Frau hat den Satz an diesem Nachmittag schon zehnmal gesagt. Es ist der einzige Satz, den sie sagt. Immer wieder.

Bach erzählt, wie er am Tag vor Eichmanns Hinrichtung noch einmal bei ihm im Gefängnis gewesen sei, um ihm eine Frage zu Partisanenkämpfen in Jugoslawien zu stellen. Er glaubt, dass Eichmann den Israelis nicht zugetraut habe, die Todesstrafe wirklich zu vollstrecken. Bach hatte als Student in England einen Aufsatz geschrieben, in dem er die Todesstrafe ablehnte. Er bezweifelte ihre erzieherische Wirkung. Eichmann aber, sagt er, musste hingerichtet werden. Bach war im Badezimmer, als sie im Radio die Nachricht brachten, dass das Gnadengesuch abgelehnt worden war. Er wusste, dass sie Eichmann dann eine Stunde später töten würden. »Meine Frau hat es mir gesagt. Ich bin wohl doch blass geworden. Ich hatte ja viel Zeit mit ihm verbracht«, sagt Bach.

Er sieht seine Frau an. Sie sieht ihn an. Sie lächelt. Sie scheint sich an die Nacht zu erinnern, als alles vorbei war, als der Schrecken zu Ende ging. Dann sagt sie: »Als Orli ein kleines Mädchen war, kam sie mitten in der Nacht zu uns ans Bett und fragte: »Was will der Eichmann von uns?««

»Ja doch, Ruthi«, sagt Bach.

Video
Der Eichmann-Ankläger



spiegel.de/sp202019bach
oder in der App DER SPIEGEL

Im Zeichen der Speckblume

Ortstermin In Frankfurt schlachten deutsche Nachwuchsmetzger bei der Europameisterschaft der Fleischerjugend um die Wette.

Am Sonnabend, 4. Mai, Punkt 9.30 Uhr, eröffnet Jean-Marie Oswald, Präsident des Internationalen Metzgermeisterverbandes, »drei, zwei, eins, los!«, die Europameisterschaft der Fleischerjugend. Für die deutsche Nationalmannschaft starten Raphael Buschmann und Manuel Kirchhoff, Jahrgang 1995 und 1997. Sie tragen rote Hemden, auf denen der Bundesadler prangt. Buschmann, Deutschlands bester Jungfleischer 2017, rollt Brät von Oldenburger Pinkel und Kochwurst auf Kartoffelmehlteig aus, eine Grünkohlpastete soll das werden. In sechs Disziplinen gilt es, Fleisch mit Messern, Sägen und Beilen zu küchenfertigen Produkten zu verarbeiten. Dabei geht es um mehr als nur um den Titel des Europameisters. Das Fleischerhandwerk scheint zu sterben. Europaweit mangelt es den Metzgern an Nachwuchs, besonders in Deutschland, wo in den vergangenen zehn Jahren laut Zentralverband des Deutschen Handwerks jeder dritte Betrieb schließen musste. Der Titel verspricht Prestige und frischen Zulauf: Die Jungfleischer schlachten hier um ihre Zukunft.

Der Wettkampf wird ausgetragen auf der Internationalen Fleischwirtschaftlichen Fachmesse, kurz IFFA, mehr als tausend Aussteller auf 120 000 Quadratmetern, Selbsteinschätzung »Weltleitmesse«. Sie findet statt in Frankfurt am Main, nahe den Spiegeltürmen der Banken, in denen Finanzprodukte erfunden werden, hoch über dem Frankfurter Boden, auf dem das Sachsenhäuser Schnitzel erfunden wurde, panierte Schweinestücke, mit Handkäse überbacken und mit geschmelzten Zwiebeln.

Die Konkurrenz für Buschmann und Kirchhoff ist stark, je zwei ausgelernete Metzger aus den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Großbritannien und Frankreich. Titelverteidiger ist die Schweiz, welche die Jury 2018 in Paris unter anderem mit einer herausragend hergerichteten Lammkeule überzeugte. Die Briten hingegen, vertreten durch zwei massige, blasse Burschen mit Händen wie Bratpfannen, seien traditionell zu vernachlässigen, so ist zu hören. In Großbritannien werde Fleisch meist am Knochen in die Auslage gelegt, die Metzger verstünden deshalb wenig vom sogenannten Vlies, jener filigranen Gewebeschicht, auf deren saubere Entfernung die Juroren im Wettbewerb achten, nur für blankes

Fleisch gibt es viele Punkte. Im europäischen Leistungsvergleich seien die Briten deshalb längst außen vor.

13.30 Uhr, Disziplin 2.1, Ausbeinen und Grobzerlegen – Buschmann hebelt, hackt und schabt schwitzend an einer Rinderschulter, die eine Badewanne ausfüllen würde. Am Morgen hat er aus anderthalb Kilogramm Schweinebauch Speckblumen geknetet, Schwarte eingekocht und angeröstet, das ergibt Schwartenchips. Buschmann absolvierte Praktika bei Daimler und in einer Bank, nach dem Abitur fand er dann in der elterlichen Metzgerei bei Bremen seine Berufung. Es gehe ihm um das bestmögliche Produkt, er wolle Fleisch mit Hingabe »veredeln«, und zwar mit seinen eigenen Händen, so sagt er das. Was er schafft, kann angefasst, kann verzehrt werden. Buschmann ist Fleischer aus Leidenschaft.

Sein Beruf genießt kein hohes Ansehen, das weiß er. »Bei Fleischern denken die Leute immer noch an blutige Schürzen und ans Wühlen in Innereien«, sagt er. Und dann sind da noch die vielen Vegetarier, sie werden immer mehr, »grüne Welle« nennen sie die hier, und die Welle ist schlecht fürs Geschäft.

Auf der IFFA sieht man Grün eher als Petersilie unterm Hüftsteak. Versteckt in einer Halle ganz hinten sitzt eine asiatische Dame an einem Ständchen wie in einem Schuhkarton,

sie lächelt und informiert über Sojaprotein. Ab und zu gehen ein paar glatzköpfige Kerle an ihr vorüber und winken ihr zu, dann stoßen sie sich an und lachen und flüstern. Die Frau lacht dann auch und winkt schüchtern zurück. Sie hat hier nichts zu melden, denn das hier ist Fleischland. Die Fleischrepublik Deutschland.

Sorgen um die Branche verfliegen auf der IFFA an der schieren Fleischelust. Während das Handwerk schwindet, strotzt die Industrie vor Kraft, 60 Kilogramm Fleisch verspeist ein Deutscher pro Jahr. Wer Rang und Namen hat, stellt hier seine Maschinen aus: Brühwurstanlagen, Würstchenfülllinien mit vollautomatisierter Darmabdrechung, Schinkenpressen und gigantische Fleischwölfe

aus gebürstetem Stahl, in denen man ausgewachsene Ochsen versenken könnte. Die größten und glänzendsten Stände haben die deutschen Maschinenbauer, sie werben für sich mit Wirtschaftlichkeit und Präzision, kein Gramm Brät, kein Millimeter Muskel soll verloren gehen.

Buschmann und Kirchhoff jedenfalls schneiden und spießen im Wettbewerbsverlauf Fleisch zu prächtigem Grillgut, das so an keiner Supermarktkühltheke des Landes zu haben ist, angefeuert von entfesselten »Auf geht's, Deutschland«-Rufen ihrer Fans.

Am Ende wird das Team aus den Niederlanden zum Europameister gekürt, Deutschland geht leer aus. Die Mitglieder der Nationalmannschaft werden zurückkehren in ihre Familienbetriebe, ein Pfund Gehacktes, zwei Scheiben Kassler, zurück in ihren Alltag. Buschmann und Kirchhoff werden weiterschlechtern, mit ihren eigenen Händen, gegen eine Industrie mit ihren Maschinen, die alles immer schneller, sauberer und effizienter beherrscht. Sie werden schlachten, einer ungewissen Zukunft entgegen. Max Polonyi



Kirchhoff, Buschmann

Wirtschaft

»Ein Verbot von Glyphosat wäre für uns eine Katastrophe.« ▶ S. 70



F. BOUILLOT / SHAPSHOT-PHOTOGRAPHY

Klößner

Lebensmittelsicherheit

Ministerin schwächt Kontrolleure

Neue Vorschriften sollen Zahl der Inspektionen auch in Risikobetrieben verringern.

● Lebensmittelinspektoren sollen künftig seltener zu Pflichtbesuchen ausrücken als bisher. Dies geht aus einem Referententwurf des Bundesernährungsministeriums hervor, in dem die Kontrollfrequenz neu festgelegt wird. Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch warnt vor einem höheren Risiko für Verbraucher, sollte die Vorschrift verabschiedet werden. Dann müssten etwa, so steht es im Entwurf, Routinekontrollen in Fleischbetrieben, die der höchsten Risikoklasse zugeordnet sind, nicht mehr täglich, sondern nur noch »häufiger als monatlich« stattfinden. Ein Restaurant, in dem schwere Hygienemängel festgestellt wurden, würde statt viertel- nur noch halbjährlich kontrolliert. Schon jetzt finden

wegen Personalmangels vielerorts zu wenig Überprüfungen statt. »Doch statt mehr Personal in den Ämtern einzustellen, will Frau Klößner die Kontrollhäufigkeit dem Personalmangel anpassen«, kritisiert Foodwatch-Geschäftsführer Martin Rücker. Auch der Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure sieht den Entwurf »sehr kritisch«: »Nur eine gute Unternehmensführung sollte zu weniger Kontrollen führen, nicht die Kassenlage der öffentlichen Hand«, sagt Vorsitzende Anja Tittes. Das Ministerium bestreitet eine Verringerung der Kontrolldichte, der Entwurf würde vielmehr die Effizienz steigern. Foodwatch stellt das interne Papier am Sonntag auf seine Website. MSC

Sponsoring

Deutsche Bank spendet deutlich weniger

● Die Imagekampagne »Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen« muss ab 2021 ohne Finanzspritzen der Deutschen Bank auskommen. Noch 2018 hatte die angeschlagene Bank das Budget mit 900 000 Euro komplett allein finanziert, 2019 sinkt der Beitrag bereits auf 660 000 Euro. Für

2020 will das Unternehmen noch 330 000 Euro beisteuern, ab 2021 dann gar nichts mehr. Wie es weitergeht, ist offen. 2005 hatten die Bundesregierung und der Bundesverband der Deutschen Industrie mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland im Jahr darauf die Standortinitiative »Deutschland – Land der Ideen« gegründet. Deren Vorzeigeprojekt ist die »Ausgezeichnete Orte«-Kampagne. Bis heute wurden Tausende Projekte aus Bildung, Wissenschaft, Gesellschaft,

Wirtschaft, Kultur und Umwelt ausgezeichnet. Die Deutsche Bank lässt die Gründe ihres Ausstiegs offen. Allerdings hat Vorstandschef Christian Sewing dem Konzern einen Sparkurs verordnet. 2018 hatte die Bank für Kunst-, Kultur- und Sportprojekte sowie Gemeinnütziges weltweit bereits nur noch 53,7 Millionen Euro spendiert, mithin 27 Prozent weniger als 2016. In den kommenden Jahren dürfte das gesellschaftliche Engagement weiter abnehmen. BAZ, MSA

Luftfahrt

Jede zweite Stewardess wurde sexuell belästigt

● Fast jeder zweite Kabinenmitarbeiter von Fluglinien hat schon einmal sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erfahren. Das ergab eine Onlineumfrage der Flugbegleiter-Gewerkschaft UFO, an der 1145 Personen teilnahmen. Am häufigsten fanden die Vorfälle an Bord statt, oft aber auch zwischen Flügen, im sogenannten Layover. Täter waren zu mehr als 45 Prozent Vorgesetzte an Bord: Das können sowohl Piloten als auch höher gestellte Flugbegleiter sein, die sogenannten Kabinenchefs. 26 Prozent der Übergriffe wurden laut Umfrage durch ein gleichrangiges Crewmitglied begangen, 25 Prozent durch Passagiere. Nur wenige Taten wurden von den Betroffenen intern oder bei der Polizei angezeigt – zum Teil auch, weil sie Konsequenzen fürchteten. 86 Vorfälle wurden den Unternehmen gemeldet, in 16 Fällen hatte das Folgen für die Täter; darunter waren Abmahnungen oder ein Eintrag in die Personalakte. 73 Prozent der Befragten waren Frauen; 51,7 Prozent der Frauen berichteten, Opfer sexueller Belästigung geworden zu sein. Unter den Männern ist die Quote ebenfalls hoch: 43,7 Prozent geben an, am Arbeitsplatz sexuell bedrängt worden zu sein. Die Umfrage war zugänglich für jedermann, sodass theoretisch auch Personen mitgemacht haben könnten, die nicht im Flugdienst tätig sind. Zudem wurde nicht genau erfasst, welche Vorfälle die Betroffenen erlebt haben. DID, MUM

Landwirtschaft

Kostentreiber Staat

● Angesichts des Klimawandels fordert der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Volker Wissing (FDP) die Bundesregierung auf, die Steuer auf Versicherungen zu senken, mit denen sich Landwirte gegen Dürreschäden absichern können. »Die Steuer auf Dürreversicherungen ist kontraproduktiv und wirkt wie eine Strafsteuer«, sagt Wissing. Bei diesen Policen werden 19 Prozent Steuer auf die Versicherungssumme fällig. Bei Versicherungen gegen Hagel, Starkregen oder Sturm beträgt der Steuersatz dagegen nur 0,03 Prozent. Wissing fürchtet, dass Dürreversicherungen für Landwirte auch durch die Steuerlast unbezahlbar würden, weil die Prämien dafür ohnehin schon hoch seien. Des-



Ausgetrocknetes Feld

halb solle der Steuersatz für diese Versicherungen ebenfalls auf 0,03 Prozent sinken. »In Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse, darunter Dürren, sollte der Staat alles tun, den Landwirten eine Absicherung zu erleichtern«, schlägt Wissing vor. REI

Bundesfinanzministerium

Üppige Ausstattung

● Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) hat die Führungsebene seines Ministeriums üppiger ausgestattet als vom Bundestag zugestanden. Insgesamt sind in der Leitung des Bundesfinanzministeriums 144 Dienstposten vorhanden. Das geht aus einer Kleinen Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervor. Vorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) kam noch mit 95 Dienstposten in der Führungsetage aus. Der Bundestag hatte Scholz zwar 41 zusätzliche Stellen zugestanden, um das Vizekanzleramt auszubauen. Acht zusätzliche Stellen zog der Minister aus den Fachabteilungen ab. Im Ministerium

sorgt die übergestülpte Struktur für Unmut. Manchen Ministerialen ärgert, dass sich Scholz jetzt drei Strategiereferate leistet, deren Zuständigkeiten sich zudem überlappen. Die Entscheidungsabläufe und Aktenwege seien länger geworden, klagen Beamte. Altgediente Mitarbeiter beschwerten sich zudem darüber, dass in der neuen Abteilung vergleichsweise junge Mitarbeiter mit SPD-Parteibuch auf Leitungsposten befördert worden seien, die über wenig Verwaltungserfahrung und Fachkenntnis verfügten. »Statt endlich zur Sacharbeit zu kommen, baut Scholz lieber sein Ministerium zu einer Art Nebenzkanzleramt um«, kritisiert Florian Toncar, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. REI

Verkehr

Bahn erhält weitere Milliarden vom Bund

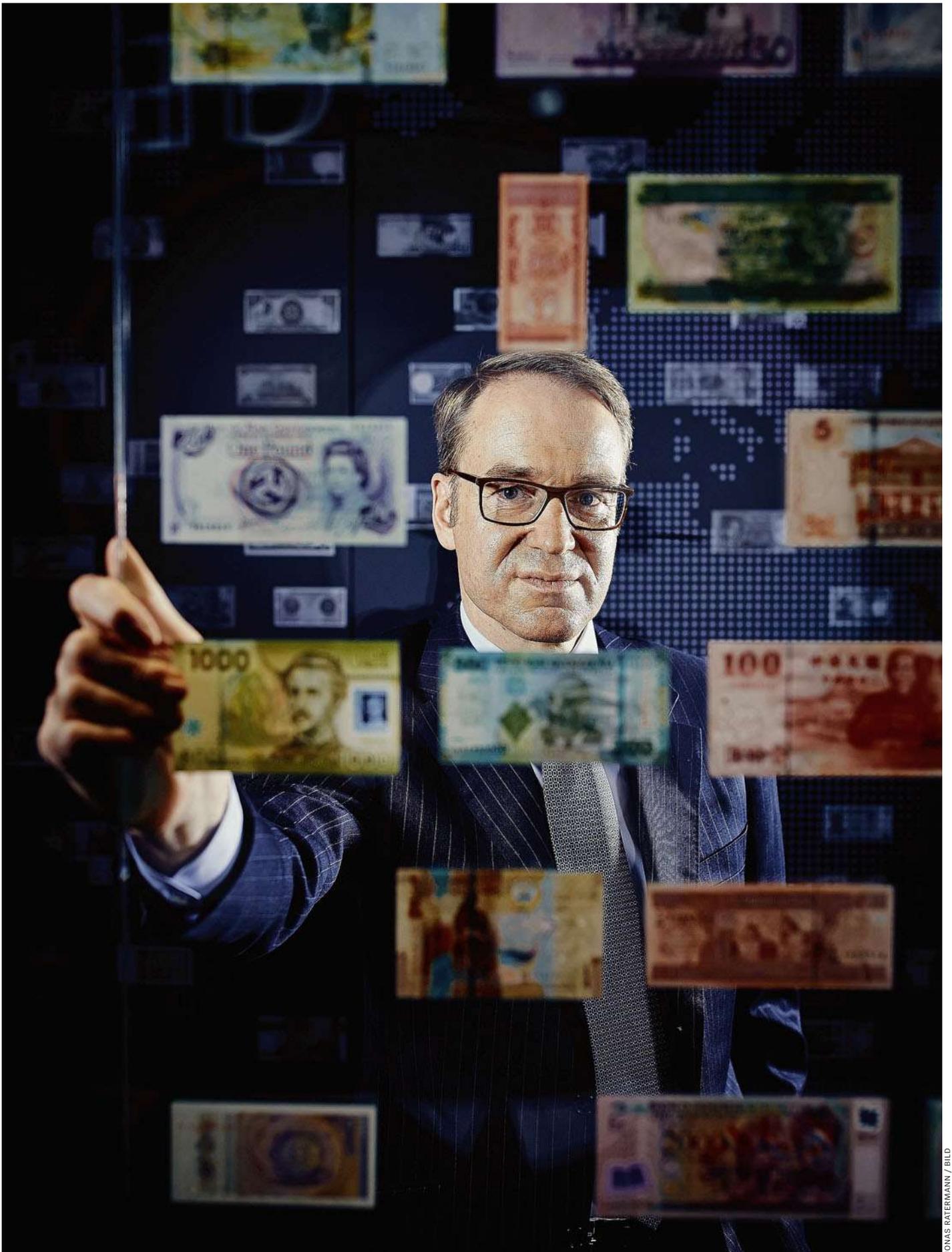
● Die Deutsche Bahn soll für den Erhalt ihres Schienennetzes künftig mehr Geld von der Bundesregierung bekommen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) verhandelt deshalb mit Bahn-Infrastruktur-Vorstand Ronald Pofalla über die sogenannte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Staat und Bahn. Sie soll demnach künftig nicht mehr für fünf Jahre wie bisher, sondern gleich für zehn Jahre festgeschrieben werden. Derzeit gibt der Bund jährlich 3,5 Milliarden Euro aus, damit die Bahn ihr Schienennetz unterhalten kann. Bis 2024 soll dieser Betrag insgesamt auf rund 5,5 Milliarden Euro wachsen. Geprüft werde außerdem ein Vorschlag des Ministeriums, die Ver-

einbarung »bei einer weiteren deutlichen Erhöhung des Bundesbeitrags ab 2025 um fünf Jahre zu verlängern«, heißt es in einem internen Papier der Bundesregierung. Dann soll der jährliche Betrag noch einmal um eine Milliarde auf mehr als 6,5 Milliarden Euro steigen, wie es in Regierungskreisen heißt. Dabei will



Gleisarbeiter

Scholz offenbar auch festschreiben, dass die Bahn die Dividende in Höhe von 650 Millionen Euro, die sie der Bundesregierung als Eigentümerin jedes Jahr überweist, direkt zurückerhält, um das Geld in die Infrastruktur zu investieren. Die auf zehn Jahre verlängerte Laufzeit gibt der Bahn die Möglichkeit, längerfristige Verträge mit Baufirmen abzuschließen, etwa um Brücken zu sanieren oder Gleise zu erneuern. Die Bahn bekommt zugleich scharfe Auflagen, etwa darüber, wie viele Brücken zu renovieren sind. Die Investitionen werden gebraucht, damit der Zugverkehr pünktlicher wird und die Infrastruktur nicht weiter verfällt. Nur so kann der in dieser Woche verkündete sogenannte Deutschlandtakt realisiert werden: Zwischen den deutschen Großstädten sollen jede Stunde Züge verkehren, zwischen Hamburg und Berlin sogar alle halbe Stunde. GT



JONAS RATERMANN / BILD

Notenbankchef Weidmann: Hoffnungsträger orthodoxer Geldpolitiker

Der deutsche Draghi

Finanzmärkte Nach der Europawahl entscheidet sich, ob Bundesbankpräsident Jens Weidmann neuer Chef der EZB wird. Die Chancen stehen nicht schlecht.

Aber könnte er die deutschen Sparer tatsächlich von der Politik des billigen Geldes befreien?

Am übernächsten Wochenende hat Jens Weidmann einen wichtigen Termin. Es ist Tag der offenen Tür in der Bundesbankzentrale in Frankfurt. Dann öffnet sich das monumentale, im Stil des Brutalismus errichtete Gebäude nahe der Autobahn fürs gemeine Volk. Es gibt eine Virtual-Reality-Führung durch den Goldtresor und Weidmanns Büro. Der hauseigene Chor »Buba Singers« tritt auf. Inhaltlicher Höhepunkt sind »Quizvorträge« mit anschließender Frageunde (»Preisstabilität – was ist das?«).

Für den Hausherrn Weidmann ist das eine Pflichtveranstaltung, schwänzen gilt nicht. Dabei gibt es für die Karriere des Bundesbankchefs an jenem Wochenende wahrlich ein wichtigeres Ereignis: die Europawahl. Wenn am Abend des 26. Mai in der EU die Stimmen ausgezählt werden, ist absehbar, ob Weidmann weitere acht Jahre im Bundesbank-Bunker verbringen muss. Oder er die Chance hat, ab November Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) zu werden, der mächtigsten geldpolitischen Institution des Kontinents.

Für Weidmann wäre es die Krönung seiner Karriere. Und für viele deutsche Sparer die Erfüllung eines Traums: Ein deutscher EZB-Chef, so ihre Hoffnung, würde endlich Schluss machen mit der Niedrigzinspolitik von Amtsinhaber Mario Draghi, mit der Politik des losen Geldes, die deutsche Sparguthaben und Lebensversicherungen entwertet hat. Statt südländischer Disziplinlosigkeit herrschte in Europa wieder Geldpolitik nach altem Bundesbank-Muster: knappes Geld, hohe Zinsen, preussische Strenge.

Weidmanns weitere Karriere hängt von einem irrwitzigen Personalpoker ab. Nach den Wahlen zum Europaparlament sind die wichtigsten Spitzenämter in der Union neu zu besetzen. Dass neben der EZB auch die EU-Kommission und der Europäische Rat gleichzeitig neue Chefs kriegen, kommt rein rechnerisch nur alle 40 Jahre vor. Bei der Postenvergabe müssen nationale, parteipolitische und geldpolitisch-ideologische Interessen beachtet werden.

Die Sache ist, typisch Europa, höllisch komplex. Denn auf den Job als nächster EU-Kommissionspräsident bewirbt sich der CSU-Mann Manfred Weber. Für Kanzlerin

Angela Merkel hat ein Deutscher an der Kommissionsspitze oberste Priorität, zumal sie ihrer Partei beweisen muss, noch durchsetzungsstark zu sein. Finanzminister Olaf Scholz dagegen favorisiert einen deutschen EZB-Chef. Seine SPD könnte dann das frei werdende Amt des Bundesbankchefs besetzen, so ist es in der Koalition vereinbart.

Doch im Postenpoker ist nur Platz für einen Deutschen. Und so geht es in den nächsten Wochen auch um ein Duell zwischen Weber und Weidmann, zwischen Merkel und Scholz. Und die machtbewussten Franzosen zocken auch noch mit.

Der einfachere Teil der politischen Arithmetik lautet: Damit Weidmann gewinnen kann, muss Weber verlieren. Der Fraktionschef der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) tritt bei der Europawahl als Spitzenkandidat an. Gewinnt

»Wenn sich Weber nicht durchsetzen lässt, muss Weidmann EZB-Präsident werden.«

er und kann in Rat und Parlament eine Mehrheit hinter sich bringen, wäre Weidmann als EZB-Chef aus dem Rennen.

Weber kann darauf setzen, dass die EVP stärkste Fraktion wird und Regierungschefs wie Sebastian Kurz (Österreich), Leo Varadkar (Irland) oder Andrej Plenković (Kroatien) ihn unterstützen. Doch der CSU-Mann hat mächtige Gegner, vor allem Emmanuel Macron. Frankreichs Präsident lehnt schon die Idee ab, dass ein Spitzenkandidat automatisch Anspruch auf den Topjob in Brüssel haben sollte.

Für eine Mehrheit im Parlament wird Weber Sozialdemokraten, Liberale und womöglich Grüne brauchen. Überdies ist offen, ob die Staats- und Regierungschefs bei der Chefsuche auf das Parlament hören werden. »Wenn sich Weber nicht durchsetzen lässt, muss Weidmann EZB-Präsident werden«, fordert CSU-Finanzexperte und Bundestagsabgeordneter Hans Michelbach. »Das wäre ein Signal, dass in Europa wieder eine seriöse und stabile Geldpolitik gemacht würde.«

Dann wäre der Weg für Weidmann frei. Dass er auf den Job im imposanten EZB-Doppelturm im Frankfurter Ostend scharf ist, ist ein offenes Geheimnis. Die Bundesregierung hat seinen Vertrag als Bundesbankpräsident zwar erst Anfang des Jahres bis 2027 verlängert. Aber noch einmal acht Jahre in einer Institution arbeiten, die vor allem von ihrem früheren Nimbus lebt, aber mit gut 10 000 Mitarbeitern grotesk aufgebläht und weitgehend machtlos ist? Weidmann ist erst 51, voller Tatendrang und offenkundig nicht so anfällig für materielle Verlockungen wie sein Vorgänger.

Axel Weber, damals ebenfalls mit besten Chancen auf den EZB-Chefposten und Merkels Rückendeckung, hatte 2011 Knall auf Fall hingeworfen, weil ihm die Krisenpolitik der Euro-Notenbank nicht passte. Heute verdient er als Verwaltungsratschef der Schweizer Großbank UBS Millionen.

Macht Weidmann das Rennen, wäre er der erste Deutsche an der Spitze der größten Zentralbank der Welt – und der Erste, der für einen harten währungs- und geldpolitischen Kurs steht. Er opponierte gegen Draghi, als der nach der Finanzkrise 2008 die Eurozone mit unkonventionellen Maßnahmen zu retten versuchte. Weidmann hielt den vom EZB-Chef propagierten Aufkauf von Staats- und Unternehmensanleihen damals für falsch getimt; Draghis ebenso legendäre wie wirksame Ansage, notfalls sogar unbeschränkt Bonds aus notleidenden Mitgliedsländern zu kaufen (»whatever it takes«), um die Eurozone zu retten, zerpflückte der deutsche »Herr Nein« (SPIEGEL 4/2014) sogar vor dem Bundesverfassungsgericht.

Dafür gab es durchaus Gründe. Denn Draghis Zusage senkte den Druck auf Schuldenländer wie Italien, ihre Volkswirtschaften zu reformieren.

Doch als Mitglied im EZB-Rat, der über den geldpolitischen Kurs in Europa abstimmt, war Weidmann als Vertreter der Betonfraktion weitgehend isoliert, im krisengeplagten Südeuropa zeitweise sogar verhasst. Außerhalb Deutschlands glauben inzwischen nur wenige Ökonomen, dass die Bundesbank-Linie von damals die Eurozone zusammengehalten hätte.

Schon jetzt ist klar: Als EZB-Chef müsste Weidmann viele seiner Positionen räu-

men. Seit geraumer Zeit schon bemüht er sich auffällig, den Zwist mit Nochamtsinhaber Draghi herunterzuspielen. Öffentliche Attacken auf den EZB-Chef verkneift er sich. Stattdessen hat er eine PR- und Charmeoﬀensive gestartet. In Gesprächen und Interviews mit Zeitungen aus Südeuropa versucht er, seine Position zu erklären, Wogen zu glätten.

Die Presseabteilung der Bundesbank heuerte gar die Madrid-Korrespondentin einer deutschen Wirtschaftszeitung an, um für spanische Medien zugänglich zu sein. Französisch spricht Weidmann seit seiner Studienzeit in Aix-en-Provence ﬂießend, sein Italienisch reicht für leichte Konversation. Bei einem Auftritt in Florenz wollten Schüler sogar Selfies mit ihm machen.

In vertraulichen Gesprächen streuen seine Leute inzwischen gar, dass Draghi erfolgreich die Eurozone zusammengehalten und Weidmann gegen die laxen Geldpolitik des Italieners ja eigentlich nie etwas gehabt habe. Mit Betonung auf Geldpolitik, denn an seiner Kritik an Draghis »Whatever it takes«-Formel für Anleihekäufe hält Weidmann weiter fest, freilich in der für Notenbanker typischen verbalen Haarspalterei: Draghis Ansage sei damals ja nicht als geldpolitische Maßnahme zu verstehen gewesen, sondern bloß als kommunikative Finte, um die rasenden Kapitalmärkte zu beruhigen und der Politik Zeit zu erkaufen. Die hätten Spanier und Portugiesen seither durchaus erfolgreich für Reformen genutzt.

Das sind neue Töne, und Weidmanns Appeasement-Politik scheint zu fruchten. Ausgerechnet Italiens Finanzminister Giovanni Tria äußerte sich zuletzt milde, als die Sprache auf den Deutschen kam. »Es ist nicht sinnvoll, sich auf Sichtweisen aus der Vergangenheit zu fokussieren, denn die Welt wandelt sich, und damit wandeln sich die Ansichten der Akteure.« Derartige Worte aus Europas größtem Krisenland, das unter einem deutschen EZB-Chef wohl

mehr zu leiden hätte als unter Draghi, erstaunen, auch wenn Tria in Italiens Populistenregierung wenig zu sagen hat.

Aber womöglich wissen ohnehin längst alle, Weidmann eingeschlossen, dass der Spielraum für eine Geldpolitik nach deutschem Muster nicht vorhanden ist. Weltweit haben Notenbanken die Leitzinsen gesenkt, die Märkte mit billigem Geld geflutet, für Billionen Staatsanleihen aufgekauft. Selbst wenn sie gewollt hätte, wäre der EZB bisher kaum etwas anderes übrig geblieben, als dem Trend zu folgen.

Zwar sah es vor ein paar Monaten noch so aus, als würde sie den Geldfluss zumindest in Zukunft langsam drosseln. Die amerikanische Fed hat schon vor zweieinhalb Jahren begonnen, die Zinsen anzuheben. Die EZB, so prognostizierten Experten, werde spätestens im Sommer folgen.

Doch inzwischen haben sich die Konjunkturaussichten eingetrübt. Was Ökonomen als »Normalisierung der Geldpolitik« bezeichnen, ist deshalb ins Stocken geraten. Auch in Europa wird die Notenbank die Zinsen vorerst nicht anheben können.

Selbst ein Vertreter der alten Bundesbank-Schule, der frühere EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark, sieht wenig Spielraum. »Auch Weidmann könnte nicht über Nacht den Hebel umlegen, dafür sind Regierungen und Kapitalmärkte zu abhängig von der EZB und umgekehrt. Aber er wäre der Richtige, um die hoch politisierte EZB wieder zu entpolitisieren.«

Kommt es arg, müsste Weidmann gar zu ähnlichen Maßnahmen greifen wie Draghi. Ausgerechnet Otmav Issing, Nestor der strengen deutschen Geldpolitik und ebenfalls Ex-Chefvolkswirt der EZB, bereitet die Deutschen darauf vor. »Nach dem langen Aufschwung ist zu erwarten, dass im Euroraum früher oder später ein Konjunkturerbruch eintritt.« Dann sei die EZB gefordert, die Geldpolitik rasch und hinreichend expansiv auszurichten. Das wäre etwa ein neu-

es Anleihekaufprogramm. »Es wird dann von der Glaubwürdigkeit des Präsidenten abhängen, inwieweit es gelingt, die Öffentlichkeit und die Finanzmärkte von der nachhaltigen Stabilität des Euro zu überzeugen.«

Issings Notenbankersprecher darf man als Werbung für Weidmann verstehen. Nur ein Hardliner, der nicht im Ruf steht, sorglos mit dem Geld deutscher Sparer um sich zu werfen, so lautet das Argument, könne die Deutschen davon überzeugen, dass es auch in ihrem Interesse ist, Draghis lockere Geldpolitik fortzusetzen.

Ein strikterer Kurs ließe sich auch in der EZB kaum durchboxen. Selbst die wenigen Deutschen mit Macht in der EZB, Märkte-Generaldirektor Ulrich Bindseil sowie Draghis Chefberater Roland Straub, sind keine Vertreter der deutschen Schule. Führte Weidmann einen Kurs wie in früheren Zeiten, würde er intern gegen Wände rennen – im sechsköpfigen Direktorium, dem Machtzentrum der EZB, wie im Zentralbankrat, in dem auch die Notenbankchefs aller Euroländer sitzen.

Doch bevor Weidmann seinen Einfluss auch nur austesten kann, ist die Bundesregierung am Zug. Sie muss, ein entsprechendes Wahlergebnis vorausgesetzt, den Widerstand der Franzosen gegen einen Deutschen an der EZB-Spitze brechen. Das Land hat mit Jean-Claude Trichet schon einmal den EZB-Präsidenten gestellt. Aber für Macron steht, wie für Merkel, viel auf dem Spiel. Auch ihm ist der Kommissionsvorsitz wichtiger, aber er könnte mit Benoît Cœuré und François Villeroy de Galhau zwei Kandidaten ins Rennen schicken, die mindestens so angesehen sind wie Weidmann.

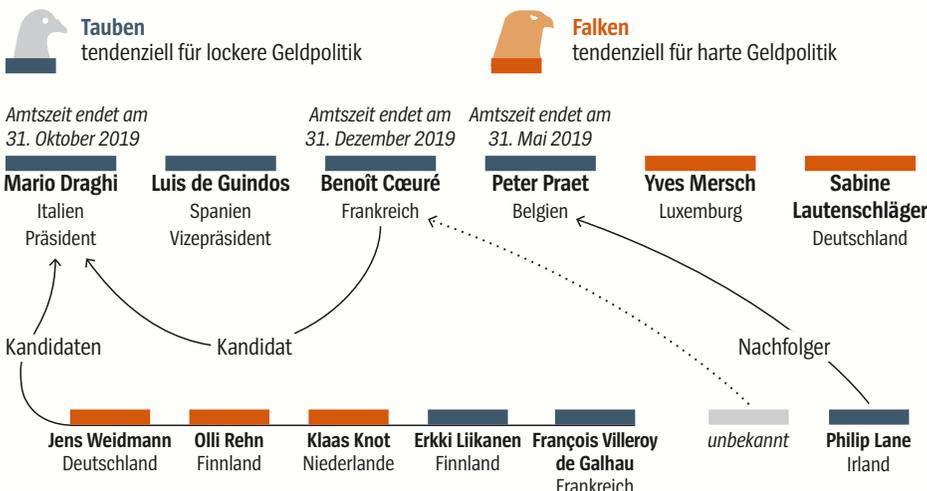
Cœuré gehört im EZB-Direktorium seit Jahren zu Draghis Küchenkabinetten. Eigentlich stehen rechtliche Hürden dem Aufstieg vom einfachen Mitglied des Direktoriums an dessen Spitze entgegen, doch das stört den Franzosen wenig: Das sei nichts, was sich nicht lösen lasse. Villeroy de Galhau ist wie Weidmann Zentralbankchef seines Landes und Pragmatiker. Der Spross der saarländischen Fliesen- und Keramikdynastie Villeroy spricht so exzellent Deutsch wie Weidmann Französisch. Als Kompromisskandidaten gelten Finnlands Zentralbankchef Olli Rehn und sein Vorgänger Erkki Liikanen, sollten weder Berlin noch Paris zum Zug kommen.

Weidmann selbst gibt sich offiziell gelassen, was den Poker um seine Karriere angeht. Er ist Tennisspieler, und es heißt, dass er früher ab und an mal den Schläger von der rechten in die linke Hand wechselte, nur um seinen Gegner zu verwirren. Mit taktischen Spielchen also kennt er sich aus.

Tim Bartz, Peter Müller, Britta Sandberg, Michael Sauga

Mail: tim.bartz@spiegel.de

Stühlerücken im Machtzentrum – das EZB-Direktorium sortiert sich neu





ROBERT HRADIL / GETTY IMAGES

Vorstandschef Blume: Am liebsten nur noch Elektromodelle

Vom Opfer zum Täter

Diesellauffäre Porsche verkaufte seine schmutzigen Autos auch dann noch weiter, als der SPIEGEL die Manipulation der Motoren bereits enthüllt hatte.

Man kann es geschickt nennen, wie sich Porsche während des Dieselskandals öffentlich präsentierte – oder durchtrieben. Der Autokonzern gab medienwirksam das Opfer, das mit den Betrügereien bei Audi und Volkswagen nichts zu tun habe. Die Zuffenhausener pochten sogar auf Schadensersatz von der Konzernschwester Audi, bei der Porsche seine manipulierten Dieselmotoren eingekauft hatte.

Doch seit dieser Woche ist amtlich: Das selbst ernannte Opfer war auch Täter. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart schickte Porsche einen Bußgeldbescheid über 535 Millionen Euro ins Haus. Die Ermittler bescheinigen dem Autohersteller zumindest Fahrlässigkeit. Das Unternehmen habe Fahrzeuge mit manipulierten Motoren in Europa auch dann noch verkauft, als 2015 in den USA die verbotenen Abschaltvorrichtungen bei Audi entdeckt worden waren und Porsche dort bereits eigene Autos aus dem Verkehr ziehen musste.

Und das geschah offenbar keineswegs fahrlässig, wie vertrauliche Unterlagen

der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer nahelegen, die der VW-Konzern mit der Bearbeitung des Dieselskandals beauftragt hat. Porsche handelte danach offenbar mit festem Vorsatz: Der Autohersteller wollte seinen Cayenne mit dem Sechszylinder-Dieselmotor in Europa schlicht weiter verkaufen.

Das Management hoffte offenbar, dass die deutschen Behörden schon nicht so genau hinschauen würden wie die Amerikaner. Ganz genau wollte es in der Führung auch niemand wissen. Eineinhalb Jahre lang gab man sich in Zuffenhausen mit halbherzig durchgeführten Abgasmessungen zufrieden.

Das änderte sich erst, als der SPIEGEL mit aufwendigen Messungen beim TÜV Nord nachwies, dass der Cayenne selbst auf dem Prüfstand die europäischen Grenzwerte nicht einhält (24/2017). Schnell war klar, dass das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) und die Staatsanwaltschaft sich für den Vorgang interessieren würden. Der VW-Aufsichtsrat machte Druck. Die Aufseher waren verärgert, weil sie zumeist aus Zeitungsberichten von neuen Betrügereien erfuhren und nicht vom eigenen Management.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, der das Land im VW-Aufsichtsrat vertritt, schickte eine E-Mail an den damaligen VW-Chef Matthias Müller. Dem SPIEGEL zufolge habe »der TÜV Nord bei einem Diesel-Modell des Porsche Cayenne Abgaswerte oberhalb der für die Typzulassung geltenden Grenzwerte festgestellt«. Weil wollte wissen: »Worin besteht die Ursache? Handelt es sich um denselben oder einen ähnlichen

Vorgang wie bei Audi? Wie lautet die rechtliche Beurteilung?«

Porsche und Audi mussten nun reagieren. Der Audi-Vorstand beschloss, dass die »Audi Task Force«, die intern mit der Aufarbeitung des Dieselskandals befasst war, erweitert werden solle. Auf einem Schaubild der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer heißt es: »Auslöser für Erweiterung: Auffälligkeiten beim Porsche Cayenne. Hintergrund: Spiegel-Artikel »Die Geisterfahrer.«

Auch das Kraftfahrt-Bundesamt schaltete sich ein. Die Beamten prüften den Cayenne und forderten Porsche am 19. Juni 2017 ultimatив auf, bis »10:45 Uhr die angeforderte Erklärung über das Nichtvorhandensein unzulässiger Abschaltvorrichtungen für den Porsche Cayenne« zu übermitteln. Porsche schickte die aus Flensburg angeforderte Erklärung nicht. Mit gutem Grund.

Der Cayenne war von Audi- und Porsche-Ingenieuren mit Elektronik und Software vollgepackt worden, die zwischen Tests auf dem Prüfstand und Fahrten auf der Straße unterscheiden konnte. Sie reagierte auf Drehzahl, Neigung, Kurvenverhalten, Höhe oder Temperatur. Und nur auf dem Prüfstand hielt das Auto die Abgaswerte ein.

Dem KBA präsentierte Porsche jedoch einen eigenen Test, bei dem ein Cayenne die Grenzwerte auch erfüllt, wenn er sich nicht im Prüfmodus befindet. Es war offenbar nur ein weiterer Versuch, die Wahrheit hinter einer Wolke aus Dieselausgasen zu verschleiern.

Denn der Porsche-Test wurde durch eine Messung, die das Kraftfahrt-Bundesamt selbst durchführte, »nicht bestätigt«. Zudem monierte das KBA in seinem Bescheid vom 28. Juli 2017, Porsche habe der Behörde bestimmte Abschaltvorrichtungen »erst genannt, als die Veröffentlichung durch den SPIEGEL erfolgt war«.

Das Kraftfahrt-Bundesamt ordnete Rückrufe und Nachbesserungen an. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft verhängte das 500-Millionen-Bußgeld. Und Porsche? Der Autohersteller will vom Diesel nichts mehr wissen. Den Verkauf von Selbstzündermotoren hat Porsche-Boss Oliver Blume eingestellt. Das Bußgeld wird überwiesen. Und dann will Porsche am liebsten nur noch Schlagzeilen mit neuen Elektromodellen machen.

So ganz wird das kaum gelingen. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat zwar das Verfahren gegen das Unternehmen beendet. Sie ermittelt aber weiter gegen mehrere Porsche-Manager, darunter den amtierenden Entwicklungsvorstand. Sie alle bestreiten die Vorwürfe.

Frank Dohmen, Dietmar Hawranek
Mail: frank.dohmen@spiegel.de



Beladung eines Jets mit Verpflegung, Speisetabletts: Fünf Euro in der Economy Class

Abgekocht

Luftfahrt Flüge werden immer billiger, und auch das Bordessen darf kaum noch etwas kosten. Die Cateringtochter der Lufthansa lässt das Passagierfutter deshalb in Tschechien zubereiten – von Philippinern.

In der First Class von Lufthansa ist Fliegen noch ein Luxus, den man schmecken kann. Man muss nur einmal einen Blick auf die Speisekarte werfen, die im Mai auf der Strecke Frankfurt–New York den Gästen in der teuersten Flugklasse gereicht wird.

Neben Pommery-Jahrgangschampagner und Kaviar gibt es »marinierten Spargel mit Kerbel und Schnittlauch« oder »Steinbutt-Bouillabaisse mit Risoni Pasta«.

Doch so ein Angebot ist eine rare – und teure – Ausnahme. Sonst wird geknappt, wo es nur geht. Bei den Billig- und Urlaubsfliegern gibt es meist nicht einmal den kleinsten Snack gratis. Eine Minitüte Chips (40 Gramm) kostet bei Eurowings 2,50 Euro. Für ein Fläschchen Wasser werden im Basistarif 3 Euro fällig.

Die Kunden sind an der kulinarischen Misere nicht unschuldig. Die meisten buchen ihre Flüge nur nach einem einzigen Kriterium, dem Preis. Kein Wunder also, dass parallel zum Preis auch das Essen an Niveau verliert und in vielen Fällen extra bezahlt werden muss.

Ein Menü in der Economyclass wird mit rund fünf Euro für Langstreckentrips kalkuliert. In der Business darf es das Doppelte kosten, in der First das Vierfache,

also immerhin rund 20 Euro pro Mahlzeit. Hinzu zahlen die Airlines Servicegebühren für die Lieferung des Essens an Bord.

Der Umsatz der Lufthansa-Cateringtochter LSG Sky Chefs stagniert seit Jahren, das Management hat deshalb einen Sparkurs verordnet.

Die Lufthansa-Küche soll billiger werden. Mit den deutschen Lohnkosten geht das nicht, deshalb soll das Essen für die Passagiere bald außerhalb des Landes gekocht werden, im tschechischen Industriepark Nová Hospoda bei Bor, unweit der deutschen Grenze.

Dort schnippeln bereits 150 Mitarbeiter im Auftrag der LSG Gemüse, bereiten Speisen zu und drapieren sie auf Tablett. Das Essen wird anschließend mit Lastern Hunderte Kilometer nach Frankfurt oder München gekarrt und dort in die Kombüse der Flugzeuge geschoben.

Doch auch in Tschechien findet die LSG nicht mehr genügend billige Arbeitskräfte, offenbar hatten die Entscheider bei der Wahl des Standorts die lokalen Verhältnisse nicht genau genug studiert.

Weshalb das Unternehmen nun auch auf Philippiner setzt. 30 von ihnen sind bereits da. Und das ist erst der Anfang. Bis März 2020 sollen es rund 400 philippini-

sche Mitarbeiter in Tschechien sein. Die Lufthansa-Tochter will ihnen 60 Prozent mehr zahlen als den üblichen Mindestlohn vor Ort. Trotzdem sind sie für den Konzern weit günstiger als deutsche Arbeitskräfte. Ein Teil der Jobs in Deutschland wird deshalb abgebaut – über Altersteilzeit oder Aufhebungsverträge.

Bisher hat LSG in Nová Hospoda nur Flächen angemietet, doch der Konzern baut bereits eine eigene Fertigungshalle. Selbst ein Wohnheim wollen die LSG-Manager für die Küchenkräfte errichten lassen. Die Lufthansa-Tochter werde die Räume dort anmieten, die Arbeitnehmer zahlen nach Aussagen einer LSG-Sprecherin regulär Miete für ihre Unterkunft.

Das Experiment ist Teil eines harten Sparprogramms, das Konzernchef Carsten Spohr der Lufthansa-Tochter verordnet hat. Es läuft unter dem Arbeitstitel »Optimus« und soll helfen, den Profit zu pappeln. Das ist vor allem deshalb nötig, weil Spohr seinen Ableger verkaufen will – und das funktioniert nur, wenn die Firma ordentlich verdient. Derzeit ist das eher nicht der Fall. 2018 fielen bei mehr als drei Milliarden Euro Umsatz gerade 115 Millionen Euro Gewinn an.

Die LSG versucht einen gewagten Spagat. Einerseits muss sie den Sparwahn der Branche bedienen und all die Sandwiches, die Käsepasta oder Hähnchenteile in Aluschalen für die Massenkundenschaft zubereiten. Andererseits das Luxussegment zufriedenstellen, in dem die Bordmahlzeiten mit großem Tamtam und Premiumweinen zelebriert werden, um die teilweise absurden Preisaufschläge für die First und die Businessclass zu rechtfertigen.

Vor allem asiatische Airlines, die von der LSG beliefert werden, legen viel Wert auf hochwertiges Essen, aber auch auf repräsentatives Geschirr im Luxusteil der Kabine – bei der südkoreanischen Airline Asiana kommen Zehntausende Einzelteile pro Flug zusammen, die an Bord gebracht werden müssen.

Manche Luftlinie aus Übersee kauft lieber alle Lebensmittel zentral im Heimatland ein, um die Kosten zu drücken. Die Ware wird dann tiefgefroren in Schiffscontainern etwa nach Europa geliefert und schließlich beispielsweise nach Frankfurt zur LSG gebracht. Dort macht man aus der Lieferung fertige Tablett, das Essen muss dann nur noch an Bord aufgewärmt werden.

Trotz der ständigen Preisdrückerei ist die Verpflegung auf den Flügen ein erheblicher Kostenfaktor. Bei einem Boeing-Jumbo werden bis zu sechs Tonnen Verpflegung an Bord gehievt. Nach der Landung müssen die Reste abtransportiert und entsorgt werden, und das nach den jeweils gültigen lokalen Umwelt- und Recyclingauflagen. Alles in allem kommen für die Dienste des Caterers pro Langstreckenflug schnell einige Zehntausend Euro zusammen, zu viel nach Ansicht vieler Fluglinien.

Die Lufthansa und ihre Tochter LSG versuchen, den Druck der Auftraggeber weiterzugeben – auch an die Beschäftigten. Mit einem Durchschnittsgehalt von monatlich 2200 Euro brutto stehen die LSG-Angestellten am unteren Ende der Lufthansa-Lohnhierarchie. Altkapitäne verdienen das Zehnfache, langjährige Flugbegleiter das Drei- bis Vierfache.

Nun soll der Verdienst bei Teilen der Beschäftigten der LSG noch einmal ge-

Asiatische Airlines legen viel Wert auf hochwertiges Essen – und repräsentatives Geschirr.

drückt werden – getreu dem mittlerweile schon legendären Spruch des ehemaligen Lufthansa-Chefs Christoph Franz: »Die Zitrone ist nie ausgequetscht.«

Sein Nachfolger Spohr will die Herstellung der Bordmahlzeiten künftig auf zwei zentrale Produktionsbetriebe konzentrieren, im tschechischen Bor und im rheinhesischen Alzey. Sie sollen einige der größeren Flughäfen in Mitteleuropa bedienen. Allein in Bor sollen über 1000 Mitarbeiter

ab Herbst 2020 täglich 80 000 Mahlzeiten zusammenstellen, die dann per Lkw an die jeweiligen Abflugorte transportiert werden. Im Gegenzug werden die vorhandenen deutschen Küchen in Frankfurt, München, Köln und Düsseldorf verkleinert.

Vor allem das Heimatdrehkreuz der Lufthansa, der Flughafen Frankfurt, wäre betroffen. Die LSG fertigt am Hauptstandort in zwei Anlagen. Das eine Werk beliefert Lufthansa-Flüge, das andere bedient Fremdkunden, darunter Air China, Asiana, United oder Sun Express.

Es ist ein gewagtes Unterfangen und ein ungewöhnliches dazu. Normalerweise entscheiden Käufer eines Unternehmens, ob und wie sie ihre Neuerung umgestalten oder bei Bedarf sanieren. Das gilt vor allem für Finanzinvestoren, die auch bei der LSG zum Zuge kommen könnten.

Die Lufthansa will sie mit ihrem Philippinen-Projekt an Kreativität nun übertrumpfen. Gut möglich, dass sie sich dabei übernimmt. Vielleicht beendet der neue Besitzer das Projekt in Böhmen ja auch, bevor es richtig begonnen hat. Zeit wäre noch. Am 10. April fand erst die symbolische Grundsteinlegung statt.

Dinah Deckstein, Martin U. Müller
Mail: martin.mueller@spiegel.de

Vorankommen, aber kontrolliert.

Wählen Sie Ihr persönliches Tempo und investieren Sie vorausschauend in Ihre Zukunft. Mit Deka Investments.



Unterschätzen Sie die Zukunft nicht. Profitieren Sie davon.

Jetzt ein Beratungsgespräch in Ihrer Sparkasse vereinbaren!

 Finanzgruppe

DekaBank Deutsche Girozentrale.
Mehr Informationen unter www.deka.de



Giftige Orangen

Agrarindustrie Früchte aus Brasilien werden in die ganze Welt exportiert, auch nach Deutschland. Nirgendwo sonst werden solche Mengen schlimmster Pestizide eingesetzt.

João Vítor ist sieben Jahre alt, und wenn er einen Traktor sieht, bricht er in Tränen aus. »Ein Trecker hat ihm fast den Tod gebracht«, sagt seine Mutter Mislania Silva dos Santos.

Es war ein Donnerstag im August, ein kräftiger Wind wehte durch die Straßen von Tomar do Geru, einem Städtchen im armen Nordosten Brasiliens. João Vítor saß in der Schule, als beißender Nebel durch die offenen Fenster drang. Er stieg von einer Orangenplantage auf, die an das Schulgelände grenzt.

Ein Traktor zog dort seine Bahn, er besprühte die Bäume mit Pflanzenschutzmitteln. Der Wind pustete die giftigen Schwaden über die Mauer direkt in die Schule. In den Klassenräumen brach Panik aus, die Kinder keuchten und würgten, ihre Augen brannten.

Die Schulleiterin ließ das Gebäude sofort räumen, doch es war zu spät: Acht Kinder und zwei Lehrer mussten ins Krankenhaus. João Vítor leide unter einer »akuten Vergiftung durch Pflanzenschutzmittel«, diagnostizierte eine Amtsärztin. Sie verschrieb ihm Antiallergika.

Das Kind ist Opfer eines Dramas, das sich täglich in den Dörfern der Agrarmacht Brasilien abspielt: Tausende Einwohner erkranken an Pestizidvergiftungen. 6591 Fälle vermeldete das staatliche Register für toxipharmakologische Information (Sinitox) für das Jahr 2015. Mehr als ein Viertel der 200 000 zwischen 1999 und 2015 gemeldeten Vergiftungen betrafen Kinder, die jünger als neun Jahre alt waren, 160 von ihnen starben. Wissenschaftler glauben, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher ist, weil nur ein Bruchteil der Fälle gemeldet wird.

Brasiliens Agroindustrie brüstet sich gern mit Superlativen. Das Land zählt zur Weltspitze beim Export von Soja, Orangensaft, Zuckerrohr, Mais und Kaffee. Die Branche erwirtschaftet einen großen Teil der Deviseneinkommen; linke wie rechte Regierungen unterstützten die Großbauern. Sie gewährten ihnen Steuervorteile und Kredite.

Doch der Boom in der Landwirtschaft hat eine dunkle Seite: Die Agrarsupermacht Brasilien gehört zu den Weltrekordhaltern beim Verbrauch von Pestiziden. Praktisch alle Produkte werden mit chemischen Mitteln behandelt, um die Produktivität zu steigern.

Alle Chemiemultis sind in Brasilien vertreten. Bayer betreibt in der Nähe von Rio de Janeiro eine eigene Fabrik. Der mit dem früheren Monsanto fusionierte Konzern stellt in Brasilien Glyphosat her, das unter dem Namen »Roundup« vertrieben wird. Der umstrittene Wirkstoff ist Marktführer bei den in Brasilien zugelassenen Pestiziden. »Ein Verbot von Glyphosat wäre für uns eine Katastrophe«, sagt Luis Rangel, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium.

Jährlich werden in Brasilien Pestizide im Wert von rund zehn Milliarden Dollar umgesetzt. Ihre Anwendung werde »praktisch nicht überwacht«, sagt Larissa Mies Bombardi, Professorin am Institut für Agrogeografie an der Universität São Pau-



Landarbeiter mit Pestizidkanister

»Ich spüre den Gestank nicht mehr«

lo. »Ihr Einsatz gleicht oft chemischer Kriegsführung.«

Brasilien verfügt zwar über ein fortschrittliches Pestizidgesetz. »Aber wir haben viel zu wenige Inspektoren, die seine Anwendung überprüfen«, räumt Staatssekretär Rangel ein. »Ihre Anzahl entspricht nicht der Größe unserer Landwirtschaft.«

Unter dem neuen rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro brauchen die Großgrundbesitzer erst recht keine Kontrollen zu fürchten. Die mächtige Agrolobby ist eine seiner wichtigsten Stützen im Kongress. Sie hat einen Entwurf für ein neues Pestizidgesetz eingebracht, über den in den nächsten Wochen abgestimmt werden soll.

Die neue Regelung sieht vor, dass für die Zulassung und Überwachung neuer Wirkstoffe in Zukunft allein das Landwirtschaftsministerium zuständig sein soll. Bislang können die Umweltbehörde und das Gesundheitsministerium bei der Zulassung ein Veto einlegen.

Wissenschaftler und Umweltaktivisten warnen, dass Brasilien zu einem »Paradies für Giftimporte aus aller Welt« werden könnte, so der Biologe und Umweltexperte Fernando Carneiro vom staatlichen Forschungsinstitut Fiocruz. »Bereits verbotene Stoffe können wieder erlaubt werden«, sagt der Menschenrechtsexperte Richard Pearhouse.

Im Juli veröffentlichte er mit der Organisation Human Rights Watch einen Report über gesundheitliche Schäden und Menschenrechtsverletzungen unter Pestizidopfern. Das Fazit: Kinder in Landschulen und Anwohner der Plantagen würden »auf regulärer Basis mit hochtoxischen Pestiziden vergiftet«, so Pearhouse.

Der kleine João Vítor wurde vor einem Jahr zum ersten Mal ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem der Traktor das Insektengift neben der Schule versprüht hatte. Damals schwoll der Junge am ganzen Körper an. Er musste die Kleider seines älteren Bruders anziehen, weil ihm die eigenen nicht mehr passten; er blutete aus der Nase und hatte Erstickenanfänge. »Die Ärzte sagten mir, dass er ohne Behandlung gestorben wäre«, sagt seine Mutter.

Die Orangen von den Bäumen neben der Schule, die mit dem Gift besprüht wurden, landen als Saft auch in deutschen Kühlschränken: »Wir exportieren nach Deutschland und Frankreich«, sagt der Großgrundbesitzer Elizeu Santos, dem die Plantage gehört.

Santos war Bürgermeister der Nachbarstadt Cristinápolis, er ist ein mächtiger Mann in der Region und ein gefürchteter. Vor drei Jahren wurde er wegen Amtsmissbrauch verurteilt, er soll während seiner Amtszeit von betrügerischen Geschäften bei öffentlichen Ausschreibungen profitiert haben. Zudem soll er in den Mord an einem Abgeordneten im Jahr 2000 verwickelt sein. Er bestreitet die Vorwürfe.

Santos residiert in einer Villa mit Swimmingpool am Stadtrand von Cristinápolis. Laut eigenem Bekunden ist er Teilhaber des brasilianischen Saffherstellers Tropicfruit, der in der Region eine Fabrik betreibt und in die ganze Welt exportiert.



VICTOR MORYAMA / DER SPIEGEL

Klassenraum im brasilianischen Tomar do Geru: Der Wind pustete die giftigen Schwaden direkt in die Schule

In der Tropfruit-Fabrik werden auch Orangen verarbeitet, die in Deutschland unter dem Fair-Trade-Label GEPA vermarktet werden. Es finde »keine Vermischung der Orangen bei der Verarbeitung statt«, versichert die GEPA auf ihrer Website. Doch wer hinter der Firma steht, mit der sie Geschäfte machen, haben die Ökohändler offenbar nicht überprüft.

»Wir haben nur zugelassene Produkte verwendet«, sagt Santos. Welche das seien, könne er allerdings nicht sagen. Viele Pestizide, die in Brasilien erlaubt sind, wurden in Europa längst verboten – manche schon vor über zehn Jahren.

Mehr als 100 der 500 Wirkstoffe, die in Brasilien zugelassen sind, dürfen in der EU nicht verwendet werden. Dazu zählt das extrem giftige Herbizid Paraquat. Es ist ab 2020 zwar auch in Brasilien verboten, wird bis dahin aber noch vom Schweizer Multi Syngenta vertrieben. In der EU verboten ist auch das Fungizid Carbendazim, das Bayer in Brasilien unter dem Namen »Derosal« verkauft. Studien zufolge soll Carbendazim möglicherweise für Missbildungen an Föten verantwortlich sein.

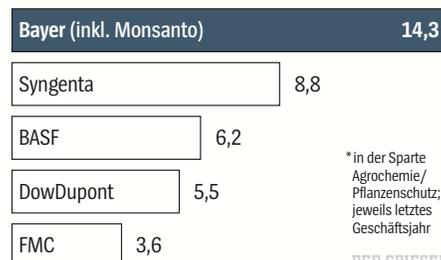
Vor sieben Jahren beschlagnahmte der US-Zoll mehrere Ladungen brasiliani-

schen Orangensaftkonzentrats, nachdem der Coca-Cola-Konzern die amerikanische Lebensmittelbehörde auf Carbendazim-Rückstände in seinem Orangensaft hingewiesen hatte – auch in den USA ist der Wirkstoff verboten.

Seit diesem Zwischenfall wird das Mittel in Brasilien nur noch bei Produkten eingesetzt, die für den einheimischen Markt bestimmt sind. »Brasilianische Lebensmittel weisen ungewöhnlich hohe Rückstände an Carbendazim auf«, sagt Marcia Sarpa, Professorin am staatlichen Krebsforschungsinstitut in Rio de Janeiro.

Profitables Geschäft

Die größten Agrochemie-Hersteller nach Spartenumsätzen* in Milliarden Euro, weltweit



DER SPIEGEL

Die Wissenschaftlerin untersucht die Langzeitfolgen von Pestizidvergiftungen bei Landarbeitern. »In Gegenden, wo die Agroindustrie besonders stark ist, kommen Krebs, Depressionen und andere Krankheiten, die mit Pestiziden in Zusammenhang gebracht werden, besonders häufig vor«, sagt sie.

Bayer verkaufe Carbendazim in Brasilien »ausschließlich für den Einsatz als Saatgutbehandlungsmittel«, sagt ein Sprecher. Das Unternehmen beziehe den Wirkstoff von verschiedenen Quellen in Deutschland und China. Bei »sachgerechter Anwendung«, so Bayer, seien alle Produkte »sicher für den Anwender und die Umwelt«.

Genau da liegt jedoch das Problem: Viele Farmer halten sich nicht an die Vorschriften. Brasiliens Agroindustrie basiert auf Monokulturen, oft erstrecken sich die Plantagen über Hunderte Hektar. Die Riesfelder werden zumeist vom Flugzeug aus mit Pestiziden besprüht – in Europa ist diese Praxis in der Regel verboten. Wenn der Wind ungünstig steht, werden die Giftwolken über Dörfer und Städte verweht.

Wo keine Flugzeuge eingesetzt werden, versprühen Trecker das Gift. Auf kleine-

ren Plantagen behandeln Arbeiter die Pflanzen mit handbetriebenen Kanisterpumpen. Das Behältnis mit dem Giftcocktail tragen sie auf dem Rücken, auf Schutzkleidung verzichten sie oft, sie ist zu teuer oder unbequem.

Wenige Hundert Meter von der Schule, wo João Vítor vergiftet wurde, besprüht der Landarbeiter Jailton Domingo dos Santos Orangenbäume mit einem Insektizid. Das Gift verwahrt er in einer Fantaflasche aus Plastik, in einem Eimer verührt er den Stoff mit Öl und Wasser. Die milchige Flüssigkeit füllt er in einen Kanister, den er auf dem Rücken trägt.

Er ist mit einem Kapuzenpulli, Jeans und Turnschuhen bekleidet. Immerhin trägt er einen Mundschutz. »Schutzkleidung kann ich mir nicht leisten«, sagt er. »Außerdem ist es zu heiß.« Der weiße Nebel, den er über die Bäume spritzt, verbreitet einen beißenden Geruch, schon nach wenigen Minuten stellen sich Kopfschmerzen ein. »Ich spüre den Gestank nicht mehr«, sagt Domingo dos Santos.

Die Plantage gehört seinem Vater, sie ist knapp einen Hektar groß, ein Kleinbetrieb. Zwei- bis dreimal im Jahr besprüht er die Bäume mit einem Pestizidcocktail gegen die Zitrusfruchtfliege, einen Schädling, der aus Asien eingeschleppt wurde. »Ich weiß, dass ich die Umwelt verpeste«, sagt er. »Wenn es regnet, fließen die Chemikalien in die Flüsse und Bäche.« Er habe im Internet nach einer organischen Alternative gesucht, »aber ich habe nichts gefunden«. Eigentlich müssten die Farmer nach dem Besprühen auch 30 Tage warten, bis sie die Orangen ernten, damit keine Rückstände im Saft bleiben, so der Landarbeiter. »Aber keiner hält sich daran.«

Großgrundbesitzer Santos sagt, dass er nach dem Zwischenfall an der Schule die Besprühung seiner Plantagen vorübergehend eingestellt habe. Die Stadtverwaltung von Tomar do Geru will jetzt einen Kalender für die Anwendung der Pestizide aufstellen. »Während der Schulzeiten soll nicht mehr gesprüht werden«, sagt Bürgermeister Pedrinho Balbino. Doch er räumt ein, dass die Stadtverwaltung nicht in der Lage sei, die Einhaltung zu überprüfen: »Wir haben kein qualifiziertes Personal.«

Viele Anwohner hält nicht nur die Angst um ihren Arbeitsplatz davon ab, sich über die Vergiftungen zu beschweren. Wer die Großgrundbesitzer kritisiert, muss um sein Leben fürchten.

Vor neun Jahren erschossen Auftragskiller den Umweltaktivisten José Maria de



Opfer João Vítor mit Mutter: Die Kinder keuchten, würgten

Tomé, der sich für Pestizidopfer auf den Fruchtplantagen im Nordost-Bundesstaat Ceará eingesetzt hatte. Mutmaßlicher Auftraggeber war ein Großfarmer.

Im Jahr 2013 besprühte ein Flugzeug versehentlich eine Landschule im Bundesstaat Goiás mit dem Insektizid Engeo Pleno, das von dem Schweizer Multi Syngenta hergestellt wird. 92 Kinder und Erwachsene wurden mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert.

»Ich war von oben bis unten nass von den Chemikalien«, erinnert sich der damalige Schulleiter Hugo Alves dos Santos. Noch sechs Monate später litten viele Kinder unter Kopfschmerzen, Schwindelgefühlen, Juckreiz und Atemproblemen. Einige wurden bis zu 18-mal im Krankenhaus aufgenommen, manche seien immer noch in Behandlung, so Alves dos Santos.

»Die Schulverwaltung verbot mir, mit der Presse zu reden«, sagt der Lehrer, doch er hielt sich nicht daran. Daraufhin bekam er Morddrohungen, vier Monate lang wurde er von Leibwächtern begleitet. Achtmal wurde er versetzt. In der Region herrsche »ein Klima der Angst«, konstatiert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch.

Im März 2018 entschied ein Gericht, dass Syngenta und die Firma, die für den Sprüheinsatz verantwortlich war, den Op-

fern 150 000 Real Entschädigung zahlen müssen, rund 38 000 Euro. Der Konzern ist in Berufung gegangen, er schiebt die Schuld auf die Anwender. »Nicht einmal für die Medikamente sind sie bislang aufgekommen«, sagt Lehrer Alves dos Santos.

Auch die Witwe Maria Gerlene Silva Matos wartet vergebens auf eine Entschädigung. Vor mehr als zehn Jahren war ihr Mann an den Folgen einer Pestizidvergiftung gestorben. Der Landarbeiter war drei Jahre lang beim amerikanischen Fruchtmulti Del Monte angestellt, der im Bundesstaat Ceará riesige Plantagen betreibt. »Mein Mann rührte den Pestizidcocktail an, der auf den Ananasfeldern versprüht wurde«, sagt sie. Er habe direkten Kontakt mit den Chemikalien gehabt.

Als sich seine Augäpfel gelb färbten, dachte sie zunächst, dass er unter Hepatitis leide. »Sein Urin nahm die Farbe von Coca-Cola an«, erinnert sie sich. »Die Leber war stark vergrößert.« Ein ärztliches Gutachten stellte fest: Ihr Mann starb an den Folgen einer Pestizidvergiftung.

Mit der Hilfe eines Anwalts verklagte die Witwe den Fruchtkonzern. Sie gewann in allen Instanzen, doch ausgezahlt wurde die Entschädigung bislang nicht. »Sie halten mich hin«, sagt sie.

Die Produzenten bauen offenbar darauf, dass Brasiliens Justiz unter dem neuen Präsidenten Bolsonaro vor der mächtigen Agroindustrie kuschen wird. Bei Menschenrechtsaktivisten, Arbeitern und Forschern, die sich mit den Auswirkungen des Pestizidkonsums beschäftigen, geht deshalb die Angst um.

»Ärzte, die Atteste ausstellen, die den Agrarunternehmern nicht passen, werden bedroht«, sagt Experte Carneiro. Er selbst wurde wegen seiner kritischen Pestizidstudien von einem Landwirtschaftsverband vor Gericht angezeigt. Sein Arbeitgeber Fiocruz prangerte öffentlich den »Versuch der Einschüchterung und Zensur« ihres Mitarbeiters an.

Auch einige Eltern der vergifteten Schulkinder von Tomar do Geru fürchten die Macht der Großgrundbesitzer. Nur Mislania Silva dos Santos, die Mutter des kleinen João Vítor, hat ihre Bedenken überwunden. Sie ist empört, dass sich Plantagenbesitzer Santos nicht einmal bei den Eltern blicken ließ oder Hilfe anbot.

Sie will sich jetzt mit anderen Müttern zusammenschließen und einen Anwalt nehmen. »Er soll für seine Taten bezahlen«, sagt sie. Jens Glüsing

Mail: jens.gluensing@spiegel.de

Wie sozial ist Europa?

Arbeitsmarkt Die Reform des Entsendegesetzes soll Menschen, die in der EU als Arbeitskräfte verschickt werden, vor Ausbeutung schützen. Streit ist programmiert.

Es gibt Vorhaben in der Politik, deren Wert man erst erkennt, wenn die Dinge richtig schief laufen. So wie in Papenburg, wo 2013 zwei rumänische Arbeiter der Meyer-Werft bei einem Brand in einer Unterkunft erstickten. Das Unglück warf ein Schlaglicht auf die teils unwürdigen Bedingungen, unter denen Menschen aus Europa in Deutschland arbeiten.

Am Bau oder in der Pflege, in vielen Branchen geht wenig ohne Arbeitskräfte, die von ausländischen Firmen auf Zeit hierhergeschickt werden. Ihnen aber werden vom knappen Lohn oft noch Kosten für Unterbringung, Verpflegung oder Reise abgezogen. »Mit den miesen Unterkunftsbedingungen für Arbeitnehmer aus dem Ausland wollen wir endgültig Schluss machen«, sagt Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Der Versuch, die Lage der Betroffenen zu verbessern, trägt den sperrigen Namen »EU-Entsanderichtlinie«. Vergangenes Jahr verabschiedete das Europäische Parlament nach langem Gezerre eine Reform der Regelung. Bis Mitte 2020 muss sie in nationales Recht umgesetzt werden.

Bislang sah die EU-Richtlinie von 1996 vor, dass Mitarbeiter, die zeitlich begrenzt

zur Arbeit in ein anderes EU-Land geschickt werden, den dort geltenden Mindestlohn erhalten. Weil die Löhne aber in Europa so unterschiedlich ausfallen, war Dumping leicht möglich. Künftig sollen entsandte Arbeitnehmer deshalb den gleichen Lohn für gleiche Arbeit wie die heimischen Kollegen bekommen.

Heil hat die Eckpunkte hierfür nun in einem siebenseitigen Papier festgelegt. Einen Gesetzentwurf will er bis zum Sommer vorlegen. »Wir wollen Arbeitnehmer und Unternehmen vor Lohndumping und unfairer Wettbewerb schützen«, sagt er. Der Lohn entsandter Arbeitnehmer solle so weit wie möglich an den für ihre inländischen Kollegen »vorgeschriebenen Lohn angeglichen werden«, so das Papier. Das Gesetz soll auch sicherstellen, dass »entsendebedingte Kosten«, etwa für die Unterkunft, nicht mehr pauschal vom Lohn abgezogen werden können.

Der Entwurf des Ministers dürfte absehbar für Ärger sorgen. Wirtschaftsvertreter fürchten ein »Bürokratiemonster«, das vor allem den Mittelstand überfordert. Welche der vielen Tarifverträge etwa, die es in Bund und Ländern gibt, sollen gelten, wenn es künftig um gleichen Lohn für gleiche Arbeit geht? Wie kurz ist eine Kurzzeitarbeit? Muss der Papierkram schon ausgefüllt werden, wenn ein Mitarbeiter für einen Tag in Rom eine Messe besucht oder in Madrid drei Tage eine Anlage repariert?

Tatsächlich sind die Anforderungen von Land zu Land unterschiedlich, denn für die Umsetzung sind die Nationalstaaten zuständig. In den vergangenen Monaten hat Heil daher mit einigen Amtskollegen in Europa Gespräche geführt, um gemeinsam zu transparenten und unkomplizierten Verfahren zu kommen.

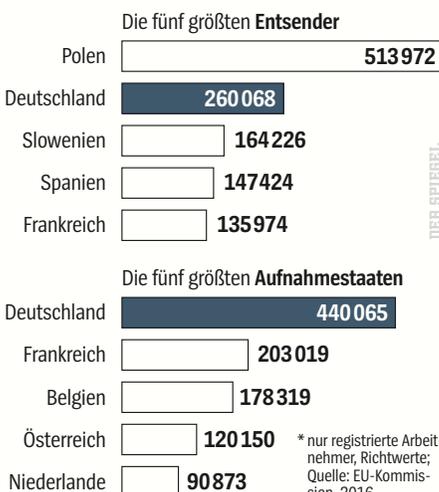
Besonders geschützt werden sollen Arbeitnehmer, die für mehr als 12 oder 18 Monate entsandt werden. Sie sollen hierzu nicht nur gleichen Lohn bekommen, sondern von allen arbeitsrechtlichen Vorschriften profitieren. Zugleich will Heil verhindern, dass der Schutz »durch Aneinanderreihung von mehreren Entsendungen umgangen werden« kann.

Es gibt gute Gründe für die Reform: 1996 bestand die EU aus 15 Mitgliedern heute sind es 28 Staaten. In Bulgarien beträgt der Durchschnittslohn für Vollzeitbeschäftigte 436 Euro, in Deutschland 3380 Euro. Die Zahl der Entsendungen verdreifachte sich zwischen 2005 und 2016 fast auf 2,3 Millionen. Für Heil ist die neue Richtlinie zudem eine Antwort auf die wachsende EU-Skepsis der Bürger: »Wir müssen deutlich machen, dass Europa mehr ist als ein Friedensprojekt und ein Binnenmarkt, sondern auch für sozialen Schutz und Fortschritt steht.« Markus Dettmer

Mail: markus.dettmer@spiegel.de

Wanderarbeiter

Staaten mit den meisten Arbeitnehmerentsendungen und -aufnahmen*



DER SPIEGEL

TAGESSPIEGEL
RERUM COGNOSCERE CAUSAS

REISEAUKTION

Noch bis 12. Mai 2019



Bieten
Sie mit!
Ab 1 Euro

Von der Karibik bis Russland, von Island bis Sri Lanka, von der Ostsee über die Alpen bis ans Mittelmeer. Ersteigern Sie eine von über 200 Reisen in der exklusiven Reiseauktion des Tagesspiegels:

www.tagesspiegel.de/reiseauktion

Tschüss, Harvard

Karrieren Sujay Tyle ging mit 15 an die Eliteuni – und warf sein Studium hin, um Gründer zu werden. Schuld daran war der US-Starinvestor Peter Thiel.

Bevor der Milliardär Peter Thiel in sein Leben trat, war Sujay Tyle, 25, ein braver Junge. Ein Musterschüler, der zwei Klassen übersprang. Tyle war elf Jahre alt, als er einen Professor dazu überredete, im Labor gemeinsam an neuen Biokraftstoffen zu forschen. Mit 15 begann er ein Studium in Harvard. Das sei keine große Sache, findet der Amerikaner. Sein älterer Bruder habe schließlich schon mit 19 die Eliteuniversität Stanford abgeschlossen.

Es gilt als Klischee, dass Eltern mit asiatischen Wurzeln ihre Kinder zu Höchstleistungen im Leben anspornen. Im Fall seiner Familie, sagt Tyle, stimme das Klischee. In Indien in einfachen Verhältnissen geboren, gingen seine Eltern zum Studieren in die USA, der Vater stieg zum hochrangigen Manager in der Pharmabranche auf. Ein amerikanischer Traum.

Für seine eigenen Kinder hatte das Paar einen Abschluss an einer Spitzenuniversi-

tät eigentlich fest eingeplant. Danach würde Tyle Arzt werden, so hofften sie.

Es kam anders, und schuld daran ist Peter Thiel, der PayPal-Gründer und Facebook-Investor. Der US-Milliardär hält das Collegestudium nicht bloß für überflüssig, sondern sogar für schädlich: Er glaubt, dass es jungen Leuten den Mut abtrainiere, die großen Probleme der Menschheit anzugehen. Thiels Stiftung gibt deshalb 20 bis 30 jungen Frauen und Männern jährlich jeweils 100 000 Dollar. Als Geschenk, nicht als Kredit. Davon sollen sie zwei Jahre lang leben und in der Zeit eine Unternehmensidee entwickeln. Einzige Bedingung: Sie müssen ihr Studium abbrechen.

Thiel stellt damit einen Glaubenssatz der Einwanderernation USA infrage: dass vor allem Bildung den sozialen Aufstieg ermöglicht. Dabei hat der Sohn deutscher Auswanderer selbst Philosophie und Jura in Stanford studiert (und abgeschlossen). Heute besitzt er ein geschätztes Vermögen von 2,5 Milliarden Dollar. Wegen seiner Unterstützung für Donald Trump gilt er im liberalen Silicon Valley als Querkopf.

Den Biologiestudenten Tyle brachte die eigene Ungeduld dazu, sich für Thiels Stipendium zu bewerben: »In den Naturwissenschaften braucht es Jahre, bis du ein Ergebnis siehst. Ein Technologieunternehmen kannst du in einem Monat bauen.« Seine Eltern hätten seine Entscheidung »kontrovers« aufgenommen, sagt er. Seiner Mutter musste er versprechen, das Studium später zu beenden.

Ein Jahr vor seinem Abschluss verließ Tyle die Uni und zog von Boston ins Sili-

con Valley, ähnlich wie es Facebook-Gründer Mark Zuckerberg ein paar Jahre zuvor gemacht hatte. Nur: Zuckerberg leitete zu dem Zeitpunkt schon ein rasant wachsendes Start-up. Tyle hatte noch nicht einmal eine Idee. Also schrieb er E-Mails an 200 Unternehmer. Ein paar antworteten, und einer gab ihm einen Job.

Ein Jahr später wurde aus Tyle dann doch ein Gründer. Erst baute er die Jobplattform Hired mit auf. Dann gründete er sein aktuelles Unternehmen, die Frontier Car Group. Das Unternehmen will den Handel mit gebrauchten Autos in Indien, Nigeria und anderen Schwellenländern digitalisieren. Und das, obwohl Tyle von sich sagt: »Ich habe in meinem Leben noch kein Auto besessen.«

Rund 250 Millionen Dollar Kapital hat sein Start-up bislang nach eigenen Angaben von internationalen Investoren eingesammelt. Die Firma hat ihren Sitz in Berlin, doch die deutsche Hauptstadt ist für Tyle bloß ein Stützpunkt. Einer seiner Mitgründer komme von dort, und die Programmierer und Mieten seien billiger als im Silicon Valley, sagt er. »Ich spreche kein Wort Deutsch.« Er fliegt ohnehin die meiste Zeit um die Welt: »Ich habe in den vergangenen drei Jahren nie mehr als zehn Tage in derselben Stadt verbracht.«

Das Thiel-Stipendium ist bis heute umstritten. Ex-Harvard-Präsident Larry Summers nannte es schon 2013 »die irrigste Wohltätigkeitssache des Jahrzehnts«. Ein anderer Kritiker machte sich damals darüber lustig, dass die Initiative statt weltbewegender Erfindungen bloß eine Firma hervorgebracht habe, die Koffeinspray verkaufe. Das ist ein bisschen unfair, weil es oft Jahre braucht, bis Erfolg sichtbar wird. Doch in der Tat war unter Thiels Gründern noch kein zweiter Mark Zuckerberg.

Auch Tyles Jobplattform und der Automarktplatz haben bislang keinen Exit hingelegt, keinen Verkauf oder Börsengang, der ihn auf einen Schlag reich gemacht hätte. Seine Anteile an den beiden Firmen seien aber »einiges« wert, wie er sagt. Es gebe nichts, was er bereue.

Trotzdem blickt Tyle mit gemischten Gefühlen auf den Gründergeist seiner Generation. Der sei dabei, sich in einen ungesunden Hype zu verwandeln, findet er: »Es hat diesen falschen Sex-Appeal, nicht aufs College zu gehen und nach San Francisco zu ziehen, ohne Geld oder eine Idee.« Vielen Jungunternehmern fehle mit Anfang zwanzig die persönliche Reife, um ein Start-up mit zig Mitarbeitern zu leiten.

Das Versprechen an seine Mutter hat er übrigens eingelöst. Irgendwann zwischen Start-up Nummer eins und Start-up Nummer zwei ging Tyle zurück nach Harvard.

Ann-Kathrin Nezik

Mail: ann-kathrin.nezik@spiegel.de



RADU DIACONU / DER SPIEGEL

Start-up-Unternehmer Tyle: »Falscher Sex-Appeal, nicht aufs College zu gehen«

Jetzt SZ lesen
& Europa
kennlernen*

Warum braucht Europa Ihre Stimme?

Weil bei der Europawahl am 26. Mai 2019 über unser aller Zukunft entschieden wird.

» Unsere Angebote zur Europawahl:

- › PRINT
- › PRINT & DIGITAL
- › 50 Ausgaben täglich für 50 €
- › 8-Wochen-Kombi für 50 €:
Am Wochenende die gedruckte Zeitung
und täglich SZ Plus

+ Gewinnen Sie eine **Individualreise für 2 Personen** durch Europa*

* Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter sz.de/europa-sp
Ein Aktionsangebot der Süddeutsche Zeitung GmbH · Hultschiner Str. 8 · 81677 München

» Jetzt Angebot sichern:

sz.de/europa-sp

089 / 21 83 99 27

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung

Krieg der Sterne

Zeitungen Italiens populistische Regierung schafft die Presseförderung ab. Es ist der letzte Akt eines jahrelangen Kampfs gegen den Journalismus.

Natürlich kann man sich fragen, ob Italien eine kommunistische Tageszeitung wie den »Manifesto« noch braucht. Seit bald 50 Jahren gibt es das Blatt. Die Auflage schrumpft und schrumpft, und man tritt den Kollegen nicht zu nahe, wenn man sagt, dass der »Manifesto« seine besten Zeiten hinter sich hat; jene, in denen Dario Fo und Umberto Eco dort ihre Texte veröffentlicht haben. Aber das soll jetzt das Ende sein?

Die Redaktion hat etliche Krisen und ein Attentat überlebt. Im Jahr 2000 zündete ein Neofaschist vor den Redaktionsräumen eine Bombe, am 22. Dezember, verpackt wie ein Weihnachtsgeschenk. Sie explodierte vor den Füßen des Attentäters. Der »Manifesto« habe sieben Leben, sagt der verantwortliche Direktor Matteo Bartocci, »aber sechs davon haben wir schon verbraucht«.

Bartocci klingt fatalistisch, und das hat seinen Grund. Der nächste, ja, der vielleicht letzte Angriff auf sein Blatt kommt nämlich von Staats wegen. Die Regierung streicht dem »Manifesto« drei Millionen Euro Presseförderung, rund 40 Prozent seiner Erlöse. Wie soll man so einen Verlust ausgleichen?

Der Mann, der für diese besondere Pressekrise verantwortlich ist und den sie in der Redaktion des »Manifesto« deshalb »il Killer« nennen, ist Vito Crimi, ein freundlicher Mann von 47 Jahren. Er sitzt zwischen massiven Holzmöbeln im Palazzo Madama, dem römischen Senat.

Crimi hat in der neuen Regierung einen Posten mit einschläferndem Titel, aber enormer Macht. Er ist Unterstaatssekretär für das Verlagswesen, verantwortlich für die Medienpolitik. Und die bedeutet für Crimi und seine Fünf-Sterne-Partei vor allem: Anti-Press-Politik.

Das passende Gesetz hat die Regierung im Dezember verabschiedet, darin enthalten sind Kürzungen für einen Großteil der Presseförderung, die in Italien bisher ausbezahlt wurde. Mehr als 50 Millionen Euro, reserviert für kleine, strauchelnde Blätter, fallen jährlich weg. In spätestens drei Jahren soll nichts davon übrig bleiben, bis dahin werden die Zuschüsse für Hunderte Zeitungen nach und nach gestrichen.

Für Crimi ist das nur der erste Schritt. Er möchte langfristig auch die indirekten Förderungen beseitigen, etwa die ermäßigte Mehrwertsteuer für Zeitungen. Die »Ordi-

ne dei Giornalisti«, eine für Redakteure verpflichtende Journalistenkammer, die den Berufsstand vor Puschern schützen soll, soll in dieser Form ebenfalls verschwinden. Sogar den Begriff »Journalist« möchte Crimi überwinden, er spricht lieber von »Informationsprofis«. Alles weg, alles neu.

Crimi ist ein Fünf-Sterne-Anhänger der ersten Stunde, den Kampf gegen die Presseförderung nennt er einen »Kerninhalt« seiner Partei. »Die größten Verbreiter von Fake News sind die Zeitungen«, sagt Crimi. Das sei im Umgang mit der Fünf-Sterne-Bewegung schon immer so gewesen. Auch aus seinen Telefonaten mit Beppe Grillo, Komiker, Gründer und graue Eminenz der Partei, hätten die Zeitungen ständig im Wortlaut zitiert: »Ich meine, woher wollen die das wissen?«

Bei den betroffenen Medien geht es ums Überleben. Mehrere italienweit verkaufte Blätter könnte es treffen, ein paar Dutzend Lokalzeitungen und einen Radiosender. Das eigentlich Dramatische daran ist noch nicht einmal, dass sich eine Regierung mit der Presse anlegt. Die besondere Tragik für den italienischen Journalismus liegt darin, dass ihm kaum noch jemand hinterherweint.

Crimis Maßnahme ist nämlich populär, nicht nur bei Fans der Fünf-Sterne-Bewegung. Gegen Journalisten zu wettern, das haben Politiker hier früher gemerkt als in anderen Ländern, bringt Punkte beim Volk. Und so lässt sich am Beispiel Italien beobachten, wohin es führt, wenn der Hass auf die Presse über lange Zeit genährt wird. Wenn Politiker jede unliebsame Nachricht als »bufala« – »Falschmeldung« – brandmarken und sich zu Opfern einer Verschwörung stilisieren; wir gegen sie, Regierung gegen Presse. Irgendwann setzt sich dieses Misstrauen fest, bei Lesern und Wählern, in Koalitionsprogrammen und Haushaltsgesetzen. Und möglicher-

weise stirbt dann, ohne dass es jemanden stört, eine Zeitung nach der anderen.

In den zehn Jahren, in denen die Fünf-Sterne-Bewegung von Erfolg zu Erfolg geeilt ist, ging es mit dem italienischen Journalismus bergab. Die Auflagen der historisch schwachen Tageszeitungen brachen um 50 Prozent ein, Tausende Journalisten mussten ihren Job aufgeben, Zehntausende Kioske schließen. Mit dem Ansehen des Berufs ging es ähnlich schnell abwärts: 65 Prozent der Italiener sagen, sie würden Journalisten nicht vertrauen. Friseure schneiden in Umfragen besser ab, sogar Beamte – und das in Italien.

Für Unterstaatssekretär Crimi ist es »eine Frage der Glaubwürdigkeit«, den Zeitungen das Geld wegzunehmen. Er wolle ihnen helfen, sagt Crimi, denn »Staatszeitungen« traue man nun mal nicht.

Tatsächlich ist die Rache an der angeblichen Lügenpresse ein Gründungsmythos der Fünf-Sterne-Bewegung. Es gibt sogar ein exaktes Datum, an dem Beppe Grillo dem Journalismus den Krieg erklärte. Den 25. April 2008.

Im Netz findet man noch Videoaufnahmen von diesem Tag. Zu sehen ist ein bärtiger Mann, der sich auf dem Turiner Stadtplatz die Seele aus dem Leib brüllt. Beppe Grillo schnaubt und zetert, er kriegt kaum noch Luft, und obwohl sein Mikro übersteuert, hängen Tausende an seinen Lippen. »Diese Arschkriecher kriegen unser Geld«, schreit er, und zum Applaus wirft er die Arme in die Luft wie ein Rockstar.

Grillo hat den »V2-Day« ausgerufen, die zweite Ausgabe seines jährlichen Protests gegen das Establishment. Das V steht für »Vaffanculo« – »leck mich am Arsch« –, aber ein bisschen steht es auch für Vendetta. Grillo nimmt sich Journalisten und Verleger vor, es ist eine Suada gegen die Presse. Er spricht von »Staatsmedien« und »Unwahrheiten«, der Ausdruck »Fake News« fällt nur deshalb nicht, weil Donald Trump ihn erst noch populär machen muss. Grillo will Rache an Italiens Zeitungen nehmen, weil sie ihn niederschreiben oder ignorieren. Und er hat Zahlen mitgebracht.

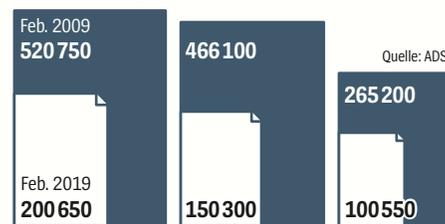
»Il Corriere Mercantile« – 2,6 milioni« schreit Grillo. »Vaffanculo«, schallt es zurück. Er steht vor einer gigantischen Tabelle, nacheinander brüllt er die Namen von Zeitungen ins Volk, dann die Beiträge, die sie bekommen. »Il Manifesto« – 4,4 milioni«, Hände in die Luft, »Vaffanculo!«

Anderthalb Jahre später, im Oktober 2009, wird die Fünf-Sterne-Bewegung gegründet, zehn Jahre später sitzt sie an den Hebeln der Macht. Vaffanculo jeden Tag.

Unterstützer der Fünf-Sterne-Bewegung sehen die Umwälzung als großen Frühjahrsputz. Sie deuten auf die historischen Probleme mit der Presseförderung, auf den Missbrauch, der mitunter getrieben wurde. Sie erzählen davon, wie sich

Presse in Not

Verkaufte Auflagen großer italienischer Tageszeitungen





STEPHANIE GENGOTTI / DER SPIEGEL

»Manifesto«-Chefs Norma Rangeri, Bartocci: »Sechs Leben haben wir schon verbraucht«

noch in den frühen Nullerjahren Zeitungen eigene Parteien hielten – und Parteien eigene Zeitungen. Ein System, das es manchem betrügerischen Verleger leicht machte, den Staat abzuzocken.

Die Geschichten sind angestaubt, mit dem heutigen System nicht zu vergleichen, aber Italiens Regierungsparteien erzählen sie gern. Weil sie funktionieren, das Volk gegen die Presse in Stellung bringen. Ist das bloß ein Sturm, der vorüberzieht? Oder ein Epochenbruch? Und: Was bleibt übrig, wenn so viel verloren geht?

In einem Eckhaus in der Via Viminale, nahe an Roms Hauptbahnhof, fürchtet Radio Radicale um seine Zukunft. Den Sender gibt es seit 1976, und er ist, anders als es sein Name vermuten lässt, kein politischer Agitator. Die radikale Philosophie von Radio Radicale lautet: Transparenz. Ob Parteitage, Strafprozesse, Vaffanculo-Days oder Senatsdebatten: Radio Radicale übertrug immer, alles. Rund um die Uhr, sieben Tage die Woche, non-profit.

In Italien, wo die Kleidervorschriften in der Politik stets strenger waren als die Ar-

beitsmoral, kam dieses Liveradio einer Revolution gleich. Das Parlament wurde kontrollierbar, von jedem Bürger, per UKW. Und im Archiv des Senders schlummern, auf 279 000 Audiokassetten, fünf Jahrzehnte italienischer Geschichte.

Etwa eine Äußerung des damaligen Außenministers Giulio Andreotti aus dem Jahr 1984: »Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei sollen es bleiben.« Ein Ausspruch, der eine diplomatische Krise nach sich zog – und vom italienischen Außenministerium sofort heruntergespielt wurde. Andreotti habe lediglich die »aktuelle Situation« beschrieben. Das Archiv von Radio Radicale bewies das Gegenteil.

Für die Regierung zähle das nicht, sagt die leitende Redakteurin Ada Pagliarulo, »die wollen einen Schnitt mit der alten Welt«. Über Pagliarulos Bildschirm flimmert eine Agenturmeldung aus dem Piemont. Ein 69-Jähriger, steht da, habe aus Protest gegen die mögliche Schließung von Radio Radicale seine Nachbarn mit Parlamentsdebatten in voller Lautstärke genervt. Andere gehen in ihrem Protest noch weiter: Der Journalist und Politiker Maurizio Bolognetti ist für Radio Radicale im Hungerstreik, seit mehr als 70 Tagen.

Für seinen Dienst an der Öffentlichkeit erhielt der werbefreie Sender bisher 14 Millionen Euro im Jahr. 5 Millionen wurden schon gestrichen, der Rest soll folgen. Bis Mai seien die Kosten gedeckt, sagt Pagliarulo, dann gehe Radio Radicale das Geld aus.

Seit Ende März lädt Unterstaatssekretär Crimi Verleger und Journalisten zu regelmäßigen Treffen am runden Tisch, um über die Zukunft der Presseförderung zu diskutieren. Der »Manifesto« berichtet aus den Sitzungen, Radio Radicale überträgt sie live, aber was das Ganze bringen soll, weiß niemand. Die Fronten sind verhärtet, Crimi hatte den betroffenen Medien schon im Vorfeld ausrichten lassen, dass sich an den Kürzungen nichts ändere. Er denke über ein »Gutscheinsystem« für Leser nach. Wer zum ersten Mal ein Abo für ein Medium abschließt, bekommt ein zweites gratis dazu – der Staat bezahlt die Rechnung. Ein Friedensangebot?

Beim »Manifesto« will man die Konsequenzen dieser Gutscheine nicht abwarten. Zu groß sind schon jetzt die finanziellen Schwierigkeiten. Stattdessen geht die Redaktion in die Offensive. Seit März hat das Blatt acht Seiten mehr, und online soll die Bezahlschranke abgeschafft werden. Für die Redaktion ist das ein Glücksspiel: Sie kann alles verlieren, sich vor dem Tod ein letztes Mal aufbäumen. Oder zurückkommen und neue Märkte finden. Wahrscheinlich ist das nicht. Anton Rainer

Mail: anton.rainer@spiegel.de

Ausland

»Es gibt keinen Weg zurück. Entweder wir sterben, oder es gibt einen Wandel.« ► S. 84



CORINNA KERN / REUTERS

Mit einem Gewehr posiert dieses Mädchen im Militärmuseum von Latrun. Hier lieferten sich im Unabhängigkeitskrieg 1948/49 Israelis und Araber erbitterte Kämpfe um die Straße ins belagerte Jerusalem. Der Konflikt ist noch immer nicht gelöst: Am vergangenen Wochenende feuerten Palästinenser 690 Raketen aus dem Gazastreifen Richtung Israel. Das Abwehrsystem »Iron Dome« fing rund ein Drittel der Geschosse ab. Die Armee setzte zu Gegenangriffen auf die Hamas und den Islamischen Dschihad an. Insgesamt starben 4 Israelis und 25 Palästinenser. Seit Montag herrscht eine Waffenruhe.

Venezuela

Der Machthaber schlägt zurück

● Nach dem gescheiterten Umsturzversuch seines Widersachers Juan Guaidó nutzt der Autokrat Nicolás Maduro die Schwäche der Opposition, um Guaidós wichtigste Bastion zu attackieren: die demokratisch gewählte Nationalversammlung, deren Präsident Guaidó ist. Am Mittwoch ließ Maduro den Parlamentsvize Edgar Zambrano verhaften, einen

wichtigen Mitarbeiter Guaidós. Sieben weiteren Abgeordneten entzog der Oberste Gerichtshof, der von Maduro kontrolliert wird, die parlamentarische Immunität. Fast 70 Volksvertreter sind nach Angaben des Parlaments verschärfter Repression ausgesetzt, mehrere sitzen im Gefängnis.

»Maduro will das Parlament zerstören«, sagte Guaidó. Die Richter berufen sich darauf, dass das 2015 gewählte Parlament seine Legitimität verloren habe, nachdem Maduro eine neue verfassungsgebende Versammlung einberief.

Guaidó, der sich in seiner Funktion als Parlamentspräsident im Januar zum Interimsstaatschef erklärte, erkennt die verfassungsgebende Versammlung nicht an. Ebenso halten es die mehr als 50 Staaten, die sich hinter ihn gestellt haben.

Maduro hat unterdessen auch die Repression gegen seine außerparlamentarischen Gegner verschärft: Mehr als 2000 Menschen wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Foro Penal seit Jahresbeginn aus politischen Gründen festgenommen, zumeist während Kundgebungen gegen das Regime. JGL

»Ideologisches Bündnis mit der Regierung«

Basil Kerski, 49, Direktor des »Europäischen Solidarność-Zentrums« in Danzig, über den Namenskonflikt mit der legendären Gewerkschaft Solidarność, die vor 30 Jahren den friedlichen Wandel in Polen herbeiverhandelte – und in den vergangenen Jahren stark nach rechts gerückt ist

SPIEGEL: Herr Kerski, die Gewerkschaft Solidarność will Ihnen verbieten, ihr Logo zu verwenden. Warum?

Kerski: Die Solidarność gehört zu den Mitbegründern unseres Zentrums. Ihre heutige Führung ist offenbar der Meinung, dass unsere Projektarbeit sich nicht mit christlichen Werten verträgt.

SPIEGEL: Was sind das für Projekte?

Kerski: Wir sind ein Museum, wollen aber auch die Zivilgesellschaft stärken. Herzstück ist eine Dauerausstellung über den Freiheitskampf der Solidarność und alle Revolutionen, die zum Zusammenbruch des Kommunismus 1989 beigetragen haben. Und wir unterstützen neue soziale Bewegungen, arbeiten mit Migranten und Vertretern von sexuellen Minderheiten zusammen.

SPIEGEL: Was hat das mit der Solidarność zu tun?

Kerski: Die Solidarność war einmal ein pluralistisches

Bündnis verschiedener gesellschaftlicher Kräfte und setzte auf Toleranz. Ihre heutige Führung betont dagegen ihre historische Rolle einer national-katholischen Befreiungsbewegung – und hat Probleme mit Andersdenkenden, vor allem mit Polen, die der katholischen Kirche kritisch gegenüberstehen. Man kann sagen, die Solidarność hat sich politisch verengt und ist ein ideologisches Bündnis mit der nationalkonservativen Regierung eingegangen.

SPIEGEL: Das Kulturministerium hat Ihnen rund 40 Prozent der Förderung gestrichen. Ist Ihre Arbeit in Gefahr?



Kerski

PRZEMEK & #346;WIDERSKI

Kerski: Nein. Die Stadt Danzig ist Eigentümerin des Gebäudes und verteidigt unser Programm. Zudem haben rund 80 000 Bürger spontan rund doppelt so viel gespendet, wie das Ministerium jährlich gezahlt hat. Nach dem Mord am Gründer unseres Zentrums, dem Danziger Bürgermeister Pawel Adamowicz, durch einen politisch verblendeten Täter im Januar wurde der Sarg bei uns für 24 Stunden aufgebahrt. Mehr als 50 000 Menschen kamen. Dies und die Spenden waren ein stiller Protest gegen die Kultur des Hasses, die auch in Polen stärker wird.

SPIEGEL: Auch Sie persönlich werden scharf angegriffen. Warum?

Kerski: Mein Vater ist Iraker, meine Mutter Polin, ich bin in Danzig geboren, seit 1979 lebe ich in West-Berlin. Aus der Sicht von Nationalisten habe ich nicht die richtige Biografie. Sie wollen nicht, dass jemand Polens Geschichte vermittelt, der nicht in ihre engen Identitätsmuster passt.

SPIEGEL: Was werden Sie tun?

Kerski: Das legendäre Solidarność-Logo bleibt ein wichtiges Exponat in unserer Ausstellung. Der Schriftzug ist ein Kunstwerk. Sein Schöpfer, Jerzy Janiszewski, ist uns beige-sprungen. Er will, dass alle demokratisch gesinnten Polen Zugang zu diesem Symbol der friedlichen Revolution haben. JPU

Analyse

Arktischer Teufelskreis

Der Wettlauf der Großmächte um die Rohstoffe der Nordpolarregion beschleunigt den Klimawandel.

Wem gehört der Nordpol? Schon vor mehr als zehn Jahren haben die Russen am nördlichsten Punkt der Erde eine Nationalflagge aus Titan in den Meeresgrund gerammt, um Fakten zu schaffen. Aber auch die Dänen, die Grönland besitzen, erheben Anspruch auf den Nordpol. Bisher waren solche Streitigkeiten eine Kuriosität, doch durch den Klimawandel ändert sich das gerade. Je stärker das nördliche Eis schmilzt, umso entschlossener betreiben die globalen Mächte ihren Wettlauf um die Arktis. Neben Russland sind es, wie so häufig, China und die USA, die mitreden wollen, wenn die entlegene Weltregion wirtschaftlich und militärisch erschlossen wird.

Obwohl der nördlichste Zipfel Chinas mehr als tausend Kilometer vom Polarkreis entfernt liegt, propagiert Peking neuerdings das Projekt einer »polaren Seidenstraße«. Die Rede ist vor allem von günstigen Schifffahrtsrouten durch das Nordmeer, auf denen die Transportzeit für Waren nach Europa deutlich verkürzt werden kann. Allerdings argwöhnt die US-Regierung, dass dahinter

noch weiter gehende Absichten stecken. Auf einer Tagung des Arktischen Rats diese Woche in Finnland hat der amerikanische Außenminister Mike Pompeo in scharfen Worten versucht, China in die Schranken zu weisen. Er warf dem Rivalen »ein Muster aggressiver Verhaltensweisen« vor und warnte Peking davor, in der Arktis »nationale Sicherheitsinteressen« zu verfolgen. Gegenüber Moskau wurde Pompeo ebenfalls deutlich: »Wir wissen, dass die russischen Gebietsansprüche in Gewalt ausarten können.«

Die kleineren Mitglieder des Arktischen Rats hatten allen Grund, die Washingtoner Machtdemonstration mit Entsetzen zu verfolgen. Denn Pompeo machte klar, dass Amerika die Eisschmelze vor allem als Chance sieht, an Öl und andere Rohstoffe zu gelangen, die im Grund des Nordmeers verborgen liegen. So zeichnet sich eine tragische Entwicklung ab: In der Arktis, wo die Erderwärmung bereits dramatische Folgen hat, führt sie voraussichtlich dazu, dass bald noch mehr CO₂ freigesetzt wird. Dietmar Pieper

In der Sackgasse

Türkei Präsident Erdoğan steht nach der Annullierung der Istanbul-Wahl vor einer schwierigen Entscheidung: Entweder er opfert einen Teil seiner Macht – oder den Frieden im Land.

Der Mann, der seit Anfang der Woche eines der wichtigsten politischen Ämter der Türkei besetzt, ist kein Politiker, sondern ein Bürokrat: Ali Yerlikaya, 50, hat als Beamter im Innen- und Gesundheitsministerium gearbeitet und als Gouverneur der Provinz Istanbul und verschiedener anatolischer Provinzen. Er ist ein farblos wirkender, bisher weitgehend unbekannter Mann.

Nun führt er als Interimsbürgermeister die Amtsgeschäfte in Istanbul – zumindest, bis die Istanbuler am 23. Juni ein zweites Mal an die Urnen treten. Bei der regulären Bürgermeisterwahl am 31. März hatte Oppositionskandidat Ekrem İmamoğlu die AK-Partei von Präsident Recep Tayyip Erdoğan bezwungen. Doch İmamoğlu konnte sich nur wenige Tage im Amt halten. Am Montag erklärte die Wahlkommission die Abstimmung auf Druck von Erdoğan für ungültig. Sie rief eine Neuwahl aus und installierte Yerlikaya als Zwangsverwalter.

Die Annullierung der Istanbul-Wahl markiert eine Zäsur für die Türkei: Erdoğan hat zuvor schon die Unabhängigkeit der Justiz beschnitten und die Medien weitgehend gleichgeschaltet. Doch indem der Präsident sich nun erstmals weigert, ein Wahlergebnis anzuerkennen, das ihm missfällt, überschreitet er eine Schwelle: hin zu einem System, in dem ein demokratischer Machtwechsel kaum mehr möglich scheint – es ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Türkei in die Diktatur.

Die Folgen für das Land könnten dramatisch sein, der Ausgang ist nicht vorherzusehen: Am Ende könnten Massenproteste stehen, ein Volksaufstand, im schlimmsten Fall gewaltsame Zusammenstöße zwischen Anhängern und Gegnern des Präsidenten.

Denn Erdoğan's Vorstoß ist kein Ausdruck von Stärke, sondern von Schwäche: Sein Regime befindet sich im Endspiel um die Macht. Er muss fürchten, dass die Wirtschaft kollabiert. Das Land geht durch eine Rezession. Die Lira fiel am Donnerstag auf 6,2 im Vergleich zum Dollar, den niedrigsten Wert seit dem Zollstreit mit den USA im vergangenen Spätsommer. Analysten rechnen damit, dass sie bis zur Wahl auf 8,0 einbrechen könnte, was die Inflation zusätzlich anheizen würde. »In einer Zeit, in der wir uns auf wirtschaftliche und



MURAT KULA / ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

Staatschef Erdoğan: Endspiel um die Macht

demokratische Reformen konzentrieren sollten, sind erneute Wahlen ein Grund zur Sorge«, kritisiert der türkische Unternehmerverband Tüsiad.

Auch innerhalb der AKP wächst die Unruhe. Teile der Partei lehnen die Annullierung der Wahl ab. »Wir können uns nicht dadurch retten, dass wir (an Ramadan) fasten«, schrieb der Abgeordnete Mustafa Yeneroğlu auf Twitter. Erdoğan, so scheint es, tut sich schwer, die Fliehkräfte in der AKP zu bremsen. Sowohl der frühere Präsident Abdullah Gül wie auch der frühere Premier Ahmet Davutoğlu, beide langjährige AKP-Mitglieder, stellten sich diese Woche offen gegen ihn. »Es ist der grundlegendste Wesenszug unserer demokratischen Tradition, dass das Volk das letzte Wort an der Urne hat«, schrieb Davutoğlu auf Twitter. Und Gül verglich die Annullierung der Istanbul-Wahl mit dem Versuch des Verfassungsgerichts 2007, seine Präsidentschaft zu verhindern. »Es ist eine Schande, dass wir nicht weiter sind.«

Deshalb glauben manche Beobachter, dass es noch vor der Neuwahl am 23. Juni zu einer Spaltung der AKP kommen könnte – darüber wird zwar seit Langem spekuliert, doch nun hat der Präsident für seine parteiinternen Gegner wohl eine Grenze überschritten. Gül, Davutoğlu und der frühere Wirtschaftsminister Ali Babacan, heißt es, wollten eine neue Partei gründen, was zu Austritten aus der AKP führen könnte und Erdoğan im Wahlkampf zusätzlich belasten würde.

Erdoğan war sich dieser Risiken durchaus bewusst. Er hat lange gezögert, in Istanbul die Neuwahl zu erzwingen. AKP-Funktionäre erzählen, dass Hardliner aus dem Umfeld des Präsidenten, darunter sein Sohn Bilal und sein Schwiegersohn und Finanzminister Berat Albayrak, ihn letztlich davon überzeugt haben sollen, dass die Partei es sich nicht leisten könne, Istanbul verloren zu geben – mit 15 Millionen Einwohnern ist es die bei Weitem größte Stadt der Türkei und zugleich die Heimat des Präsidenten.

Erdoğan braucht die Kontrolle über die Istanbuler Stadtverwaltung, um Familienmitgliedern und Günstlingen weiterhin ungestört Aufträge und Privilegien zukommen lassen zu können. Allein im vergangenen Jahr soll die Kommune etwa 20 Millionen Euro an drei Stiftungen gezahlt haben, in denen Erdoğan's Sohn Bilal im Vorstand sitzt. Firmen wie die Çalık Holding, die bis 2013 von Erdoğan-Schwiegersohn Berat Albayrak geführt wurde, erhalten regelmäßige Staatsaufträge. Die Çalık-Medien trommelten in den vergangenen Wochen besonders heftig für eine Neuwahl.

Istanbul steht nun ein Wahlkampf bevor, wie ihn die Stadt noch nicht erlebt hat. Bereits vor der Wahl im März absolvierte Erdoğan bis zu neun Auftritte an einem

Wahlen Oppositionspolitiker Ekrem İmamoğlu über die Wiederholung der Abstimmung in Istanbul und seine Strategie gegen Erdoğan

»Wir kämpfen weiter«

Um ihn herum herrscht Chaos: Seine Berater nehmen pausenlos Anrufe entgegen von Parteifunktionären, Journalisten, Beamten. Anhänger wollen Fotos mit ihm schießen. Ekrem İmamoğlu, 48, alter und neuer Spitzenkandidat der Republikanischen Volkspartei (CHP) für die Oberbürgermeisterwahl in Istanbul, wirkt hingegen ruhig, fast zurückgenommen. Er hat für das Interview mit dem SPIEGEL ein Restaurant am Bosphorusufer in Istanbul gewählt. Seine Stimme ist leicht angeschlagen von den vielen Wahlkampfauftritten der vergangenen Wochen.

SPIEGEL: Herr İmamoğlu, ist mit der Annullierung der Istanbul-Wahl die Chance auf faire und freie Wahlen in der Türkei vertan?

İmamoğlu: Die Türkei ist kein Land, das den Kampf für Demokratie wegen einer solchen Entscheidung aufgibt. Die Menschen werden bei der Neuwahl am 23. Juni eine klare Reaktion zeigen. Sie werden den Fortbestand der Demokratie sicherstellen.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Präsident Erdoğan dann eine Niederlage akzeptieren wird?

İmamoğlu: Ihm wird keine andere Wahl bleiben.

SPIEGEL: Warum boykottieren Sie die Abstimmung nicht, wie Parteifreunde Ihnen das geraten haben?

İmamoğlu: Ein Boykott macht nur in Ländern mit einer hoch entwickelten Demokratie Sinn, wo die Gesellschaft aufschreit. Die Türkei ist noch kein solches Land. Ein Boykott würde lediglich der Regierung nützen. Wir kämpfen an der Urne weiter.

SPIEGEL: Haben Sie Sorge, dass Menschen der Wahl fernbleiben, weil sie den Glauben an den demokratischen Prozess verloren haben?

İmamoğlu: Nein. Wo immer ich in diesen Tagen hingehe, begegne ich Menschen, die enthusiastisch sind, die sagen:

»Wir schaffen das, mein Bürgermeister.« Oder sie rufen unseren Wahlkampfslogan: »Alles wird gut«. Menschen ändern ihre Urlaubspläne, um bei der Wahl dabei zu sein. Ich garantiere Ihnen, dass die Wahlbeteiligung im Juni noch höher sein wird als im März.

SPIEGEL: Wie reagieren Sie, falls es bei der Neuwahl am 23. Juni zu Manipulationen durch die Regierung kommt?



LEFTIS PITAKIS / AP

İmamoğlu: Wir werden das nicht zulassen. Wir haben schon bei der Wahl im März ein hervorragendes Kontrollsystem entwickelt. Und dieses Mal sind zwanzigmal so viele Menschen für uns im Einsatz. Es wird keine Probleme geben.

SPIEGEL: Erdoğan sagte im Wahlkampf: »Wer Istanbul regiert, regiert die Türkei.« Glauben Sie, er fürchtet inzwischen um seine Macht?

İmamoğlu: Ich kann nicht in seinen Kopf blicken. Ich weiß nur, dass jede Herrschaft irgendwann an ihr Ende gelangt.

SPIEGEL: Ex-Präsident Abdullah Gül und Ex-Premier Ahmet Davutoğlu, zwei prominente AKP-Politiker, haben die Annullierung der Wahl kritisiert. Glauben Sie, dass Ihnen die Intervention der beiden hilft, islamisch-konservative Wähler zu überzeugen?

İmamoğlu: Das glaube ich nicht. Aber ich habe mich trotzdem über ihre Statements gefreut. Die beiden haben selbst unter politischer Ungerechtigkeit gelitten. Es ist wertvoll, dass sie nicht schweigen über die Ungerechtigkeit, die mir widerfahren ist.

SPIEGEL: Die türkische Wirtschaft steckt in der Krise, die Lira und der Aktienindex haben diese Woche an Wert verloren. Würde sich daran etwas ändern, wenn Sie nach der Wahl im Juni ins Rathaus zurückkehren?

İmamoğlu: Die Wirtschaft braucht ein demokratisches, friedliches, faires Umfeld, um zu funktionieren. Wenn all das nicht existiert, entstehen Krisen. Vor allem wenn wir wollen, dass Gelder aus dem Ausland in der Türkei Geld investieren, müssen wir beweisen, dass in diesem Land Demokratie und Rechtsstaat existieren. Dafür trete ich an. Wir haben Probleme. Aber wir können sie als Nation überwinden.

Interview: Bülent Mumay



Protestierende nach Wahlannullierung in Istanbul: Ein Schritt auf dem Weg in die Diktatur

BULENT KILIC / AFP

Tag. Er erklärte die Abstimmung zu einer »Frage des nationalen Überlebens« und attackierte Kontrahenten in einer Schärfe, die selbst für ihn außergewöhnlich war. Beobachter fürchten, dass die Attacken auf Opposition und Zivilgesellschaft nun noch einmal zunehmen könnten.

Erdoğan steht unter Druck wie selten zuvor in seiner Karriere. Er hat sich stets als Außenseiter inszeniert, seit er in den Neunzigerjahren wegen vermeintlicher islamistischer Umtriebe für kurze Zeit ins Gefängnis gesperrt war. Der gescheiterte Putschversuch vom Juli 2016 hat diesen Mythos verstärkt. Durch die Annullierung der Wahl haben sich für alle Bürger sichtbar die Rollen vertauscht: Erdoğan erscheint als Putschist, CHP-Mann Imamoğlu als Opfer.

Hinzu kommt, dass der Spitzenkandidat der AKP für Istanbul lustlos und abgekämpft wirkt: Binali Yıldırım war Premier und Parlamentspräsident. Er musste offenbar von Erdoğan zur Bürgermeisterkandidatur überredet werden. Nach seiner Niederlage kündigte er bereits seinen Rückzug an. »Ich bin keine Person, die versucht, eine Wahl zu gewinnen, die bereits verloren wurde«, sagte er. Erdoğan hat ihn nach Aussagen von AKP-Politikern nun angeblich gedrängt, im Juni erneut anzutreten – augenscheinlich mangels Alternativen.

Die Opposition hingegen ist entschlossen und geschlossen wie selten. Imamoğlu hat bereits Stunden nach der Wahlannullierung erklärt, als CHP-Spitzenkandidat erneut in das Rennen um das Bürgermeisteramt einzusteigen, obwohl ihm Parteifreunde zum

Boycott rieten. Imamoğlu kämpft spätestens seit dieser Woche nicht mehr nur um seinen Posten. Er kämpft in den Augen seiner Anhänger um den Erhalt der Demokratie in der Türkei. »Es darf nicht sein, dass einige wenige Männer die Demokratie in der Türkei abwickeln«, sagt er.

Die Spitzenpolitiker von vier Oppositionsparteien, darunter der islamistischen Saadet-Partei, haben angekündigt, bei der Neuwahl zugunsten Imamoğlus auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Künstler, Musiker, Schauspieler, viele von ihnen ehemalige Erdoğan-Unterstützer, haben sich öffentlich auf die Seite des CHP-Kandidaten geschlagen. Imamoğlus Wahlkampfslogan »Her şey çok güzel olacak« (Alles wird gut) wurde zum Toptrend auf Twitter.

Erdoğan geht mit der Neuwahl in Istanbul ein enormes Risiko ein: Verliert er, ist er doppelt blamiert. Der Frust in der AKP würde sich wohl Bahn brechen. Schnell dürfte der Ruf nach einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl laut werden. Die Türkei könnte in eine Staatskrise schlittern. Es ist deshalb kaum vorstellbar, dass Erdoğan eine Niederlage zulässt.

Gewinnt er, würden sich Millionen Regierungsgegner um ihren Sieg gebracht fühlen. Der Verdacht der Manipulation, egal ob gerechtfertigt oder nicht, würde das Ergebnis überschatten. Noch kann Imamoğlu seine Anhänger besänftigen, indem er auf die Wahl am 23. Juni verweist. Das ist spätestens nach einer Niederlage nicht mehr möglich. Imamoğlu bliebe dann gar nichts anderes übrig, als seine Leute auf die Straße zu rufen. Die Folge

wären wohl Massenproteste, wie sie das Land seit dem Aufstand um den Istanbuler Gezi-Park 2013 nicht mehr gesehen hat. Damals ging die Polizei mit Gewalt gegen Demonstranten vor, es kam zu tagelangen Straßenschlachten.

Innerhalb der Regierung ist die Angst vor einem Machtverlust inzwischen so groß, dass Erdoğan-Vertraute hinter verschlossenen Türen offenbar ein drittes Szenario diskutieren. Der Präsident, so argumentieren manche, könnte die Oberbürgermeisterwahl mit Verweis auf die angespannte Sicherheitslage verschieben. Auf diese Weise würde er einen Wahlsieg Imamoğlus fürs Erste verhindern. Entschärfen würde er die Lage nicht. Aufstände in Istanbul, der größten Stadt des Landes, würden nicht nur die Türkei an den Rand des Kollapses führen. Sie würden sich auch auf Deutschland auswirken, wo fast drei Millionen Menschen türkischer Herkunft leben, die den Konflikt schnell zu ihrem eigenen machen könnten.

Erdoğan war als Politiker lange Zeit vor allem deshalb so erfolgreich, weil er es schaffte, sich selbst in Krisen eine Hintertür offen zu halten. Nun aber scheint er sich und das Land in eine Sackgasse manövriert zu haben, aus der es keinen einfachen Ausweg gibt.

Bülent Mumay, Maximilian Popp

Twitter: @Maximilian_Popp

► **Lesen Sie auch auf Seite 120**

Warum die türkische Schriftstellerin Elif Şafak die Annullierung der Bürgermeisterwahl für »undemokratisch und falsch« hält

Das Risiko der Demokraten

Analyse Die Opposition attackiert Donald Trump wegen des Mueller-Reports heftig. Damit irritiert sie genau jene Wähler, die sie bei der Wahl 2020 braucht.

Steckt Amerika in einer Verfassungskrise? Das sagte am Mittwoch der Demokrat Jerry Nadler, Vorsitzender des Justizausschusses im US-Repräsentantenhaus. Nadler ist eine wichtige Figur in Washington, in seinem Ausschuss würde, falls es dazu kommt, der Grundstein für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump gelegt. Es gehe um alles, sagte Nadler, es gehe um nichts Geringeres als die Frage, ob die Vereinigten Staaten eine Republik blieben oder in eine »tyrannischere Form der Staatsführung« abglitten. Nancy Pelosi, die Sprecherin des Abgeordnetenhauses und derzeit mächtigste Demokratin des Landes, benutzte ähnliche Worte.

Verfassungskrise ist ein wichtiger Begriff, Tyrannei ebenfalls, aber so weit ist es (noch) nicht. Es gibt einen ersten Konflikt zwischen Trump und dem von Demokraten dominierten Abgeordnetenhaus, das ja. Im Mittelpunkt steht der Bericht des Russlandsonderermittlers Robert Mueller, veröffentlicht vor drei Wochen in zensierter Form, der sowohl Trump als auch die Opposition noch immer beschäftigt. Der Bericht hat Trump nur teilweise entlastet. Sehr konkret geht es im Streit zwischen ihm und der Opposition um die Frage, ob das Parlament die Regierung zwingen kann, den ungeschwärtzen 448 Seiten langen Report und sämtliche vom Sonderermittler gesammelten Beweise herauszugeben. Außerdem will Nadler Zeugen vorladen, darunter Justizminister William Barr, was die Regierung ebenfalls ablehnt. In Washington ringen zwei Verfassungsorgane laut und brutal miteinander – die Regierung und das Parlament. Die Aufgabe des US-Kongresses ist es, die Regierung zu kontrollieren.

Eine Krise wäre es dann, wenn Trump die Kontrolle von vornherein verhindert hätte; er wollte das, weil er die Impulsivität eines Autokraten hat, war aber am Ende nicht willens oder fähig, sich durchzusetzen. Die Gefahr ist nun, dass die Demokraten einer (legitimen) Sache schaden, indem sie ihre Rhetorik eskalieren.

Es kommt vor, dass Mitglieder der Regierung wegen Missachtung des Kongresses angezeigt werden, wie das gerade Justizminister William Barr droht. Die Rechtsberaterin von George W. Bush sowie sein Stabschef sollten wegen der Entlassung von Staatsanwälten angehört werden, der Justizminister von Barack Obama wegen fragwürdiger Maßnahmen bei der Bekämpfung illegalen Waffenhandels; allen wurde Missachtung vorgeworfen, weil sie sich unkooperativ zeigten. Das Besondere an Trump ist, dass er nun eine Strategie der Totalblockade gegen den Kongress fährt, was die Russland-

affäre betrifft. Mueller habe ihn von allen Vorwürfen entlastet, sagt er. Die Untersuchung müsse aufhören.

Abgesehen davon, dass gegen Trump weiter Vorwürfe der Justizbehinderung im Raum stehen, hat der Kongress natürlich das Recht, Zeugen anzuhören. Am Mittwoch verschickte der Geheimdienstauschuss des Senats eine Vorladung an Trumps Sohn Donald Jr, was den Präsidenten kalt erwischte, da der Senat im Gegensatz zum Repräsentantenhaus von Republikanern kontrolliert wird.

Das Problem aber ist, dass der Kongress nur über begrenzte Macht verfügt, sein Kontrollrecht gegenüber der Regierung durchzusetzen. Justizminister Barr muss nicht vor dem Justizausschuss aussagen, er muss den Abgeordneten auch nicht den ungeschwärtzen Mueller-Bericht vorlegen, sondern kann

sich verweigern. Im Kampf gegen Trump müssen die Abgeordneten sich Gerichte als Verstärkung holen. In letzter Instanz könnte der Oberste Gerichtshof entscheiden, ob alle Erkenntnisse Muellers öffentlich werden. Und dort sind, dank Trump, Konservative in der Mehrheit.

Der Konflikt zeigt, dass die Demokraten anderthalb Jahre vor der Präsidentschaftswahl immer noch vor dem alten Impeachment-Dilemma stehen. Sollen sie ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump riskieren und damit die Geduld moderater Konservativer strapazieren? Oder sollen sie ihre eigene Basis enttäuschen,

die Trump verachtet und ihn am liebsten morgen aus dem Amt jagen würde? Umfragen zufolge ist das Verlangen der Parteianhänger nach einem Amtsenthebungsverfahren größer als beim Rest der Bevölkerung. Im Moment bleiben Nadler, Pelosi und anderen Demokraten nur starke Worte, um ein Verfahren zu verhindern, von dem Trump profitieren könnte.

Wie geht es weiter? Die Demokraten werden den Druck auf die Regierung erhöhen, Trump wird sich weiter verweigern. Der Streit wird in viele Verfahren zerfasern, die sich über Monate oder länger strecken. Das Kalkül des Präsidenten ist es, die Demokraten als Verschwörungstheoretiker zu karikieren, die vom Russlandfieber blind geworden sind. Es zeigt sich, wie riskant die Strategie der Opposition war, sämtliche Hoffnungen auf den Mueller-Bericht zu legen. Mueller hat seine Ermittlungen, wie inzwischen klar wurde, eher eng gefasst, er ließ zum Beispiel die Finanzen Trumps und dessen Vergangenheit als Hobbybankrotteur fast komplett außer Acht. Die Demokraten wollen nun nachholen, was sie verpassten: Sie wollen den Präsidenten komplett durchleuchten. Ihnen bleibt nicht viel Zeit. Christoph Scheuermann



Justizminister Barr



Anführer Abbas, Mitstreiter aus Burri: »Der Baum ist weg, aber die Wurzeln sind noch da«

Keimzelle der Revolution

Sudan Sechs Freunde bereiteten in einem Haus im Arbeiterviertel von Khartum den Sturz von Diktator Omar al-Baschir vor. Nun fürchten sie, dass ihr Protest zum Volksfest verkommt und das Militär die Macht behält. *Von Katrin Kuntz und Daniel Etter (Fotos)*

*Ma radschi ana laja matalib.
(Ich gehe nicht weg,
ich habe Forderungen.)*

Revolutionsslogan, Sudan 2019

Wenige Minuten bevor der Diktator Omar al-Baschir, der den Sudan 30 Jahre lang geknechtet und ausgepresst hatte, am 11. April 2019 Geschichte wurde, lag Mohammed Abbas auf seinem Bett in der Hauptstadt Khartum.

Er ruhte sich von den Straßenkämpfen der vergangenen Tage aus. Abbas ist 29 Jahre alt, der Diktator war schon im Amt, als er geboren wurde. Baschir war immer sein Präsident und sein Unterdrücker gewesen.

Abbas nahm sein Smartphone in die Hand, steckte sich Kopfhörer in die Ohren und hörte seinen Radiosender im Internet. Er erinnert sich, als er drei Wochen später von diesem Tag erzählt, dass ihm auf dem Bett liegend die Augen zufielen. Abbas wachte erst auf, als auf seinem Radiosender gegen Mittag eine Militärmusik einsetzte, der Soundtrack zu fast jedem Militärputsch. Als die Musik endete, hörte er die Stimme des damaligen Verteidigungsministers Ahmed Awad Ibn Auf. Er sagte, das Militär habe das Regime beseitigt und seinen Führer verhaftet.

Abbas konnte kaum glauben, dass sein Protest das Undenkbare wirklich möglich gemacht hatte. Er rannte hinüber ins Wohnzimmer, wo seine Eltern und Geschwister sich schon in den Armen lagen.

»Er ist gefallen!«, brüllte Abbas. »Er ist gefallen!«, schrie seine Mutter. Sie sagt heute, sie habe so laut gejohlt, dass sie fast fürchtete, hysterisch geworden zu sein.

Omar al-Baschir war gefallen.

Und die Mitglieder der Familie Abbas waren an diesem Tag nicht nur gewöhnliche Bürger des Sudan, die frei atmen wollten. Sie gehörten in diesem Moment auch zu den Siegern.

Denn ihr kleines Haus mit dem Wellblechdach, in dem es drei Zimmer mit vielen Holzbetten gibt, keinen Fernseher und kein Auto vor der Tür, ist seit Jahren eine Zelle des Widerstands. Hier im traditionellen Arbeiterbezirk Burri im Nordosten der Stadt haben Mohammed Abbas und fünf seiner langjährigen Freunde die Proteste in Khartum vorbereitet. Die Massen-

demos, die zum Sturz Baschirs führten, wurden befeuert von der Wut der Menschen über die katastrophale Wirtschaftslage. Sie verzweifeln darüber, dass Bankautomaten kein Geld hergeben, die Tankstellen häufig geschlossen sind und sich lange Schlangen vor den Bäckereien bilden, in denen Brot immer teurer wird.

Aber es hätte diese Proteste nicht gegeben ohne Menschen wie Abbas.

Abbas ist Anführer eines »Widerstandskomitees« im Stadtviertel Burri-Lamab. Die kleine Zelle, deren Chef er ist, half den Hauptorganisatoren der großen Märsche seit dem Beginn der Proteste im Dezember 2018, auf der Straße den nötigen Druck zu erzeugen. Eine kleine Einheit, die mit anderen Zellen in der Stadt vernetzt ist. In ihrem Kern besteht sie aus einem Sicherheitschef, einem Plakatbeauftragten, einem Einheber, einem Frontkämpfer und einem Verhandler.

Mindestens fünf dieser Komitees gibt es im Bezirk Burri. Das »Sudanesisches Widerstandskomitee«, in dem sich die Zellen seit sechs Jahren lose zusammenschließen, zählte zu Beginn der Proteste mehr als 30 aktive Gruppen in der Stadt, seither haben sich viele neue formiert. Die Geschichte der jüngsten Revolution im Sudan ist deshalb auch eine Geschichte dieser Zellen. Nie zuvor haben sich die Protestierenden im Land so gut organisiert.

Abbas öffnet am Montag dieser Woche die Tür zu seinem Haus in Burri, um die Geschichte seiner Revolution zu erzählen. Im Wohnzimmer ruht seine Mutter auf dem Bett, die Kinder drängen sich im selben Raum, Nachbarn kommen herein. Sie alle wollen erzählen, wie sie hier den Sturz mit vorbereitet haben. Wenige Kilometer entfernt vom Haus fließt träge der Blaue Nil durch die Stadt. Ein karger Baum verdorrt vor dem Hof in der Sonne, es wird tagsüber 45 Grad heiß.

Abbas ist ein hochgewachsener Mann mit ernsten Zügen, die sich, wenn er erzählt, überraschend in ein breites Lächeln verwandeln können. Er trägt eine beige Stoffhose, ein auberginefarbenes T-Shirt, seine Füße stecken in Sandalen.

Es ist der erste Tag des Ramadan in diesem Jahr, des islamischen Fastenmonats; Abbas fällt es nicht leicht, tagsüber auf Wasser zu verzichten. Aber er sagt, er fühle sich seinem Gott dann besonders nah. Mit seiner schwangeren Ehefrau bewohnt Abbas das hintere Zimmer im Haus der Eltern, Aussicht auf etwas Eigenes haben die beiden nicht. Sein Abschluss in Jura bringt ihm als Regimegegner wenig. Er arbeitet im Verkauf einer Süßwarenfabrik.

Die vergangenen vier Monate haben ihm und seiner Familie viel zugemutet. Und auch jetzt wissen sie nicht, wie die Zukunft des Sudan aussehen wird. Ob ihr Land die Wende zur Demokratie schaffen

wird oder ob die Kräfte aus Baschirs altem Machtapparat siegen werden. »Der Baum ist weg«, sagt Abbas, »aber die Wurzeln sind noch da.« Seine Mutter sagt: »Die Skorpione sitzen in ihren Löchern. Sie kommen nur raus, wenn man Gift draufschüttet.«

Seit drei Jahrzehnten hat sich im Land zum ersten Mal ein Fenster geöffnet, gibt es die Chance auf Veränderung. Im staubigen Zentrum Khartums besetzen Protestierende seit rund einem Monat Straßenzüge und Plätze um das Hauptquartier der Armee. Tausende pilgern jeden Tag hierher. Beim Sit-in skandieren sie Slogans, halten Transparente in den Himmel, malen einander sudanesisch Flaggen ins Gesicht. Auf einer Eisenbahnbrücke schlagen junge Männer mit Steinen gegen den Stahl – sie erzeugen den Sound dieser Revolution, der durch die Straßen wabert. Junge Frauen

Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten protegiert wird und sehr schwer aufzulösen sein wird.

Der Sudan wird in diesen Tagen von einem Militärischen Übergangsrat geführt, an dessen Spitze Generalleutnant Abdel Fattah Abdelrahman Burhan und sein Stellvertreter Mohamed Hamdan Daglo stehen. Die beiden geben sich gegenüber den Demonstranten versöhnlich, doch sie waren jahrelang Baschirs Männer. Daglo befiehlt eine rund 30 000 Mann starke Sondereinheit, die Rapid Support Forces, die im Moment alle strategisch wichtigen Punkte Khartums besetzt hält. Als Anführer der berüchtigten Dschandschawid-Milizen im Darfurkonflikt war er für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.

Die Generäle verhandeln mit der Führung der Opposition hinter verschlossenen Türen, kaum etwas dringt nach außen.



Protestierende beim Sit-in in Khartoum: Manche kommen, um ein Selfie zu schießen

gehen ohne Kopftuch spazieren, Liebespaare berühren einander verstohlen an den Händen. An jeder Ecke entstehen Wandgemälde, sind Performances zu sehen, ab und zu weht der süßliche Geruch einer Wasserpfeife vorbei, deren Genuss unter Baschirs islamistischer Gesetzgebung in der Öffentlichkeit verboten war.

Doch Mohammed Abbas sagt, er finde es gefährlich, sich dem Rausch des Protests so sehr hinzugeben. Er fürchtet, dass das Sit-in zu einer Art Volksfest verkommt und dass die Ziele der Opposition dabei verwässern. Denn die Aufgabe, die vor ihnen liegt, ist immens. Das Baschir-Regime hat sich auf einen »tiefen Staat« gestützt, ein fest verwurzelt Patronagesystem aus Sicherheitsapparat, Ölindustrie, Ministerien und islamischer Geistlichkeit, das von

Zwar haben die Militärs zugesichert, die Macht nach einer Übergangszeit an eine zivile Regierung abzugeben, doch am Sonntag lehnten sie Kernelemente eines Verfassungsentwurfs der Opposition ab. Unsicher ist auch, wie lange eine Übergangszeit bis zu freien Wahlen dauern sollte – sechs Monate, wie es das Militär fordert, wenn keine Einigung erzielt werden könne, oder doch vier Jahre, wie die Opposition es will? Und dann gibt es Streit über die Zusammensetzung der Übergangsregierung. Die Generäle wollen, dass sie höchstens zur Hälfte aus Zivilisten besteht. Ein oberster Rat soll über der Regierung stehen, auch hier wollen die Militärs die Hälfte der Sitze.

Mohammed Abbas und seine Familie macht das wütend. »Wir brauchen einen

Neuanfang«, sagen sie. Weil es danach nicht aussieht und die Opposition den Militärs vorwirft, das alte Regime in seiner Struktur lediglich nachbauen zu wollen, machen in Khartum Gerüchte über einen Generalstreik der Sudanese Professionals Association (SPA) die Runde – Dachorganisation von mehr als einem Dutzend Gewerkschaften und einer der Hauptakteure des Protests. Ein solcher Streik könnte rasch eine Eskalation provozieren.

Doch Mohammed Abbas und die Menschen in Burri sind ans Kämpfen gewöhnt. Schon immer war die wirtschaftliche Lage hier besonders schlecht, und die Herzen waren rebellisch. Während des Arabischen Frühlings 2011 gingen sie auf die Straße, als das Regime ihnen das Wasser abzapfte, um Villen zu bewässern. Sie standen im September 2013 auf, als Treibstoff immer teurer wurde. Damals ließ Baschir die Proteste brutal niederschlagen. Allein in Khartum starben mehr als 200 Menschen innerhalb weniger Wochen, Hunderte wurden verhaftet. Abbas verlor damals Freunde, andere Freunde verrieten ihn an den Geheimdienst, der ihn festnahm und verhörte.

Sechs Jahre lang trauten sich die Sudanesen nach dieser Katastrophe nicht mehr, einen Massenprotest zu organisieren. Aber es war auch eine Zeit, in der sie lernten.

»Wir waren 2013 völlig unkoordiniert«, erinnert sich Abbas. Zwar existierten die Nachbarschaftszellen damals bereits, weil alle Regimegegner wussten, dass bei Großversammlungen sofort der Geheimdienst auftaucht und Verhaftungen drohen. Aber die Zellen waren damals kaum mehr als ein Haufen aus drei bis fünf Freunden, die sich ab und an trafen. Schlagkräftig wurden sie erst, als die SPA ins Spiel kam, der Berufsverband, der per Facebook die großen Märsche in Khartum koordinierte und derweil im Geheimen die Zellen aufbaute.

Als die jüngsten sudanesischen Aufstände am 19. Dezember 2018 in der Stadt Atbara losbrachen und die Menschen aus Wut über die hohen Brotpreise die Bürogebäude von Baschirs National Congress Party anzündeten, fühlten sich viele Bewohner Burris davon angestachelt. Sechs Tage später, am 25. Dezember, rief die SPA zum ersten Protestmarsch in Khartum auf. Am selben Tag kontaktierte einer der Organisatoren Abbas. Der rief seine fünf vertrautesten Freunde aus Burri-Lamab zusammen.

Zum ersten Mal seit sechs Jahren marschierten Tausende durch Khartum und forderten den »Sturz des Regimes«. Abends kam die Zelle in Abbas' Haus zu-



Mitglied der Protestzelle von Burri: »Es gibt jetzt keinen Weg zurück«

sammen. Er erzählt, wie sie sich alle in das Wohnzimmer gequetscht hätten, begierig, eine Aufgabe zu übernehmen.

Da war der kräftige Ahmed, der die Sicherheit der Märsche kontrollieren würde. Der charismatische Akram mit lauter Stimme und ordentlicher Präsenz, der Slogans für den Aufstand dichten würde. Der junge Salah meldete sich freiwillig, als es darum ging, wer die Tränengasbomben an vorderster Front zu den Sicherheitskräften zurückwerfen würde. Und Faiz, ein introvertierter Fotograf, erklärte sich zuständig für Social Media und innovative Poster.

Rowa übernahm als junge Frau die Versorgung der Zelle im Haus, ihre Freundinnen aus der Nachbarschaft bastelten an den Postern. Etwa ein Dutzend Helfer stießen zu der Zelle dazu.

Die ersten Proteste verliefen ohne größere Katastrophen. Der Sicherheitsmann

der Zelle half beim Errichten von Barrikaden an den Eingängen Burri-Lamabs, und er bat seine Helfer, sich auf Stühlen vor ihren Häusern niederzulassen. Dort sollten sie mit ihren Handys spielen und nach den Trucks der Sicherheitskräfte spähen.

Die jungen Männer, die an vorderster Front die Tränengasbehälter abfangen sollten, wurden mit einem Kit ausgestattet: Sie bekamen eine Brille, Handschuhe, eine Maske und eine Paste aus Ton, um ihre Gesichter zu schützen. An ihrer Seite standen Helfer, die beständig die Richtung des Windes überprüften und für ihre Blockaden Straßen auswählten, in denen die Angreifer Tränengas gegen den Wind schießen mussten. Andere erhielten die Aufgabe, sich Revolutionsgesänge auszudenken und traditionelle Widerstandspoesie auf das Jahr 2019 umzutexten. Die Koordination mit anderen Zellen überließ Abbas älteren, erfahrenen Widerständlern.

Am 17. Januar eskalierten die Proteste. An diesem Tag durchkämmten Baschirs bewaffnete Sicherheitskräfte Häuser in Burri, sie bedrohten, verletzten und verhafteten viele Menschen. Vier Demonstranten wurden im Viertel getötet.

Die Freunde aus der Zelle, so erzählt es Abbas, seien immer wütender geworden. Aber sie hätten sich zurückgehalten und zusätzlich den Posten eines Vermittlers geschaffen. Besetzt mit einem Mann mit guten psychologischen Fähigkeiten, der mit den Sicherheitskräften sprach, wenn die Lage zu eskalieren drohte, und ihnen die Gründe für ihren Protest erklärte. »Wir sind Sudanesen wie ihr. Bringt uns nicht um. Wir tun dies auch für euch.«



Omar al-Baschir, 75, regierte den Sudan seit einem Militärputsch 1989. Im April wurde er nach monatelangen Bürgerprotesten vom Militär abgesetzt.



Demonstranten in Khartoum: »Wir sind Sudanesen wie ihr, bringt uns nicht um«

Als Baschir im Februar panisch Teile seiner Regierung auswechselte und den nationalen Notstand ausrief, arbeitete die Zelle weiter. In der Nacht vor dem großen Marsch am 6. April konnte Abbas kaum schlafen, weil er gewusst habe: »Es gibt jetzt keinen Weg zurück. Entweder wir sterben, oder es gibt einen Wandel.«

Am Ende dieses Tages wiesen die Organisatoren die Demonstranten an, sich beim Hauptquartier des Militärs auf den Boden zu setzen. Tausende Menschen ließen sich nicht vertreiben, als die Sicherheitskräfte schossen und mit Tränengas feuerten. Die Armee griff die Protestierenden nicht an, niedrigrangige Soldaten schützten sie.

Das Sit-in vor dem Verteidigungsministerium ist inzwischen einen Monat alt, die Demonstranten sind immer noch da. Sie haben mehr als hundert Zelte an den Straßenrändern aufgestellt, in denen Gruppen ihre Interessen vertreten. Aus Darfur sind sie mit 17 Autos angereist, um die Besucher über die Verbrechen des Regimes dort zu informieren; Hunderttausende sind den Reitermilizen des Regimes zum Opfer gefallen. Überlebende der Folterknäste erzählen ihre Geschichte. Die Mütter der Märtyrer trauern gemeinsam. Labortechniker haben sich vereinigt, genauso wie arbeitslose Akademiker und revolutionäre Feministinnen.

Das Sit-in ist ein Ort, an dem die Diversität dieser Nation auf einmal sichtbar wird. Viele sind gekommen, weil sie eine Zukunftsvision für ihr Land haben. Manche kommen auch, um ein Selfie zu schießen, eine Frau zu finden oder heim-

lich ein wenig selbst gebrauten Alkohol zu trinken.

Es wird für die Verfechter der Demokratie eine Mammutaufgabe werden, die Pluralität dieses Sit-ins auch im Parlament des Landes abzubilden. Gut möglich, dass dieser Prozess Jahre oder Jahrzehnte dauert, wenn das Regime überhaupt Macht abgibt. Und weil die Vorstellung einer solchen Anstrengung für viele extrem frustrierend ist und die angestaute Euphorie sich irgendwie entladen will, entwickelt sich das Sit-in in diesen Tagen zunehmend zum Event.

Mohammed Abbas ist am Dienstagabend in das Zelt der »Löwen von Burri« gekommen, am oberen Ende der größten Proteststraße. Hier finden sich die Freunde aus der Zelle im Ramadan zusammen, um gemeinsam das Fasten zu brechen und Strategien für die Zukunft zu entwerfen.

Abbas hält drei Datteln in der Hand und wartet auf den Ruf des Muezzins, der das Mahl einläutet. Abbas sagt: »Wir dürfen jetzt die Gründe für unseren Protest nicht vergessen.« Von den drei zentralen Forderungen der Opposition, die in der »Erklärung für Freiheit und Wandel« stehen, ist nicht einmal die erste vollständig erfüllt: das Ende des Baschir-Regimes.

Der Ramadan ist für die Demonstranten eine kritische Zeit. Abbas weiß, wie schwach man sich fühlt, wenn man bei extremer Hitze den ganzen Tag weder isst noch trinkt. Er beobachtet, wie die Stimmung sich aufheizt. In den Nachrichten hat er gehört, dass Milizen in der Provinz Darfur gerade einen Protest brutal niedergeschlagen haben. Der Vizechef des Mili-

tärats in Khartoum hatte gesagt, man wolle kein Chaos dulden.

Niemand im Burri-Zelt weiß, was das Militär plant, aber die Zelle ist fest entschlossen, das Sit-in so gut es geht zu politisieren, damit der Kampf weitergehen kann.

Abbas erträgt es in diesen Tagen kaum, dass die Verhandlungen zwischen Opposition und Armee zu stocken scheinen. Er wirkt abwesend, springt dauernd von seinem Schemel auf, verschwindet in der Menge, kommt zurück, telefoniert. Hält er kurz inne, verliert sich sein Blick über den Köpfen der Masse. Abbas blickt an einem jungen Sudanese mit Affenmaske vorbei, der die Flanierenden erschreckt. Hört die Jugendlichen nicht, die lustige Lieder grölen. Ein Trunkener hält sich am Burri-Zelt fest, dahinter ein Lastwagen, auf dem die Mitfahrenden sich streiten.

»Wir wollen europäische Standards bei Gesundheit, bei Umwelt und Bildung«, sagt er unvermittelt. »Der Sudan soll eines der besten

Länder Afrikas werden. Wettbewerbsfähig, mit einer robusten Industrie und ohne Krieg.« Er sagt, er würde in einem neuen Sudan in seinem Traumberuf als Jurist für die Rechte der Bürger eintreten.

Für seine Familie wünscht er sich ein würdevolles Leben mit einem kleinen Haus und einem eigenen Auto. Wenn sein Kind, das demnächst auf die Welt kommt, ein Mädchen wird, will er es Salima nennen, das heißt: die Friedliche.

An einem dieser Abende, an denen die Zukunft des Sudan fortgeschrieben wird, hat die Zelle aus Burri zusammen mit anderen eine Aktion organisiert, die an den Ursprung der Proteste erinnern soll.

Gegen 21 Uhr strömen unerwartet Hunderte Menschen aus allen Ecken des Camps auf das Verteidigungsministerium zu, das im gelben Scheinwerferlicht ruht. Drei Meter vor den Gittern halten sie an. Stumm erheben Männer und Frauen ihre ausgestreckten Arme zum Himmel und verharren minutenlang. Dann bricht ein Rhythmus los. »Tasgot bas! Tasgot bas!«, rufen die Menschen immer lauter. »Es muss stürzen! Es muss stürzen!«

Die bewaffneten Soldaten, die vor dem Ministerium Wache halten, schauen kurz zu der Menge herüber. Dann senken sie ihre Blicke wieder und spielen gelangweilt auf ihren Handys herum.

Video

»Sie lassen sich die Revolution nicht mehr nehmen«

spiegel.de/sp202019sudan
oder in der App DER SPIEGEL



Bollwerk gegen rechts

Frankreich Daniel Cohn-Bendit will die deutschen Grünen mit der Bewegung von Präsident Macron zusammenführen. Er erntet Skepsis. *Von Julia Amalia Heyer*

Brüssel, Gare du Midi. An einem Montagmorgen im April bahnt sich Daniel Cohn-Bendit den Weg zum Ausgang, ein eher kleiner Mann mit Rucksack und Rollkoffer, der sich wenige Minuten später auf den Rücksitz einer schwarzen Limousine plumpsen lässt.

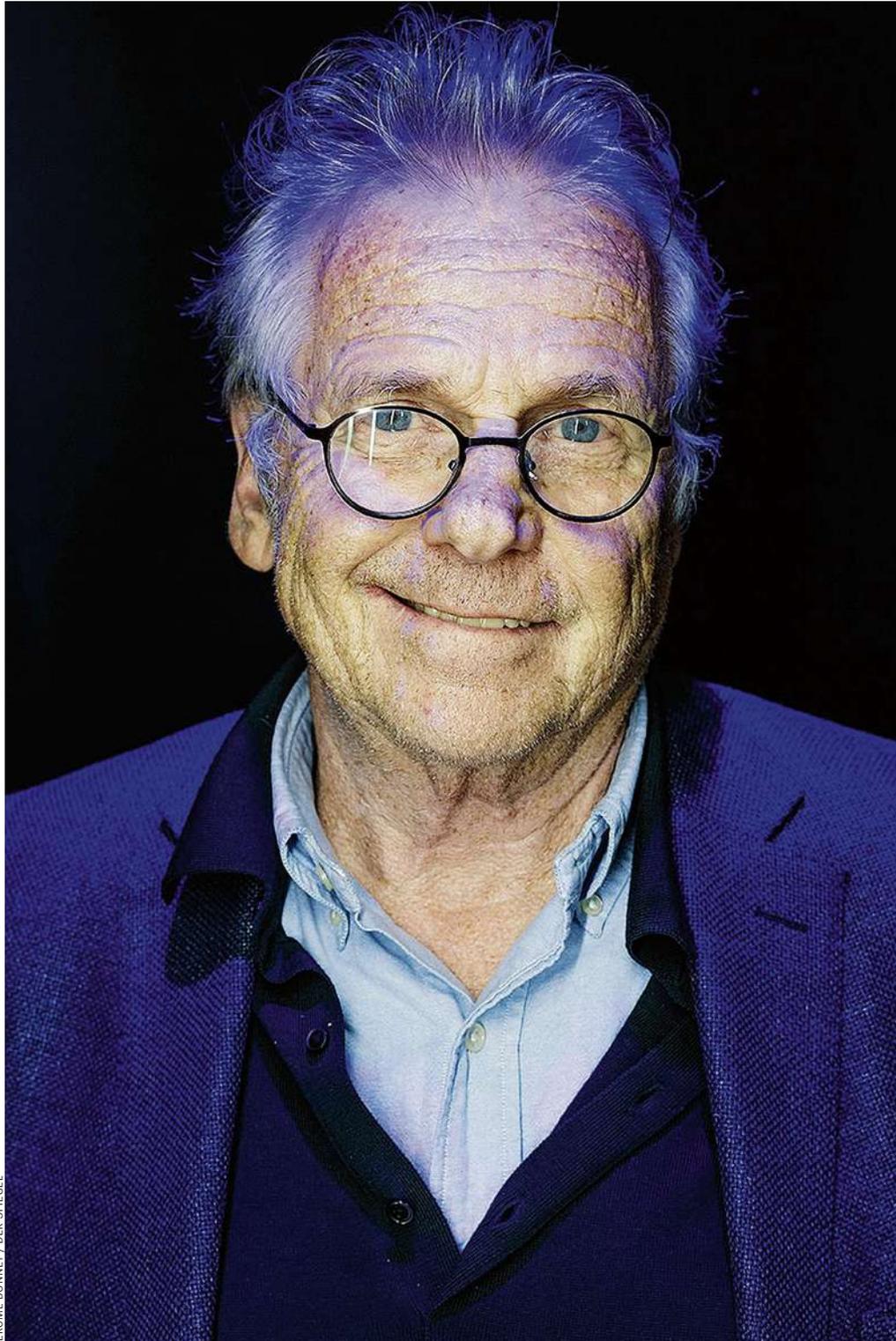
»Genau das wollte ich eigentlich nicht mehr haben«, murmelt Cohn-Bendit, während der Fahrer sein Gepäck verstaut. Er meint das Pendeln, den Schnellzug nach Brüssel, den wartenden Chauffeur, der ihn durch die verstopfte Innenstadt in Richtung Europaviertel fährt. Cohn-Bendit kommt aus Paris, wo er am Tag zuvor morgens eine Radiosendung moderierte und am Abend in einer Talkshow saß. Zwischendrin tröstete er am Telefon seinen Sohn, weil Eintracht Frankfurt, sein Heimatverein, gegen Augsburg verloren hatte.

20 Jahre lang, von 1994 bis 2014, saß Cohn-Bendit als Abgeordneter im Europaparlament, das jetzt wieder gewählt wird. Mal für die deutschen Grünen, mal für die französischen. Dann entschied er, es sei genug, und trat nicht mehr an.

Daniel Cohn-Bendit war so etwas wie das Wappentier dieses Parlaments, eine Art personifiziertes Kerneuropa. Als Sohn jüdischer Flüchtlinge war er jahrelang staatenlos, dann wurde er Deutscher, später Franzose.

Jemanden wie ihn kann Europa gerade gut gebrauchen. Die Fliehkräfte zerran am Vertrauen, auch zwischen Nachbarn, die ganze Union wirkt fragil. Besonders jetzt, da zwischen Deutschland und Frankreich beim Brexit, bei der Handels- und der Klimapolitik ein Graben klafft und sich nicht einmal mehr die Spitzendiplomaten Mühe geben, diesen zu verdecken. Wie sollen 27 Staaten gemeinsame Sache machen, wenn sich die zwei größten und mächtigsten misstrauisch anstarren?

Schon vor Monaten hat Daniel Cohn-Bendit einen Plan gefasst, wie dem verzagten Europa auf die Sprünge zu helfen sei: Die politischen Kräfte, denen er nahesteht, sollen sich zusammentun. Er will, dass die deutschen Grünen, die Partei, deren zahlendes Mitglied er seit 1984 ist, und die liberale Partei Emmanuel Macrons, La République en marche, ihre Kräfte bündeln. Für ihn sind das natürliche Partner. Sie können Europa voranbringen, glaubt



JEROME BONNET / DER SPIEGEL

Politstratege Cohn-Bendit: »Ich find das so bockig«

Cohn-Bendit. Deshalb spricht er in Berlin vor, diskutiert in der Böll-Stiftung mit Mitgliedern der Grüne Spitze über Macron und erklärt, warum Paris so handelt, wie es handelt. In Frankreich sitzt er bei Wahlkampfveranstaltungen von En marche auf dem Podium, schwärmt von der deutschen Konsensdemokratie und dem Erfolg der deutschen Grünen. Er ist auf einer Art Mission. Manchmal wirkt er dabei wie ein Kind, das versucht, die Scheidung seiner Eltern aufzuhalten.

Emmanuel Macron träumt schon seit einer Weile von einem grünliberalen Block der »Progressiven« im Europaparlament, einem Bollwerk gegen die Nationalisten, gegen die Rechtspopulisten. Von ihm angeführt. Das hat er mit gewohnt großer Geste kundgetan, was vielleicht nicht ganz so klug war, weil die Deutschen großen Gesten traditionell misstrauen. Den Platz Nummer zwei auf seiner Liste, gleich hinter der Spitzenkandidatin, belegt Pascal Canfin, einer der prominentesten Grünen Frankreichs, bis er zu Macrons En marche überlief. »Natürlich werden wir den europäischen Grünen die Möglichkeit geben, sich uns anzuschließen«, sagte Canfin neulich im französischen Radio.

Auch dieser Satz kam nicht so gut an.

Zwei seiner ehemaligen Parteifreunde, Sven Giegold, Spitzenkandidat der deutschen Grünen, und der Belgier Philippe Lamberts, schrieben ihm daraufhin einen offenen Brief, in dem sie ihn des Verrats bezichtigen: »Die europäischen Grünen haben bestimmt nicht auf E. Macron gewartet, um sich für die europäische Sache zu engagieren«, steht da, es klingt ziemlich beleidigt. Das Angebot, als Grüne gemeinsam mit En marche einen Block zu bilden, empfindet Giegold als Unverschämtheit.

In Paris ist die Wahrnehmung, naturgemäß, eine andere: Macron habe »viel politisches Kapital in das Umweltthema gesteckt«, sagt sein Wahlkampfleiter. Vor allem im Ausland werde der französische Präsident mittlerweile als Anführer in Sachen Klimaschutz wahrgenommen.

Grünenchefin Annalena Baerbock wird leicht schnippisch, wenn es um die Franzosen und ihre Selbstdarstellung geht. En marche sei »nun auch nicht die erste proeuropäische Partei im Parlament«, sagt sie. Macrons Ansatz sei ihr »zum Teil zu intergouvernemental«, auch der »Kerneuropagedanke« störe sie. Ihr sei es lieber, »wenn unterschiedliche Parteien um die besten Lösungen für Europa miteinander ringen, statt in einem grauen Einheitsblock zu verschmelzen«.

Wenn aber Parteien miteinander ringen, die doch eigentlich das Gleiche wollen, was können sie dann erreichen?

Wer jetzt, kurz vor der Wahl, mit Grünen und En-marche-Leuten redet, fühlt sich ein bisschen wie bei Monty Python.

»Seid ihr von der Jüdischen Volksfront?« – »Quatsch, wir sind die Volksfront von Judäa.«

Mögen Europas Probleme noch so substanziell sein, da ist auch noch Raum für Eifersüchteleien. Dabei gibt es sie, die Schnittmenge: Beide Parteien wollen, dass die EU weiter zusammenwächst, dass sie eigenständiger wird, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dass sie sich mehr fürs Klima und die ökologischen Belange einsetzt. Das alles soll, so wünscht man es sich bei den Grünen wie bei En marche, am liebsten gut gelaunt vonstattengehen. Weniger graugesichtig, weniger fatalistisch. Jünger, irgendwie.

Auf einem Wahlplakat der Grünen steht: »Perfekt ist Europa nicht. Aber ein verdammt guter Start«. Fast wortgleich warb Macron für sich während der Präsidentschaftskampagne.

Es ist kompliziert. Und die Probleme, die Cohn-Bendit und seinem Plan von einer privilegierten Partnerschaft zwischen En marche und den Grünen begegnen, gleichen exakt jenen, die auch zwischen den privilegierten Partnern Deutschland und Frankreich auftreten. Man ist zuerst

»Er ist der brillianteste Staatschef, den ich je getroffen habe.«

einmal befremdet von der Arroganz des jeweils anderen. Aber schließlich einigt man sich doch. Manchmal zumindest.

Ein Sattelschlepper versperrt die Spur auf dem Boulevard du Régent, Cohn-Bendit schüttelt den Kopf: »Müsste verboten werden in der Innenstadt«, murmelt er. Sein Telefon brummt, es ist der Büroleiter des französischen Umweltministers.

Im vergangenen Sommer wollte Emmanuel Macron Cohn-Bendit selbst als Umweltminister in sein Kabinett holen; dieser hat abgelehnt. Zum Ministersein sei er nicht gemacht, sagt er. Im Parlament muss man nicht die Klappe halten, weil der Chef anders denkt. Cohn-Bendit hat auch noch einen zweiten Job ausgeschlagen: Macron wollte ihn zum Spitzenkandidaten seiner Partei für die Europawahl machen.

Wenn du meinst, dass du das machen musst, sagte seine Frau dazu bloß.

Warum also nicht?

Er zuckt die Schultern. Zu alt. Er will nicht wie Berlusconi sein, der jetzt auch wieder fürs EU-Parlament kandidiert. Oder wie Bernie Sanders, der »mit seinen 150 Jahren« noch mal als Präsidentschaftskandidat in den USA antritt.

»Diese alten Männer, die denken, sie seien unersetzlich, ich find das so bockig«,

sagt Cohn-Bendit. Aber manchmal wache er morgens auf und ärgere sich: »Ich hätte es machen sollen«, denke er dann. Die Zeitung »Libération« attestierte Cohn-Bendit einmal einen »narcissisme joyeux«, einen fröhlichen Narzissmus, das trifft es ganz gut. Er ist kein murrernder alter Mann, im Gegenteil. Aber wie so viele andere ist auch er überzeugt davon, es am besten zu wissen.

Fragt man ihn, wie er die französische Spitzenkandidatin finde, überlegt er kurz. »Sie kennt sich ganz gut aus«, sagt er. Ihre Stimme sei halt etwas dünn.

Fragt man ihn, wie er die Spitzenkandidaten der Grünen finde, sagt Cohn-Bendit, er wolle nicht unhöflich sein. Aber auf den Plakaten sehe er vor allem Robert Habeck und Annalena Baerbock, die Parteivorsitzenden.

»Als ich Spitzenkandidat war, war da kein Parteichef auf dem Plakat, sondern ich«, sagt Cohn-Bendit. Der Slogan dazu: »Der Eurofighter«. In gewisser Weise passt das immer noch. Cohn-Bendit ist jetzt 74 Jahre alt; die roten Haare, die ihm einst zu seinem Spitznamen Dany le rouge verhalfen, sind längst weiß. Eine schmale Metallbrille, Sommersprossen, manchmal wirkt sein Gesicht beinahe jungenhaft. 2016 hat er Emmanuel Macron, damals Wirtschaftsminister, bei einer Podiumsdiskussion kennengelernt, seitdem berät er ihn.

Der Fahrer hält vor einem Tagungshotel an der Rue de la Loi, im Europaviertel. Viel Glas, viel Beton, Cohn-Bendit spricht hier zu Studenten einer Businessschool. »Jeder kennt Daniel«, stellt ihn der Seminarleiter vor. Er erzählt die Anekdote, als Cohn-Bendit im Parlament wieder mal seine Redezeit überzog und der damalige Parlamentspräsident Martin Schulz versuchte, ihn zu stoppen.

»Monsieur Cohn-Bendit«, begann Schulz.

»Ta gueule«, antwortete der. Schnauze.

Hi, bonjour, sagt er jetzt. Er spricht auf Englisch, frei; er beleidigt niemanden. Seine Rede ist eine Ermutigung, ein Hoch auf dieses Europa, das jetzt so viele Probleme bereitet. Cohn-Bendit hasst es, wenn alles schlechtgeredet wird.

»Das Parlament hat hier die Kriege ersetzt«, ruft er vom Podium.

»Ich bin 1945 geboren. Warum, glauben Sie, haben meine Eltern mich gezeugt? Weil sie wieder Hoffnung hatten!«

Er ist der Sohn deutscher Juden, die 1933 nach Frankreich flohen. Im Pariser Exil saßen Walter Benjamin und Hannah Arendt bei den Eltern am Tisch.

Am Ende sagt er, fast heiser: »Wenn ihr in ein paar Jahren noch was mitentscheiden wollt, dann braucht ihr Europa. Das müsst ihr jetzt einfach mal kapiern.«

Sein Plädoyer mag routiniert sein, die Zuhörer reißt es trotzdem mit. Cohn-Ben-

dit kann im Bordbistro des Schnellzugs von Paris nach Brüssel stehen und einem erklären, warum Theresa May ihn an die Schlange Kaa im Dschungelbuch erinnere. Sie habe alle hypnotisiert: »Bbbelieve me, I can dddo it. Eeeverything will be ffffine«, surrt er.

Vor ihm liegt ein zerrupftes Croissant, er breitet die Arme aus, lässt sie sinken, verdreht die Augen. Der Schaffner bleibt stehen, die Mädchenclique lässt das Kartenspiel; er ist in seinem Element. Pffff, macht Cohn-Bendit. Statt das Chaos mit Großbritannien zu regeln, habe sich die EU mitten hineinziehen lassen. Entweder es gebe einen Deal, oder die Briten müssten raus. Was solle daran so schwierig sein?

Hey, let's turn the page, ruft er. »In spätestens zehn Jahren stehen die wieder auf der Matte und betteln um Aufnahme.«

Cohn-Bendits Entwurf von Europa-politik klingt bestechend einfach. Verstand plus Überzeugung.

Cohn-Bendit versteht nicht, wie die Grünen in Baden-Württemberg mit der CDU regieren können, in Schleswig-Holstein im Jamaikaverbund, dass sie aber erst mal Bedenken anmelden, wenn es um Macron geht. Die Mängelliste ist lang: Der französische Präsident, tönt es vieltimmig aus der Partei, sei zu rechts, zu neoliberal. Seine Steuerpolitik entlaste die Reichen und schröpfung die Ärmern.

»Die Grünen in der Regierung haben Hartz IV mitgetragen«, sagt Cohn-Bendit. Weil das damals notwendig gewesen sei.

Mit Macron sei weder die Agrar- noch die Energiewende zu bewerkstelligen.

»Ich bin mal gespannt, wie sie die Energiewende mit der CDU hinbekommen«, sagt er. Oder ein Umdenken in der Landwirtschaft mit der CSU. »Man kann immer sagen, hach, das geht mir nicht weit genug. Da mach ich erst gar nicht mit. Aber das ist intellektuell so faul.«

Ein anderer Einwand: Man dürfe die Schwesterpartei, die französischen Grünen, nicht vergrätzen.

»Die meisten von denen sind linke Fundamentalisten«, Cohn-Bendit wischt über den Tisch. Er sieht es so: Warum den anderen, wenn er willig ist, nicht mitnehmen, ihn in die richtige Richtung stupsen?

Am Dienstag nach Ostern sitzt der ehemalige Außenminister Joschka Fischer in einem italienischen Restaurant an der Berliner Rudi-Dutschke-Straße und hört sich das alles an. Dann zieht er die Brauen bis zum Haaransatz und sieht seinem Gegenüber mahnend in die Augen. Hier, sagt Fischer, zeige sich nun doch wieder das Kernproblem der deutsch-französischen Beziehungen: »gegenseitiges Unverständnis«.

Macron sei kein Liberaler, sondern ein Modernisierer. »So ein Frankreich muss man sich eigentlich wünschen.« Er hält Macron für einen mutigen Politiker. Es



Präsident Macron

»Du machst das schon gut«

klingt, als spräche Joschka Fischer von einer ausgestorbenen Art, der er sich selbst zurechnet. »Das Verhältnis zu Macron ist von zentraler Bedeutung, das wird auch meine Partei einsehen müssen, denn da ist sonst niemand mehr.« Die Grünen müssten sich überlegen, ob sie jetzt lieber über Parteipolitik verhandeln wollten oder über etwas von historischer Dimension: Europa.

»Eigentlich sind die Grünen hier in Deutschland jetzt En marche, also in der Rolle Macrons.« Und Baerbock und Habeck machten ihre Sache sehr gut, findet er. Für Fischer liegen die Dinge auf der Hand: »Europas Schicksal hängt von den deutsch-französischen Beziehungen ab.«

Das eigentliche Drama sieht er bei der CDU. Annegret Kramp-Karrenbauers Antwort auf Macrons Europa-Appell hat ihn entsetzt. Eine Saarländerin, die den Franzosen erst die volle Breitseite gibt, die Abschaffung des Straßburger Parlaments-sitzes fordert und dann vorschlägt, gemeinsam einen Flugzeugträger zu bauen. Fischer tippt sich an die Stirn: Flugzeugträger. Früher sei die CDU mal die Europapartei gewesen. Er denke viel nach über Deutschland im Augenblick. Woran es hapere. Warum die Beziehung zu Frankreich, dem Nachbarn, so schwierig sei. Wie Geschwister seien die beiden, sagt er. Dieselben genetischen Voraussetzungen, aber so verschieden wie Tag und Nacht.

Sein Freund Dany Cohn-Bendit sei einer der wenigen Menschen, die die Wirklichkeit auf beiden Seiten kennen. Den Alltag, aber auch die Politik.

Cohn-Bendit ist zwar in der Poleposition für die Vermittlerrolle, aber er hat auch seine eigene Geschichte mit den Grünen. Wegen seiner Haltung zum Bosnienkrieg galt er vielen als Verräter, den Listenplatz für die Europawahl 1994 musste Fischer quasi erpressen. In Frankreich, wo ihn

Menschen auf der Straße umarmen, ist er weniger beliebt, seit er Macron vehement verteidigt. Dany, sagen sie, du verrätst deine Geschichte! So sei das mit ihm, sagt er. Immer Verräter.

Menschen, die viele begeistern, gehen vielen anderen auf die Nerven.

»Ich hab mich wahnsinnig über Dany geärgert«, sagt einer aus der Parteispitze.

»Ich komm ja gut zurecht mit diesem Macker«, sagt eine Abgeordnete.

Während die Ablehnung für Cohn-Bendits Anliegen in der Partei überwiegt, gibt es auch welche, die das anders sehen. Es scheint ein delikates Thema zu sein. Auch mit Robert Habeck hat Cohn-Bendit über Macron gesprochen. Er sagt, Habeck zögere mit seinem Bekenntnis für Macron, damit er »nicht noch 'ne Baustelle mehr hat« im Wahlkampf.

Vielleicht bewundert Habeck Macron ja für das, was er geschafft hat: als Außen-seiter ganz nach oben zu kommen, gegen alle Vorzeichen.

Ende April sitzt Daniel Cohn-Bendit in Frankfurt-Bornheim in einem französischen Café und isst eine Apfeltarte, seine Wohnung liegt gleich um die Ecke. Macron hält an diesem Abend seine Pressekonferenz im Élysée-Palast, Cohn-Bendit hat ihm eine SMS geschickt: »Du musst zeigen, dass diese Gelbwesten-Episode nicht spurlos an Dir vorbeigegangen ist. Ansonsten sei Du selbst – Du machst das schon gut!«

Sicher, Macron mache auch nicht alles richtig, sagt Cohn-Bendit. »Aber er ist der brillianteste Staatschef, den ich je getroffen habe.« Er hat einige getroffen, nachdem Charles de Gaulle ihn im Mai 1968 des Landes verwiesen hatte. Er begreift nicht, warum so viele in seiner Partei im Kleinklein verhaftet blieben, während es doch jetzt ums große Ganze gehe. Vergangenen Sommer wollte er ein Treffen zwischen Macron, Baerbock und Habeck arrangieren, was nicht klappte. Er ist überzeugt, wenn die drei sich persönlich kennenlernen, geht sein Plan auf.

Es kann auch sein, dass das, was Cohn-Bendit will, sowieso eintrifft, wenn sich nach den Wahlen alles neu sortiert. Laut Umfragen werden die Konservativen, die EVP, und die Sozialdemokraten zusammen keine absolute Mehrheit mehr erhalten. Wenn die Dominanz dieser beiden Blöcke gebrochen ist, kommen andere ins Spiel. Darauf spekuliert La République en marche; darauf hoffen auch die Grünen. Gemeinsam, als grünliberaler Block, wären sie plötzlich sehr einflussreich. Gemeinsam könnten sie den EVP-Kandidaten Manfred Weber verhindern.

Fragt man Daniel Cohn-Bendit, den Alt-68er, was heute noch radikal sei, antwortet er: versuchen, Mehrheiten zu finden. Um die Dinge, von denen man überzeugt ist, durchzusetzen.

Sport

»Es kommt schon vor, dass ich nach Spielen mit einer ordentlichen Krawatte nach Hause komme.« ► S. 92

Jürgen Klopps Titel und Finalteilnahmen als Trainer



Als Trainer hat er schon viele Erfolge gefeiert, doch der große internationale Titel fehlt Jürgen Klopp, 51, bis heute. 2013 war er am dichtesten dran, verlor aber mit Dortmund im Champions-League-Finale gegen Bayern München kurz vor Schluss mit 1:2.

Nach dem Halbfinalsieg mit Liverpool gegen Barcelona sagte er jetzt: »Ich weiß, was alle über mich und Endspielniederlagen sagen, und das stimmt auch. Andererseits ist es das vierte Finale, in dem wir sind, und allein das ist schon etwas Besonderes.«

Magische Momente

»Wo ist eigentlich der Pokal?«

Wasserballspieler Tobias Preuß, 30, über eine verlustreiche Siegesfeier



SPIEGEL: Herr Preuß, vergangenen Samstag wurden Sie mit Waspo 98 Hannover deutscher Pokalsieger im Wasserball. Rekordmeister Spandau 04 führte bis rund 40 Sekunden vor Schluss mit

6:5, dann bekam Ihr Team einen Freiwurf zugesprochen ...

Preuß: Ich saß auf der Auswechselbank und sprach ein kleines Stoßgebet: Bitte mach das Ding rein! Und dann erlöste uns Darko Brguljan mit einem Wurf in die lange Ecke gegen vier Blöcke, ich habe es später auf Video gesehen.

SPIEGEL: Auf Video?

Preuß: Ich konnte das nicht mit ansehen, guckte während des Wurfs auf den Boden.

SPIEGEL: Es ging dann in das entscheidende Fünfmeterwerfen, Ihr Trainer nominierte Sie als fünften und letzten Schützen. Weil Sie so nervenstark sind?

Preuß: Dass ich schießen wollte, war mir sofort klar. Dass ich

aber an fünfte Stelle gesetzt wurde, hat mich kurz überrascht. Unser Trainer musste die Reihenfolge der Werfer beim Protokolltisch hinterlegen, dann kam er zu uns und hat uns informiert. Erster Radović, Zweiter Real und so weiter. Mein Name fiel einfach nicht. Und dann: Fünfter Preuß! Und ich dachte nur: Ach herrje, was hat den denn da geritten?

SPIEGEL: Der letzte Spandauer verwarf. Damit war klar: Treffen Sie, ist Hannover Pokalsieger. Kam da das Nervenflattern?



Spielezene bei Pokalfinale am 4. Mai in Düsseldorf

Preuß: Nein. Die Überzeugung zu treffen war größer als die Angst zu scheitern. Ein wahnsinnig schönes Gefühl. Ich habe es einfach genossen, nahm mir den Ball und warf ihn oben rechts unter die Latte.

SPIEGEL: Nach der offiziellen Feier zogen Sie am Abend noch mit Ihrem Team durch die Kneipen der Düsseldorfer Altstadt. Plötzlich stellten Sie fest: Der Pokal ist weg. Wie konnte das denn passieren?

Preuß: Ich weiß es nicht.

SPIEGEL: Aber Sie waren doch dabei.

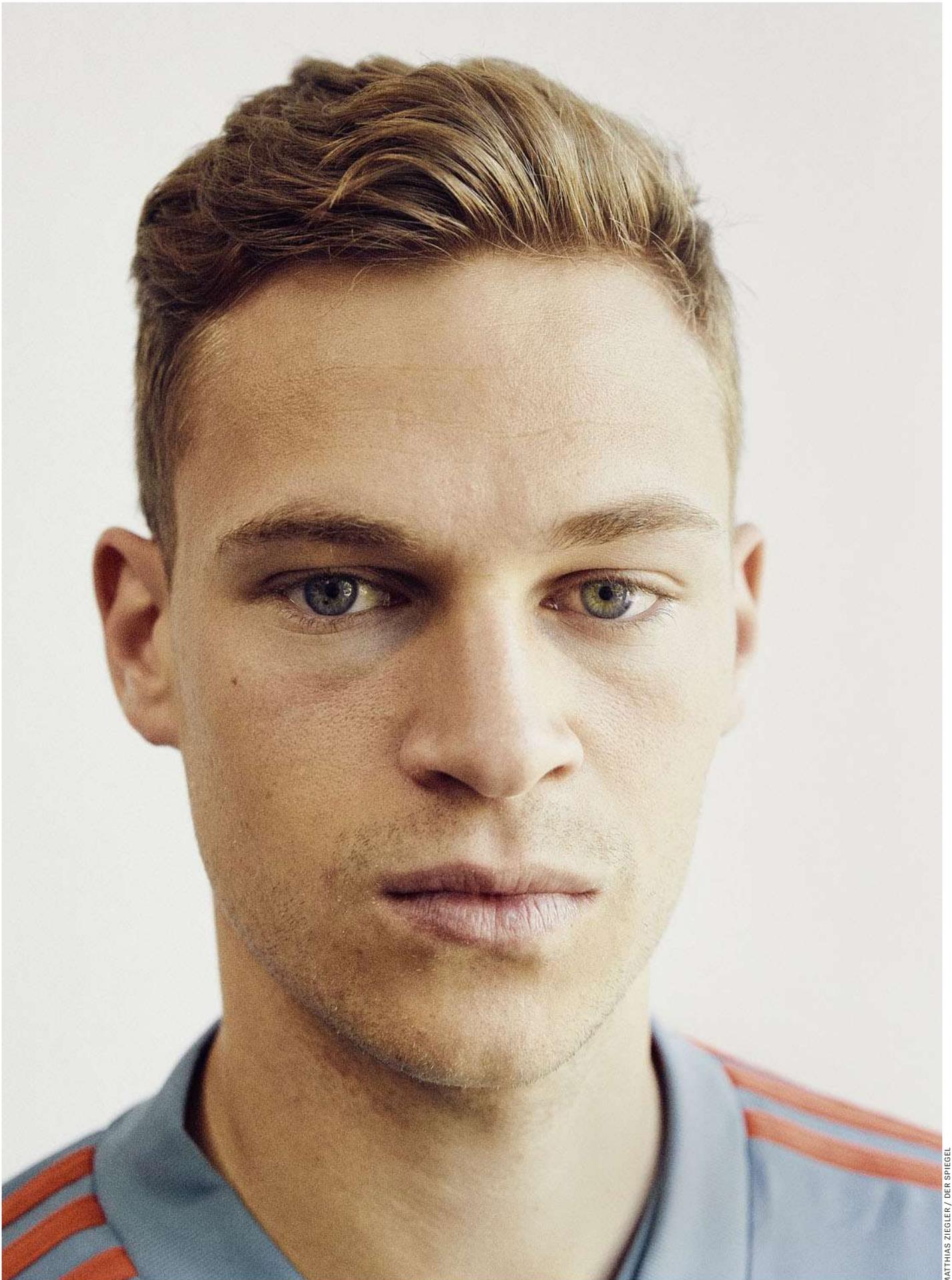
Preuß: Ja, aber ehrlich gesagt entzieht sich das meiner Erinnerung, Teile des Abends sind nicht mehr präsent. Aber das sollten Sie besser nicht schreiben.

SPIEGEL: Warum nicht, das klingt doch nach einer richtig guten Party.

Preuß: Stimmt auch wieder. Okay, dann ist das in Ordnung. Also, irgendwann ging es durch die Reihen: Wo ist eigentlich der Pokal? Keiner wusste es. Doch wie es in Mannschaften üblich ist, wird die Verantwortung gern mal weitergeschoben, im Zweifel an die Jüngsten – irgendjemand wird sich dann schon gekümmert haben.

SPIEGEL: Wann tauchte er wieder auf?

Preuß: Am nächsten Tag. Fragen Sie mich aber nicht, wie. Ich weiß es nicht. TNE



»Es fehlte oft der letzte Punch«

SPIEGEL-Gespräch Die aufreibende Saison des FC Bayern steckt Joshua Kimmich, 24, in den Knochen. Doch sein Ehrgeiz treibt den Nationalspieler immer wieder an. Er könne es einfach nicht ertragen, sagt er, wenn ein anderer Klub in der Tabelle ganz oben stehe.

SPIEGEL: Herr Kimmich, Sie wohnen mitten in einem Ausgehviertel in München, am Gärtnerplatz. Ist das Leben dort für einen Spieler des FC Bayern nicht zu anstrengend?

Kimmich: Nein, überhaupt nicht. In München halten die Leute eine natürliche Distanz. Ich bewege mich daher in meinem Viertel wie jeder andere auch. Ich gehe einkaufen, in Restaurants, in Cafés. Ich genieße das.

SPIEGEL: Wie fahren Sie zur Arbeit?

Kimmich: Früher habe ich das Auto genommen, inzwischen setze ich mich ab und zu aufs Rad. Die Isar entlang, den Giesinger Berg hoch, dann bin ich fast schon am Trainingsgelände an der Säbener Straße.

SPIEGEL: Dort steigen Sie vom Rad ab und tauchen in die Welt des FC Bayern ein. Wie kommen Sie mit dem Erwartungsdruck klar, der bei diesem Verein herrscht?

Kimmich: Man wächst da rein. Es ist speziell hier. Einmal haben wir ein Spiel gegen Hamburg 5:0 gewonnen. Ich war damals noch frisch beim FC Bayern, kam nach der Partie in die Kabine gelaufen und habe mich richtig über den Sieg gefreut. Dann merkte ich: Oh, hier ist etwas anders. Da war kaum Feierstimmung. Da war eher das Gefühl: durchatmen. Job erledigt. Weiter. In ein paar Tagen kommt die nächste Aufgabe.

SPIEGEL: Hätten Sie vor dieser Spielzeit gedacht, dass es so schwer werden könnte für den FC Bayern?

Kimmich: Ehrlich gesagt dachte ich nach den Auftaktsiegen, dass wir in der Bundesliga wieder souverän durchmarschieren würden. Dann kam die erste schlechte Phase, und man hat gesehen, dass es doch komplizierter werden könnte als in den Jahren zuvor. Wir erleben ein großes Auf und Ab.

SPIEGEL: Warum hat der FC Bayern so schwankend gespielt?

Kimmich: Wir haben zwischenzeitlich immer mal wieder unser Selbstvertrauen verloren. Wir gerieten in einen Strudel. Wir merkten, dass wir Spiele verlieren können, obwohl wir insgesamt besser waren. Einfach weil vorn die Tore nicht fielen, oder weil wir hinten Fehler machten. Der Respekt der Gegner war weniger geworden. In den Jahren zuvor hatte ich immer das Gefühl, dass sich in der Bundesliga gegen uns eigentlich nur ganz wenige Teams wirklich was ausgerechnet haben. Die

SPIEGEL: Trainer Niko Kovač wurde vorgeworfen, er habe die Mannschaft nicht im Griff.

Kimmich: Steht der FC Bayern nicht auf Platz eins, wird immer alles hinterfragt. Das ist einfach so. Es wurde kritisiert, dass wir nicht so dominant wie in den Jahren zuvor waren. Zusätzlich gelangten zeitweise interne Dinge nach außen. Das hat die Sache noch befeuert. So war es schwierig, Ruhe reinzubekommen.

SPIEGEL: Viele Spieler behaupten, sie würden nicht mitbekommen, was öffentlich über sie gesagt und geschrieben wird.

Kimmich: Da habe ich meine Zweifel (*lacht*). Jeder hat doch soziale Kontakte. Da erhält man ja auch ein Feedback. Man kann sich nicht abschotten.

SPIEGEL: Lesen Sie die Bewertungen im »Kicker«, in der »Bild«-Zeitung?

Kimmich: Ich gucke mir das hin und wieder an, um mit deren Bewertungen meinen persönlichen Eindruck von meiner Leistung abzugleichen.

SPIEGEL: Was stellen Sie fest?

Kimmich: Ich staune manchmal, wenn ich eine 2 bekomme, obwohl ich mir selbst eher eine 3,5 gegeben hätte. Andererseits: Wenn wir unentschieden gegen den 1. FC Nürnberg spielen, dann fallen die Zensuren für die Bayern-Spieler deutlich schlechter aus als jene für die Nürnberger. Das ist eben die hohe Erwartungshaltung an uns.

SPIEGEL: Wie gehen Sie mit Kritik um?

Kimmich: Man muss versuchen, für sich die entscheidenden Sachen herauszuziehen.

SPIEGEL: Sie pendeln sich selbst aus?

Kimmich: Ich versuche die Dinge realistisch einzuschätzen. Die eigene Leistung und die des Teams. Draußen wird alles immer extrem dargestellt, oft überzeichnet. Man muss sein eigenes Blickfeld haben. Da hilft ein gesundes Umfeld. Bei mir ist das die Familie, meine Freunde. Mir ist es wichtig, dass Leute, denen ich vertraue, mir ehrlich ihre Meinung sagen.



LUKAS BARTH-TUTTAS / EPA-EFE / REX

Fußballer Kimmich: »Durchatmen, Job erledigt«

meisten glaubten nicht daran, bei uns etwas mitnehmen zu können. Dieses Jahr war da mehr Mut bei der Konkurrenz. Dazu kam unsere zeitweilige Verunsicherung. Wir waren nicht immer in der Lage, einen Gegner über 90 Minuten zu kontrollieren.

SPIEGEL: Kritiker meinten, dem Team habe es am Willen gefehlt.

Kimmich: Es fehlte oft der letzte Punch. Wir haben es manchmal hingenommen, wenn es nicht gut lief. Das, was Bayern zuvor jahrelang ausgemacht hat, nämlich dass man auch an einem schlechten Tag ein Spiel umbiegen oder eine knappe Führung verteidigen kann, das haben wir diesmal nicht hinbekommen.

SPiegel: Diese Saison hatten die Experten viel zu bemängeln am Spiel des FC Bayern. Die allzu defensive taktische Ausrichtung in vielen Spielen. Arrivierte Spieler wie Stürmer Robert Lewandowski blieben hinter ihren Möglichkeiten.

Kimmich: Das ist ja das Schöne am Fußball, dass alle Experten sind. Mein Papa spricht auch manchmal so, als hätte er den allergrößten Fußballverstand von allen (*lacht*). Wenn ich eine Torchance vergeben habe, sagt er: »Joshua, den hätte ich gemacht.«

SPiegel: Sie wollen damit andeuten, die Kritik sei meist unberechtigt?

Kimmich: Nein. Aber es ist manchmal schon so, dass die Leute nicht wissen können, wie die Vorgaben für uns Spieler sind. Von Robert Lewandowski werden allgemein Tore erwartet. Aber: Es gibt Spiele, in denen der Trainer sagt, Robert, heute musst du defensiv mehr machen. Dann macht er eben mal kein Tor. Diesen Plan kennt draußen keiner.

SPiegel: Sie spielen die vierte Saison in München, gelten inzwischen als Führungsspieler. Wie haben Sie das so schnell geschafft?

Kimmich: Das ist ein Prozess. Als ich als Zweitligaspieler von RB Leipzig nach München gekommen bin, neben den Kollegen in der Kabine saß, die Weltmeister waren, die die Champions League gewonnen hatten, da war ich erst mal sehr zurückhaltend. Man muss sich seinen Stellenwert erarbeiten. Das geht nicht, indem man den coolen Typen gibt. Das geht auch nicht durch zwei, drei gute Spiele. Das geht nur durch konstant gute Leistungen.

SPiegel: Sie haben eine Spielzeit gebraucht, um Stammspieler zu werden. Gab es auch mal Momente, in denen Sie an sich gezweifelt haben?

Kimmich: Jeder junge Spieler, der bei Bayern anfängt, muss sich erst mal durchbeißen. Am Anfang bin ich nur mitgeschwommen und hatte keine feste Position. Ich spielte sogar zeitweise Innenverteidiger. Die ganz große Verantwortung trugen andere. Ich stand nicht so im Fokus. Inzwischen bin ich Stammspieler, ich spiele auf der Außenbahn oder im Mittelfeld. Ich gebe Torvorlagen,

erziele selbst Treffer. Ich trage direkt dazu bei, ob ein Spiel mit einem Erfolg oder einem Misserfolg endet. Das ist eine ganz neue Rolle, eine viel größere Verantwortung.

SPiegel: Sie gestikulieren auf dem Spielfeld, treiben die Kollegen an, mit gerade mal 24 Jahren. Woher kommt der Mut, sich so zu exponieren?

Kimmich: Im Fußball reicht es nicht, wenn man es allein versucht. Fußball ist ein Team sport. Alle müssen den Sieg wollen.



Profi Kimmich am FC-Bayern-Trainingsgelände: »Drang, andere mitzureißen«

Schon als Jugendlicher habe ich meine Mitspieler gepusht. Der Drang, die anderen mitreißen zu wollen, das steckt in mir drin.

SPiegel: Man sieht es Ihnen manchmal an, dass es in Ihnen brodeln wie in einem Vulkan.

Kimmich: Ich durchlebe Spiele sehr emotional. Das war lange ein Problem. Wenn es nicht lief, habe ich gehadert mit mir, mit meinen Mitspielern. Da war so enorm viel negative Energie.

SPiegel: Was haben Sie dagegen unternommen?

Kimmich: Mein ehemaliger Coach in der Jugendmannschaft des VfB Stuttgart, Thomas Schneider, der heute zum Stab der Nationalmannschaft gehört, sagte mir: Josh, du verschwendest deine Kraft. Du lässt dich zu schnell runterziehen. Du musst die negative in positive Energie umwandeln. Als ich anfangs noch allein in München gelebt habe, habe ich negative Erlebnisse oft tagelang analysiert. Meine Gedanken haben sich im Kreis gedreht, ich habe keinen Abstand bekommen. Inzwischen klappt es immer besser.

SPiegel: Wie schalten Sie ab?

Kimmich: Es kommt schon vor, dass ich nach Spielen mit einer ordentlichen Krawatte nach Hause komme. Aber mit meiner Freundin rede ich kaum über Fußball. Sie hat ein gutes Gespür, wie sie mich auf andere Gedanken bringen kann. An freien Tagen unternehmen wir viel, fahren in die Natur, die Berge. Da wird der Kopf wieder frei.

SPiegel: Wie lange haben Sie gebraucht, um die verkorkste Weltmeisterschaft in Russland zu verarbeiten?

Kimmich: Das war schwierig. Das war ein Extremereignis. Wir sind nicht durch Pech ausgeschieden, sondern wir waren richtig schlecht. Das hat mich lange beschäftigt.

SPiegel: Was lief schief in Russland?

Kimmich: Wir sind mit vielen starken Einzelspielern angereist, aber wir haben als Mannschaft nicht funktioniert. Wir hatten keinen guten Mix. Wir haben nicht genug als Team zusammengearbeitet. Eine WM oder generell ein Turnier, ein Wettbewerb ist keine Bühne, auf der sich

Einzelne präsentieren sollten, hier erreicht man nur etwas als Mannschaft, gemeinsam. Man muss auch in schwierigen Situationen vorangehen, jeder Einzelne, aber auch als Mannschaft. Das fehlte uns alles.

SPiegel: Junge, dynamische Spieler wie der von Bundestrainer Joachim Löw kurz vor Turnierstart ausgemusterte Leroy Sané oder Ihr Freund Serge Gnabry hätten in Russland gutgetan, oder?

Kimmich: Der Bundestrainer hat eben so entschieden, Leroy Sané nicht mitzuneh-

MATTHIAS ZIEGLER / DER SPIEGEL

men, Serge war noch gar nicht im Kader. Das muss man akzeptieren. Der Bundestrainer muss das große Ganze im Blick haben. Und eines darf man nicht vergessen: Joachim Löw hat in den vergangenen Jahren ziemlich viel richtig gemacht. Seit 2008 war Deutschland mit ihm ständig mindestens im Halbfinale, 2014 gelang der ganz große Coup. Das ist beeindruckend.

SPIEGEL: Teilen Sie die Meinung vieler Experten, dass der deutsche Fußball in den vergangenen Jahren abgehängt wurde?

Kimmich: Mit der Nationalmannschaft gehören wir nach wie vor zur Weltspitze. Da bin ich sicher. Das werden wir auch schon bald wieder unter Beweis stellen. Der Vereinsfußball? Puh. Da haben wir Defizite. Es ist eine Momentaufnahme, aber man muss schon klar feststellen: Wir sind mit dem FC Bayern in der Champions League gegen den FC Liverpool klar ausgeschieden. Dortmund hat beide Spiele gegen Tottenham verloren. Der Vergleich Schalke gegen Manchester City endete überdeutlich. Das sind die Fakten. Das war alles kein Zufall oder Pech.

»40 Millionen, 80 Millionen, ich kann mit solchen Transfersummen nichts anfangen.«

SPIEGEL: Beim FC Bayern wird jetzt aufgerüstet. Wie reagieren Sie, wenn zum Beispiel 80 Millionen Euro für einen Verteidiger wie Lucas Hernández von Atlético Madrid ausgegeben werden? Guckt man den Neuling angesichts der Ablöse mit anderen Augen an?

Kimmich: 40 Millionen, 80 Millionen, ich kann mit solchen Transfersummen auch nichts anfangen. Paris Saint-Germain hat für Kylian Mbappé wie viel bezahlt?

SPIEGEL: 180 Millionen Euro.

Kimmich: Das ist für mich surreal. Aber wir Spieler haben gelernt, wie der Markt tickt, wie die Marktteilnehmer agieren. Gute Verteidiger kosten heute 80 Millionen Euro. Jürgen Klopp hat mal gesagt, niemals würde er so viel Geld für einen Spieler ausgeben. Dann hat er Virgil van Dijk für diese Summe gekauft. Anschließend meinte Klopp: Lieber seine Meinung ändern, als gar keine zu haben. So ist das heute. Man trifft eine Aussage, und kurz darauf muss man sie kassieren, weil sich das Fußballgeschäft schon wieder anders entwickelt hat.

SPIEGEL: Können Sie verstehen, dass sich Fans vom Fußball abwenden wegen dieser hohen Transfersummen, wegen all der In-

vestoren aus China und Arabien, die ihre Klubs mit Milliarden aufpumpen und alles aus dem Gleichgewicht bringen?

Kimmich: Kann ich verstehen. Der Markt wird mit Geld geflutet, damit ein paar Vereine groß einkaufen können. Die kleinen Klubs können nicht mehr mithalten. Für meine Kumpel, die noch bei mir zu Hause in Börsingen auf dem Dorf kicken und mit denen ich mich immer mal wieder treffe, ist das alles nur noch irre. Klar, man muss auch sehen, dass ein Spieler wie Ronaldo eine Marke ist. Mit dieser Marke wird Geld verdient. Er wertet die ganze italienische Liga mit seiner Prominenz, mit seiner Strahlkraft auf.

SPIEGEL: Sie haben diese Saison 50 Pflichtspiele in den Knochen. Stößt selbst ein junger Spieler wie Sie da an die Belastungsgrenze?

Kimmich: Es war bislang eine intensive Saison, es gab viele enge Spiele, das war anstrengend für den Körper. Nach dem DFB-Pokal-Halbfinale bei Werder Bremen habe ich das gemerkt. Da war ich nicht mehr so fit wie an Spieltag drei der Bundesligasaison. Aber in ein extremes Loch bin ich bislang nicht gefallen. Mein Körper funktioniert. Genauso wichtig wie der Körper ist aber der Kopf. Sich immer wieder zu fokussieren, sich nicht hängen zu lassen nach schlechten Spielen, das kostet Energie.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich manchmal mental ausgebrannt?

Kimmich: Es gibt schon Spiele, da geht man raus und stellt fest: Ich bin komplett am Limit.

SPIEGEL: Wie motiviert man sich, auch in Partien gegen Mainz 05 oder gegen Hannover 96 noch die langen Wege zu gehen?

Kimmich: Ich versuche, jedem Spiel eine besondere Wichtigkeit zu geben. Diese Saison war es nicht so schwierig, sich zu motivieren. Weil wir nicht so dominant waren, hatte jedes Spiel eine große Bedeutung.

SPIEGEL: Der enge Titelkampf hat Ihren Ehrgeiz geweckt?

Kimmich: Ich habe diese Saison gemerkt, wie wichtig es für mich ist, oben zu stehen. Das macht alles leichter. Als Borussia Dortmund die Tabelle angeführt hat, wollte ich den BVB unbedingt da oben ablösen. Das aktiviert Kräfte. Es ärgert einen einfach, wenn andere Klubs ganz oben stehen und nicht der eigene, der FC Bayern. Und es ärgert mich, wenn viele in der Öffentlichkeit das feiern, dass wir nur Zweiter oder Dritter sind. Wenn wir diese Saison wieder zwei Titel holen sollten, dann werden sie mir vielleicht noch mehr bedeuten als die in den anderen Jahren, denn es war wirklich ein hartes Stück Arbeit, sie zu erringen.

SPIEGEL: Herr Kimmich, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



WEITWINKEL

Rocker

Hells Angels, Bandidos und Co. beschwören ihre Einheit und gehen doch bei Streitigkeiten aggressiv aufeinander los. Sie haben ihre eigenen Regeln, strikte Hierarchien, und die »Rocker-Familie« steht über allem. Seit Jahren berichten Journalisten von SPIEGEL, SPIEGEL ONLINE und SPIEGEL TV über die harten Jungs mit den schweren Maschinen. Hier geben sie Einblicke in die brutale Parallelwelt der Rocker.

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

Radikales Ritual

Handball Im Nachwuchszentrum des deutschen Meisters Flensburg-Handewitt wurden einem Jungen mit einer Rohrzange die Brustwarzen umgedreht. Die Konsequenzen trug vor allem das Opfer.

Das blaue Trikot der SG Flensburg-Handewitt hat er aufbewahrt. Es trägt die Nummer 22 und liegt zusammengeknüllt vor Ole B. auf dem langen Esstisch seines Elternhauses in Ostholstein. Auf dem Kragen steht in kleiner Schrift der Slogan: »100% SG – Ehre – Stolz – Respekt«.

Das Trikot ist ein bedeutsames Souvenir für den 19-jährigen Abiturienten mit den breiten Schultern und den braunen Locken. Einerseits zeugt es von seinem Traum, Profihandballer zu werden, damals, im Spätsommer 2015, als er von zu Hause auszog und sich in einem Zimmer der Nachwuchsakademie des aktuellen deutschen Meisters einrichtete.

Andererseits erinnert Ole B. das Trikot an die Qualen, die er in der Kadernschmiede erlitten hat, daran, wie seine Euphorie in Wut und Hass umschlug. »Einmal saß ich verzweifelt auf dem Sofa und habe zu meiner Mutter gesagt: ›Am liebsten würde ich da hochfahren, ein Messer nehmen und alle abstechen.‹ So ohnmächtig habe ich mich gefühlt«, sagt Ole B. rückblickend.

Er trägt einen Kapuzenpullover und eine Baseballkappe, neben ihm sitzt seine Mutter. Sein Vater stellt selbst gepressten Apfelsaft auf den Tisch. Dann beginnt Ole B. über seine Zeit im Nachwuchszentrum der SG Flensburg-Handewitt und den Abend des 17. März 2016 zu erzählen. Den Abend, der sein Leben in eine andere Richtung lenkte. Den Abend, über den er lange nicht reden konnte. »Wenn ich damit konfrontiert werde«, sagt er, »kommen aus der Düsternis wieder diese Gedanken.«

Ole B. war schon mit 14 Jahren ein Ass auf Linksaußen. Er spielte in der Landesauswahl in Schleswig-Holstein, der Deutsche Handballbund interessierte sich für ihn. 16 Tore warf er einmal in einer Partie.

Die Akademie der SG Flensburg-Handewitt ist ein Sehnsuchtsort für Handballtalente in ganz Deutschland. Im Foyer hängen die Bilder der Vereinslegenden: Torwart Jan Holpert mit der Meisterschale, Linksaußen Lars Christiansen im Wurf, Trainer Ljubomir Vranjic nach dem Champions-League-Sieg 2014.

Als Ole B. einzog, war der helle Bau mit der schlichten Architektur gerade eingeweiht worden. Die geladene Prominenz rühmte die Infrastruktur des 2,2 Millionen Euro teuren Komplexes, die Multifunk-

tionshalle, die 31 Zimmer und 45 Schlafplätze des Internats. Das Projekt habe einen »Vorbildcharakter für das ganze Land«, lobte Bildungsstaatssekretär Dirk Loßack von der Kieler Landesregierung.

Ole B. senkt seinen Blick auf die Tischplatte. Er sei damals auf das vorbereitet gewesen, was auf ihn zukommen würde, sagt er. Sein Zimmernachbar habe ihm schon nach ein paar Tagen berichtet, dass es da dieses Ritual gebe, »die Zange« genannt. Alle Frischlinge würden dem unterzogen. Der Neue werde von anderen Handballtalenten festgehalten, einer nehme dann eine Rohrzange und drehe damit



Ex-Handballer Ole B.

»Ich fühlte mich wehrlos«

die Brustwarzen um. Die Zange liege in einer Schatulle. Die Ältesten würden sie wie eine Reliquie aufbewahren.

Das radikale Ritual wurde stets abends durchgeführt, wenn kein Trainer oder Betreuer mehr anwesend war. »Mehrere Male im Monat kam das vor«, erinnert sich Ole B. Einige Jungs hätten mit den Schmerzen geprahlt, die sie dabei erlitten hatten. »Die grinnten dann und sagten: ›Meine Nippel sind jetzt ganz schwarz.‹«

Kurz vor Weihnachten 2015 war er erstmals an der Reihe, es war wohl nur ein Test. »Da haben sie noch nicht richtig zugehört«, erzählt Ole. »Ich habe gedroht: Wenn ihr das bei mir macht, dann gehe ich richtig ab.« Da hätten sie von ihm abgesehen. Um sich vor der Zange zu schüt-

zen, versperrten sein Zimmernachbar und er fortan die Tür zu ihrem Apartment.

Einmal hätten sie aber vergessen, den Schlüssel umzudrehen. Er habe gerade an der Playstation gespielt, als eine Horde Jungs mit lautem Gebrüll in sein Zimmer stürzte. »Jetzt ist Ole dran«, habe einer geschrien, dann hätten sich drei oder vier auf ihn geworfen, ihn aufs Bett gedrückt und sein T-Shirt ausgezogen. Ein weiterer Junge sei mit der Zange gekommen und habe das Ritual begonnen, zunächst zaghaft. »Wenn du das nicht ordentlich machst, bist du selbst dran«, habe jemand gedroht.

Ole B. knetet seine Hände, sucht nach Worten. »Ich war einfach so in Schockstarre, mir wurde schwarz vor Augen«, sagt er. »Wenn du dich wehrst, tut es noch mehr weh«, habe einer der Jungs gewarnt, die anderen hätten gefeixt und gegrölt.

»Ich fühlte mich wehrlos«, sagt Ole B. Es habe auch nicht geholfen, dass sein Zimmernachbar zu Hilfe eilte. »Da habe ich es über mich ergehen lassen«, sagt er. »Es hat meine Brustwarze fast abgerissen.«

Irgendwann habe die Gruppe von ihm abgelassen. Sein Zimmerkumpel habe ihn getröstet, als er vor Schmerzen und Demütigung geweint habe. Lange habe er mit sich gerungen, bevor er spätabends seinen Vater anrief. Ihm war bewusst, dass er, wenn er davon erzählen würde, Probleme mit den anderen bekäme.

Sein Vater holte ihn gleich am nächsten Morgen ab, brachte ihn in die Klinik nach Eutin, Abteilung Jugendmedizin. Die Ärztin dokumentierte die Wunden an der rechten Brustwarze mit einem Foto. Als sie hörte, wie es dazu gekommen sein sollte, notierte sie: »dringende Empfehlung einer rechtsmedizinischen Vorstellung«.

Die Eltern von Ole B. verzichteten auf eine Strafanzeige, weil sie mit den Eltern eines der Täter befreundet waren. Sie erfuhr, dass er vorher selbst Opfer der Zange geworden war. »Es war ein Fehler, nicht die Polizei gerufen zu haben«, sagt die Mutter heute. »Wir haben auf diese Freundschaft Rücksicht genommen, ohne an unseren Sohn zu denken.«

Ole B. stammt aus einer handballbegeisterten Familie. Seine Mutter war selbst ambitionierte Handballerin, seine Tante arbeitet für einen Handballbundesligisten, seine Schwester spielte in der Landesauswahl. Für seine Eltern erschien das Internat der perfekte Ort für ihren Sohn.

Sie forderten die Akademieleitung umgehend auf, die Sache aufzuklären. Mit diesem Schritt glaubten sie, dem Ritual ein für alle Mal ein Ende zu bereiten.

Wenig später berichtete die Leitung in einem Rundbrief an alle Eltern über »die Zange«: »Dieses Ritual durchlaufen alle Neuen einmal, und besonders in der Anfangsphase wurde es wohl auch mal wiederholt eingesetzt für Jungs, die sich ›so richtig daneben-



ISA HARSIN / SIPA / ACTION PRESS

Flensburger Spieler (in Weiß-Rot) 2016 in einer Partie gegen Paris Saint-Germain: Stolz auf das Image als beinharte Athleten

benommen haben.« Fast jeder, so hätten die Gespräche ergeben, habe dieses Ritual »durchlaufen«. Jedoch sei eine Grenze »deutlich überschritten« worden, das Ritual sei »sofort einzustellen«.

Suspendiert wurde keiner der Täter, womöglich weil die B-Jugend gerade um die deutsche Meisterschaft spielte. Ole B. kann sich nicht erinnern, dass überhaupt Strafen ausgesprochen wurden. Auf SPIEGEL-Anfrage sagt der Geschäftsführer der Akademie, Lewe Volquardsen, es seien »pädagogische Maßnahmen« ergriffen worden: Zur Strafe habe man den Jugendlichen Küchen dienst, Stubendienst, Außendienst und Kochen verordnet, eine »Riesenpalette«.

In dem Elternbrief gibt es noch einen Passus. Die Akademie wolle »auch der Tatsache Rechnung tragen, dass wir bei den Jungs ein großes Bedürfnis nach Ritualen sehen« und diese, sofern gewaltfrei, auch »positive Effekte aufweisen können«.

Ludger Jungnitz ist einer der Autoren der Studie »Gewalt gegen Männer«. Der Soziologe glaubt, der harte Körpereinsatz der Handballer bedinge geradezu schmerzvolle Initiationsrituale. »Wenn Härte und die Unterdrückung des Schmerzes ein Kern des Handballs sind, dann muss man, auch wenn es zynisch klingt, diese Dinge vorher einüben. Schmerzen auszuhalten, sich in Hierarchien einzuordnen oder unterzuordnen, so funktioniert leider immer noch die Sozialisation von Männlichkeit.«

Viele Handballer sind stolz auf das Image als beinharte Athleten. »Wenn es

nicht kracht, ist es nicht Handball«, schreibt Ex-Profi Stefan Kretzschmar in seinem Buch. Er werde nach der Karriere die Schmerzen vermissen, sagte Oliver Roggisch, Teammanager der deutschen Nationalmannschaft, als er noch Profi war.

Der Kölner Sportpsychiater Valentin Markser war selbst Handballbundesliga-spieler. »Die meisten Rituale sind harmlos und dienen der Aufnahme der jungen Spieler in die Mannschaft. Aber jeder neue Spieler ist auch ein Konkurrent«, sagt er. Bei den Ritualen gehe es »um die Demonstration der Macht der älteren und etablierten und um die Unterwerfung der neuen jüngeren Spieler«. Die Rituale dienten dazu, »die eigene Angst und Schwäche auf Kosten der anderen zu bekämpfen und das Selbstwertgefühl zu stabilisieren«. Verletzungen wie in Flensburg seien ihm aus dem Handball nicht bekannt.

Bei der Aufarbeitung der Übergriffe in der Flensburger Akademie spielte das seelische Leid von Ole B. offenbar keine wichtige Rolle. Irgendwann forderte ihn Akademiedirektor Michael Döring auf, er solle sich bemühen, sich wieder in die Gruppe zu integrieren; er sei nun der »Buhmann«, weil er das Ritual zum Thema gemacht habe. So zumindest erinnert sich Ole B.

Das stimme so nicht, erwidert Döring. Aber sie hätten in der Tat befürchtet, »dass es zu einer Isolierung von Ole in der Gruppe kommen könnte«.

Neun Monate nach dem Vorfall holten die Eltern ihren Sohn zurück nach Hause.

Die Körperverletzung zeige »nach wie vor ihre vor allem emotionale Wirkung«, begründeten sie ihre Kündigung. Sie suchten ärztliche Hilfe. »Posttraumatisches Belastungssyndrom« lautete der Befund. »Das war so massiv, dass wir das nicht allein in den Griff bekamen«, sagt die Mutter. Fast ein Jahr sei ihr Sohn in Therapie gewesen.

Das Ritual gebe es nicht mehr, betont Volquardsen heute, ihnen seien »keine weiteren Vorfälle bekannt geworden«. Es sei eine Sportpsychologin eingestellt worden.

»Wir glauben, dass wir stärker gewappnet sind«, sagt Döring. Die Zange sei seinerzeit »einkassiert« und dann »vernichtet« worden. »Aber wir wären ein bisschen blauäugig zu glauben, dass das nicht wieder stattfinden wird.«

Ole B. hat sich inzwischen stabilisiert. Seine Schulnoten, die sich nach dem Übergriff dramatisch verschlechtert hatten, sind wieder besser geworden. Vor Kurzem hat er sein Abitur geschrieben. Diesen Zeitpunkt wollte er abwarten, bevor er seine Geschichte öffentlich macht.

Den Traum, Handballprofi zu werden, hat Ole B. aufgegeben. Er schwimmt jetzt bei der DLRG. Mit Handball kommt er nur noch zufällig in Berührung – wie im vergangenen Herbst, als er im Urlaub alte Kumpel traf. Sie hätten ihm erzählt, was sie von einigen Jungen aus der Flensburger Akademie gehört hätten: Das Ritual sei dort wieder durchgeführt worden.

Erik Eggers

Wissenschaft+Technik

»Es ist Zeit, auf den Mond zurückzukehren. Diesmal, um zu bleiben.« ► S. 100



AUDUN RIKARSDEN / NATURAL WORLD PHOTOGRAPHY COMPETITION

Eigentlich wollte er einen Steinadler fotografieren, dann flog dieses Birkhuhn auf den Ast, hinter dem der Norweger Audun Rikardsen seine Ausrüstung befestigt hatte, einen Blitz, eine Kamera mit Bewegungssensor und eine weitere, die Fotos auf sein Handy schickt. Rikardsen wohnt in der Nähe, er arbeitet als Biologe an der Universität Tromsø. Zwei Jahre dauerte es, bis der Prachtvogel vor seiner Linse landete, nun gewann das Bild den Fotowettbewerb der California Academy of Sciences – es muss nicht immer gleich ein Adler sein.

Demografie

Migration auf Facebook

● Wenn eine Naturkatastrophe eine Region heimsucht, bleibt Betroffenen oft nichts anderes übrig, als zu flüchten. Wie groß die Gruppe der Migranten ist, lässt sich jedoch oft erst Monate später abschätzen. Drei Forscher, darunter Emilio Zagheni vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock, wollen jetzt eine Möglichkeit gefunden haben, Migrationsströme deutlich schneller als bislang abzubilden: mit Facebook. Die Forscher wollten wissen, wie viele Puerto Ricaner im Jahr 2017 vor dem Hurrikan »Maria« auf das US-amerikanische Festland flüchteten. Sie nutzten

dafür das Tool »Ads Manager«, das es Werbetreibenden ermöglicht, Zielgruppen zu identifizieren. Beispielsweise: Menschen aus Puerto Rico über 35 in Florida. Die Daten, die sie erhielten, stimmten ungefähr mit den offiziellen Zahlen überein: Mehr als 150 000 Menschen sind demnach geflohen. Forschern kollegen kritisieren, dass Facebook-Daten unzuverlässig und intransparent seien. Monica Alexander, eine der Co-Autorinnen der Studie, verteidigt die Methode als gute Ergänzung zu klassischen Erhebungen. »Trotz all der Probleme bekommen wir Daten, die demografische Veränderungen verfolgbar machen.« In Krisenzeiten, so die Autoren, seien »digitale Brotkrumen« besser als nichts. RED

Fußnote

40

Menschen sterben im Jahr weltweit durch Würfelquallen wie die Seewespe, vielleicht mehr. Diese Wesen verfügen über eines der stärksten Gifte des Tierreichs. Eine flüchtige Berührung schon bereitet grausame Schmerzen – und kann zu Herzversagen führen. Australische Forscher haben mithilfe der Genschere Crispr/Cas9 möglicherweise ein Gegengift gefunden und es erfolgreich an Mäusen getestet. Ob es auch beim Menschen funktioniert, ist unklar.

»Verbote kommen bei Jugendlichen schlecht an«



Die Erziehungswissenschaftlerin Gabriele Stumpp, 61, von der Uni Tübingen forscht zum Alkoholkonsum Jugendlicher. Sie sagt: Er erfüllt eine wichtige Funktion beim Erwachsenwerden.

SPIEGEL: Frau Stumpp, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat am Mittwoch die Ergebnisse des »Alkoholsurvey 2018« vorgestellt. Die Zahl der Jugendlichen, die regelmäßig Alkohol konsumieren, nimmt seit Jahren ab. Wieso ist das so?

Stumpp: Die Jugendlichen heute fühlen sich sehr stark unter Druck, in ihrem Leben etwas zu erreichen, und sagen ganz klar, dass sie es sich gar nicht leisten können, sich nur wegzuschleifen und Party zu machen. Das wäre eine soziokulturelle Erklärung. Es hat sich aber vor allem viel getan in der Prävention.

SPIEGEL: Inwiefern?

Stumpp: Als ich 2008 begonnen habe, zu diesem Thema zu forschen, gab es einen Medienhype um das sogenannte Koma-saufen in allen TV-Sendungen und im Internet. Daraufhin hat die Politik das Thema aufgegriffen. Es wurde dann nicht mehr nur auf die Zahlen geschaut, sondern auch auf die tiefer liegende Motivation von Jugendlichen: Warum trinken die überhaupt?

SPIEGEL: Und, warum tun sie's?

Stumpp: Zuerst einmal trinken sie nicht allein, sondern in der Gruppe. Sie bewäl-

tigen dabei auch ganz zentrale Themen wie Körpererfahrungen, die Ablösung vom Elternhaus oder die erste Liebe. Der Alkohol macht locker, und man kommt aus sich heraus, was für manche in diesem Alter keine Selbstverständlichkeit ist. Natürlich schauen sich die Jugendlichen das auch von den Älteren ab.

SPIEGEL: Wo setzt die Prävention an?

Stumpp: Prävention muss dort stattfinden, wo die Jugendlichen trinken. Mobile Jugendarbeiter können vor Ort informieren und Telefonnummern verteilen. Aber auch die Eltern sind wichtig. Viele tabuisieren Alkoholkonsum oder schauen weg. Dabei haben Jugendliche in unseren Interviews gesagt: Mir wäre es lieber, wenn meine Eltern mit mir darüber sprächen.



CHRIS ROBBINS / MOOD BOARD / REX FEATURES

SPIEGEL: Verbote bringen nichts?

Stumpp: Prävention kann nicht auf Verboten fußen, das kommt bei Jugendlichen schlecht an und wäre auch zynisch. In einer Gesellschaft, in der Alkohol noch immer omnipräsent ist, können junge Menschen nicht anders, als sich damit auseinanderzusetzen und Grenzen zu testen, das erfüllt eine wichtige Funktion. Einen risikoarmen Umgang mit Alkohol zu lernen, darauf kommt es an.

SPIEGEL: Der »Alkoholsurvey« zeigt in den vergangenen zwei Jahren einen Anstieg des Rauschtrinkens bei jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren, vor allem bei Frauen. Wie erklären Sie das?

Stumpp: Zum einen gibt es wenig Präventionsarbeit für diese Kohorte; die meisten Angebote sind für Jugendliche zwischen

12 und 18 Jahren entwickelt worden. Immer mehr Leute zwischen 18 und 25 studieren ja bereits, da gibt es Freiräume, in denen man sich exzessives Trinken erlauben kann. Was die Frauen angeht: Früher war es so, dass die Jungs ihr Bierchen getrunken haben und die Mädchen ihre Cola. Ich vermute, dass junge Frauen mitziehen und mittlerweile sagen: Das kann ich auch. RED

Kommentar

Immun gegen Unwissen

Warum die geplante Masern-Impfpflicht richtig ist – aber nicht genügt

Mehr Druck auf Impfmuffel, das ist die Stoßrichtung des Gesetzentwurfs von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Eltern, die ihre schulpflichtigen Kinder nicht impfen lassen, müssten dann bis zu 2500 Euro Strafe zahlen. Auch Kindertagesstätten könnten zur Kasse gebeten werden, wenn sie nicht geimpfte Kinder zulassen. Das klingt entschlossen, und es ist vernünftig. Aber Gesetze allein reichen leider nicht.

Das Zauberwort lautet: Herdenimmunität. Laut den aktuellen Zahlen des Robert Koch-Instituts waren im Jahr 2017 in Deutschland rund 97 Prozent der Schulanfänger einmal gegen Masern geimpft, aber nur rund 93 Prozent zweimal. Die beste Schutzwirkung haben jedoch diejenigen, die zweimal gepikst worden sind. Und nur wenn das bei 95 Prozent der Menschen in der Welt so ist, kann sich die Krankheit nicht mehr ausbreiten; irgendwann, so die Hoffnung, wären die Masern dann ausgerottet. Um dies hinzubekommen, müssten Gesetze von anderen Maßnahmen flan-

kiert werden, das zeigt eine in Fachkreisen viel beachtete Studie des amerikanischen Sabin Vaccine Institute aus dem Jahr 2018.

Die Analyse von 53 Ländern ergab, dass relativ laxer Länder (wie Schweden) teilweise sogar besser abschneiden als Länder mit Impfpflicht und Impfstatuserkennung (wie Italien). Wie kann das sein?

Der Schlüssel zum Erfolg liegt, das deutet die Studie an, in der Art, wie Impfungen organisiert werden: transparent, systematisch überwacht, ohne großen Aufwand für die Bevölkerung. So könnte es wirksam sein, säumige Familien einfach per Mail an den Impftermin zu erinnern. Kinderärzte fordern daher ein nationales Impfregeister. Vor allem aber mangelt es noch an einem der wichtigsten Impfstoffe: Aufklärung. 45 Prozent der Deutschen fühlen sich bei dem Thema unzureichend informiert, das ergab eine Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Die notwendigen Nachbesserungen vorzunehmen kostet allerdings Zeit – ein Gesetzentwurf ist fix geschrieben. Yannick Ramsel

Der achte Kontinent

Raumfahrt Aus Science-Fiction wird Wirklichkeit: Amazon-Gründer Jeff Bezos will einen regelmäßigen Raumschiff-Frachtverkehr zum Mond einrichten. Sein langfristiges Ziel: eine bewohnbare Station auf dem Erdtrabanten, in der Menschen dauerhaft leben können.

Eine geheimnisvolle Mitteilung erschien Ende April beim Kurznachrichtendienst Twitter. Urheber war Blue Origin, die ehrgeizige und stets verschwiegene Raumfahrtfirma im Privatbesitz von Amazon-Gründer Jeff Bezos. Das Unternehmen sandte einen Tweet in die Welt, der ein hinreißendes Foto eines Segelschiffs im Eismeer zeigte. Darüber die Datumsangabe: »9. 5. 2019«. Sonst nichts.

Die kryptische Botschaft machte in den sozialen Netzwerken im Nu Furore. Denn die Aufnahme zeigte die »Endurance«, das Schiff, mit dem der legendäre Entdecker Ernest Shackleton vor mehr als 100 Jahren auf Antarktis-Expedition ging.

Das Schiff wurde bekanntlich zerquetscht im Packeis, es sank, Shackleton führte statt der geplanten Expedition eine dramatische Rettungsmission an und erntete dafür bleibenden Ruhm. Seit 1994 ist auch ein Krater direkt am Südpol des Mondes nach Shackleton benannt – er gilt Forschern schon lange als idealer Standort für eine Mondkolonie.

Somit lag der Verdacht in der Luft: Am 9. Mai würde Blue Origin bekannt geben, dass die Firma zum Mond fliegen werde.

Und genau so kam es. In Washington, um 16 Uhr Ortszeit, stellte Bezos am Donnerstag im Beisein eines alten »Apollo 17«-Astronauten staunenswerte Pläne vor. Bezos, trotz milliardenteurer Scheidung der reichste Mensch der Welt, will zum Erdtrabanten: »Es ist Zeit, auf den Mond zurückzukehren«, sagte er. »Diesmal, um zu bleiben.«

Bezos will offenbar den Grundstein legen für nichts Geringeres als eine dauerhafte menschliche Besiedelung des Erdtrabanten. Mehr als 45 Jahre sind vergangen seit der letzten Stippvisite von insgesamt nur zwölf US-Astronauten auf dem Mond. Seither haben ihn Sonden und Satelliten besucht, doch niemand aus Fleisch und Blut. Jetzt will Multimilliardär Bezos ein neues Kapitel in der Geschichte der bemannten Raumfahrt aufschlagen – und den bisher so nahen und doch so fernen Mond quasi zum achten Kontinent der Erde machen.

Der Amazon-Gründer möchte mit einem vollautomatischen Raumschiff zu-

nächst einen regelmäßigen Frachtverkehr zum Erdtrabanten aufbauen. Das Mondlandemodul »Blue Moon«, das Bezos' Firma seit drei Jahren entwickelt, soll in der Lage sein, pro Flug Nutzlasten von bis zu 6,5 Tonnen zu seinem rund 400 000 Kilometer entfernten Ziel zu bringen.

Seine langfristigen Ziele sind wohl noch ehrgeiziger: Nach und nach sollen Roboter dort eine Station errichten, in der Menschen permanent leben können, Forscher, Techniker, auch Touristen.

Wann seine Mondrakete erstmals fliegen soll, verriet Bezos nicht. Die ersten Menschen will er aber 2024 auf den Mond bringen. Und der erste Test seines neuen Raketentriebwerks steht diesen Sommer an.

Bezos schwärmte, wie schon öfter, vom Shackleton-Krater als Landeplatz. Der Krater liegt am Südpol des Mondes. Seine

Am Kraterrand scheint die Sonne fast permanent, bei bis zu minus 60 Grad ist es relativ behaglich.

Form ist fast perfekt schüsselförmig, er hat einen Durchmesser von 21 Kilometern und ist rund vier Kilometer tief. Entstanden ist er, als vor rund 3,6 Milliarden Jahren ein großer Gesteinsbrocken einschlug. Der Schauplatz künftiger Mondmissionen ist damit etwa so alt wie das Leben auf der Erde.

Den Krater zeichnen ein paar Eigenschaften aus, die ihn zur idealen menschlichen Heimstatt fern der Erde machen. Am Kraterrand scheint die Sonne fast permanent. Über Solarmodule könnten sich Siedler oder Roboter hier beinahe ohne Unterbrechung mit elektrischer Energie versorgen.

Die Temperaturen in dieser Gegend liegen zwischen minus 40 und minus 60 Grad, sie sind damit relativ behaglich und konstant, verglichen mit der sonst auf dem Mond beobachteten Schwankungsbreite von minus 150 bis plus 100 Grad Celsius.

In die Tiefe des Kraters aber ist in all den Jahrtausenden seiner Existenz noch

nie Licht gefallen. Hier herrschen immerzu Minustemperaturen, tiefer als minus 180 Grad Celsius.

Und deswegen ist es hier, in der hyperkalten ewigen Finsternis, zu einem faszinierenden Phänomen gekommen: Unten im Krater liegt vermutlich Eis, und zwar viel davon. Der Mond ist eben keineswegs staubtrocken, wie Forscher lange dachten.

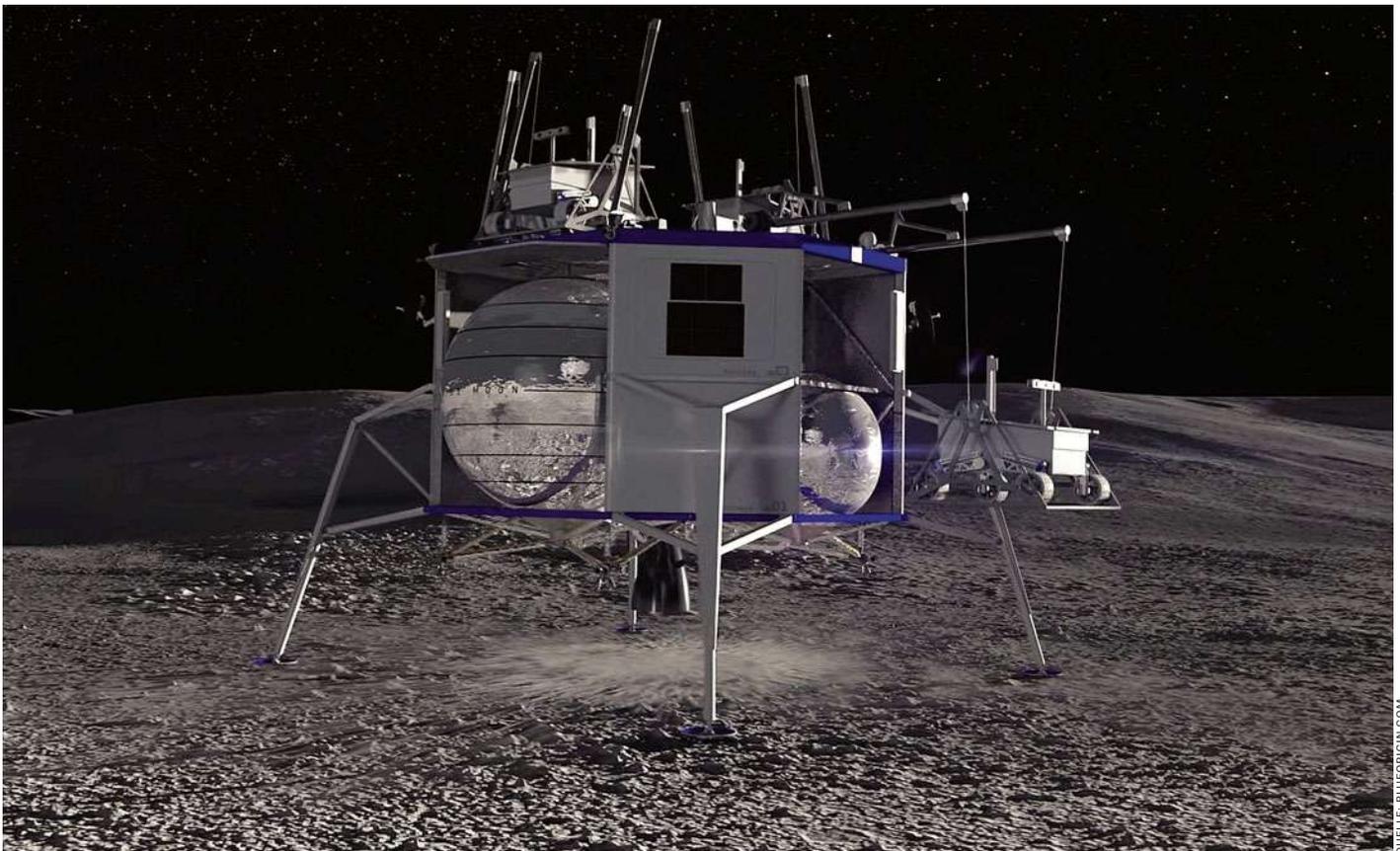
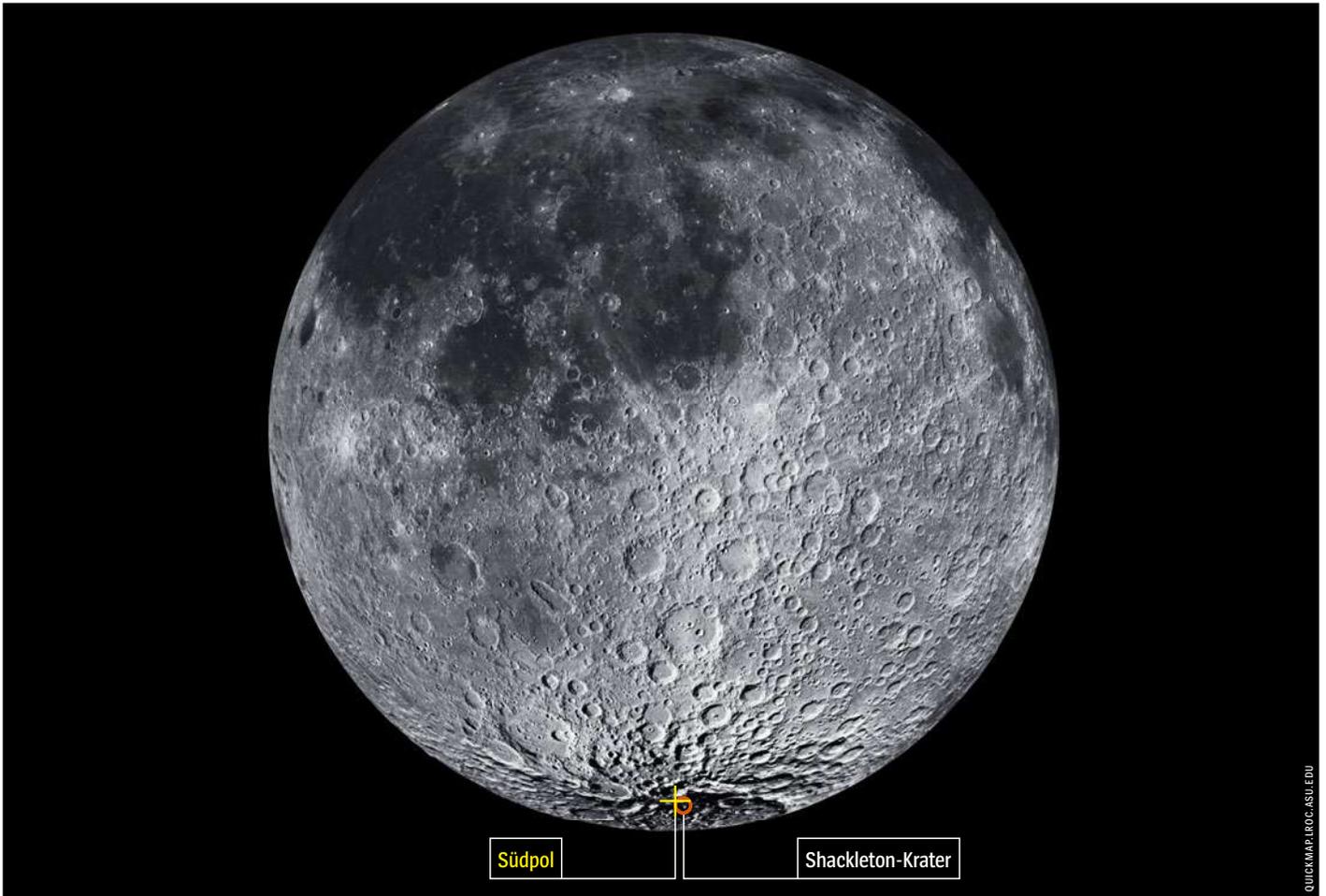
Das Wasser in den vielen Kratern am Nord- und Südpol stammt entweder aus wasserhaltigen Asteroiden und Kometen, die hier über die Ewigkeiten hinweg eingeschlagen sind. Oder es ist auf dem Mond entstanden, als Protonen aus dem Sonnenwind und die sauerstoffreiche Oberfläche miteinander in Wechselwirkung traten.

Auf jeden Fall konnte das Wasser nie irgendwohin. Es steckt in der sogenannten Kältefalle, bereit für künftige Mondmenschen, die es für ihren Eigenkonsum schmelzen. Sie können es auch per Elektrolyse aufspalten in Wasserstoff und Sauerstoff und daraus Atemluft sowie Raketentreibstoff herstellen – für den Rückflug zur Erde oder für eine weitere Mission, zum Beispiel gen Mars.

All das mag irre klingen, aber Unsinn ist es nicht. Die bemannte Raumfahrt, bisher die exklusive Domäne staatlicher Akteure, steht unmittelbar vor einer Zeitenwende. Private Firmen wie Bezos' Blue Origin, Elon Musks SpaceX oder Virgin Galactic von Richard Branson sind dabei, neue Wege ins All zu finden und damit auch dessen Nutzung durch den Menschen zu revolutionieren.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wenige Staaten für unvorstellbar viele Milliarden an Steuergeldern weniger als 600 Menschen in den Weltraum entsandt. Das erklärte Ziel der jetzt angetretenen Raumfahrtfirmen im Besitz von Multimilliardären ist es, mehr Erdlinge sicher und preiswert ins All zu bringen und dort neue Branchen und bessere Perspektiven für die Menschheit entstehen zu lassen.

Bezos vergleicht die kommende Epoche gern mit der Frühzeit des Internets. So wie sich in diesem vor Jahren plötzlich Abertausende kreative Start-ups tummelten und die alte Welt umstießen, so könnte auch



Künftiges Ziel Shackleton-Krater, geplante Landefähre »Blue Moon« (Simulation): »Auf den Mond zurückkehren, um zu bleiben«

die neue Raumfahrt plötzlich eine Explosion an Unternehmertum hervorbringen – wenn der Zugang zum All preiswert, sicher und einfach genug ist.

Die Erdenbürger kennen Bezos vor allem als märchenreichen Onlinehändler. Dabei ist er seit fast genau 50 Jahren auch ein Weltraum-Nerd allerersten Ranges, nämlich seit dem 20. Juli 1969. Damals startete der fünfjährige Jeff im Haus seiner Großeltern in Texas gebannt auf den Schwarz-Weiß-Fernseher. Er sah live, wie Neil Armstrong den Mond betrat – und da war es um den kleinen Bezos geschehen.

Als Junge verschlang er Massen an Science-Fiction-Literatur und begeisterte sich manisch für »Raumschiff Enterprise«. Natürlich wollte Bezos Astronaut werden. Einmal gewann er für einen Schulaufsatz mit dem Titel »Die Auswirkung der Schwerelosigkeit auf den Alterungsprozess der Gemeinen Stubenfliege« einen für ihn tief beeindruckenden Ausflug auf ein Nasa-Gelände, wo die gewaltige »Saturn V«-Mondrakete getestet wurde.

Der »Miami Herald« hat Bezos 1982 interviewt, als er mit 18 Jahren als Jahrgangsbester die Highschool verließ. Die Zeitung berichtete so: Bezos »möchte Weltraumhotels bauen, Vergnügungsparks, Yachten und Kolonien für zwei bis drei Millionen Menschen im Erdorbit«. Es gehe darum, so hatte Bezos doziert, die Erde zu bewahren. Irgendwann sollten die Menschen umgesiedelt werden, damit die Erde eine Art Nationalpark werden könne.

Seinen großspurigen Plänen ist Bezos seither erstaunlich treu geblieben. Er will nicht wie sein Konkurrent Musk in den Weltraum, um der Erde zu entkommen. Er will vor allem ökologische Belastungen dort hinverlegen, die hier unten nicht länger tragbar seien, zum Beispiel die Schwerindustrie, die Rohstoffgewinnung oder die Energieerzeugung.

Dass er utopisch anmutende Ziele verfolgt, deren potenzielle Erfüllung in die Zeit bis sehr weit nach seinem Tod reicht, ist ihm natürlich bewusst. Doch all das sei notwendig, hat er gesagt, damit auch seine Urururenkel gut leben könnten. Bezos, das hat er schon mehrfach bewiesen, ist ein ausdauernder Mensch, der sich von extremer Langfristigkeit nicht abschrecken lässt.

1994 etablierte er in einer Garage in Seattle den zunächst winzig kleinen Bücherversand Amazon. Schon bald bescherte der ihm genug Spielgeld für seine andere Leidenschaft. Noch im Jahr 2000, kurz nach dem Platzen der Dotcom-Blase, gründete Bezos ganz im Geheimen Blue Origin.



SAUL LOEB / AFP

Milliardär Bezos am Donnerstag: Weltraum-Nerd seit 50 Jahren

Seither verbringt er in seiner Zweitfirma einen Arbeitstag pro Woche, meist mittwochs. In einer feierlichen Schrift definierte er 2004 die Mission seines Unternehmens: »Wir sind ein kleines Team«, schrieb er, »das sich der Aufgabe verschrieben hat, eine permanente menschliche Präsenz im Weltraum zu erschaffen.«

Die Firma hatte damals ein unscheinbares Hauptquartier nahe Seattle und baute einen eigenen, voll lizenzierten Weltraumbahnhof in der dünn besiedelten Wüste von Texas. Lange Zeit erfuhr die Welt nichts darüber, wie Bezos' Ingenieure dort ihre ersten Triebwerke testeten. Die große Öffentlichkeit suchte Bezos erst am 24. November 2015, als er die erste erfolgreiche Mission zu verkünden hatte.

»New Shepard«, ein 18 Meter hohes, tonnenartiges Konstrukt, war tags zuvor mit mehr als dreifacher Schallgeschwindigkeit höher als 100 Kilometer ins All gerast, angetrieben von einem Raketentriebwerk, in dem flüssiger Wasserstoff zum Einsatz kommt. Die unbemannte Raumkapsel trudelte Minuten später wie geplant an Fallschirmen hängend zur Erde zurück.

Die sehr teure und komplexe Raketstufe aber ging in den freien Fall über, nahm hohes Tempo auf – dann zündeten Bremsraketen, vier Standbeine schwenkten aus, und die Rakete landete sanft und aufrecht stehend fast auf den Meter genau an ihrem zuvor bestimmten Landeplatz.

Alle Bauteile von »New Shepard« sind komplett wiederverwendbar. Die Zeiten, in denen Raumfahrer ihr exorbitant kostspieliges Werkzeug auf Nimmerwiedersehen im Ozean versenkten, sind vorbei. Der dauerhafte Materialeinsatz ist auch bei der Konkurrenz von SpaceX und Virgin Galactic das oberste Gebot.

Zehn weitere erfolgreiche Flüge hat »New Shepard« bisher absolviert, zuletzt Anfang Mai. »Dieses Jahr noch«, so sagte Bezos jetzt in Washington, »werden wir Menschen mit »New Shepard« ins All fliegen.« Gemeint waren Weltraumtouristen.

2021 soll zudem »New Glenn« erstmals abheben, ein 82 Meter hohes Ungetüm, das schwere Lasten und Astronauten in den Erdorbit bringen soll.

Und dann, möglicherweise: »New Armstrong«, der »Apollo«-Nachfolger, noch mächtiger, noch stärker. An seiner Spitze säße der Mondbezwinger, das Landegefährt »Blue Moon«, das Bezos am Donnerstag erstmals vorgestellt hat.

Um all das zu bezahlen, verkauft Bezos jedes Jahr Amazon-Aktien im Wert von einer Milliarde Dollar. Lange war er der alleinige Finanzier seiner Firma, mittlerweile verfügt sie über al-

lerhand eigene Einnahmen: Blue Origin baut für ein militärisches Gemeinschaftsprojekt von Boeing und Lockheed Martin einen Raketentriebwerk. Telekommunikationskonzerne haben schon Flüge mit »New Glenn« fest gebucht, um schwere Satelliten auszusetzen.

Bezos' längst etablierte Firma wird auch von der Nasa gefördert – damit sie zum Beispiel Technologien für das Mondlandesystem entwickelt.

Die Regierung von US-Präsident Donald Trump war noch nicht im Amt, als Bezos bereits um weitere Unterstützung für das Mondprojekt nachsuchte. Anfang Januar 2017 schrieb Bezos ein siebenseitiges vertrauliches Papier, aus dem die »Washington Post« (Besitzer: Jeff Bezos) Wochen später freimütig zitierte. Er behauptet darin, dass »Blue Moon« schon im Juli 2020 einsetzbar sein könnte, wenn die Nasa und Blue Origin eine Partnerschaft eingegangen.

Welche Reaktionen Bezos aus dem Trump-Lager bekommen hat, ist nicht bekannt. Er und der Präsident sind Intimfeinde. Trump beleidigt und beschimpft den Verleger regelmäßig auf Twitter.

Allerdings will Trump im Sinne seines Schlachtrufs »Make America Great Again« möglichst bald wieder eine US-Fahne auf dem Mond wehen sehen. Das bisherige Ziel der Nasa, erst 2028 einen bemannten Flug zum Erdnachbarn zu unternehmen, hat Vizepräsident Mike Pence gerade schwer kritisiert. Alle Mittel seien recht, »damit Amerikaner in den nächsten fünf Jahren zum Mond zurückkehren«. Jeff Bezos kommentierte das in Washington mit den Worten: »Das finde ich toll. Wir können dabei helfen.« Marco Evers

Video
Amazon Weltraum-
abteilung

spiegel.de/sp202019blueorigin
oder in der App DER SPIEGEL



Wirres Puzzle

Medizin Wissenschaftler wollen eine neue, seltsame Form der Demenz erforschen. Sie befällt sehr alte Menschen – auch in Kombination mit Alzheimer.

Die 86-jährige Dame war so vergesslich geworden, dass die Ärzte eine Alzheimerdemenz vermuteten. Doch als sie sie in den PET-Scanner schoben, um das sogenannte Beta-Amyloid nachzuweisen, ein Eiweißbruchstück, das sich bei dieser Erkrankung typischerweise im Gehirn ablagert, zeigte das Gerät: keinerlei Hinweis auf diese Krankheit.

Auch die Scan-Suche nach dem Tau-Protein, ebenfalls ein typisches Merkmal der Alzheimerkrankheit, blieb erfolglos (siehe Abbildung). Was war da los? Litt die Frau an einer anderen Form der Demenz? Hatte eine Minderdurchblutung ihr Gehirn geschädigt? Konnte ein Vitaminmangel oder eine Infektionskrankheit schuld sein? Das Rätselraten begann – mehr als 20 Demenzformen sind im internationalen medizinischen Klassifikationssystem beschrieben.

Doch die Wahrheit sollte erst nach dem Tod der Patientin ans Licht kommen. Als die Mediziner das Gehirn seziierten, stellten sie eine gänzlich neue, im Klassifikationssystem bislang fehlende Diagnose: »Limbic-predominant age-related TDP-43 encephalopathy«, kurz: Late. Denn statt auf Beta-Amyloid waren die Ärzte in bestimmten Hirnregionen auf TDP-43 gestoßen, ein Protein, das sich typischerweise im Gehirn hochbetagter Menschen ablagert und dort – darauf deutet zumindest ein statistischer Zusammenhang hin – ganz ähnliche Symptome auslösen kann wie Alzheimer.

Jetzt fordert ein internationales Team von 35 Wissenschaftlern in der renommierten Fachzeitschrift »Brain«, das bereits vor mehr als einer Dekade entdeckte TDP-43 endlich ernst zu nehmen. Bei etwa 15 bis 20 Prozent der alten Patienten mit Alzheimersymptomen, errechneten die Forscher, liege in Wahrheit eine Late-Demenz vor – zumindest unter anderem.

Denn der Demenz vieler Hochbetagter liegt wahrscheinlich oft ein ganzes Puzzle an Gehirnveränderungen zugrunde. So wissen die Forscher inzwischen, dass bei Alzheimerpatienten, die zusätzlich TDP-43 im Gehirn haben, die kognitiven Fähigkeiten besonders schnell nachlassen.

»Wenn man jemandem im fortgeschrittenen Lebensalter sagt, er habe Alzheimer, kann man damit leicht danebenliegen«, warnt deshalb Carol Brayne von der britischen University of Cambridge, die zu dem Zusammenschluss der 35 Wissenschaftler gehört. »Wahrscheinlich wäre es in diesem Fall passender zu sagen, er leide am sogenannten Demenzsyndrom – das auch durch eine Mixtur krankhafter Veränderungen im Gehirn bedingt sein könnte.«

Wie komplex eine Demenz insbesondere bei sehr alten Menschen sein könne, genau diesen Gedanken hebe die dem »Brain«-Artikel zugrunde liegende Forschung hervor, sagt Brayne. Sich in der Forschung auch bei dieser Patientengruppe immer nur auf Alzheimer zu konzentrieren, halte sie für wenig sinnvoll.

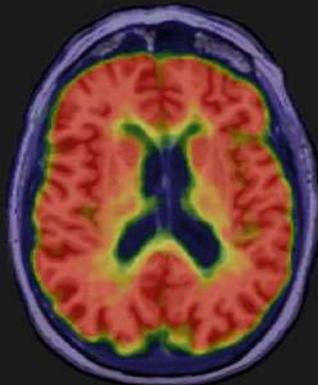
Nach dem »Brain«-Artikel brach aus Fachkreisen sofort Kritik über die Wissenschaftler herein. Welchen Sinn, so fragten Kollegen auf der Fachwebsite Alz-

März auch die letzten beiden Studien zu einer Behandlung mit einem Amyloid-Antikörper gescheitert sind. Ein neuer, frischer Blick auf die Krankheit, so wie ihn das Team jetzt wagt, ist nötiger denn je; das dürfte allen klar sein, die in dem Feld forschen.

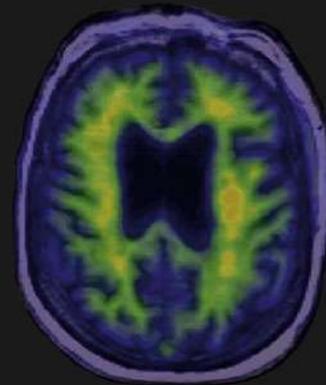
»TDP-43 ist vom Alzheimer-Establishment nicht ausreichend wahrgenommen worden«, schreibt Keith Josephs von der Mayo-Klinik, einer der Ersten, die dieses Protein im Zusammenhang mit Alzheimer erforschten, auf Alzforum. Viele Kollegen hätten über Amyloid und Tau nicht hinausgeblickt. Das Konstrukt der Late-Demenz, hofft Josephs, »wird TDP-43 die Bedeutung geben, die es verdient.«

Die 35 Wissenschaftler fordern nun die Entwicklung von Biomarkern, um die Late-Demenz schon zu Lebzeiten sicher diagnostizieren und in klinischen Studien erforschen zu können. Sie wünschen sich, dass Versuchstiere gezüchtet werden, mit

Verborgener Gedächtniskiller?



1 Mit der Positronenemissionstomografie (PET) wurde im Gehirn eines 91-jährigen Demenzkranken das für die Alzheimerkrankheit typische Eiweißbruchstück **Beta-Amyloid** in großer Menge nachgewiesen (rot gefärbte Bereiche).



Quelle:
»Brain – A Journal
of Neurology«

2 Die Aufnahme einer 86-jährigen Frau mit Alzheimersymptomen blieb ohne pathologischen Befund. Nach ihrem Tod fanden sich bei der Obduktion im Gehirn Ansammlungen des **Proteins TDP-43**, das offenbar mit einer anderen Form von Altersdemenz (Late-Demenz) einhergeht. Bei der späteren Obduktion des 91-jährigen Demenzkranken fand sich im Gehirn neben Beta-Amyloid ebenfalls TDP-43.

forum, ergebe eine Diagnose wie die Late-Demenz, die man erst nach dem Tod per Obduktion stellen könne, weil es keine Biomarker und keine bildgebenden Verfahren gebe, um sie vorher nachzuweisen?

Zudem ist noch weitgehend unklar, über welche Mechanismen genau das TDP-43-Protein überhaupt zu einer Demenz führen soll. Im Vergleich zur Alzheimerforschung steht die Late-Demenzforschung noch ganz am Anfang.

Bei aller Kritik könnte das Vorhaben der 35 Wissenschaftler doch der Demenzforschung wieder Leben einhauchen. Denn den Medizinern ist die Hoffnung auf eine wirksame Alzheimertherapie in naher Zukunft abhandengekommen, seitdem im

denen sich die Auswirkungen von TDP-43 untersuchen lassen, um auch die Grundlagenforschung auf diesem Gebiet voranzutreiben.

»Wir brauchen die besten Wissenschaftler und die besten Ressourcen, um uns mit der Komplexität des alternden Gehirns auseinanderzusetzen«, so Peter Nelson von der University of Kentucky, der Erstautor des »Brain«-Artikels.

Demenz, so sinniert Nelson, sei vielleicht ein bisschen wie Krebs. »Es gibt viele verschiedene Untertypen. Deshalb müssen wir viele verschiedene Therapien finden, maßgeschneidert für den einzelnen Patienten.« Veronika Hackenbroch

Aufgetaucht

Tiere Der Omurawal ist elf Meter lang, wiegt 20 Tonnen und lebt küstennah – wie konnte die Wissenschaft ihn so lange übersehen?

Jetzt hat ein US-Biologe das wundersame Geschöpf erforscht.

Warum ist der linke Unterkiefer stets dunkelgrau, der rechte hingegen elfenbeinweiß? Und wieso unterscheiden sich die beiden Körperhälften in ihrer Marmorierung so deutlich voneinander? Eine Laune der Natur? Solch markante Asymmetrie findet sich selten im Tierreich – und doch gilt sie Forschern nur als eines von vielen Mysterien, die der Omurawal ihnen aufgibt.

Das größte Rätsel ist, dass es diese Tiere überhaupt gibt. Wie nur war es möglich, dass die Existenz dieser 20-Tonnen-Kolosse Fischern, Walfängern und Meeresforschern über Jahrhunderte verborgen geblieben ist? Erst im Jahr 2003 wurde diese Walart anhand eines Kadavers und mehrerer in Museen aufbewahrter Gebeine beschrieben. 2014 sichtete und filmte erstmals ein Forscherteam lebende Exemplare.

Jetzt hat Salvatore Cerchio vom New England Aquarium in Boston eine umfangreiche Studie über diese Spezies vorgelegt. Wichtigstes Ergebnis: Omurawale sind weiter verbreitet als gedacht. Sie kommen in vielen tropischen Meeren vor. Und sie halten sich überwiegend in flachen Küstengewässern auf. Es muss also immer wieder zu Begegnungen mit Menschen gekommen sein. Trotzdem nahm niemand von der Walart Notiz.

Cerchios Bestandsaufnahme öffnet nun ein Fenster in die unbekannte Welt der Omurawale – und offenbart zugleich, wie groß die Lücken im Wissen des Menschen über das Leben im Meer noch immer sind.

Jahrelang verfolgte Cerchio eine Population der Wale vor der Nordwestküste Madagaskars. 247 Begegnungen mit den schlanken, elf Meter langen Meeressäugern hat er dokumentiert, 78 Gewebe- und 15 Kotproben gesammelt. Irgendwann war er mit vielen der Individuen vertraut. Ein Weibchen sichtete er viermal in verschiedenen Jahren.

Auch Mikrofone setzten die Forscher aus, um die Gesänge der Wale aufzunehmen. Rund ums Jahr fingen sie so ihre tiefen, tuckernden Laute ein. Vier Individuen markierten sie mit Sendern. Per Satellit konnten sie so nachvollziehen, wie die Omurawale entlang der Küste nach den jeweils besten Krillgründen suchten.

Cerchios großes Omurawal-Abenteuer begann im August 2011. Als er, wie so oft, von der Insel Nosy Be im Nordwesten Madagaskars aufs Meer hinausfuhr, um die dort heimischen Buckeldelfine zu beobachten, sah er plötzlich die Dampffontäne eines Wals. Er hielt den Bootsführer an, in diese Richtung zu steuern, und prompt tauchten zwei Rückenfinnen auf: ein Muttertier mit Kalb. Sie gehörten einer Spezies an, die Cerchio nie zuvor gesehen hatte.

Findet Omura

Bestätigte Vorkommen des Omurawals*



»Ich war begeistert«, erzählt der Walforscher. »Ich hielt sie für Brydewale. Die sind selten; da ist es etwas sehr Besonderes, wenn man einen zu Gesicht bekommt.« Langsam näherte sich das Boot den beiden Tieren. Das Wasser war flach, deshalb konnten Mutter und Kalb nicht in die Tiefe entkommen. Bis auf zwei Bootslängen kam Cerchio an die Tiere heran – dicht genug, um mit der Armbrust einen Pfeil in den Leib der Mutter zu schießen, den er anschließend einholte, wodurch er eine Gewebeprobe gewinnen konnte.

Zu gern hätte Cerchio gewusst, ob er wirklich Brydewale vor sich gehabt hatte. Doch Gewissheit konnte nur ein DNA-Test erbringen. Das Washingtoner Artenschutzübereinkommen aber verbietet die Ausfuhr von solchem Gewebe. Deshalb verstaute der Forscher seine Beute im Gefrierfach und hoffte darauf, irgendwann eine Ausnahmegenehmigung zu bekommen.

Fortan hielten Cerchio und seine Mitarbeiter Ausschau nach weiteren Exemplaren, doch zunächst vergebens. Erst später,



BIOSPOTO / WILDLIFE

Tropenbewohner Omurawal: Bei Zusammenkünften schallen dumpfe Gesänge durchs Wasser

im Flugzeug, sollte es zur nächsten Begegnung kommen. Es war auf dem Rückflug in die USA, als Cerchio mit seinem Sitznachbarn ins Gespräch kam. Begeistert erzählte der vom Whalewatching, und er zeigte Fotos. Verblüfft erkannte der Forscher, dass einer der Wale, die der Tourist abgelichtet hatte, den beiden Tieren vor Nosy Be verdächtig ähnlich sah.

Gleich nach der Ankunft rief Cerchio aufgeregt sein Team an, um es zu dem Ort zu schicken, den die Whalewatcher frequentiert hatten. Da erlebten die Forscher ihre nächste Überraschung: Einer der Bootsführer, der sie seit Jahren hinaus aufs Meer gefahren hatte, kannte die geheimnisvollen Wale. »Er hat nur nie etwas davon erzählt. Wir haben immer über Delfine gesprochen«, sagt Cerchio.

Tatsächlich sichteten die Forscher nun weitere Wale, auch drei neue Gewebeproben wanderten ins Gefrierfach. Doch die Begegnungen blieben sporadisch, noch immer glaubten die Wissenschaftler, sie hätten es mit Brydewalen zu tun.

Das änderte sich erst, als Cerchio sein Forschungsprojekt auf das Gebiet rund um das idyllische Inselchen Nosy Iranja, etwas weiter südwestlich, verlagerte. Es ist an der Kante des Festlandssockels gelegen, Cerchio wollte von dort aus Mikrofone in die Tiefe absenken, um die Gesänge der Blauwale aufzunehmen. Es zeigte sich, dass er mitten in den Lebensraum der vermeintlichen Brydewale gezogen war.

Von nun an konnten die Wissenschaftler den Tieren fast täglich bei der Krillernete zusehen. Irgendwann kam das Boot ihnen so nahe, dass die Forscher eine Videokamera ins Wasser halten konnten. Als Cerchio die Aufnahmen sah, war ihm sofort klar: Nein, dies waren keine Brydewale.

Den Ausschlag gab ein Exemplar, das sich genüsslich vor der Kamera wälzte. Erst rückte es die eine, dann die andere Flanke ins Bild – fast, als wollte es seine asymmetrische Färbung zur Schau stellen: links dunkel, rechts hell, genau wie es die Entdecker des Omurawals anhand eines Kadavers beschrieben hatten.

Wenig später bestätigte ein DNA-Test den Verdacht. 2015 veröffentlichte Cerchio seinen Fund, die ersten Filmaufnahmen von Omurawalen gingen um die Welt. Die Berichterstattung bescherte Cerchio nicht nur viel Aufmerksamkeit, sondern auch Post aus Übersee: Australien, Sri Lanka, Ägypten – von überall meldeten sich Leute, die diese Walart gesichtet haben wollten. Und als Cerchio die Zuschriften inspizierte, stellte er fest: oftmals zu Recht.

Die DNA-Analyse offenbart, dass die Omurawale eine rund acht Millionen Jahre lange Evolutionsgeschichte von den größeren Bryde- und Seiwalen trennt. Bryde- und Omurawal sind sich genetisch also nicht ähnlicher als Schimpanse und Mensch.

Seine Videos hatten Cerchio unvermittelt zum führenden Experten für Omurawale gemacht. Umgehend startete er ein Forschungsprojekt, das die Lebensweise der kaum bekannten Spezies ergründen sollte. Noch liegt vieles im Dunkeln. Doch

Blech weg

Verkehr Autos werden immer schwerer, allen voran E-Mobile mit ihrem Trumm von Batterie, nun suchen Ingenieure nach raffinierteren Konstruktionen. Beginnt eine neue Epoche des Karosseriebaus?

die Fakten lassen schon jetzt ein höchst eigenes ökologisches Profil erahnen.

Besonders die Ortstreue ist für Bartenwale ungewöhnlich. Cerchios Team führte Buch über die genaue Gestalt der sichelartigen Finne, über charakteristische Narben und die Maserung auf dem Leib der Tiere. Das erlaubte es, einzelne Individuen wiederzuerkennen. Bald merkten die Forscher, wie oft ihnen Bekannte über den Weg schwammen. »Möglicherweise verlassen sie nie ihre Heimat«, meint Cerchio. Unter den sonst sehr wanderfreudigen Bartenwalen wäre das eine Ausnahme.

Die Satellitenmessungen bestätigen die Ortstreue der Omurawale. Die vier Tiere, deren Bewegung die Forscher verfolgten, patrouillierten nur in einem rund 300 Kilometer langen Küstenstreifen. Ab und zu machten sie für einige Tage halt, um dann ihre Streifzüge entlang der Küste fortzusetzen. Wie ungewöhnlich solches Verhalten ist, zeigt der Vergleich mit Buckelwalen, die Cerchio ebenfalls mit Sendern versehen hat: »Die legen im gleichen Zeitraum Entfernungen von mehreren Tausend Kilometern zurück«, sagt er.

Das Bewegungsprofil, das die Satelliten aufzeichneten, deckt sich mit den Beobachtungen vom Boot aus: Manchmal sahen die Forscher, wie einzelne Tiere ein, zwei Maulvoll Meerwasser filterten, um dann wieder zu verschwinden; offenbar hatten sie das Terrain sondiert, doch der Ertrag, der in ihren Barten hängen blieb, hatte sie nicht zufriedengestellt. An anderen Stellen verbrachten die Wale viele Stunden oder ganze Tage. Als die Forscher dort Netze auswarfen, bestätigte sich, dass viel Krill im Wasser trieb.

Wie eng die sozialen Bindungen der Omurawale sind, hat Cerchio noch nicht mit Gewissheit herausgefunden. Oft suchen sie allein nach Nahrung, dann wieder finden sich kleine Gruppen zusammen. »Einmal waren es mindestens zwölf Individuen«, erzählt Cerchio. Allerdings halten sie Abstand. Nur selten nähern sie sich einander auf mehr als einige Hundert Meter.

Cerchio nimmt an, dass es sich bei diesen losen Ansammlungen um das handeln könnte, was Biologen »Lek« nennen: eine Art Balzplatz, an dem die Tiere zur Partnerfindung zusammenkommen. Oft mehrstimmig schallen bei diesen Zusammenkünften die dumpfen Gesänge der Omurawale durchs Wasser. Cerchio vermutet, dass dies die Lockrufe der Männchen sind.

Doch das ist Spekulation. Bisher kann der Forscher die Laute noch nicht einzelnen Tieren zuordnen. Deshalb weiß er nicht einmal mit Gewissheit, ob der Gesang bei den Omurawalen wirklich Männersache ist. Johann Grolle

Von der Natur zu lernen ist eine alte Tugend im Ingenieurwesen. Skelette dienten Bauingenieuren als Vorbild, der Vogelflug inspirierte die Pioniere des Flugzeugbaus. Nun will die Luftfahrt sich die Künste eines Tieres nutzbar machen, das gar nicht fliegen kann.

Der Flugzeugbauer Airbus erklärte jüngst die Spinnenseide zu einem aeronautischen Baustoff der Zukunft. Sie sei »stärker als Stahl, zäher als Kevlar und unglaublich leicht«. Detlev Konigorski, Innovationsmanager des Konzerns, sagt noch nicht, wo das Zaubergarn zum Einsatz kommen soll, sieht aber, dass sich völlig neue Konstruktionsmöglichkeiten auf tun – zumal das Nachdenken darüber erst am Anfang steht.

Als Lieferanten der neuartigen Substanz hat Airbus nicht etwa eine Spinnenzucht aussersehen, sondern das oberbayerische Start-up Amsilk. Der 40-Mann-Betrieb aus Planegg bei München zählt zu den ersten Firmen der Welt, denen es ge-

Das Gefährt von morgen hat ein Gerüst aus Faserwerkstoff, umgeben von dünner Kunststoffhaut.

lungen ist, das Protein des Spinnenfadens synthetisch herzustellen.

Das Ergebnis ist ein weißes Pulver, das in der Kosmetik schon zum Einsatz kommt und im Flug- und Fahrzeugbau nun Einzug halten soll. Letzterer braucht dringend neue Impulse.

Die Autokarosserie alten Zuschnitts, selbsttragend aus Stahlblech gepresst und verschweißt, hat ein Gewichtsproblem: Immer üppigere Komfortausstattung und Fortschritte in der Crashesicherheit haben die Autos schwerer gemacht. Der erste VW Golf erschien 1974 mit kaum 800 Kilogramm Leergewicht. Das heutige Modell wiegt eine halbe Tonne mehr.

Verschärft wird das Problem durch eine weitere technische Neuerung, die obendrein als Schlüssel zum Fortschritt gilt: die Elektromobilität. Batterien speichern nur den Bruchteil der Energie eines Benzintanks gleicher Größe und wiegen dabei ein Vielfaches. Um das E-Mobil auf eine halbwegs akzeptable Reichweite zu bringen, sind Akkus nötig, die auch in der mo-

dernsten Lithium-Ionen-Variante mehr als eine halbe Tonne wiegen. Die großen Tesla-Modelle, allgemein als Ökovorbilder gepriesen, sind kolossale Stromfresser mit mehr als zwei Tonnen Leergewicht, im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende völlig kontraproduktiv.

»Elektrische Antriebe in bestehende Fahrzeugkonzepte zu integrieren ist der falsche Weg und endet in der Sackgasse«, warnte schon vor knapp zehn Jahren der Fahrzeugingenieur Rainer Kurek, damals Geschäftsführer des Entwicklungsdienstleisters MVI. Kurek leitet heute die Technologieberatung AMC. Sie hat sich auf Leichtbau spezialisiert.

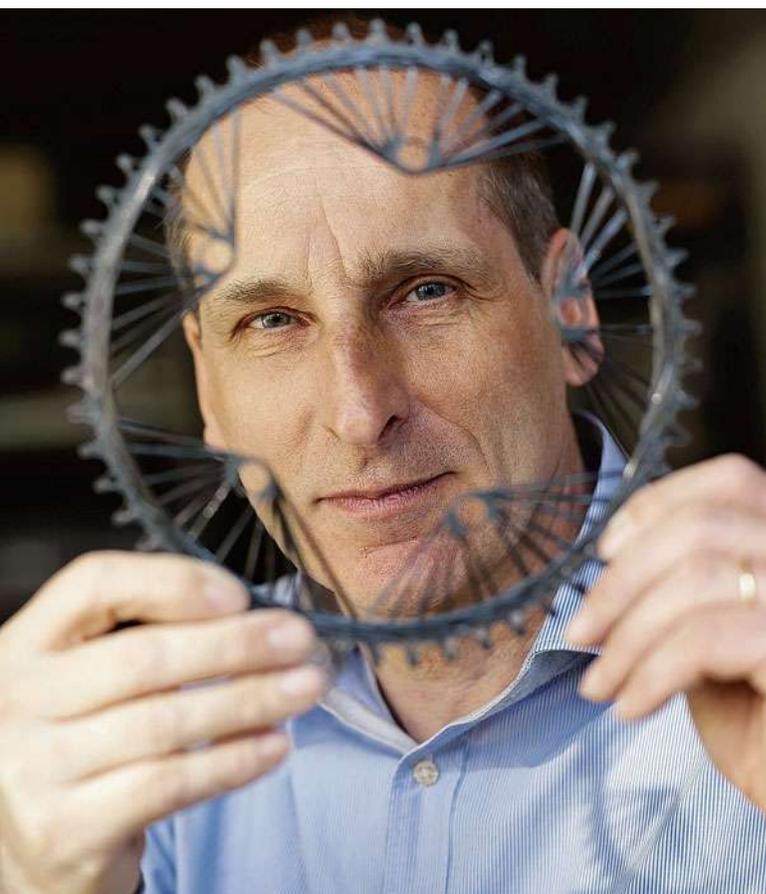
Die meisten großen Autokonzerne und auch der Neuling Tesla machten genau das, wovor Kurek gewarnt hatte: Sie pflanzten Riesebatterien in konventionelle Autos. Nur BMW scherte aus, mit einem revolutionären Projekt, das inzwischen weit über eine Milliarde Euro gekostet hat und im Begriff ist, als Ruine der guten Absichten in die Fahrzeuggeschichte einzugehen.

Zu Beginn der Elektro-Euphorie vor mehr als zehn Jahren entschied sich der Münchner Konzern für ein radikales Leichtbaukonzept: Er konstruierte seine E-Modelle i3 und i8 mit einem Aluminiumrahmen und einem Karosserieaufbau, der ausschließlich aus Kohlefaserwerkstoff (CFK) hergestellt wird.

Ein solches Auto wiegt einige Zentner weniger als eines mit konventioneller Stahlkarosserie. Zusammen mit dem Wiesbadener Partner SGL Carbon schuf BMW eine Produktionskette mit Standorten in Japan, Nordamerika und Bayern mit dem Ziel, den extrem leichten, aber in der Herstellung energiezehrenden Verbundwerkstoff möglichst ökologisch und günstig zu produzieren.

Dass dies nicht im gewünschten Maße gelang, ist heute ein offenes Geheimnis. BMW wird seine künftigen E-Mobile wieder mit weit geringerem CFK-Anteil herstellen. Der Preis für diese Form von Gewichtersparnis ist im Verhältnis zum erzielten Effekt offenbar zu hoch.

Womöglich hat BMW seine Leichtbaumodelle verkehrt herum konstruiert. Viele Auto- und auch Flugzeugkonstrukteure folgen neuerdings einem Konzept, auf das Leichtbaufachmann Kurek als einer der Ersten setzte: nicht die ganze Karosserie aus Carbonmaterialien zu konstruieren,



**Erfinder Fassbaender
mit Carbonkettenblatt,
künstliche Spinnenseide,
BMW-i8-Montage**

»Stärker als Stahl, zäher
als Kevlar«



SEBASTIAN WILLNOW / PICTURE ALLIANCE / DPA
CIRA MORO

sondern zuerst die tragenden Strukturelemente des Fahrzeugs.

Als Blechersatz für die Außenhaut des Fahrzeugs, so Kureks Gedanke, sei der teure Kohlefaserwerkstoff verschwendet. Verfüge das Auto dagegen über ein klug konstruiertes Skelett aus in Harz versiegeltem Carbongarn, könne dieses auch die Crashesicherheit garantieren. Die Außenhülle müsste dann mehr oder weniger nur noch den Regen abhalten.

Die technische Lösung zu Kureks Konzept lieferte der Sindelfinger Ingenieur Peter Fassbaender, ein schrulliger Einzelgänger des Konstruktionswesens, dessen Vater schon bei Daimler diente. Fassbaender ersann eine Methode, Carbon- und andere Fasern über ein Werkzeug zu wickeln, sodass ausschließlich die schlanke Struktur entsteht, die für die Festigkeit des Bauteils nötig ist. Anders als bei der sonst üblichen Verarbeitung von Fasermatten gibt es hier keinen Verschnitt. Mit weit geringem Materialeinsatz erhält man die gleiche Stabilität.

Begonnen hatte Fassbaender als passionierter Radsportler mit einem ultraleichten Flaschenhalter für Rennräder. Inzwischen ist sein patentiertes Konstruktionsprinzip zentraler Baustein des AMC-Angebots. Die ersten Fahr- und Flugzeugkonzerne setzen die Technik in Form von Strukturbauteilen wie Aggregatträgern und Stabilisatoren ein.

»Das Ergebnis ist atemberaubend. Etwas Besseres habe ich noch nicht gesehen«,

urteilt Airbus-Ingenieur Peter Sander. Und Maik Ziegler (inzwischen bei Hyundai) schrieb als Lkw-Entwickler bei Daimler an AMC: »Ich muss Ihnen anerkennend mitteilen, dass Sie diese Technologie mit einfachen Mitteln zum Optimum getrieben haben.«

Kurek hofft nun auf einen »Wandel in kleinen Schritten«, der an den Knotenpunkten der Karosseriestruktur beginnt und am Ende zu einer radikalen Veränderung im Fahrzeugbau führen kann. Auch Naturfasern wie die Spinnenseide sieht er als mögliche Kandidaten, wenngleich die Hürden hier noch größer sind. Anders als bei Kohle- und Glasfasern gebe es noch zu wenig gesichertes Wissen über die Festigkeit dieser Materialien.

Der Trumpf des Spinnfadens wird seine Elastizität sein, schätzen die Airbus-Konstrukteure. Er könnte zum Beispiel Vogelein schläge an den Tragflächen besser abfedern als Carbonbauteile, die nach jedem Malheur dieser Art ausgetauscht werden müssen. Die Zugfestigkeit der Spinnenseide hingegen ist zwar legendär, aber nicht annähernd so hoch wie die von Kohlefasern.

Für die Naturmaterialien spricht auch ihre Umweltverträglichkeit. Amsilk hat für Adidas eine Textilie für einen Turnschuh aus der Spinnenseide hergestellt. Der Stoff, beteuert Chefwissenschaftler Lin Römer, sei durch Mikroorganismen komplett abbaubar und würde sich in einem Misthaufen binnen weniger Monate

zersetzen. Das wäre zweifellos ein ökologischer Triumph, wenn auch nur ein Etappensieg auf dem Weg zum müllfreien Planeten. Die Kunststoffsohle bliebe nach der Kompostierung übrig.

Vor allem wäre das grüne Gewissen mit Ökosneakers ein kostspieliger Luxus. Der Spinnenschuh, schätzt Römer, wäre im Moment spürbar teurer als das Topmodell im Programm. Adidas ist bisher über einen Prototyp nicht hinausgekommen.

Ob Kohlefaser oder Seidengarn, solche Materialien schlaue und sparsame an den Stellen einzusetzen, an denen sie ihre Vorteile ausspielen können, wird der Weg in die Zukunft sein. Als Gegenentwurf zur Carbonmaterialschlacht von BMW zeichnet Konstrukteur Kurek ein Auto von morgen mit einem schlanken, aber robusten Knochengerüst aus Faserwerkstoff, umgeben von einer dünnen, günstigen Kunststoffhaut. Ein solches Fahrzeug könnte so leicht sein wie der VW Golf von 1974 und so crashtest sicher wie ein Pkw heutigen Standards.

Die Wirklichkeit des aktuellen Fahrzeugbaus spottet indes solchen Visionen. Deutschlands führende Autokonzerne bringen derzeit die ersten Stromkolosse nach Tesla-Rezept auf den Markt. Den vorläufigen Masserekord hält der Audi e-tron 55 quattro mit 2565 Kilogramm Leergewicht.

Der Vorsprung durch Technik, Audis ewiges Motto, kann auch in die falsche Richtung ausgebaut werden. Christian Wüst

Kultur

Es ist eine irre Welt, in die der Junge geraten ist. Aber er wollte es so. ► S. 110



Pop

Prollig, renitent und freiheitsliebend

● Das Rrrrollt wieder, und die Gitarrenriffs braten: Rammstein, Deutschlands erfolgreichster Rock-Export, bringen Ende kommender Woche nach fast zehn Jahren ein neues Studioalbum heraus. Die deutschen Konzerte waren schon vor Monaten ausverkauft, als es noch gar nichts zu hören gab; die Lust der Massen auf die orgiastische Pyroshow der Berliner Band,

eine Mischung aus Soziopathen-Fantasy und Heavy-Metal-Operette, scheint auch nach 25 Jahren ungebrochen. Die Band selbst brach mit der »Deutschland« betitelten ersten Single mal wieder ein Tabu – vor allem das selbst auferlegte, sich nicht politisch zu äußern. Von der Kritik wegen ihres Spiels mit deutschromantischem Gestus und Nazi-Ästhetik einst als »Urszene von Pegida und AfD« gescholten, verweigerte die Gruppe bisher jegliche Positionierung – eine prollige Renitenz, aus unterdrückter Freiheitsliebe geboren. Jetzt aber grollt Sänger Till Lindemann: »Deutschland, meine Liebe kann ich dir nicht geben« – und vermiest es bei Konzerten häufig anwesenden Rechten, national erschauernd den Refrain zu grölen. Ähnlich Doppelbödiges könnte sich auch hinter Songtiteln wie »Ausländer« verbergen. Der Rest ist ganz großes Kasperletheater. BOR

Literatur

Seltene Phänomene

● Der Zukunftsroman braucht den Zusatz »düster« schon lange nicht mehr – Jules Verne selig, 1905 verstorben, war wohl der letzte berühmte Vertreter heiterer Science-Fiction. Auch in dem neuen Buch der Französin Marie Darrieussecq (»Schweinererei«) sieht das Leben in der nächsten Epoche trostlos aus: Die Natur ist auf Reservate geschrumpft, der menschliche

Alltag so streng getaktet wie überwacht. Die künstlichen Gehirne der allgegenwärtigen Roboter werden akribisch gepflegt; Handarbeit, Fantasie und Eigensinn sind seltene Phänomene geworden. Ein Fähnlein Widerständiger aber hat sich in den Wäldern zusammengefunden, und eine von ihnen schreibt ihren Bericht, »um Zeugnis abzulegen, in ein Heft selbstverständlich, mit einem Holzbleistift mit Graftmine, das gibt es noch: nichts, womit man online gehen könnte«. Die

Autorin malt literarisch aus, wovon es heute schon reale Skizzen gibt, vom therapeutischen Klonen bis zur elektronischen Dauerbespitzelung beispielsweise in China. In ihren Themen ist diese Dystopie also geradezu klassisch, in drei Aspekten hebt sie sich wohltuend von ihrem Genre ab: elegante Kürze, bissiger Humor und sprachliche Verve. ES

Marie Darrieussecq: »Unser Leben in den Wäldern«. Aus dem Französischen von Frank Heibert. Seccession; 110 Seiten; 18 Euro.

Serien

Sex mit dem Priester?

● Die namenlose Heldin der TV-Serie »Fleabag« mag viele Probleme haben, darunter eine tote Mutter, eine tote beste Freundin, ein schlecht laufendes Meerschweinchen-Café – Mangel an Sex gehört nicht dazu. So wollte es uns



BBC / AMAZON PRIME

Waller-Bridge

die erste Staffel der erfolgreichen BBC-Comedy zumindest glauben machen. Am Ende stellte sich heraus, dass die von Autorin und Schauspielerin Phoebe Waller-Bridge erfundene und dargestellte junge Londonerin Sex nur dafür nutzte, um sich über die großen Verluste in ihrem Leben hinwegzutrogen. Zu Beginn der zweiten Staffel, die ab dem 17. Mai bei Amazon Prime verfügbar ist, hat sie nun dem unverbindlichen Sex abgeschworen. Prompt trifft sie auf einen umwerfend charmannten Priester. Ist der zölibatär Lebende ihre Chance auf Rettung – oder die größte sexuelle Eroberung, die sie machen könnte? Furios stellt Shootingstar Waller-Bridge ihre Protagonistin vor ihre ganz eigene Glaubensfrage und findet dafür eine Auflösung, die diese Ausnahmeserie übers umwerfend Komische schließlich sogar ins Poetische hebt. HPI

Kino

Kunst für Besessene

● Das Pokémon-Universum ist eines der großen Geschenke Japans an die Weltkultur. Ein Reich, jenseits von Natur und Künstlichkeit, in dem Hunderte eigenartiger Wesen leben, die darauf warten, eingefangen und zum Kämpfen trainiert zu werden. Dazu ein System von Produkten, die zu sammeln eine Lebensaufgabe sein kann: Videospiele, Karten und vor allem die Figuren selbst, dabei sind die nur virtuell. Kunst in ihrer reinsten Form, Zeichen, die keinen praktischen Wert haben außer dem, den Besessene ihnen geben. Da passt es, dass die Kulisse von »Meisterdetektiv Pikachu«, dem ersten Pokémon-Kinofilm, der nicht ausschließlich gezeichnet ist, der Ästhetik der Schwarzen Serie nachempfunden

wurde. Mit der Hauptfigur Pikachu, eines der bekanntesten Pokémon, hat der Film einen Helden, der zwar aussieht wie ein Kuscheltier, aber ständig Frauen hinterherschaut und Kaffee trinkt. Die Story des Films ist so schnell erzählt wie unwichtig: Ein Polizist ist verschwunden, sein Sohn soll ihn zusammen mit Pikachu suchen. In Wirklichkeit geht es um völlig andere Dinge: darum, sich Dutzende von Pokémon anzuschauen, als wären sie echte Tiere. Denn so gut ist die Kunst der Animation mittlerweile, und diese eigenartige japanische Idee von Wesen, die gleichzeitig putzig, lieb und großäugig sind und trotzdem gefährliche Monster, hat ihren ganz eigenen Zauber. Ryme City, wo Menschen und Pokémon gemeinsam leben, ist der gelungene Versuch, Tokio als Hauptstadt des 21. Jahrhunderts zu imaginieren. RAP



WARNER BROS.

Szene aus »Meisterdetektiv Pikachu«

Elke Schmitter **Besser weiß ich es nicht**

Wie es ist



Als ich noch studierte, habe ich mit ein paar Freunden Ferien mit Behinderten gemacht. So hieß das damals, heute sagt man: »Menschen mit Behinderungen«.

Es war ein ziemlich wildes

Unternehmen, das heute ganz ausgeschlossen wäre: etwa zehn junge Menschen mit einer gleich großen Gruppe von Kindern, die einen ohne Ausbildung, die anderen mit Besonderheiten physischer und psychischer Art; wir knallten da aufeinander, in einem abgelegenen Haus im Bayerischen Wald, versorgten uns selbst und machten Ausflüge. Einer führte zu einem Schloss des wahnsinnigen Ludwig II., und als wir den Spiegelsaal betraten, in dem böhmisches Glas aus mehreren Jahrhunderten ausgestellt war, nahm ich meinen Schützling an die Hand und ging mit ihm in den Garten, denn Glas und Lichtreflexe, die machten ihn ziemlich nervös, und er warf auch gern etwas auf den Boden, um es zerschellen zu sehen.

Daran musste ich denken, als ich den Dokumentarfilm »Die Kinder der Utopie« sah, der am 15. Mai in 160 Kinos in Deutschland gezeigt wird. Sechs Schüler einer Grundschulklasse treffen sich als Erwachsene wieder; sie haben gemeinsam gelernt, manche mit, manche ohne Einschränkungen. Wie immer man das definiert. Denn einer der Jungen litt vielleicht mehr unter seiner Molligkeit als andere unter anderem. Und daran, dass er irgendwann merkte, dass ihn Mädchen nicht so interessieren. Ein Zauber dieses Films lag für mich darin, wie gleichgültig diese Gründe sind. Nur zwei Finger an einer Hand, kaum sehen können, im Rollstuhl sitzen, viel Hilfe beim Lernen brauchen, zu Hause unglücklich sein oder schüchtern – für das Gefühl braucht es erst mal immer dasselbe: Freundlichkeit, Geduld, einen Raum, in dem man darum bitten darf, dass einer einem den Reißverschluss an der Jacke zumacht und der darüber nicht lacht. Oder einen Kumpel, der sagt: »Weinen tut gut.«

Damals in Bayern ging vieles gut, was auch hätte schiefgehen können. Ich denke oft daran zurück; vielleicht habe ich mehr davon gehabt als die, um die ich mich kümmern sollte, weil ich gesunde Beine hatte und weiter als bis 100 zählen konnte.

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.

Eine Heimreise

Pop Israel ist Gastgeber des Eurovision Song Contest. Hier zeigt sich, wie dicht Weltfremdheit und Bedeutung im Showgeschäft zusammenliegen – und warum das Land perfekt ist für dieses seltsame Schlagertreffen. *Von Alexander Osang*



Touristin in Tel Aviv

JONAS OPPERSKALSKI / DER SPIEGEL

Der Titel, mit dem Israel an dem diesjährigen Eurovision-Wettbewerb teilnimmt, heißt »Home«.

Der Interpret, Kobi Marimi, singt von Berggipfeln, die er barfuß hinaufstürmt, er umarmt das Wasser und spürt die Sonne auf der Haut. Irgendwann weiß er: »I am someone.«

Kobi Marimi sagt, er habe vier verschiedene Lieder ausprobiert, die ihm für den Wettstreit geschrieben wurden. »Home« passe am besten. Es beschreibe seine Reise. Er sei ein dicker Junge gewesen. Er habe jedes Jahr mit seinen Schwestern, auch die dick, den Eurovision-Wettbewerb gesehen. An den Sieg von Dana International, der transsexuellen Popsängerin, die 1998 für Israel antrat, könne er sich leider kaum erinnern. Er war erst sechs Jahre alt. Erinnerungen habe er an den Wettbewerb von 2005, als Griechenland gewann und Israel Vierter wurde. Shiri Maimon sang damals: »Die Stille, die bleibt«. Er habe geweint. Später habe er abgenommen. Als Netta im vorigen Jahr nach ihrem Sieg mit »Toy« auf dem Rabin-Platz empfangen wurde, stand er am Fenster seiner Wohnung.

Nun sei er an der Reihe. Ein Traum werde war. Er trete vor 200 Millionen Leuten auf, in seiner Heimatstadt Tel Aviv. Der ESC wirkt in dieser Erzählung wie ein Leben. Mit Anfang, Ende und Bestimmung. Ein einziger Schlag.

»And now I'm done. I'm coming home«, heißt es im Lied.

»Jetzt, mit 27, bin ich jemand«, sagt Kobi Marimi. »Darum geht es. Hoffnung. Ermutigung. Eine Reise. Eine Heimreise.«

»Sind Sie zufrieden mit der Heimat, in die Sie reisen?«

»Ja«, sagt Kobi. »Ich bin immer zufrieden. Ich habe mich entschieden, immer zufrieden zu sein.«

Er lächelt. Er sitzt im dunklen Büro seines Managers am Stadtrand von Tel Aviv. Er trägt Jeans, Turnschuhe, einen Pullover und riecht nach der Zigarette, die er gerade im Hof geraucht hat. Er hat natürlich ein richtiges Leben, in dem er als Barkeeper gearbeitet und vor ein paar Wochen gewählt hat. In diesem anderen, dem Eurovision-Leben, aber darf er nicht sagen, wen. Der Blick seines Managers ist unergründlich. Sie haben ihm einen Smoking gegeben, die Backgroundsänger und das Lied. Kobi Marimi ist in seinem Schlager eingesperrt wie in einer Pralinschachtel. Er darf jetzt keine Fehler machen. Er ist auf der Heimreise, aber noch nicht da. Not home yet.

Am Morgen bevor in Tel Aviv die Proben zu den Halbfinals der Eurovision-Sänger beginnen, wird rund 50 Kilometer weiter südlich ein Mann von einer Rakete aus dem Gazastreifen getötet. Es ist das erste israelische Opfer palästinensischer

Raketenangriffe seit 2014. Der Tote ist Moshe Agadi aus Aschkelon. Er war 58 Jahre alt, ein Gemüsehändler. Schrapnelle trafen ihn in den Oberkörper und den Magen.

Im Garten des Opfers liegen Pampelmusen herum, die vom Baum fielen, den die Rakete gefällt hatte, als sie hier in den frühen Morgenstunden einschlug. Jetzt ist es später Vormittag in Aschkelon. Im Obstgarten steht Lieutenant Colonel Jonathan Conricus, Presseoffizier der israelischen Armee, und zählt die Journalisten durch, die gerade aus Tel Aviv und Jerusalem angereist sind, um die Wirkung der Angriffe aus Gaza zu begutachten.

»Wo kommt ihr her?«, fragt er.

Ein Mann aus Oklahoma ist da. Eine Frau aus Quebec. Taiwan. Hongkong. Japan. Aus Europa sind vertreten: Deutschland, Frankreich, Norwegen und Spanien.

»Oklahoma«, sagt Conricus. »Hah.«

Der Mann zuckt mit den Schultern.

Lieutenant Colonel Conricus erklärt, dass bislang 550 Raketen aus Gaza abgeschossen worden seien. Er spricht von der Sprengkraft der Rakete, die hier eine

»Die Message ist Liebe«, sagt die armenische Kandidatin. »Amazing«, sagt der Moderator.

Drei-Meter-Betonwand umwarf, einen Krater in den Gartenboden riss und Moshe Agadi tötete, der eine Zigarette auf der Terrasse rauchte. Er spricht von Reaktionen der israelischen Armee, von der Regierungsbildung, der internationalen Lage sowie dem bevorstehenden Unabhängigkeitstag, dem bevorstehenden Ramadan und dem bevorstehenden Eurovision-Wettbewerb.

»Der PIJ guckt ganz genau auf den ESC«, sagt Jonathan Conricus.

Es kommt sicher nicht häufig vor, dass der Islamische Dschihad (PIJ) und der europäische Gesangswettbewerb in einem Satz genannt werden. PIJ und ESC. Raketen und Schlager. Hier in diesem Obstgarten kommt alles zusammen. Schlagerraketen. Eine andere Heimat als in Israels Wettbewerbssong. Aber doch: home.

In der Ferne rumpelt es. Ab und zu schaut der Oberstleutnant über seine Schulter. Er gibt eine kleine Tour. Wir laufen durch den Garten wie über einen Tatort. Die Pampelmusen. Die vernarbten Hauswände. Die Glassplitter. Der Staub. Der Aschenbecher, in dem vermutlich noch die letzte Kippe von Moshe Agadi liegt. Ein angebundener, herrenloser Hund namens Johnny. Alles wirkt choreografiert. So als müsste die Gefahr bewie-

sen werden, in der sich Israel befindet. PIJ und ESC. Dann aber ertönt eine Sirene und zerreißt diesen Eindruck. Die Welt- presse stürzt in den kleinen Schutzraum in dem Haus des Mannes, der hier vor ein paar Stunden starb. Es ist die Speisekammer. Reporter aus Taiwan, Oklahoma, Deutschland und Norwegen stehen mit ein paar entfernten Verwandten des Toten sowie Nachbarn in dem kleinen Raum, während es draußen knallt und donnert. Der Boden bebt. Nach fünf Minuten werden die Journalisten zum Presse-Van gebeten, aber auf dem Weg dahin heulen wieder die Sirenen. Man hat hier in Aschkelon 30 Sekunden, bis die Rakete da ist, heißt es. Manchmal weniger. Das medizinische Personal, Polizisten und Einheimische legen sich auf die Bürgersteige, die Hände überm Kopf, die Welt- presse rennt zurück in den Schutzraum. Dreimal geht das so.

Bis man einen Eindruck hat, wie ver- letztlich sich die Leute im Süden Israels fühlen müssen.

Eine der Raketen trifft eine nahe ge- legene Zementfabrik. Zwei Männer sterben dort in diesem Moment. Als wir zu der Fabrik fahren, um die Einschlagstelle zu begutachten, zerstört eine weitere Rake- te einen Van ein paar Kilometer weiter südlich.

Auf der Fahrt zurück Richtung Norden zeigt ein israelischer Fotograf die Bilder, die er von den Raketen gemacht hat. Klei- ne goldene Punkte im wolkenlosen hell- blauen Himmel über Aschkelon.

»Vielleicht waren es auch unsere Ab- fangraketen vom Iron Dome«, sagt der Fotograf. »So genau kann man das nicht erkennen.«

Es ist ein perfektes Bild für unsere Ge- fühls- lage.

Im Autoradio bitten sie Trauergäste, nicht zur Beerdigung von Moshe Agadi, dem Gemüsehändler, zu kommen, weil die ein Terrorziel sei. Der Mann, der im Van gegessen habe, sei tot, sagen die Nachrich- ten. Es ist das vierte Opfer der Raketen- angriffe an diesem Tag. Der Fahrer unseres Autos wohnt in einem Kibbuz an der Gren- ze. Er schläft mit seiner Familie jede Nacht im Schutzraum. Wenn du die Sirene hörst, musst du sofort an den Straßenrand, raus aus dem Auto und auf den Boden, sagt er. Eine App, die jeden Raketenalarm in Israel meldet, bringt mein Handy in der Hosent- asche wie eine Hummel zum Summen. Bis zum Abend kommen 690 Raketen aus Gaza. Israel beschießt Ziele im Gazastrei- fen. Es gibt 25 Tote und verwackelte Bilder von zerstörten Häusern und Autos in den Abendnachrichten. Sie nennen es nicht Krieg.

Krieg ist am Ende auch nur ein Wort.

Am Montagmorgen heißt es von palä- stinensischer Seite, es gebe eine Waffen-

ruhe. Die israelische Seite hat das bislang nicht bestätigt, als auf dem Expo-Gelände in Tel Aviv die armenische Sängerin Srbuk zu ihrer ersten Probe antritt. Ihr Beitrag heißt »Walking Out«. Er läuft auf Bildschirmen in der Empfangshalle. Draußen sind bestimmt 30 Grad, hier drinnen vielleicht 15, und das ist nicht der einzige Unterschied. Im Pressezentrum kann man vom Sponsor MyHeritage einen DNA-Test machen lassen. Celine Dion, Netta und Abba machten auch mit, sagt der Vertreter. Es dauert nur fünf Minuten. Am Tresen akkreditieren sich zwei Männer aus Eisenach, die seit 20 Jahren das Land Thüringen mit Eurovision-Nachrichten versorgen. Sie retten sich in die Halle wie auf eine Insel. Sie leben in der Schlagerwelt. Sie erklären, wer die Favoriten seien, Holland und die Schweiz, und sagen, dass sie sich freuen würden, wenn Sergey Lazarev gewinne, der russische Sänger. Sie würden im kommenden Jahr gern nach Moskau. Es muss etwas unglaublich Beruhigendes haben, wenn man die Welt aus dieser Perspektive betrachten kann. Mit Eurovision sozusagen. Die beiden Männer sind seit 20 Jahren verheiratet, sagen sie. Es gibt ESC-Experten, wie es Dopingexperten gibt und Fachleute für Dressurreiten. Sie sehen nur anders aus.

Nach ihrer Probe kommt die armenische Kandidatin zum Meet and Greet in die Pressekonferenz. Es sind noch nicht viele Journalisten da. Im Saal sitzen vor allem Begleiter von Srbuk, die rote Trainingsanzüge mit dem Schriftzug Armenien auf dem Rücken tragen wie eine Gewichthebernationalmannschaft.

Srbuk trägt ein T-Shirt, auf dem sie selbst zu sehen ist.

Die Fragen beziehen sich auf Tanzschritte, Frisuren und Videos. Es sind freundliche Fragen.

Im Eurovision-Regelwerk heißt es: »Der ESC ist eine unpolitische Veranstaltung. Alle teilnehmenden Rundfunkanstalten einschließlich der ausrichtenden Rundfunkanstalt haben dafür Sorge zu tragen, dass innerhalb ihrer jeweiligen Delegationen und Teams alle erforderlichen Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass der ESC in keinem Fall politisiert und/oder instrumentalisiert wird.«

Die isländischen Teilnehmer Hatari wurden auf ihrer Pressekonferenz nach dem Nahostkonflikt gefragt. Die Band, die in Bondage und SM-Geschirr auftritt, hatte sich in der Vergangenheit pro palästinensisch geäußert und sollte nun etwas zum aktuellen Bombardement der Israelis in Gaza sagen.

»Wir halten uns hier auf der Bühne an die Regeln wie alle anderen auch«, sagte der Sänger.

Als die Reporter weiter drängten, sagte er: »Natürlich hoffen wir, dass die Besatzung bald vorbei ist und Frieden kommt.«

Das hat für Verstimmung bei den Organisatoren gesorgt. Das ESC-Regelwerk wird nun berücksichtigt.

Der israelische Moderator, der neben der armenischen Sängerin auf der Bühne sitzt, kommentiert ihre Antworten mit den Worten »terrific«, »awesome«, »spectacular«, »amazing« oder »sweet«.

»I love, love, love your song«, sagt der Moderator. »Willst du deine Botschaft sagen?«

»Die Message ist: Wir sollten die Liebe nicht töten. Die Liebe sollte uns nicht töten«, sagt Srbuk.

»Amazing«, sagt der Moderator.

Am Ende bittet er die armenische Sängerin noch zu erklären, warum sie sich bei ihrer »Postkarte« für Masada entschieden

habe. Die Hallen sind klimatisiert. Die Fragen der Reporter und die Antworten der Sänger dürfen nichts mit der realen Welt zu tun haben. Aber alle Teilnehmer wurden gebeten, sich vor ihrem israelischen Lieblingshintergrund filmen zu lassen. Diese Postkarten können beweisen, dass der Schlagerzirkus diesmal in Israel haltgemacht hat und nicht in Aserbaidschan. Srbuk hat Masada gewählt. Das ist die Wüstenfestung, die jüdische Freiheitskämpfer lange gegen die übermächtigen Römer verteidigten. Am Ende töteten sich die letzten Aufrechten selbst, um nicht in Gefangenschaft zu geraten. Die Römer fanden eine verlassene Festung vor. Masada gilt bis heute als Symbol des jüdischen Freiheitswillens. Schulklassen werden hier geführt, Soldaten wurden vereidigt. Es ist einer der dramatischsten Orte Israels.

Wieso also Masada?

»Über die Geschichte weiß ich nichts«, sagt Srbuk. »Aber die Landschaft ist atemberaubend.«

»Amazing«, sagt der israelische Moderator. Wenn er Schmerz verspürt, lächelt er ihn weg.

Dann kommt die irische Teilnehmerin auf die Bühne. Die Sängerin wird nach ihrer Haarfarbe gefragt, nach ihrer kleinen Tochter und nach ihrem Krankenschwesterkurs.

Die meisten Fragen stellt Alistair Birch aus Melbourne. Er ist für die Agentur Eurofile.TV hier, die den australischen Markt mit ESC-Nachrichten versorgt. Er ist seit 2006 dabei. Athen. Damals, sagt er, sei der deutsche Teilnehmer Texas Lightning gewesen, eine Countryband mit dem Komiker Olli Dittrich am Schlagzeug. Woher er das weiß? Er weiß es eben. Außerdem hat er in den Neunzigern lange in Berlin gelebt. Er ist eigentlich IT-Experte und hat damals das Datennetzwerk für die Stasiunterlagenbehörde aufgebaut. Er kann das Wort akzentfrei aussprechen. Er trägt ein kariertes Jackett, Weste und Einstecktuch und ist, mit seinem Hintergrund, der perfekte Schlagerreporter.

Er würde nie eine politische Frage stellen. Er kennt die Regeln. Politische Fragen sind nicht erlaubt. Die Bands dürfen nicht mehr als sechs Mitglieder haben. Werbung ist verboten. Tiere sind verboten. Kein Song darf länger als drei Minuten sein.

»Es ist ein Wettkampf«, sagt er. »Es gibt Regeln.«

Wieso darf Australien dann an einem europäischen Schlagerwettbewerb teilnehmen?

»Es gibt mehrere Gründe. Vor allem aber sind wir ein Einwanderungsland, das sich sehr stark an der alten Welt orientiert. Der ESC ist unglaublich populär in Australien«, sagt Alistair Birch.

Im Hintergrund beantwortet die irische Sängerin Sarah McTernan gerade, warum



Kandidat Marimi: Wie in einer Pralinschachtel



PEDRO FI. ZA. / NUROPHOTO / GETTY IMAGES

ESC-Gewinnerin Barzilai 2018 in Lissabon: Israelische DNA eingebracht

im Video zu ihrem Wettbewerbssong »22« keine Milchshakes zu sehen sind.

Ein Journalist aus Malta hatte das gefragt.

Wenn man nach ein paar Stunden die gekühlten Hallen verlässt und in die Wärme von Tel Aviv zurückkehrt, wirkt die verrückte israelische Welt ziemlich normal. Auch in der Wirklichkeit sind die Tage hier mit großen Gefühlen beladen. Vergangene Woche wurde der Holocaust-Gedenktag begangen. Der islamische Fastenmonat Ramadan hat begonnen. In dieser Woche gedachten die Israelis der Opfer, die sie in verschiedenen Kriegen und durch Terrorismus verloren. Auch an solchen Tagen heulen Sirenen. Aber sie lassen die Menschen innehalten. Der Verkehr bleibt stehen, die rastlose Stadt hält für Minuten still. Es sind die beeindruckendsten, ergreifendsten Momente, die man zurzeit in Israel erleben kann.

Wenn man in dieser Zeit auf der Straße ist, kommt die Hoffnung zurück. Aber nach wenigen Minuten ist es vorbei.

Am Unabhängigkeitstag donnert die israelische Luftwaffe durch den Himmel, am Vorabend feierte Jerusalem mit Fackeln und Feuerwerk die 71-jährige Unabhängigkeit des Landes. Im vergangenen Jahr, zum 70. Jubiläum, sprang aus diesem Anlass Netta Barzilai aus der Kiste, die den ESC gewann. »Toy« war ihr Lied. Und wenn man sie zwischen den Generälen herumhüpfen sah, konnte man den Eindruck bekommen, sie mache sich zum Spielzeug der Macht. Aber der Eindruck trog.

Vor knapp zwei Wochen beantwortete Netta Barzilai der internationalen Presse, die hier normalerweise für Benjamin Netanyahu und den Nahostkonflikt zuständig ist, im Hotel King David in Jerusalem ein paar Fragen.

Sie erzählte, wie sie der ESC erlöst habe. Wie er ihr geholfen habe, an sich zu glauben. Wie er ihr die Türen zur Welt geöffnet habe. Vor zwei Jahren habe sie noch für Bier und Essen gesungen und geglaubt, dass sie das fette Mädchen sei, das keine Liebe verdiene. Sie habe den Bullys, die sie gemobbt hätten, geglaubt, sagte sie.

»Aber dann habe ich mich neu erfunden. Und plötzlich akzeptierten mich die Leute. Ich entschuldige mich nicht, ich bin, wer ich bin, ich liebe, wie ich aussehe und wo ich herkomme«, sagte sie.

Sie bedankte sich bei den anwesenden Journalisten dafür, dass sie diese, ihre Botschaft in die Welt trugen. Sie strahlte.

Die erste Frage kam aus Schweden. Der Kollege wollte wissen, wie sie über die Boykottaufrufe denke, die man überall auf der Welt höre.

Netta Barzilai hörte nicht auf zu lachen.

»Der ESC wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um eine zerrissene Welt zu heilen«, sagte Netta. »Wir haben gerade den Holocaust-Gedenktag. Ich muss Sie nicht an diese schreckliche Zeit erinnern. All diese verschiedenen Nationen stehen zusammen auf der Bühne. Es ist ein Festival des Lichts. Menschen, die das boykottieren, verbreiten Dunkelheit. Ich bin auf jedem großen Event in Europa, vor allem dort, wo es um die Vorauswahl der Kandidaten ging, von Protesten empfangen worden. Ich denke, das sind Bullys.«

Würden Sie auch in Ramallah singen?

»Ich bin nie eingeladen worden. Aber wenn mein Singen helfen kann, Probleme zu lösen: klar«, sagte Netta.

Jemand fragte: Sind Sie froh, ein Land zu vertreten, das gerade Netanyahu gewählt hat?

Netta sagte: »Ich bin keine politische Person. Ich repräsentiere Netta. Und Netta liebt die Menschen. Ich bin eine Künstlerin. Meine Agenda ist: für das Leben. Für die Liebe. Für Selbstbewusstsein. Ich bin Israelin. Aber keine Politikerin. Wir haben einen Platz in der Welt. Wir haben hier die israelische DNA in einen sehr guten Popsong eingebracht. Das ist toll. Das spüren die Leute. Das macht sie stolz.«

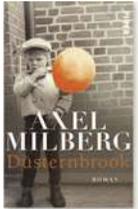
Der schwedische Kollege hakte nach: »Ist es denn so wichtig für Israel, geliebt zu werden?«

»Klar«, sagte Netta. Kicherte. »Und ich bin davon überzeugt, dass mein Volk es verdient, geliebt zu werden. Es ist ein tolles Volk, wir sind gute Menschen. Ich rede nicht über Regierungen. Ich rede über Menschen. Wir sind warmherzig, wir sind liebevoll, wir sehen uns in die Augen, wir sagen, was wir denken, wir haben keine Zeit für Gelaber. Das ist der Zauber Israels. Wir leben in einer harten Gegend, ja! Seit

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Ferdinand von Schirach**
Kaffee und Zigaretten Luchterhand; 20 Euro
- 2 (1) **Martin Walker**
Menu surprise Diogenes; 24 Euro
- 3 (3) **Simon Beckett**
Die ewigen Toten Wunderlich; 22,95 Euro
- 4 (6) **Dörte Hansen**
Mittagsstunde Penguin; 22 Euro
- 5 (4) **Sibylle Berg**
GRM Kiepenheuer & Witsch; 25 Euro
- 6 (5) **Walter Moers**
Der Bücherdrache Penguin; 20 Euro
- 7 (7) **Saša Stanišić**
Herkunft Luchterhand; 22 Euro
- 8 (8) **Joël Dicker** **Das Verschwinden der Stephanie Mailer** Piper; 25 Euro
- 9 (10) **Daniela Krien**
Die Liebe im Ernstfall Diogenes; 22 Euro
- 10 (-) **Axel Milberg**
Düsterbrook Piper; 22 Euro


Der biografisch inspirierte Roman des »Tatort«-Schauspielers erzählt von einer Kindheit an der Kieler Förde. Der Junge sucht seinen Platz in der Welt.
- 11 (12) **John Ironmonger** **Der Wal und das Ende der Welt** S. Fischer; 22 Euro
- 12 (17) **Nele Neuhaus**
Muttertag Ullstein; 22 Euro
- 13 (11) **Marc Elsberg** **Gier! Wie weit würdest du gehen?** Blanvalet; 24 Euro
- 14 (14) **Sebastian Fitzek**
Der Insasse Droemer; 22,99 Euro
- 15 (15) **Carmen Korn**
Zeitenwende Kindler; 19,95 Euro
- 16 (-) **Perry Rhodan** **Psionisches Roulette** Pabel Moewig; 19,95 Euro
- 17 (19) **Julian Barnes**
Die einzige Geschichte Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 18 (16) **Jilliane Hoffman**
Nemesis Wunderlich; 22,95 Euro
- 19 (13) **Anke Stelling** **Schäfchen im Trockenen** Verbrecher; 22 Euro
- 20 (-) **Andreas Eschbach** **NSA – Nationales Sicherheits-Amt** Lübbe; 22,90 Euro

Sachbuch

- 1 (1) **Bas Kast**
Der Ernährungscompass C. Bertelsmann; 20 Euro
- 2 (-) **Greta Thunberg / Svante Thunberg / Malena Erman / Beata Erman**
Szenen aus dem Herzen S. Fischer; 18 Euro


Die Mutter der Klimaaktivistin hat ihr Leben und das ihrer Tochter aufgeschrieben – herausgekommen ist eine moderne Heiligenlegende.
- 3 (3) **Michelle Obama**
Becoming Goldmann; 26 Euro
- 4 (2) **Marcel Eris / Dennis Sand**
MontanaBlack Riva; 19,99 Euro
- 5 (4) **Meike Winnemuth**
Bin im Garten Penguin; 22 Euro
- 6 (5) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro
- 7 (-) **Anders Indset**
Quantenwirtschaft Econ; 22 Euro
- 8 (6) **Jürgen Todenhöfer**
Die große Heuchelei Propyläen; 19,99 Euro
- 9 (7) **Sebastian Fitzek** **Fische, die auf Bäume klettern** Droemer; 18 Euro
- 10 (10) **Andrea Wulf** **Die Abenteuer des Alexander von Humboldt** C. Bertelsmann; 28 Euro
- 11 (8) **Andreas Michalsen**
Mit Ernährung heilen Insel; 24,95 Euro
- 12 (9) **Anne Fleck**
Ran an das Fett Wunderlich; 24,99 Euro
- 13 (12) **Harald Jähner**
Wolfszeit Rowohlt Berlin; 26 Euro
- 14 (20) **Ursula Ott** **Das Haus meiner Eltern hat viele Räume** btb; 18 Euro
- 15 (14) **Yuval Noah Harari**
21 Lektionen für das 21. Jahrhundert C. H. Beck; 24,95 Euro
- 16 (11) **Ian Kershaw**
Achterbahn DVA; 38 Euro
- 17 (15) **Theo Waigel** **Ehrlichkeit ist eine Währung** Econ; 24 Euro
- 18 (17) **Dieter Nuhr**
Gut für dich! Lübbe; 15 Euro
- 19 (-) **Bret Easton Ellis**
Weiß Kiepenheuer & Witsch; 20 Euro
- 20 (13) **Harald Welzer** **Alles könnte anders sein** S. Fischer; 22 Euro

es das Land gibt. Aber es ist toll hier. And that's it.«

Besser kann man es nicht sagen.

Die Weltpresse hielt einen Moment den Atem an, bevor sie wieder zurück in den Krieg zog. Noch Minuten nachdem sie die Pressekonferenz verlassen hatte, hörte man Netta im Kopf: »Welcome boys, too much noise, I will teach ya.« In diesen Minuten verstand man, warum Israel der perfekte Gastgeber für dieses seltsame Kräftenessen europäischer Schlagersänger ist.

Aber das vergisst man hier dann doch immer wieder schnell, draußen.

Ein paar Tage später, die Waffenruhe mit Gaza hält noch, bringt der Vater von Kobi Marimi einen Kaffee und eine Packung Kekse raus zu den kleinen Tischen, die vor dem Lebensmittelladen stehen, den er zusammen mit seiner Frau am Rande von Tel Aviv betreibt. Es ist eine kleine Insel in der schnell wachsenden Stadt. Vom Horizont nähern sich Wolkenkratzer. Der Vater erzählt, wie es hier früher war, als sein Junge noch mit im Laden half und sie in zehn Minuten am Strand waren. Er ist ein freundlicher, dicker Mann in einem verwaschenen Baseballshirt. Er hat als Junge Luftballons in dem Park verkauft, wo sein Sohn jetzt Israel vertritt. Madonna soll kommen. Roger Waters will einen Boykott. Das spanische Disco-Duo Baccara und Gene Simmons von Kiss setzen sich gegen einen Boykott ein. Es ist eine irre Welt, in die der Junge geraten ist. Aber er wollte es so.

»Er wollte immer singen«, sagt sein Vater.

Mag er das Lied? »Home«?

»Ja. Schon«, sagt der Vater. »Aber ich habe ja keine Ahnung von Musik.«

Was ist für ihn Heimat?

»Schwer zu sagen. Ein Sonntagmorgen in Jaffa, wenn ich da mit meinem arabischen Freund Kaffee trinke«, sagt der Vater.

Netta sagt, das Lied sei in Ordnung für Kobi. Es sei gut für einen Künstler, der sich noch finden müsse. Es dauere Jahre, bis man als Sänger wisse, wer man ist. Aber das will man Kobis Vater nicht sagen. Die Familie lebt seit vielen Generationen in Israel. Sie haben sich erst langsam in die Welt vorgetastet. Sie waren in Berlin, in Prag, Paris und London. Kobis Vater erzählt über diese Reisen, die meist nur ein Wochenende gingen, weil sie ja den Laden haben. Seine Augen leuchten, wenn er davon erzählt. Es gibt Leute, die sagen, der Eurovision Song Contest sei auch deshalb so populär in Israel, weil sie hier zu Europa gehören können.

Irgendwann kommt Kobis Mutter aus dem Laden und sagt, der Manager habe angerufen. Sie sollen keine Interviews geben.

Kommen Sie bitte wieder, sagt der Vater. Wenn das alles vorbei ist.

Kind seiner Zeit

Adel Mit Baby Archie zieht die politische Korrektheit ins britische Königshaus ein.

Der Fortschritt trägt einen roten Bart und lächelt wie ein quer gestelltes Kirchenfenster. Der Herzog von Sussex, bekannter als Prinz Harry, noch bekannter als »Partyprinz« und »Dirty Harry«, inzwischen geläuterter Ehemann, verkündete die Geburt seines ersten Kindes vor der Presse mit den Worten: »Wie die Frauen das schaffen, geht über meinen Verstand!« Das ist, nicht nur nach Maßgaben der britischen Monarchie, ein enthusiastischer Ausdruck des Feminismus.

Soweit die Überlieferung reicht, war es unter werdenden Vätern der britischen Aristokratie üblich, sich die Zeit der Wehen bis zum ersten Babyschrei mit Drinks oder auch Polo zu vertreiben; der Großvater des Prinzen soll während der Geburt des Thronfolgers Charles Squash gespielt haben. Dieser Prinz immerhin war bei Harrys Geburt 1984 dabei, soll aber bei dessen Anblick kopfschüttelnd gesagt haben: »O Gott, ein Junge. Und dazu auch noch mit roten Haaren.« Die auskunftsfreudige Lady Diana gab später zu Protokoll, in diesem Moment sei »etwas in mir zerbrochen«. In diesem wie in vielem war die »Prinzessin der Herzen« die – allerdings exzellent geföhnte – Normalität: Die blutige Viecherei einer natürlichen Geburt wird zwar mit der Ausschüttung von körpereigenen Botenstoffen belohnt, die den Schmerz auch in der Erinnerung mildern – ein Umstand, der für das Fortbestehen der Menschheit sorgt. Doch die Anteilnahme der Väter war bis vor nicht allzu langer Zeit ein Desiderat, erst recht in der Öffentlichkeit; auch darin waren die britischen Royals ein getreues Abbild des zivilisatorischen Durchschnitts. Und von einer so fassungslosen Anerkennung wie dieser am Montagnachmittag war das Abendland bei der Geburt von Harry vor 34 Jahren noch ganze Zeitalter des Gemüts entfernt.

Der rothaarige Prinz und seine bürgerliche Frau, die amerikanische Schauspielerin Meghan Markle, 37, sind für das Königshaus ein Modernisierungsschub in mehrfacher Hinsicht: Die Herzogin von

Sussex setzt sich für Frauenrechte ein, trägt mit Sendungsbewusstsein immer mal wieder ethisch korrekt produzierte Mode und ist als Tochter einer schwarzen Mutter und eines weißen Vaters auch ethnisch eine Neuerung im royalen Genpool. Sie zeigt den Armen und Kranken gegenüber so wenig Scheu wie die 1997

mit Höhepunkten wie Nacktaufnahmen bei einem Besäufnis und einer Spaßverkleidung mit Naziuniform, und Meghans Vorleben als Geschiedene, als Seriendarstellerin und Botschafterin für Menschenrechte ergeben – erst recht mit ihrer vergleichsweise stürmischen Liebesgeschichte – eine Mixtur, die mehr Temperament, aber auch mehr Nähe suggeriert als das Streberpaar im Kensington-Palast.

Beide Paare allerdings sorgen vermutlich auch in ihrer Gegenätzlichkeit dafür, dass die britische Monarchie inzwischen beliebt ist wie seit Jahrzehnten nicht. In dem von der Brexit-Pfuscherei erschöpften England, wirtschaftlich strauchelnd und durch ätzende Debatten über Einwanderung und Britishness gespalten, ist das Königshaus eine Konstante, auf die sich die meisten einigen können: irgendwie unnützlich, aber doch *good to have*, mit Soapqualitäten und ansehnlichen Hauptdarstellern – und durch sein schieres Überleben ein Quantum Trost in der deprimierenden Gegenwart.

Das Baby selbst wurde der Öffentlichkeit zwei Tage nach seiner Geburt präsentiert. Mutter und Vater strahlten jene Mischung aus gerührter Glückseligkeit und Überwältigung aus, die ebenso erfreulich wie durchschnittlich ist. Allerdings wiegte der Vater das Kind, das, Andeutungen aus gut unterrichteten Kreisen zufolge, genderneutral aufwachsen soll. Was möglicherweise bedeutet: nicht nur hellblaue Strampler und Ritter und Autos im Kinderzimmer und

keine Abrichtung zur Fuchsjagd. Mit Sicherheit aber wird ihm wohl das Schicksal seines Großvaters Charles erspart bleiben, der eine große Zeit seiner Jugend in einem Erziehungsinstitut für Knaben zubrachte, das er als die Hölle auf Erden bezeichnete. Der Name des Kindes soll Archie sein, auf den ihm eigentlich zustehenden Titel, Earl of Dumbarton, haben die Eltern laut britischen Medien verzichtet. Auch hier Fortschritt, noch ohne Bart. Elke Schmitter



Eltern Meghan, Harry, Neugeborenes in Windsor

Gut in Szene gesetzte Imperfektion

verstorbene Lady Diana, vor allem aber ergänzen sie und ihr Ehemann das Paar William und Kate um einen beachtlichen Schuss gut in Szene gesetzter Imperfektion.

Während der erstgeborene Sohn des Thronfolgers Charles und seine stets untadelige Gattin ihre öffentlichen Termine so kontrolliert abwickeln wie ihr Familienleben, geben Meghan und Harry dem Wunsch nach Menschlichkeit mehr und vor allem gemischtere Nahrung. Harrys Taumeln durch Pubertät und Adoleszenz,

DOMINIC LIPINSKI / AP

»Alles ist vergiftet«

Kunst Ai Weiwei über seinen Prozess gegen einen Geschäftspartner von Volkswagen und die größte Ausstellung seiner Werke in Europa

Ai, 61, ist am Morgen des Interviews in seinem Berliner Atelier unterwegs, es befindet sich in einer historischen Kelleranlage. Kommende Woche eröffnet die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf eine große Ausstellung. Zudem beschäftigt den Künstler eine juristische Auseinandersetzung: Der dänische Generalimporteur des Volkswagen-Konzerns hat eines seiner emotionalsten Werke als Hintergrund für eine Aufnahme verwendet, die 2017 in einer Werbeschüre erschien. Viele Fabrikate mit Wolfsburger Kennzeichen sind darin zu sehen – und ein orangefarbener VW Polo steht vor einem Relief aus orangefarbenen Rettungswesten. Am 22. Mai beginnt in Kopenhagen der Prozess.

SPIEGEL: Herr Ai, Sie klagen gegen Volkswagen – oder zumindest gegen einen dänischen Partner des Konzerns. Ein großer Gegner?

Ai: Nein, im Vergleich mit der Kommunistischen Partei Chinas ist jeder andere Gegner klein.

SPIEGEL: Was wollen Sie mit der Klage erreichen?

Ai: Das Eingeständnis, einen Fehler begangen zu haben.

SPIEGEL: Weil das Unternehmen 2017 eines Ihrer Kunstwerke ohne Absprache fotografieren ließ – mit einem Auto davor?

Ai: Eigentlich bin ich sehr großzügig, wenn es um Urheberrechte geht und jemand meine Werke zweckentfremdet, selbst wenn Motive auf Jacken oder Hosen auftauchen. Aber hier ist ein Werk betroffen, das von dem Leid der Flüchtlinge handelt. Wir hatten 2017 Tausende Rettungswesten an der Außenwand eines Kopenhagener Museums befestigt. Dass diese Arbeit für Werbezwecke genutzt wird, ist mehr als nur ein schlechter Witz. Man hat mir dann Geld angeboten.

SPIEGEL: Der Händler sagt, er habe auch eine öffentliche Entschuldigung in Aussicht gestellt. Und dem Fotografen sei nicht klar gewesen, dass es sich um ein Kunstwerk gehandelt habe. Er spricht von einem »menschlichen Fehler«.

Ai: So einfach ist es nicht. Das Werk befand sich an der Fassade des bekanntesten Museums in Kopenhagen. Das Auto hat sich nicht von allein dorthin gefahren, jemand hat sich das genau überlegt. Und das Angebot zur Entschuldigung kam erst, nachdem wir Klage eingereicht hatten. Wir werden durch dieses Verfahren wohl eher

Geld verlieren, unsere Anwaltskosten sind sehr hoch. Doch das ist es mir wert.

SPIEGEL: Seit mittlerweile vier Jahren leben Sie nun in Deutschland. Wie fühlen Sie sich in diesem Land?

Ai: Als ich ankam, fühlte ich mich nicht wie ein Fremder. Doch je länger ich hier bin, umso mehr komme ich mir doch so vor. Aber ich fühle mich hier unten in meinem Keller sehr wohl, wie unter einer Schutzschicht, auch einer psychologischen.

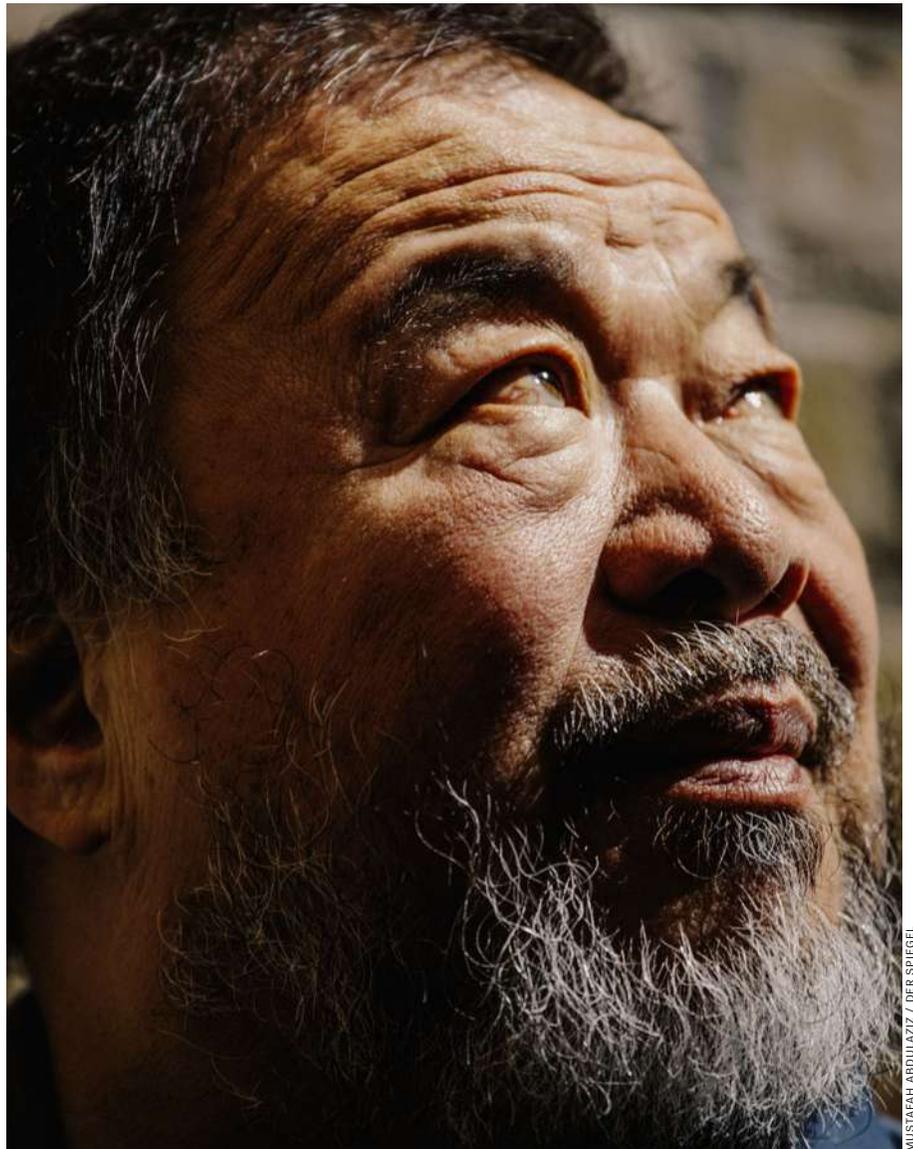
SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Ai: Diese Räume sind wie die Fortsetzung meiner Kindheit. Mein Vater, ein Dichter,

wurde ein Jahr nach meiner Geburt in die Verbannung geschickt. Zur Strafe gehörte für ihn harte körperliche Arbeit – und dass wir in einem dunklen Verschlag lebten. Fünf Jahre meiner Kindheit verbrachte ich so. Es war nicht meine Absicht, in Berlin einen solchen Raum zu finden, der daran erinnert – aber ein Psychologe würde vielleicht seine Rückschlüsse ziehen.

SPIEGEL: Im vergangenen Jahr haben Sie angekündigt, Sie würden Deutschland verlassen, vielleicht in die USA ziehen. Aber Sie sind noch da. Warum?

Ai: Ja, und ich weiß noch nicht, wie es weitergeht. Meine Lebensgefährtin und mein Sohn leiden unter dem langen Berliner Winter, das hatte mich besorgt. Aber irgendwann habe ich erkannt, dass ich mich nirgendwo zu Hause fühlen würde, gleichgültig, wo ich bin. Es bringt mir nichts, in die Vereinigten Staaten zu ziehen. Übrigens sagen mir Leute oft, ich sei so deutsch, rational und romantisch zugleich.



Künstler Ai: »Die Leute sagen, ich sei so deutsch«

SPIEGEL: Fühlen Sie sich in Deutschland noch willkommen?
Ai: Einerseits ja, die Ausstellung in Düsseldorf wird eine der größten sein, die ich je hatte. Andererseits weigerte sich die Berlinale, den Film »Berlin, I Love You« zu zeigen. Das hat mich doch beunruhigt.

SPIEGEL: Der Film ist Teil einer Reihe, die aus lauter Liebeserklärungen an Städte besteht. Im Juni kommt er in die Kinos. Sie haben eine Episode gedreht, die heute aber fehlt. Wie lief das alles ab?

Ai: 2014 erhielt ich eine Anfrage, ich war noch in China, stand unter Hausarrest, aber meine Lebensgefährtin Wang Fen lebte mit unserem Sohn bereits in Berlin. Sie ist Filmemacherin und war begeistert von der Idee, einen Kurzfilm über diese Stadt zu machen. Unser Sohn sollte in dem Film eine wichtige Rolle spielen. Er in Berlin, ich in China, wir skypen miteinander, über alle Grenzen hinweg. Das war die Idee.

SPIEGEL: Sie wurden observiert, wie sollte das klappen?

Ai: Ursprünglich wollten wir den chinesischen Teil heimlich in China drehen. Die Produzenten wollten ein Filmteam einschmuggeln. Doch nachdem ich ausreisen konnte, war das nicht nötig. Wir haben den größten Teil des Films in Berlin gedreht. Damals, 2015, wollten wir die Dreharbeiten während der Berlinale live übertragen, aber wir mussten die Leinwand weit weg vom Festivalgeschehen aufstellen. Tesiro, ein chinesischer Schmuckhersteller, war Hauptsponsor der Berlinale.

SPIEGEL: Der Film wurde dann für die Berlinale 2019 eingereicht, dort aber abgelehnt. Allerdings war Ihr Beitrag zu diesem Zeitpunkt längst herausgeschnitten worden.

Ai: Es hätte dennoch eine öffentliche Diskussion um meine Episode und den Einfluss der chinesischen Regierung gegeben. Das hätte die Berlinale bestimmt nicht gewollt. Ich kann sogar verstehen, dass sich die Produzenten gezwungen sahen, die Episode herauszuschneiden. Sie konnten nicht riskieren, dass Verleiher irgendwo auf der Welt den Film nicht ins Programm nehmen, weil ich daran beteiligt war.

SPIEGEL: Ihr berühmter Name ist doch eher ein Verkaufsargument.

Ai: Ich habe viele Freunde unter chinesischen Filmemachern. Von ihnen weiß ich, wie vorsichtig Investoren und ganze Festivals sind, wenn es um regimekritische Künstler oder Filme geht.

SPIEGEL: Die Berlinale verwehrt sich gegen Zensurvorfürfe. Sie zeigt durchaus regimekritische chinesische Filme.



Abbildung einer Werbebroschüre auf Ais Instagram-Seite

»Im Vergleich zur Kommunistischen Partei ist jeder Gegner klein«

Ai: Filme, an denen ich beteiligt bin, zeigt sie offenbar nicht. »The Rest«, eine Dokumentation über Flüchtlinge, hat sie dieses Jahr abgelehnt. Alles ist vergiftet durch die Rücksichtnahme auf China.

SPIEGEL: Als Sie 2015 China verlassen durften, hieß es, das sei insbesondere dem Einsatz der deutschen Bundeskanzlerin zu verdanken. Wie denken Sie heute über ihre Haltung gegenüber China?

Ai: Ich respektiere Angela Merkel. Das ist alles nicht so einfach. Jede Nation denkt natürlich zuerst an die eigenen Interessen und nicht an die Menschenrechte, so ist es einfach.

SPIEGEL: Ihre Kritiker werfen Ihnen vor, Sie griffen die Pekinger Regierung nicht mehr an, seit Sie im Westen leben. Sie wichen geradezu auf andere Themen aus, etwa auf das Schicksal der Flüchtlinge.

Ai: Ich zerbreche mir sehr wohl den Kopf über China. Ich trage China sozusagen in mir. Aber jetzt, wo ich nicht mehr dort lebe, wäre eine solche Kritik zu einfach.

SPIEGEL: Wirklich?

Ai: Ja, es käme mir unehrlich vor, wie eine Masche. Mein Anwalt ist seit fünf Jahren in Haft. Für nichts. Er ist in Gefahr, ich bin es nicht. Viele, die mich für meine Kunst kritisieren, sind Chinesen. Aber selbst diejenigen von ihnen, die im Ausland leben, sprechen oft kein Englisch, sie wissen nicht, wie oft ich mich im Internet über politische Missstände äußere, ob sie nun China betreffen oder andere Länder. Als Künstler geht es mir um das Thema der Menschenrechte. Deshalb fahre ich in die Flüchtlingslager, deshalb setze ich mich mit den Studenten auseinander, die vor einigen Jahren in Mexiko verschwunden sind. Diese chinesischen Freiheitskämpfer, die mir Vor-

würfe machen, lieben Trump, weil er gegen China ist. Das sagt doch alles.

SPIEGEL: Trotzdem haben Sie noch ein Atelier in Peking. Warum?

Ai: Es sind sogar noch zwei von ursprünglich drei Ateliers.

SPIEGEL: Eigentlich erstaunlich, angesichts Ihrer Haltung.

Ai: Ich wurde ja nie davon abgehalten, Kunst zu schaffen, meine künstlerische Produktion lässt man in Ruhe. Selbst als ich im Gefängnis war, sagte man mir, ich solle einfach bei meiner Kunst bleiben, von Politik würde ich nichts verstehen. Sie fanden, dass meine Kunst nicht nach Kunst aussieht, aber sie haben erkannt, dass ich eine gewisse Bekanntheit hatte, mir wurde sogar ein politischer Posten angeboten. Es ist ihre Art, damit umzugehen. So sind die Menschen. Und es sind eben Menschen, keine Monster –

so wie in Deutschland nach 1933 nicht alle, die hinter Hitler standen, Monster waren.

SPIEGEL: Aber sie haben monströse Verbrechen mitverantwortet.

Ai: Ja, und nun wollen alle alles richtig machen und verteufeln sogar eine Armbewegung. Damit Gesinnungen zu unterbinden ist eine Illusion.

SPIEGEL: Was wird in der Düsseldorfer Schau zu sehen sein?

Ai: Arbeiten, die so noch nie zusammen ausgestellt werden konnten, schon aufgrund ihrer Größe. In der Tate Modern in London hatte ich hundert Millionen Sonnenblumenkerne aus Porzellan ausgestreut, nun wurden sie nach Düsseldorf geschickt. Und es werden all die Stahlstreben ausgebreitet, die wir nach dem Erdbeben von Sichuan aus den zusammengestürzten Schulen geholt haben. Kein Museum bisher hatte genug Platz, alle zu zeigen, in Düsseldorf geht das. Das ist großartig, denn es ist mein wichtigstes Werk.

SPIEGEL: Es handelt von den Kindern, die starben, weil ausgerechnet die Schulen nicht erdbebensicher waren.

Ai: Wir werden die Namen der ums Leben gekommenen Schulkinder dokumentieren. Wir zeigen auch neuere Arbeiten, etwa ein Rettungsboot aus Bambus, Kleidung, die Flüchtlinge im Lager zurückgelassen haben. Ich glaube, diese Ausstellung wird sehr aktuell, sehr herausfordernd wirken.

Interview: Lars-Olav Beier, Ulrike Knöfel

Exklusiv-Video
Die zensierte
Episode

spiegel.de/sp202019aiweiwei
oder in der App DER SPIEGEL



10 Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit gezielter Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.



bonvelo BLIZZ Singlespeed Bike

Stabiler Stahlrahmen, Flip-Flop-Nabe für Freilauf und Fixed-Gear. 8 Farben und 4 Größen zur Wahl. Zuzahlung: € 199,-.



iPad 32 GB Wi-Fi in Spacegrau

Neues Modell mit A10-Fusion Chip und iOS 11, 9,7"-Retina-Display, Fingerabdruck-Sensor und 8-MP-Kamera. Zuzahlung: € 229,-.



Polar A370 Fitness-Tracker

Schlankes Design. Mit 24/7-Pulsmessung, Activity Tracking, Schlafanalyse, GPS, Smart Notifications u. a. Ohne Zuzahlung.



Gartenliege Ipanema

Mit bequemer Wendeauflage in Grün/Beige oder Rot/Beige. Aufstellmaße: ca. 178 x 54 x 70 cm. Ohne Zuzahlung.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Nummeriert. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 179,-.



Stand-up-Paddle-Board

Zum Aufblasen. Komplettsset mit Alupaddel, Tragetasche, Gepäckgurt, Luftpumpe etc. Länge: ca. 320 cm. Zuzahlung: € 189,-.



KitchenAid-Küchenmaschine

Küchenhelfer mit Knethaken, Flachrührer, Schneebesen und 4,28-Liter-Schüssel. Maße: 35 x 35 x 22 cm. Zuzahlung: € 199,-.



Thule Revolve 55-cm-Bordtrolley

Hartschalen-Handgepäckkoffer mit TSA-Schlössern. In Schwarz. Maße: 55 x 35 x 23 cm. Ohne Zuzahlung.

Die Härte der Stadt

Literatur Elif Shafak zählt zu den erfolgreichsten türkischen Schriftstellern. In ihrem Roman »Unerhörte Stimmen« erzählt sie von Istanbul als rauem, geschichtssattem Ort.

Als sie nach Istanbul aufbricht, lassen sich die Riegel und die schweren Eisenketten, die das Haus ihrer Eltern sichern sollen, seltsam leicht bewegen. Leila glaubt, dass sie in der Stadt schon irgendwie zurecht kommen wird. Besser jedenfalls als in ihrem Heimatort Van, wo sie den Sohn jenes Onkels heiraten soll, der sie betatscht und missbraucht hat. Auf dem Weg zum Bus geht Leila quer über den Friedhof, sie liest die Namen auf den Grabsteinen und versucht, sich auszumalen, was die Menschen, die dort begraben liegen, wohl für Leben geführt haben.

Diese Frage leitet auch die Schriftstellerin Elif Shafak. Sie schreibt in ihren Romanen an einer großen, sich fortsetzenden Erzählung über die Türkei. Leila ist die Heldin ihres neuen Romans »Unerhörte Stimmen« – einem großen Requiem für Außenseiter und Verstorbene, für Spinner und Unangepasste. Ihnen gehören Shafaks besonderes Interesse und ihre Sympathie, sie spielen in ihren Büchern eine wichtige Rolle. Oft führen die Wege dieser Menschen nach Istanbul – Zufluchtsort, Mittelpunkt, Schmelztiegel. Aber die Stadt, die im Zentrum von »Unerhörte Stimmen« steht, macht es den Figuren nicht leicht. Die Schönheit Istanbuls kommt bei Shafak nur am Rande vor, »das touristische Zentrum der Stadt interessiert mich nicht«, sagt die Schriftstellerin. Sie erzählt stattdessen von der Peripherie und von der Härte der Stadt. In ihren Romanen ist Istanbul ein Kristallisationspunkt, der Ort, an dem sich zeigt, wie die Menschen und ihre Beziehungen zueinander wirklich gefügt sind.

Leilas erste Lektion in Istanbul lautet dann auch: wie leicht etwas verschwindet. Als sie nach der langen Fahrt am Busbahnhof Gesicht und Hände erfrischt, wird ihre Tasche geklaut. »Istanbul war keine Stadt der Chancen, sondern der Narben. Es ging sofort und rapide bergab.« Leilas Leben hier wird ein Kampf gegen das eigene Verschwinden sein. Am Ende bewahrt die Freundschaft mit fünf sehr unterschiedlichen Menschen sie vor einem seelenlosen Abschied.

Es wäre eine runde Sache, die Schriftstellerin Elif Shafak in Istanbul zu treffen. Mit ihr die Straße der Kesselflicker entlangzugehen, hier hat sie mal gelebt in den Neunzigerjahren, diese Straße ist für sie Ausdruck der ständigen Veränderung dieser Stadt. »Wie auf einem Boot« habe sie sich gefühlt, die Bewohner als Passagiere, die kommen und gehen. In den Vierziger- und Fünfzigerjahren lebten in der Straße vor allem ethnische Minderheiten, Juden, Armenier, Griechen. In den Siebzigerjahren zogen Homosexuelle her, in den Neunzigerjahren kamen die Bohemiens, zu denen Shafak zählte. Damals war sie Doktorandin der politischen Wissenschaften, Feministin, angehende Schriftstellerin. In ihrer Nachbarschaft lebte noch ein alter armenischer Mann, ein älterer Transsexueller. Er hat ihr von den zurückliegenden Jahrzehnten erzählt.

»Nichts ist von Dauer, alles ist fließend«, sagt Elif Shafak. Die Schichten der Vergangenheit interessieren sie, in ihren Romanen gräbt sie sich in diese Tiefen vor. Und obwohl Shafak in der Türkei zu den erfolgreichsten Autorinnen gehört, macht sie sich damit auch Feinde.

Eine Verabredung mit der Schriftstellerin am Erzählort ihrer Romane ist nicht möglich. Seit einiger Zeit vermeidet sie Reisen nach Istanbul, nach den Verhaftungen von Intellektuellen fühlt sie sich nicht mehr sicher. »Es ist herzerreißend zu sehen, wie dieses Land politisch zurückdriftet, mit enormer Geschwindigkeit: wachsender Nationalismus, Autokratie, fundamentalistische Religiosität. Die soziale Struktur des Landes wird gerade beschädigt. Die Ersten, die da ihre Rechte verlieren, sind die Minderheiten und die Frauen.«

Seit zehn Jahren ist London die Stadt ihrer Wahl. Sie hat als Mutter von zwei Kindern damals nach einem Ort gesucht, an dem sie die Freiheit hat zu sagen und zu schreiben, was sie denkt, und der we-

»Die AKP trampelt auf dem Willen des Volkes herum und erstickt ihn.«

Elif Shafak: »Unerhörte Stimmen«. Aus dem Englischen von Michaela Grabinger. Kein & Aber; 432 Seiten; 24 Euro.

nigstens annähernd so kosmopolitisch ist wie sie selbst.

Shafak wurde als Tochter türkischer Eltern in Straßburg geboren, nach deren Trennung kam sie als kleines Mädchen mit ihrer Mutter nach Ankara. Die Mutter begann ein Studium, und die kleine Elif wurde von ihrer Großmutter erzogen, einer spirituellen, eindrucksvollen Frau, so wie Shafak von ihr erzählt, einer Geschichtenerzählerin, die vom Wert der Bildung überzeugt war, die aber auch im Kaffeesatz lesen konnte und auf die patriarchalischen Überzeugungen ihrer Nachbarschaft pfiß. »Ich wurde von zwei sehr unterschiedlichen, aber starken Frauen erzogen, die sich gegenseitig unterstützen«, sagt Shafak, das sei die wesentliche Erfahrung ihrer Kindheit gewesen.

Im Alter von elf verließ Elif Ankara wieder, ging mit ihrer Mutter nach Madrid, die nach ihrem Studium im diplomatischen



OLIVIER HESS / DER SPIEGEL

Dienst arbeitete. Von Madrid führte ihr Weg sie mit 15 zurück nach Ankara und zur Großmutter, ihre Mutter zog nach Amman in Jordanien, also verbrachte sie viele Ferienwochen dort; als die Mutter in Köln arbeitete, besuchte die Tochter sie am Rhein. Ein Leben zwischen West und Ost, Europa und Asien. Elif Shafak war schon über zwanzig, als sie das erste Mal nach Istanbul kam, die Stadt, die das alles verbindet. »Ich verliebte mich auf der Stelle.« Diese Liebe hält bis heute an. Doch in den vielen Jahren, die sie dort lebte, fühlte sie sich auch beladen von der Schwere Istanbul, der kulturellen Komplexität, der vielschichtigen Vergangenheit. London ist leichter für sie. Seit Jahren schreibt sie sogar in der Sprache dieses Landes, in ihren Träumen allerdings wechselt sie zwischen Türkisch und Englisch.

Das Treffen mit Elif Shafak findet in ihrer Agentur in London statt. Es ist Anfang

April, der Brexit beherrscht die Schlagzeilen; einige Tage zuvor haben die Kommunalwahlen in der Türkei stattgefunden. Vor uns auf dem Tisch liegt die »New York Times«, sie vermeldet mögliche Siege der Opposition in Ankara und Istanbul. »Ich bin halb optimistisch, halb pessimistisch«, sagt Shafak, »ich fühle mich vielen Menschen in der Türkei so sehr verbunden. Die Ironie liegt darin, dass die zivile Gesellschaft weiter ist als die Regierung und die Menschen trotzdem nicht die Macht haben, das System zu verändern.«

Seit dem Treffen in London sind mittlerweile fast fünf Wochen vergangen, Mitte April wurde die Opposition zum offiziellen Sieger der Wahl in Istanbul erklärt. Erdoğan's berühmter Ausspruch »Wer Istanbul gewinnt, gewinnt die Türkei« ist natürlich auch Shafak bekannt. Sie misst der Entscheidung in Istanbul ebenfalls besondere Bedeutung bei. In diesem

Autorin Shafak in London

»Ich mag kein Schubladendenken«

Punkt verbinden sich ihre Hingezogenheit zu dieser Stadt und ihr kühles politisches Verständnis.

Als vergangenen Montagabend die Oberbürgermeisterwahl in Istanbul für ungültig erklärt wurde, schickt Shafak in einer E-Mail ihre Einschätzung der Situation: »Die Entscheidung ist unfair, undemokratisch, gegen das Gesetz und sehr falsch«, schreibt sie. »Millionen Menschen haben abgestimmt, unzählige haben neben den Wahlurnen Nächte durchwacht, um sicherzustellen, dass die Wahlen korrekt ablaufen. Nachträglich beschädigt die AKP-Regierung diesen Prozess. Dabei wirbt die Partei mit dem Slogan, dass sie den Willen des Volkes repräsentieren würde. Sie tut aber genau das Gegenteil, sie trampelt auf dem Willen des Volkes herum und erstickt ihn.«

Es ist prägnant, wie Elif Shafak, Doktorin der politischen Wissenschaften, Weltbürgerin, Schriftstellerin, mühelos wechseln kann zwischen rationalen, analytischen Betrachtungen und den poetischen Welten ihrer Romane. »Ich mag kein Schubladendenken«, sagt sie. Noch weniger mag sie es, in Schubladen gesteckt zu werden. »Ich bin vor allem eine Geschichtenerzählerin, ich nehme die Welt durch Geschichten wahr.« Als Schriftstellerin inspiriert es sie, sich auch mit wissenschaftlichen Themen zu beschäftigen, Bücher über Physik oder Neurowissenschaften zu lesen. »Alle Erkenntnisse sind ja in einem großen Kreislauf miteinander verknüpft«, sagt Shafak. Sie spricht mit einer Stimme, die traurig und doch melodisch klingt. Es ist eine Vorlesestimme, ihre eigenen Bücher von ihr gelesen zu hören muss ein Erlebnis sein.

Bisher hat sie zehn Romane geschrieben, sie glaubt daran, dass fiktive Geschichten die Leser aus der Komfortzone holen, weil sie dazu verleiten, Dinge aus neuen Blickwinkeln zu betrachten, und weil Menschen dazu neigen, aufgeschlossener und toleranter zu sein, wenn sie allein mit sich sind, allein mit sich und einem Buch.

In »Unerhörte Stimmen« landet die Heldin Leila in Istanbul in der Straße der Bordelle, es ist 1967, sie lernt eine Menge schräge Leute kennen. Shafak öffnet den Blick für Minderheiten, und weil Leila mit einigen von ihnen enge Freundschaften schließt, mit Jamila und der transsexuellen Nalan, mit der kleinwüchsigen Wahrsagerin Zaynab 122 und der Nachtclubsängerin Humeyra, ist der Roman nicht nur Porträt eines anderen Istanbul, sondern auch ein großes Plädoyer dafür, sich zusammenzuschließen. Claudia Voigt

IMAGE COURTESY OF THE METROPOLITAN MUSEUM OF ART, PHOTO © JOHNNY DUFORT, 2019

**Exponate**

Verwirrung, Übertreibung, Uneindeutigkeit

Spiel mit den Identitäten

Ausstellungskritik Das New Yorker Metropolitan Museum of Art erklärt, was »Camp« ist.

Vergangene Woche war auf der stets verlässlichen Society-Seite des Boulevardblatts »New York Post« zu lesen, dass einige »Stars ausflippten« über der Frage, was sie zur Met Gala anziehen sollten. Sie verstanden das Thema des Festes nicht und wollten doch nur »schön aussehen«.

Dazu muss man zweierlei wissen: Für Stars, um kurz in dieser Terminologie zu bleiben, ist die Met Gala das, was vor der Hollywoodkrise die Oscar-Party war – der wichtigste Termin des Jahres. Was diese Met Gala allerdings kompliziert macht: Sie ist eine Mottoparty, und der Ausrichter – ein Zusammenschluss aus dem New Yorker Metropolitan Museum of Art, der »Vogue«-Chefredakteurin Anna Wintour sowie dem Modehersteller Gucci – gibt jedes Jahr ein anderes Thema vor, das zugleich Gegenstand einer Ausstellung im Metropolitan Museum ist. In den vergangenen Jahren waren die Themen dankbar für die Stars, einmal war es die katholische Kirche, ein andermal Punk. Easy.

Das Thema der diesjährigen Ausstellung, die am Donnerstag eröffnete, lautete jedoch »Camp: Notes on Fashion«.

Ratlosigkeit. Kim Kardashian konnte vielleicht ihren Ehemann Kanye West fragen, der möglicherweise weiß, was »Camp« bedeutet. Aber die anderen? Ein guter Tipp war, einen schwulen Freund zu fragen; andere meinten, gehört zu haben, dass es irgendetwas mit einem Ex-Star namens Susan Sontag zu tun haben könnte, die in einem Essay von 1964 (o Gott, gab es da überhaupt schon Mode?) erklärt hatte, was Camp sei. Wer sich allerdings die Mühe machte, den Essay hervorzuzugogeln, wurde enttäuscht. Denn da schreibt Susan Sontag, Camp könne alles sein oder eben nichts, es sei eine rein ästhetische Behauptung, »eine Sensibilität«, ein »privater Code, ein Identitätsabzeichen kleiner urbaner Cliques«. Nichts stand da von Kostümen und Outfits. In Wirklichkeit ist Sontags Essay über Camp nämlich selbst camp. Widersprüchlich, schillernd, langweilig, fragmentarisch in 58 Notizen.

Und so schick es auch sein mag, nicht benennen zu können, was Camp eigentlich ist, kommen wir hier um die Frage nicht herum. Fangen wir damit an: Offensichtliche Camp-Vertreter wären zum Beispiel Leute wie Jean Cocteau, Rainer Werner Fassbinder, David Bowie, Lady Gaga oder Kanye West. Oder so: Camp ist ein Zugang zur Kunst oder zu einer Haltung, die an Verwirrung, Provokation, Übertreibung, Uneindeutigkeit mehr interessiert ist als an dem vermeintlich Naheliegenden, dem ästhetisch Schönen – ein Spiel mit Identitäten, Erwartungen und Absichten, denn Kunst soll mehr können, als nur zu erfreuen oder zu verstören. Der Spaß liegt dazwischen, in der gut gelaunten Disruption.

Nun ist Disruption das Modewort dieser Tage. Etwas zu unterbrechen und aufzumischen gilt als erstrebenswert in Zeiten, in denen ein Gefühl von Verkrustung und Stillstand vorherrscht. So gesehen kann sogar der amtierende US-Präsident als camp bezeichnet werden: ein ehemaliger Reality-TV-Star (ein zutiefst camper Berufsstand), der nicht nach den Regeln spielt, dabei stets das Gegenteil dessen behauptet, was offensichtlich wahr erscheint.

All diese Unklarheit macht Camp natürlich zu einem Kuratorentraum. Camp ermöglicht es, das herrlichste Kuratorenblabla intellektuell interessierten Journalisten in den Block zu diktieren, bevor diese die Ausstellung überhaupt betreten haben. So erklärte Andrew Bolton, der den Titel »Wendy Yu Curator in Charge of the Costume Institute« trägt, einer Reporterin der »Vogue«, Camp sei ein Fragezeichen, das sich nicht zu einem Ausrufezeichen geradebiegen ließe. »Ich möchte«, so Bolton, »dass die Leute die Ausstellung verlassen und sich fragen: Was ist Camp? Das ist die Kraft und Poesie hinter Camp, dass man konstant versucht, es zu definieren.«

Derart gewappnet also betreten wir die Ausstellungsräume im Metropolitan Museum. Die Wände sind pinkfarben gestrichen, aus Lautsprechern kommt Judy Garlands »Somewhere over the Rainbow«. In einer Galerie, die mit »Sontagian Camp« überschrieben ist, sollen Sontags Camp-Betrachtungen Artefakte zugeordnet werden. Sontag war häufig in diesem Museum, deswegen hatte es einige Ausstellungsstücke, über die Sontag sprach, sozusagen vorrätig. Zu sehen sind fotografische Porträts von Greta Garbo und Marlene Dietrich, ein Balenciaga-Abendkleid von 1965 oder sogar eine Tiffany-Lampe aus dem frühen 20. Jahrhundert. Am Ende der Sontagian Galerie, bezogen auf den 56. der 58 Einträge des Camp-Essays, hängt auch der berühmte Siebdruck von Andy Warhols Campbell's-Suppendose.

Hier könnten die ambivalenten Kuratoren danebenliegen. Als Susan Sontag ihren Essay 1964 schrieb, waren die Drucke des Dosenetiketts gerade zwei Jahre alt und mögen sicher camp gewesen sein. Heute jedoch, mit ihrem Ikonenstatus und Präsenz in jedem zweiten Versicherungsflur, sind sie natürlich das Gegenteil. Oder ist das auch schon wieder camp? Philipp Oehmke

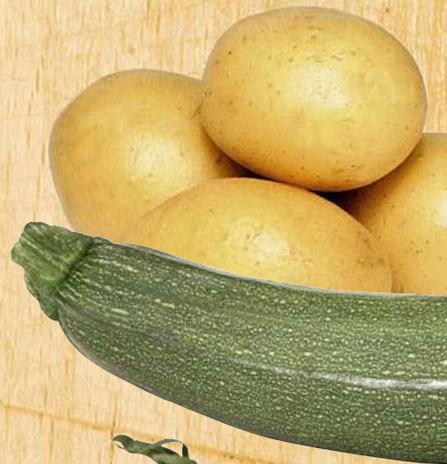
AB 8. MAI IM HANDEL!



*Ein Sommer
zum Verlieben!*



Die besten garantiert
rein pflanzlichen
Rezepte für ein
unbeschwertes
Grillvergnügen
– einfach lecker,
einfach schlemmen,
einfach den Sommer
genießen!



DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION
Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges, Jörn Sucher (stellv.)

BLATTMACHER Armin Mahler

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann

REPORTER Ullrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit
Leitung: Dr. Melanie Amann, Martin Knobbe; Wolf Wiedmann-Schmidt (Teamltg. Politik), Christian Reiermann (Teamltg. Wirtschaft), *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Markus Dettmer, Julia Amalia Heyer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Sven Röbel, Cornelia Schwegel, Christoph Schult, Anne Seith, Gerald Trautetter.

Autoren, Reporter: Susanne Beyer, Markus Feldenkirch, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, René Pfister, Marcel Rosenbach, Michael Sauga. *Diplomatische Korrespondent:* Christiane Hoffmann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet. *Redaktion:* Laura Backes, Katrin Elger, Michael Fröhlingendorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Miriam Olbrisch, Christopher Piltz, Andreas Ulrich, Michael Wulzinger. *Meldungen:* Annette Bruhns. *Autoren, Reporter:* Jan Fleischhauer, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep (frei), Katja Thimm, Alfred Weizierl, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Michael Sont-heimer (frei), Andreas Wassermann. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT *Leitung:* Markus Brauck, Isabell Hülsen. *Redaktion:* Simon Hage, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Katrin Ne-zik, Simone Salden. *Reportier:* Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Maximilian Popp (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Raniah Salloum, Samiha Shafy, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Frank Theusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hommel, Tobias Rapp (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Ulrike Knöfel, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

GESELLSCHAFT *Leitung:* Özlem Gezer (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Felix Hutt, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch (frei), Marc Hujer, Alexander Smolczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig. *Redaktion:* Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

BESONDERE AUFGABEN Matthias Geyer

INVESTIGATIVREPORTER Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Jörg Schmitt (*investigativ-reporter@spiegel.de*). *Dokumentation:* Nicola Naber, Koordination SPIEGEL ONLINE: Jörg Diehl, Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

TEAM LEBEN Anke Dürr, Detlef Hacke, Maren Keller

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dr. Susanne Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, Uwe Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz. *Autorin:* Marianne Wellershoff

MEINUNG Lothar Gorris

SPIEGEL PLUS Alexander Neubacher

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Kathrin Breer (stellv.). *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Patrick Blume, Alexandra Schulz, Marco Wedig

CHEF VOM DIENST Anke Jensen, Thomas Schäfer

Schlussredaktion: Gesine Block; Christian Albrecht, Gertred Alfeis, Ulrike Böserhoff, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waeger

Produktion: Petra Thormann, Reinhard Albrecht, Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Michaela Herold, Claudia Jeczawitz (stellv.); Tinka Dietz, Sabine Dörling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Petra Kopnka, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

GRAFIK UND MULTIMEDIA *Leitung:* Jens Radü. *Grafik-Team:* Cornelia Baumermann, Thomas Hammer; Ludger Bollen, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Ferdinand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter. *Multimedia-Team:* Olaf Heuser; Alexander Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner, Marco Kasang, Elisabeth Kolb, Bernhard Riedmann

LAYOUT *Leitung:* Jens Kuppi, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers, Annika Loebel, Leon Lothschütz, Florian Raussenberger, Barbara Rödiger

TITELBILD *Leitung:* Katja Kollmann, Johannes Unselt (stellv.); Suze Barrett, Iris Kuhlmann

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft, Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger, 811, 10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor, Bangalore – 560 038

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 857 9197115

BRÜSEL Peter Müller, Rue Le Tienen 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv_brussel@spiegel.de

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Jörg Schindler, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Christian Esch, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rv_newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 5862120

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingsels, P. O. Box 191526, San Francisco, CA 94119-1526, Tel. +1 212 2217583, rv_newyork@spiegel.de

TEL AVIV Alexander Osang, Hashahaf 20, P. O. Box 8387, 6803466 Tel Aviv-Yafo, Tel. +972 3 6835339

Warschau P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warszawa, Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Christoph Scheuermann, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

DOКУМЕНТАTION *Leitung:* Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Cathrin Fandja, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maas, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Claudia Niesen, Sandra Ötner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Schlarow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Zimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Januar 2019
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.de/media

Verantwortlich für Vertrieb: Christoph Hauschild

Verantwortlich für Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Mohn Media
Gütersloh

MIX
Papier
FSC® C011124

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966
Mail: leserbriefe@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«
Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags.
Für Deutschland, Österreich, Schweiz:
Mail: lizenzen@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540
Fax: 040 3007-2966
Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing
Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 265,20
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 187,20

Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
 für € 5,10 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächstreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu
AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter
www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

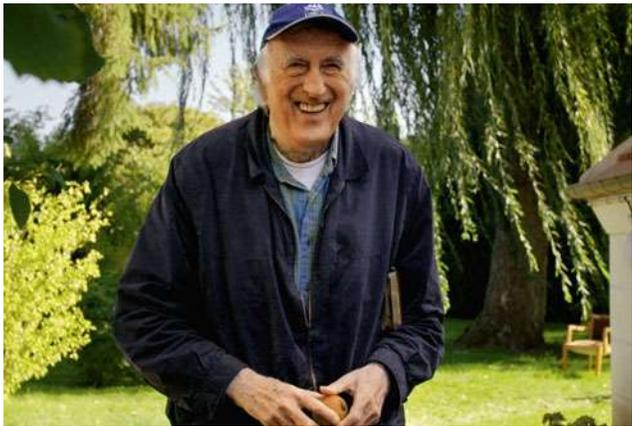
SP19-009, SD19-008 (Upgrade)



INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER [@derspiegel](https://twitter.com/derspiegel)
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

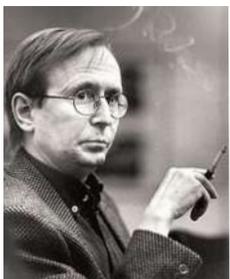
Nachrufe



IMAGO

Jean Vanier, 90

Es begann 1964 in einem heruntergekommenen Haus in Trosly-Breuil nördlich von Paris: Jean Vanier lud zwei Männer mit geistigen Behinderungen ein, dort mit ihm zu wohnen. Die Hausarbeit erledigten sie gemeinsam. Vanier folgte einer einfachen menschlichen Regung: Mitgefühl. In einem Heim hatte er gesehen, wie 80 geistig behinderte Männer in einer erdrückend traurigen Atmosphäre lebten, ohne Arbeit. Heute ist die von ihm gegründete »Arche« ein weltumspannendes Projekt mit Wohngemeinschaften von Menschen mit und ohne Behinderungen in 38 Ländern. Der Kanadier Vanier beobachtete 1945 in Paris am Gare D'Orsay die Ankunft Überlebender aus deutschen Konzentrationslagern. Er diente in der britischen und der kanadischen Royal Navy, die er 1950 verließ; später studierte er aristotelische Ethik und lehrte Philosophie. Im Laufe seines Lebens schrieb Vanier mehr als 30 Bücher über Spiritualität und Gemeinschaft. Doch als er mit dem Arche-Projekt begann, wollte er keine Bewegung starten, er wollte nur einen Ort schaffen, der ein »tief empfundenes Wohlbefinden« vermittelt. Jean Vanier starb am 7. Mai in Paris. **CLV**



KLAUS MORGENSEN / PICTURE ALLIANCE

Ingomar von Kieseritzky, 75

Seinem Lebenshelden Donald Duck hat er die Treue gehalten bis zum Schluss. Er besaß Hefte seit 1951. Ingomar von Kieseritzky, der 1944 in Dresden geboren wurde, in Freiburg, auf Langeoog und anderswo auf die Schule ging, dann als Requisiteur und Buchhändler arbeitete, bevor er in West-Berlin als Schriftsteller lebte, hat ein großes, heiteres Werk des schönen Scheiterns geschrieben. In vielen Romanen und mehr als hundert Hörspielen sieht er seinen Helden bei ihren Kämpfen zu. Im »Kleinen Reiseführer ins Nichts« oder dem Roman »Da kann man nichts machen« tragen seine Figuren ihren inneren Konflikt zwischen Größenwahn und Kleinheitsbewusstsein tapfer aus. Er bereitete sich aufs Schreiben beim Betrachten von Bäumen, Sitzen auf Bänken und mit dem Lesen abgelegener Bücher vor. Harry Rowohlt nannte ihn einen Titan, der ganz allein die deutsche Nachkriegsliteratur bestreite. Ingomar von Kieseritzky starb am 5. Mai in Berlin. **vw**

John Lukacs, 95

Populismus sah er als die größte Gefahr, als Bedrohung der Zivilisation schlechthin. Der amerikanische Historiker und Vielschreiber (über 30 Bücher, zahllose Essays und Rezensionen) zitierte regelmäßig Alexis de Tocquevilles Warnung vor der »Tyrannei der Mehrheit«. John Lukacs, in Ungarn geborener Sohn einer jüdischen Mutter und eines katholischen Vaters, überlebte die ungarische Kollaboration mit den deutschen Nationalsozialisten und floh nach dem Zweiten Weltkrieg vor den kommunistischen Machthabern nach Amerika. Dank Geschichtsstudium und hervorragender Englischkenntnisse fand Lukacs 1947 schnell eine feste Anstellung am Chestnut Hill College in Philadelphia, 47 Jahre lang lehrte er dort. Er bezeichnete sich selbst als Reaktionär und Antikommunist. Senator Joseph McCarthy aber war für ihn ein »vulgärer Demagoge«. In der McCarthy-Ära wurden echte und vermeintliche Kommunisten in den USA verfolgt. Lukacs eckte gern an. Der Kalte Krieg sei als Konflikt zwischen Demokratie und Kommunismus missverstanden worden, sagte er, und der Nationalismus die stärkere Kraft im 20. Jahrhundert gewesen – und so sei es geblieben, schrieb er 2008. Sein absoluter Held war Winston Churchill, dem er mit dem Buch »Fünf Tage in London« ein Denkmal setzte. John Lukacs starb am 6. Mai in Phoenixville, Pennsylvania. **ks**



JEFF FUSCO / GETTY IMAGES

Peter Mayhew, 74

Er verkörperte eine der populärsten Figuren der Filmgeschichte, ohne dass je ein Kinobesucher sein Gesicht zu sehen bekam oder seine echte Stimme hörte. Denn der Brite Peter Mayhew spielte in den »Star Wars«-Filmen von 1977 bis 2015 den gutmütigen Weltraumkrieger Chewbacca, ein affenartiges Wesen, das seinen Kumpel Han Solo alias Harrison Ford um zwei Köpfe überträgt. Mayhew verschwand komplett in seinem Kostüm, einer Maske und einem verfilzten Ganzkörperfell

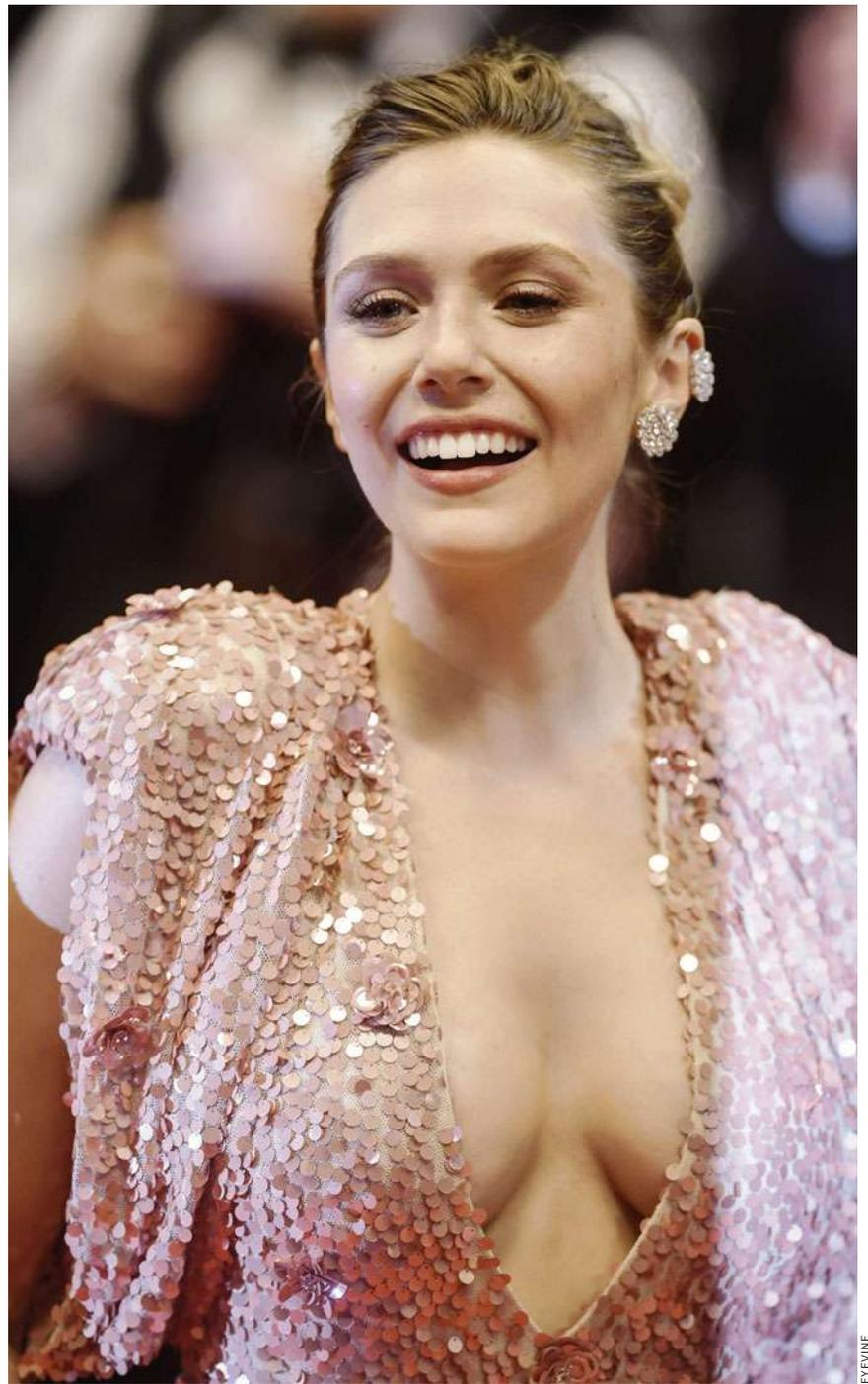


FRANK LENNON / TORONTO STAR / GETTY IMAGES

aus Mohair- und Yak-Haar. Chewbaccas Grunzgeräusche waren das Werk der Sounddesigner, gemischt aus Lauten von Walrössern, Bären, Tigern, Kamelen und Dachsen. Für den elastischen Gang der Figur ließ sich Mayhew, ursprünglich Krankenpfleger, von Gorillas inspirieren. Doch um beim Casting den Regisseur George Lucas zu überzeugen, musste er nur aufstehen: Mayhew war 2,21 Meter groß, eine Fehlfunktion der Hirnanhangdrüse hatte sein Wachstum als Teenager überstimuliert. Wenn er nicht vor der Kamera stand, trat er gern bei »Star Wars«-Fankongressen auf; bei einem lernte er seine spätere Frau kennen, eine Amerikanerin, und zog in die USA. Peter Mayhew starb am 30. April in Boyd, Texas, an einem Herzinfarkt. **MWO**

Die Scheue

● Jeden Tag denke sie darüber nach, ihren Instagram-Account zu löschen, sagte **Elizabeth Olsen**, 30, Schauspielerin und Model, dem Glamourmagazin »Harper's Bazaar« schon vor einem Jahr. Sie frage sich immer wieder, warum sie dort überhaupt aktiv sei. Dabei ist Olsen ein Vollprofi, von Kindheit an als kleine Schwester der berühmten Olsen-Zwillinge mit dem Geschäft der Popularität vertraut – und sie weiß ganz genau, was sie tut: das Image einer auf Privatsphäre bedachten, scheuen Künstlerin pflegen. Das Interview fand kurz vor der Premiere von »Avengers: Infinity War« statt. Olsen habe »zu ihrem Entsetzen« bereits 1,1 Millionen Follower auf Instagram, schrieb »Harper's Bazaar« damals, obwohl sie erst kurz dabei sei. Sie wolle ihren Account nach der Film Premiere löschen, sagte sie. Ganz bestimmt. Heute, einen weiteren »Avengers«-Film später, in dem sie wieder die schöne Scarlet Witch gespielt hat, existiert ihr Instagram-Account weiterhin. Olsen folgen inzwischen 4,9 Millionen Menschen. Sie hat im vergangenen Jahr weniger als 30 Posts abgesetzt, scheu eben. ks



EYEVINE



PASCAL LE SEGRETAIR / GETTY IMAGES

Eintopf gegen Vorurteile

● Die Autorin des Weltbestsellers »Fifty Shades of Grey« hat den albanischen Botschafter in Großbritannien gegen sich aufgebracht. Schon lange warteten Fans der Erotiktrilogie auf ein neues Buch von **E. L. James**, 56. Jetzt erschien »The Mister«, in dem sich ein

Aristokrat in eine Albanerin verliebt, die illegal in London lebt und seine Wohnung putzt. Die Frau wird von (albanischen) Kriminellen geschlagen, bedroht, entführt. Die ganze Darstellung sei »völlig unrealistisch«, seine Landsleute würden viel zu negativ beschrieben, klagt der Diplomat. Eine Rezensentin des amerikanischen Magazins »Entertainment Weekly« teilt seine

Ablehnung. Die Autorin bediene Klischees, die albanischen Männer kämen alle als »verbrecherische Neandertaler« daher. E. L. James beteuerte, ausführlich über das Land in Südosteuropa recherchiert zu haben, ein Buch über Organisierte Kriminalität habe sie auch konsultiert – und ihr Mann habe gelernt, albanische Eintöpfe zu kochen. ks

Held mit Aussicht

● Terrence Malicks neues Kinoepos »A Hidden Life« wurde häufig verschoben und umso sehnsüchtiger erwartet. Wenn Hauptdarsteller **August Diehl**, 43, das rund drei Stunden lange Mammutwerk auf dem am 14. Mai beginnenden Festival von Cannes präsentiert, werden auf dem roten Teppich auf jeden Fall zwei seiner Co-



IMAGO

Stars fehlen, weil sie in der Zwischenzeit verstorben sind: der Schweizer Bruno Ganz und der Schwede Mikael Nyqvist. Der Film wurde bereits 2016 in Norditalien und Deutschland gedreht, fast drei Jahre lang dauerte die Fertigstellung. Erzählt wird die Geschichte des Österreichers Franz Jägerstätter, der sich weigerte, für die Nazis in den Krieg zu ziehen, und 1943 deshalb hingerichtet wurde. Für Diehl, der schon mit Quentin Tarantino, Angelina Jolie und Brad Pitt gearbeitet hat, ist dies ein Höhepunkt seiner Karriere. Die Rolle des gläubigen Christen Jägerstätter, der für seine Überzeugungen in den Tod ging und 2007 von der römisch-katholischen Kirche selig gesprochen wurde, macht den Schauspieler zu einem aussichtsreichen Kandidaten für den Darstellerpreis in Cannes. LOB

Extrem grün

● Der ehemalige Formel-1-Weltmeister **Nico Rosberg**, 33, ist, wie alle Rennfahrer, ein Extremist. Was er angeht, macht er mit Leidenschaft und maximalem Einsatz. So besiegte er 2016 den Briten Lewis Hamilton, und so stellt er nun in Berlin eine Leistungsschau grüner Innovationen auf die Beine, das Greentech Festival. Ein Ex-Rennfahrer als Ökoaktivist? Nach dem Karriereende vor zweieinhalb Jahren, erzählt Rosberg, habe er bei Mercedes einen Blick in die

Entwicklungslabors werfen dürfen – und was er da an »nachhaltiger Mobilität« rund ums Auto sehen konnte, habe ihn »voll fasziniert«. Auf dem Flughafen Tempelhof präsentiert Festivalgründer Rosberg nun vom 23. bis 25. Mai die grüne Zukunft: Flugtaxi, Boote, Sportwagen, Helikopter – alles elektrisch betrieben. Parallel diskutieren Experten aus aller Welt über Hightech und Umweltschutz. Rosbergs Ziel: »Möglichst viele Menschen inspirieren und für einen grünen Wandel begeistern.« WEI



FRANZISKA KRUG / GETTY IMAGES



GORDON WELTERS / DER SPIEGEL

Der Augenzeuge

»Vorbei am Hindernis«

Die Berliner Verkehrsbetriebe testen seit einem Jahr einen fahrerlosen Kleinbus auf dem Gelände der Charité. Ganz ohne Mensch aber geht es noch nicht: Johannes Jähne, 30, ist einer von fünf Fahrzeugbegleitern und hilft dem Bus, wenn er stockt.

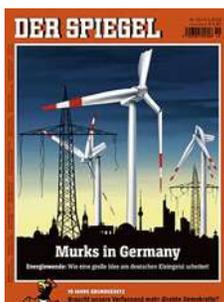
● »Der Kleinbus fährt hochautomatisiert, aber nicht komplett autonom über das Gelände der Klinik. In einem autonomen Fahrzeug müsste keine Begleitperson mitfahren, weil das System alles machen würde: ausparken, aufladen, übernehmen. Bei unserem Bus ist es anders. Wenn ein Falschparker vor uns steht, weiß das Fahrzeug nicht weiter und bleibt stehen. Dafür habe ich eine Fernbedienung, mit der ich den Bus manuell am Hindernis vorbeisteuern kann.

Ich bin als Projektingenieur bei den Berliner Verkehrsbetrieben angestellt und damit praktisch Chef der fünf Fahrzeugbegleiter. Viele Passagiere wollen wissen, wie sich so ein Gefährt zurechtfindet. Dann erkläre ich es ihnen: Es kommuniziert über Mobilfunk mit diversen GPS-Satelliten. Auf dem Dach befinden sich Sensoren, die bei jeder Fahrt die Umgebung mit einer virtuellen Karte abgleichen. Das Fahrzeug lernt allerdings nicht selbstständig, besser zu fahren. Alles, was der Bus kann, wird über Softwareupdates eingespielt. Wenn ein Haus abgerissen wird oder Bäume gefällt werden, kann es sein, dass man die Strecke neu einmessen muss.

Die Busse fahren zuverlässig, wir hatten noch keinen Unfall. Sie sind auch nur 12 Stundenkilometer schnell, technisch möglich wären 45. Im Winter haben wir eine Pause gemacht und die Zeit genutzt, um die ersten Statistiken auszuwerten. Wir hätten uns aber Schnee gewünscht. Das ist eine besondere Herausforderung, denn die Sensoren, die die Hindernisse erkennen, können eine Schneeflocke noch nicht von einem Kind unterscheiden, das über die Straße rennt. Wie genau der Bus reagiert, wenn sich eine Schneeflocke auf dem Sensor absetzt, hätten wir gern ausprobiert.

Auf lange Sicht soll der Kleinbus ganz autonom unterwegs sein, zumindest auf einer Teilstrecke. Wir würden auch gern mal das Charité-Gelände verlassen und auf einer öffentlichen Straße fahren. Das Fahrzeug ist kein Ersatz für den Busverkehr, sondern lediglich eine Ergänzung: Letztlich wollen wir neu gebaute Quartiere erschließen und die erste und letzte Meile zu Bus und Bahn sicherstellen.«

Aufgezeichnet von Veronika Völlinger



»Die Energiewende ist zu einer Überlebensfrage geworden. Wir können sie zwar schaffen, aber nicht nach der Devise: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!«

Otto Ohmsen, Kaltenkirchen (Schleswig-Holstein)

Strom selbst erzeugen

Nr. 19/2019 Murks in Germany – Energiewende: Wie eine große Idee am deutschen Kleingeist scheitert

Vielen Dank für diesen gelungenen Artikel. Ich selbst habe in meinem Haus, natürlich in einem sehr kleinen Ausmaß, genau Ihre Schlussfolgerung beherzigt. Jeder Normalbürger kann, wenn er nur bereit ist, eine riesige Energiemenge einsparen, ohne sich einzuschränken.

Uwe Neuses, Cuxhaven (Nieders.)

Die Energiewende war das Vorzeigeprojekt der Regierung Schröder und Fischer ab dem Jahr 1998. Seltsamerweise wurde einige Jahre später mit aller Mediengewalt gegen dieses Umweltprojekt zu Felde gezogen. Auch der SPIEGEL spielte damals munter mit. Es hat letztlich Fukushima benötigt, um ein endgültiges Umdenken herbeizuführen. Wenn es möglich ist, bis 2050 die totale Abkehr von den klimaschädlichen Energien zu schaffen, dann darf keine Zeit mehr verloren werden. Das geht allerdings nicht zum Nulltarif. Und hier ist die gesamte Bevölkerung gefordert. Es geht schlichtweg nicht, dass in Pervertierung des Naturschutzgedankens der Greifvogel Roter Milan als Vorwand herangezogen wird, um Windanlagen zu verhindern. Oder Bürgerinitiativen gegen die Erdverkabelung des zu transportierenden Stromes aus den Windparks auftreten.

Dipl.-Ing. Anton Maier, St. Johann im Pongau (Österr.)

In Ihrem Artikel werden Genehmigungsverfahren als großes Problem für die Umsetzung der ambitionierten Klimaziele benannt. Sie beschreiben beispielsweise einen Windpark im Hunsrück, ich denke an einen im Reichswald im Kreis Kleve am Niederrhein, der zum Glück wegen eines Mäusebussard-Vorkommens gestoppt wurde. Warum müssen wertvolle Waldflächen geopfert werden, um Klimaziele zu erreichen? Ein Unsinn, der dem naturliebenden Menschen nicht vermittelbar ist. Anderswo sind es die Trassen, die die Menschen zum Protest treiben. Bitte, liebe Politik, sag Ja zum Umbau des deutschen Energiesystems, aber ohne Zerstörung der Natur und ohne unzumutbare Belastung der Menschen. Bitte, lieber SPIEGEL, hinterfrage den Unsinn, Windparks in Waldgebieten zu bauen.

Walter Senger, Kleve (NRW)

Das alte Dilemma: Alle wollen den großen Wurf, aber keiner will getroffen werden.

Klaas Ockenga, Haßloch (Rhld.-Pf.)

Statt einige deutsche Regionen mit dem Bau großer Stromleitungen unter Druck zu setzen, durch die dann überwiegend der Strom für andere fließt, sollten besser alle Regionen gedrängt werden, den überwiegenden Teil des bei ihnen gebrauchten Stroms selbst regenerativ zu erzeugen. Auch sollten sie einen Teil davon selbst speichern können. Regionale Energiegenossenschaften sollten gefördert werden, um das Interesse vieler Bürger(innen) an den neuen Anlagen zu steigern.

Clemens Niemann, Herford (NRW)



Braunkohlekraftwerk Jämschwalde

Die jetzige Energiewende begann nicht nach Fukushima 2011, sondern mit dem Energiekonzept 2010, verabschiedet von der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung mit einem bisher unveränderten Katalog von Planzielen bis 2050. Nur die geplante Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke wurde danach korrigiert. Der große Webfehler im Anschluss daran war nicht, dass noch nicht gleich der Abschied von der Kohle eingeleitet wurde – der wird in der Stromerzeugung schwer genug –, sondern dass die Energiewende bislang hauptsächlich Stromwende geblieben ist. Im Wärmemarkt sowie im Verkehrssektor ist viel zu wenig gewagt worden. Der Abschied von Öl und Gas wurde zu spät eingeleitet. Allerdings muss man die nationalen Klimaziele auch relativieren. Deutschlands Anteil an den globalen CO₂-Emissionen liegt nur bei rund zwei Prozent. Wichtig für eine internationale Vorbildfunktion ist nicht die genaue nationale Zieleinhaltung, sondern der funktionierende nachhaltige Richtungswechsel im gesamten Energiesystem.

Dr. Kai van de Loo, Bochum

Mit Erschrecken habe ich zur Kenntnis genommen, dass lediglich 675 Bundesbedienstete an dem Projekt »Energiewende« arbeiten, also einem Jahrhundertprojekt, das für die Zukunft nicht nur dieses Landes von existenzieller Bedeutung ist. Das sind weniger als zwei Prozent der Menschen, die für die Kommunalverwaltung Münchens arbeiten, die Zahl der Beschäftigten allein im dortigen Baudezernat dürfte um ein Mehrfaches höher liegen. Wenn sich diese Menschen auch noch auf zig Referate verschiedener Ministerien verteilen, ist der Erfolg eines solchen Mammutprojekts faktisch ausgeschlossen.

Hans Cronau, Hannover

»Vorwärts, wir müssen zurück!«

Nr. 19/2019 Die Aufregung über Juso-Chef Kevin Kühnert ist groß – dabei teilen viele SPD-Leute seine Ansichten

Mich verstört die Debatte. Wir hatten doch hierzulande bereits ein Lehrstück namens DDR, Anschauungsmaterial über 40 Jahre. Da ist für jeden etwas dabei, von Vollbeschäftigung über Kita-Versorgung bis hin zum Staatseigentum. Vor 30 Jahren hätten viele entgegnet: »Geh doch nach drüben!« So kurz kann manches Gedächtnis sein. Fast schon skurril, dass einige SPD-Kader Verständnis oder gar Sympathien für diese Thesen aufbringen. Da wird mancher ehemalige Stammwähler seufzen: Alles richtig gemacht, Volkspartei ade!

Christoph Schönberger, Aachen

Endlich hat die SPD einen jungen Mann, der sich traut zu sagen, was andere nur denken. Herr Kühnert hat etwas aufgebrochen, das schon vor Jahren hätte geschehen sollen. Es muss etwas gegen den Turbokapitalismus getan werden, und darum ist dieser Anstoß wichtig für die Partei und für uns Mitbürger, die für das Rumgeeiere der Parteien keinen Nerv mehr haben. Ich danke Herrn Kühnert für die frischen Worte.

Rainer Schober, Gumbshheim (Rhld.-Pf.)

Kevin Kühnert hat einen Punkt. Vermögen ist in Deutschland extrem ungleich verteilt. Und es wird auch ungerecht besteuert. Das sollte tatsächlich geändert werden. Auch wenn Kühnerts Vorschläge überspitzt sind, Korrekturen an der aktuellen Situation sind überfällig: Das Steuersystem ist zutiefst ungerecht. Wir brauchen beispiels-

weise eine gute Erbschaftsteuer. Gab es früher, gibt es beispielsweise in den USA auch heute noch! Und eine Mindeststeuer von zehn Prozent sollte es auch geben. Das schadet auch den Unternehmen nicht. Aber es sorgt für mehr Steuereinnahmen, und damit kann viel Gutes getan werden.

Matthias Jäger, Minden (NRW)



Jungsozialist Kühnert

Welche Ironie, dass Herr Kühnert sich auf das Ahlener Programm der CDU berufen kann!

Cornelius Hüdepohl, Tecklenburg (NRW)

Danke für den ausgewogenen Bericht, der nicht in das allgemeine Bashing miteinstimmt, wenn einer mal über den Tellerand hinausblickt. Was wir brauchen, sind Politiker, die sich noch eine Utopie bewahren können und langfristig denken und die Umsetzung planen wollen – nicht nur von Wahl zu Wahl und unter der Fuchtel von Lobbyisten der Groß- und Agrarindustrie oder von Digitalkonzernen. Die inzwischen oft so kleingeistig wirkende SPD sollte froh sein, solche Leute zu haben! Stünde ein Kevin Kühnert bei der Europawahl auf der Liste, hätte die SPD vielleicht sogar wieder mehr Erfolg – gerade weil er eine Utopie und Ideen zur Umsetzung hat.

Andrea Bauer, Oberammergau (Bayern)

Demagogie vom Feinsten. Ein junger Mann, der zielsicher die Irrungen und Wirrungen, die Stimmungen dieser Gesellschaft aufnimmt, sich der Resonanz, sei sie positiv wie beim SPIEGEL oder bei Teilen der SPD oder abweisend wie bei den Betriebsräten bei BMW, narzisstisch erfreut. Publizität ist alles. Denn nicht das Wohl der Partei steht im Vordergrund, sondern das des Herrn Kühnert in seinem ihm eigenen Verständnis, wie man sich ver-

marktet. Und solange er willfähige publizistische Helfer hat, steht der Karriere bei einer paralysiert wirkenden, hilflosen Partei nichts mehr im Wege.

Günther Müller, Käßhofen (Rhd.-Pf.)

»Vorwärts, Genossen, wir müssen zurück!« Kevin Kühnerts Ziel scheint es zu sein, die Volkspartei SPD wieder hinter das Godesberger Programm zu einer sozialistischen Arbeiterpartei zurückzuführen, die herrschenden Verhältnisse von heute mit den Antworten von vorgestern umzugestalten. Das Godesberger Bekenntnis zur Marktwirtschaft, mit der Einschränkung von Karl Schiller: »So viel Markt wie möglich, so viel Planung wie nötig«, das Bekenntnis zur Landesverteidigung und das Hervorheben von Grundwerten waren damals elementar für die Entwicklung zur Volkspartei. Und die Warnung von Herbert Wehner vor der Rückkehr sozialistischer Utopien – »Glaubt einem Gebrannten!« – sorgten damals für den Erfolg, zuerst in der Partei, dann im Volk. Die heutigen offensichtlichen Fehlentwicklungen lassen sich nur durch Regulierungen innerhalb der Marktwirtschaft lösen, nicht durch planwirtschaftliche Ansätze.

Fred Kletz, Friesenheim (Bad.-Württ.)

Die Triebfeder für den Erfolg der Marktwirtschaft ist das private Unternehmertum mit seinem Engagement und seiner großen Einsatzbereitschaft. Wo der Sozialismus oder der Kommunismus das Sagen hat, herrscht bittere Armut. Die DDR war 1989 fast bankrott. Dass sich in der Marktwirtschaft Abnutzungserscheinungen ergeben, ist normal. Man muss Probleme rechtzeitig lösen – in Deutschland unter anderem mehr staatliche Kontrolle der Unternehmen, Einführung einer Vermögensteuer, höhere Grundrente und angemessene Mindestlöhne, Regelung des Wohnungsmarkts. Man sollte auch akzeptieren können, dass es Millionäre gibt, wie es sogar im kommunistischen China der Fall ist. Wer die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft abschaffen will, sollte wissen, dass das der Anfang vom Ende des Wohlstands wäre.

Dietrich Jesse, Mainaschaff (Bayern)

Nach dem Untergang des Sowjetkommunismus verschwindet nach und nach auch die »soziale Marktwirtschaft«. Zwar ging von der maroden Planwirtschaft des Ostblocks nie eine ernsthafte Gefahr für den Kapitalismus aus, aber die Bosse waren dumm genug, sich davor zu fürchten, und ließen sich auf Kompromisse ein. Inzwischen fühlen sie sich sicher und nehmen keine Rücksicht mehr. So herrscht Kapitalismus pur, und die Politik schaut tatenlos zu. Es ist Zeit, dass wir das neoliberale Dogma beiseiteschieben und wieder die richtigen Fragen stellen. Ich bin seit 50 Jah-

ren in der SPD – so gut hat sich das lange nicht mehr angefühlt.

Dietrich Dürr, Sinzheim (Bad.-Württ.)

Im Olymp

Nr. 18/2019 SPIEGEL-Gespräch mit dem Arzt Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt und dem Physiotherapeuten Klaus Eder über die Malaisen der Nationalspieler und die Irrungen ihrer Branche

Auf vier Seiten darf Müller-Wohlfahrt wie ein lieber Märchenonkel von seinem Können erzählen, das ihn so abhebt vom Rest der sportmedizinischen Ärzteschaft. Ich kenne allerdings keine Statistik, die belegen würde, dass die Behandlungszeit nach Verletzungen bei Bayern München kürzer ist als die in der sogenannten Provinz. Und wenn man sich selbst so in den Olymp erhebt, merkt man vermutlich gar nicht mehr, was in der Realität geschieht: dass es nämlich jede Menge gut ausgebildete Sportärzte gibt, die mit geschultem Blick, geübten Fingern und dem Kopf eines Ultraschallgerätes in der Hand Muskelverletzungen erkennen, einschätzen und behandeln können. Deshalb fährt auch nicht jeder verletzte Spieler nach München. Manche meiden sogar den Weg dahin.

Dr. Joachim Schubert, Sportarzt, Bochum



Therapeut Eder, Arzt Müller-Wohlfahrt

Als altgedienter Chirurg und Arzt bin ich überrascht, dass Sie diesen beiden Herren Platz für ihr Marketing einräumen. Der Leser erfährt, wo sich deren Praxen befinden, und eine wissenschaftlich auf nichts basierende Salbe wird beworben. Müller-Wohlfahrt stellt sich als Arzt dar, der als Einziger die klinische Untersuchung, Palpieren und so weiter praktiziert. Diese klinische Untersuchung ist für die meisten Ärzte absolut alltäglich und Basis jeder Diagnose. Anscheinend diagnostiziert er nur und therapiert nicht, sonst würde er nicht mit vielfach als unwirksam erwiesenen Dingen wie Homöopathie experimentieren.

Dr. Gerold Schröder, Mont-de-Marsan (Frankreich)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Nachtrag

zu Heft 15/2019, Seite 56: »Schönes Spiel«

Die auf Seite 58 abgebildete Skulptur stammt von dem Künstler Bruno Bruni, Titel »To be, or not to be«.



SONJA OCH / DER SPIEGEL

Ihr Zeichen:

Sehr geehrter Herr _____,

bla bla bla

Mit freundlichen Grüßen

_____, JAng

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Aus einem Schreiben
des Amtsgerichts Hamburg

Aus der »Neuen Westfälischen«: »Der sogenannte kleine Bürger wird von Staat und Wirtschaft gegängelt, muss sich mit Mindestlöhnen zufriedengeben, die zum Himmel schreien und die dann auch noch zur Tafel gehen müssen, während unsere hohen Würdenträger wie Könige bedient werden und im Luxus leben.«



Aus einem Flyer der FDP Grenzach-
Wyhlen zur Europa- und Kommunalwahl

Die »Augsburger Allgemeine« über
Start-ups, die Elektroroller verleihen:
»In München steht schon ein
Unternehmen in den Schlaglöchern.«



Schild an einem Verkaufsstand auf
dem Mannheimer Maimarkt

Aus einer Meldung der Bundespolizei-
inspektion Flensburg: »Ein Autozug
hatte eine Zwangsbremse eingelegt
und stand auf dem Hindenburgdamm.
Die Bundespolizisten und der Notfall-
manager der Deutschen Bahn konnten
vor Ort ermitteln, dass keine Person,
sondern ein großer Vogel gegen
das Notbremsseil geflogen war.«

Aus der Beschreibung einer AppleWatch
auf apple.com/de: »Auf dem
Infograph Zifferblatt ist Platz für bis
zu acht Komplikationen.«

Jetzt im Handel



www.spiegel-geschichte.de

Lesen Sie in
diesem Heft:

Kolonialmächte

Die große Zeit
der Briten

Menschenhandel

Das globale Geschäft

Südsee

Deutsche Träume
im Pazifik

Zitate

Der ehemalige Telekom-Chef
René Obermann bezieht sich in seinem
Gastbeitrag für das »Handelsblatt«
auf den SPIEGEL-Artikel »Mehr Staat
wagen« (Nr. 6/2019):

Es wird für Europa schwerste Konsequenzen haben, wenn wir wichtige Technologiefragen nicht schneller entscheiden und umsetzen. Der SPIEGEL bringt es auf den Punkt: »Was sich in autokratisch oder streng präsidential geführten Ländern wie China und den USA regeln lässt, wird im kakofonen Europa zur Herkulesaufgabe.« Jeder fordert das lückenlose 5G-Netz, allerdings möglichst ohne Elektrosmog und Antennen. Oder Stromtrassen für die Netzstabilität, aber nicht durch unsere Natur gebaut.

Der Sport-Informations-Dienst über die
Folgen einer SPIEGEL-Recherche (»Heute
keine Exzesse, bitte«, Nr. 36/2018) für
die Deutsche Reiterliche Vereinigung FN:

Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL hatte damals berichtet, dass junge Reiter aus dem Nationalkader der Springreiter auf Turnieren Mädchen mit Alkohol und K.-o.-Tropfen gefügig gemacht und sexuell missbraucht haben sollen. Der Beirat Sport beschloss nun entsprechende Änderungen in der Leistungs-Prüfungs-Ordnung (LPO). Demnach kann die FN einem Reiter künftig die Jahresturnierlizenz für einen bestimmten Zeitraum verweigern oder entziehen, »sofern ein Verstoß gegen die sportliche oder faire Haltung und die reiterliche Disziplin vorliegt«.

Die »Neue Zürcher Zeitung« erwähnt in
ihrer Berichterstattung über kriminelle
Großfamilien ein Titelbild des SPIEGEL
(»Die Macht der Clans«, Nr. 8/2019):

Die Chefs der mächtigen Berliner Clans
befinden sich alle auf freiem Fuß, obwohl
ihre Namen stadtwweit bekannt sind und
ihre Gesichter kürzlich auf der Titelseite
des SPIEGEL zu sehen waren.

Die »Dresdner Morgenpost« greift eine
SPIEGEL-Geschichte über unerwünschten
Tierbesuch beim WDR auf
(»Der Sender mit der Maus«, Nr. 19/2019):

Ausgerechnet der Sender WDR, bekannt
für die Sendung mit der Maus, hat in seinen
angemieteten Redaktionsräumen in Köln
ein echtes Mäuseproblem. Etliche Whats-
App-Videos, die unter den WDR-Mitarbei-
tern kursieren, zeigen laut SPIEGEL, wie
Mäuse unter dem Schreibtisch entlangsau-
sen oder am Wasserkasten emporklettern
und an den Flaschen schnuppern.

Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



**Keine
Mindest-
laufzeit**

Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 4% günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen
www.spiegel-live.de

Ja, ich möchte den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP19-215)

FRÜHLINGS-SPECIAL

Einsteiger-Paket inklusive HUAWEI Y7 2019



HUAWEI Y7 2019

0,7€*
einmalig

HUAWEI Y7 2019

1&1 ALL-NET-FLAT

✓ **FLAT** TELEFONIE

✓ **FLAT** INTERNET

✓ **FLAT** EU-AUSLAND

ab **6,99** ~~9,99~~ €/Monat*
12 Monate, danach
16,99 €/Monat



Inklusive!

Inklusive 1&1 Austausch-Service

bei Bruch, Wasserschaden oder Defekt.



☎ 02602/9696



1und1.de

*1&1 All-Net-Flat mit 1 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 21,6 MBit/s im Download/bis zu 11 MBit/s im Upload, danach jew. max. 64 kBit/s) für die ersten 12 Monate 6,99 €/Monat, danach 16,99 €/Monat, inkl. HUAWEI Y7 2019 ohne Einmalpreis. Telefonate in dt. Fest- und Handynetze inklusive sowie Verbindungen innerhalb des EU-Auslands und aus EU nach Deutschland plus Island, Liechtenstein und Norwegen. Kostenlose Overnight-Lieferung. Einmaliger Bereitstellungspreis 29,90 €. 24 Monate Vertragslaufzeit. Sonderkündigung im ersten Monat möglich. 1&1 Austausch-Service bei gleichzeitiger Vertragsverlängerung um 24 Monate, gilt nicht bei mutwilligen Schäden, und sofern der letzte selbstverschuldete Schaden weniger als 12 Monate zurückliegt. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, 56403 Montabaur